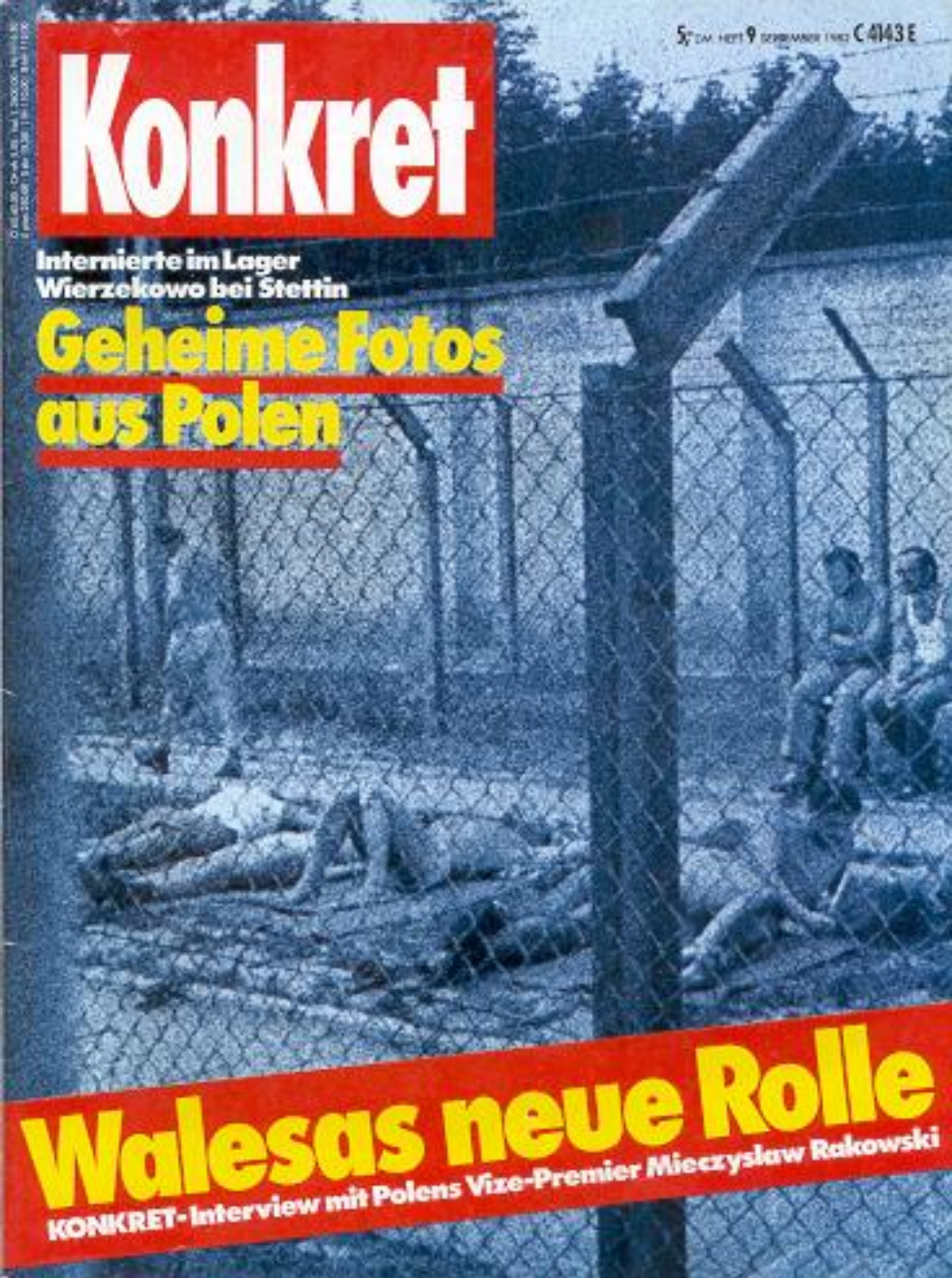
5,- DM HEFT 9 SEPTEMBER 1982 C 4143 E

Konkret

Internierte im Lager Wierzekowo bei Stettin

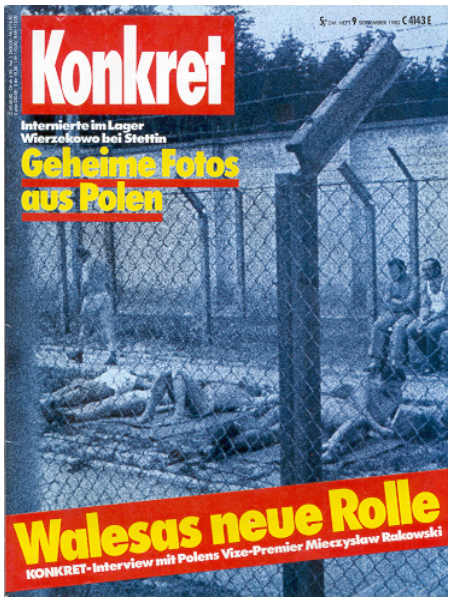
Geheime Fotos aus Polen



Walesas neue Rolle

KONKRET-Interview mit Polens Vize-Premier Mieczysław Rakowski

in konkret September 1982



Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Dialektik in Grün von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Walesa wird wieder eine Rolle spielen können« von Manfred Bissinger, Mieczyslaw F. Rakowski
Polen dient westlichen Politikern als Propaganda-Vorlage für den neuen Kalten Krieg. Stichworte sind Kriegsrecht, Sowjetmacht, Wirtschaftssanktionen. KONKRET-Chefredakteur Manfred Bissinger interviewte in Warschau Mieczyslaw F. Rakowski, Vize-Premier und zweiter Mann noch Parteichef General Jaruzelski

Der häßliche DeutscheDie Zwei-Milliarden-Niete von Otto Köhler
Ein Mann wie die Marktwirtschaft. Mit staatlichen Subventionen Gewinne zu machen, ist keine Kunst. Damit Pleiten anzuzetteln, ist seine Kunst: Hans Friderichs

Die weiße Gewalt von Knud Bergmann
Südafrika ist seit Wochen wieder in den Schlagzeilen. Verhaftungen, Schießereien, Tote - dies ist die »totale Strategie« der Regierung. Nur so kann die weiße Minderheit ihre Herrschaft aufrechterhalten. 86 Prozent des schwarzen Landes sind zu »weißem« Gebiet erklärt. Der Rest ist unfruchtbar. KONKRET war vor Ort.

Schlapphut AG von Jürgen Saupe, Warner Poelchau
Die Geheimdienste der Bundesrepublik sind eng mit der Industrie verfilzt. Für große Unternehmen werden von Bundesbehörden auch mal Pässe gefälscht.

Konkret-ExtraIG-Farben – Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung von Otto Köhler
Den Ersten Weltkrieg haben sie verlängert, den Zweiten vorbereitet. Sie versprechen Gesundheit und machen uns krank. Ihre Medizin soll dem Menschen dienen, doch Menschen starben an ihren Versuchen. Hitler war ihr Handlungsgehilfe, heute ist es ein Pinochet ebenso wie ein Börner. Die IG Farben AG ist in ihre Teile aufgelöst: BAYER, BASF, HOECHST sind stärker und gefährlicher denn je

Konkret-ExtraIG-Farben – »Irgendwie sind wir alle Belegschaft...« von Erich Kuby

Am Leben verzweifelt – den Tod gewünscht von Susanne Mersmann
Ein 17jähriger Franzose tötete sich mit Schlaftabletten. Aufgeschlagen vor ihm lag der neue Bestseller »Suicide«. Es enthält perfekte Rezepte für einen leichten und leidensfreien Selbstmord

Proletarier aller Länder, hängt Euch auf! von Michael Schilling
...life, liberty and the pursuit of happiness

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer
Horst Tomayer telefoniert ala Ingo aus Berlin mit Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenhundes

Der Hammer von Caroline Fetscher
Die neue Attraktion auf deutschen Jahrmärkten heißt »Ranger«

Kulturnotizen

Der atomare SalonKunstmutanten von Fatima Igramhan

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Der atomare SalonAtomic Cafe von Günter Amendt

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Ablaßbrief aus Zelluloid von Kai Hermann

»Missing«, der Film über die US-Verbrechen in Chile, wird als Beweis für die Stärke amerikanischer Demokratie präsentiert. Das Ansehen lohnt sich trotzdem.

Konkret-EssayVom Allgemeinen zum besonders Falschen von Michael Ben

Epochen-Rückblicke auf 1968 und die Jahre danach sind Mode. Drei davon analysiert Michael Ben: das »FAZ«-Plädoyer für schöne und wohlgemute 80er Jahre, den No-Futuro-Liberalismus der »Zeit« und Michael Schneiders linkes Theater

Punkt Punkt Komma und der Strich von Michael Schilling

Zwei neue Bücher über den Stadtteil St. Pauli wecken das dringende Bedürfnis nach einem dritten, das noch nicht geschrieben ist

Bücher: »Er hat alles Große verschissen« von Ludwig Fels

Zum Ende des Goethe-Geschäfts-Jahres wird eine gutgemeinte Denkmalschändung aus den Zwanziger Jahren neu aufgelegt: das Anti-Goethe-Pamphlet des Schriftstellers Jakob Haringer (1883 bis 1948)

Bücher: Wer das liest, erspart sich Ärger

Rat für die Tat: «Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« liefert wichtige juristische Hinweise für den zivilen Widerstand

Bücher: Mahlzeit!

Das Buch »Chemie in Lebensmitteln« mach das Essen schwerer, die Menschen dafür gesünder

Bücher: Pflichtlektüre für junge Polizisten

Noch ist die Bundesrepublik kein Polizeistaat. Aber der Apparat dafür steht bereit. Jürgen Saupe stellt neue »Ermittlungen in Sachen Polizei« vor

Bücher: Literatur der Angestelltenwelt von Hartmut Schulze

Martin Walsers neues Buch gehört zu dem halben Dutzend dieses Herbst», die überhaupt erwähnenswert sind. Aber es ist se reizvoll wie ärgerlich

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Der Fall Langemann oder richtiger die Strauß/Tandler/CSU-Affäre hat einen neuen Höhepunkt erreicht

Zur Erinnerung: Am 1. April hatte der Bayerische Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der Auftrag: »Die Zeitschrift KONKRET berichtet in ihrer März-Nummer über angebliche Praktiken und Einsätze des Bundesnachrichtendienstes (BND) während der 60er Jahre. Dabei stützt sie sich auf Informationen, die sie mittelbar und unmittelbar vom früheren BND-Mitarbeiter, Dr. Hans Langemann, jetzt Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Staatsministerium des Innern, erhalten habe. Die auf diese KONKRET-Veröffentlichung hin einsetzende Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen konzentrierte sich - unter weitgehender Vernachlässigung der geschilderten BND-Praktiken - im wesentlichen auf die Person Dr. Langemann, seinen Werdegang und seine Aktivitäten nach dem Ausscheiden aus dem BND.«

Der jetzt vorgelegte 41 Seiten umfassende Bericht der CSU-Mehrheit des Untersuchungs-Ausschusses wurde am 21. Juli vom Bayerischen Landtag diskutiert. Das Protokoll der Debatte umfaßt 62 Seiten. In 27 Sitzungen vernahm der Ausschuß über 100 Zeugen. Die Namensliste liest sich wie der Auszug aus »Who is Who in Germany«: Vom Ex-Vizepräsidenten Dieter Blötz bis zu Dr. Hans Ziegler, Ex-Chef des Bayerischen Verfassungsschutzes. Dazwischen Willi Daume, Professor Horst Ehmke, Hans-Dietrich Genscher, Alfons Goppel, Dr. Ludwig Huber, Erich Kiesl, Dr. Klaus Kinkel, Dr. Richard Meier, Dr. Bruno Merk, Dr. Günther Nollau, Prof. Dr. Kurt Rebmann, Dr. Edmund Stoiber, Dr. h.c. Franz-Josef Strauß, Gerold Tandler, Dr. Hans-Jochen Vogel, Gerhard Wessel.

Die Debatte währte viele Stunden, sie wird am 13. September in einer Sondersitzung fortgesetzt. Dann legt die Ausschuß-Minderheit ihren Bericht vor. Man darf gespannt sein. Aus der jetzigen Debatte sei aus dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Zech (FDP) zitiert:

»Die geschehenen Versäumnisse bei der Beaufsichtigung muß sich Innenminister Tandler politisch anrechnen lassen... Herr Minister Tandler, treten Sie zurück, solange Sie Ihrem politischen Ruf und dem Ansehen der Bayerischen Staatsregierung damit noch einen Dienst erweisen können!«

An dieser Stelle verzeichnet das Landtagsprotokoll Beifall.

Die Deutsche-Presse-Agentur (dpa) berichtete:

»Es begann Anfang März mit einer Geschichte im Hamburger Linksmagazin KONKRET. Gestützt auf angebliche Tonbänder Langemanns erfuhr die staunende Öffentlichkeit von BND-Agenten beim Vatikan, im Umfeld des früheren US-Präsidenten Nixon und des Wiener Kardinals König, von der 'Spiegel'-Affäre mit dem 'Klauen' von BND-Spesenrechnungen unter den Augen des Staatsanwaltes in den Redaktionsräumen des Nachrichtenmagazins, von NS-Material über Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), das Langemann in Washington aus dem Verkehr gezogen haben soll.«

DER SPIEGEL

Auch der »Spiegel«, zu Beginn der Affäre noch damit beschäftigt, unsere Berichte als »olle Kamellen« abzutun, kam zu später Einsicht:

»Zum Verhängnis wurden Langemann nicht die dunklen Geldtransaktionen von einem Tarnkonto aufs andere. Zu seiner Suspendierung führten nicht die abenteuerlichen Aktennotizen über vermeintlich in Bayern mißliebige Journalisten. Untersuchungen oder gar einen Untersuchungsausschuß gab es nicht, als er wirre Roman-Manuskripte mit Titeln wie 'Abraham Lincoln Katzenschlossers junior von A bis Z erlogenes geheimes Handbuch' vorlegte, die vom Ministerium als 'Mischung von wenig Realem und viel James Bond' abgetan wurden. Das Ende nahte erst, als Langemanns Erzählungen in der linken Zeitschrift KONKRET abgedruckt wurden - und zwar im 'Originalton des Staatsschutzchefs', wie Chefredakteur Manfred Bissinger vor dem Ausschuß betonte - 'An- und Abführung Langemann'.«

Münchner Merkur

Selbst Paul Pucher vom CSU-Leib-und-Magenblatt »Münchner Merkur« kam an den Realitäten nicht mehr ganz vorbei:

»Dem Minister Tandler wird man zumindest Fahrlässigkeit vorhalten müssen. Da Strauß gewußt hat, wessen Geistes Kind und was für ein Fabulierer dieser Langemann war, dürfen wir davon ausgehen, daß auch der Innenminister über ihn im Bilde gewesen ist... Ob er deshalb zurücktreten sollte oder müßte, ist eine Frage des Ermessens. Legte man die Maßstäbe

seiner eigenen Partei an, die unentwegt und kategorisch den Rücktritt irgendeines Mitgliedes der Bundesregierung fordert, dann müßte er allein deshalb zurücktreten, um mit gutem Beispiel voranzugehen ... «

Frankfurter Allgemeine

Die »FAZ« begann jetzt sogar Fragen zu stellen. Unter der Überschrift »Der bittere Nachgeschmack einer Untersuchung« formulierte sie:

»Es ist zu fragen, ob nicht eine Änderung des parlamentarischen Untersuchungsrechts, etwa eine paritätische Besetzung der Ausschüsse, diese nicht geeigneter macht, so verworrene Tatbestände aufzuhellen, wie die politische Verantwortlichkeit des Ministers oder der Staatsregierung ... Der Untersuchungsbericht der Mehrheit läßt keinen Zweifel daran, daß sich Langemann im Dienst schuldhaft gemacht hat. Dabei schoben die sechs CSU-Abgeordneten unter Führung des Ausschußvorsitzenden Hundhammer sogar den auslösenden Skandal beiseite: die Erzählungen des ehemaligen BND-Angehörigen Langemann aus seiner Pullacher Zeit, die dann - wie auch immer von Heigl oder anderen frisiert - in der Märznummer der linken Illustrierten KONKRET veröffentlicht wurden. Inwieweit damit Langemann, der Journalist Saupe und Chefredakteur Bissinger sich des Geheimnisverrats schuldig gemacht haben, bleibt den Untersuchungen des Generalbundesanwalts Rebmann überlassen. Die vorgeblich gelassene Hinwendung nach Karlsruhe... kann selbst in den Augen der CSU-Führung nicht verwischen, daß sich da Verhältnisse auftun, für die das Passauer Saustallzitat von Strauß nicht ganz unpassend wäre.«

Passauer Neue Presse

Apropos Passau. Die »Passauer Neue Presse«, das niederbayerische Kampfblatt der Christ-Sozialen, zitiert aus einer Wahlversammlung den CSU Fraktionsvorsitzenden Gusti Lang:

»Die KONKRET-Veröffentlichungen hätten bereits mit Wahrscheinlichkeit ein Menschenleben gefordert, dies in der nachrichtendienstlichen Szene.«

Das wollten wir genauer wissen. Unser Anwalt Helmuth Jipp fragte nach, und Gusti Lang brauchte drei engbeschriebene Seiten, um zu erklären, daß er falsch zitiert worden sei. Auszug aus Langs Brief an Jipp:

»Dies war nur ein kurzer Teil meiner Rede. Sie, bzw. Ihre Mandatschaft, wissen, daß dieser Untersuchungsausschuß 'Dr. Langemann' ausschließlich auf die Veröffentlichungen der von Ihrer Mandatschaft herausgegebenen Zeitschrift KONKRET zurückzuführen ist... Der entstandene Schaden für den BND, der Vertrauensverlust, wiegen schwer. Mehr möchte ich jetzt nicht sagen... Im übrigen werde ich mich daran halten, keine Erklärung in dieser Sache abzugeben, die zu Mißverständnissen führen könnte.«

Ganz schön kleinlaut. Auf einmal. Die CSU ist mal wieder erwischt worden. Das zeigt auch ein Brief des CSU-Anwalts Dr. Georg Romatka, der uns namens der bayerischen Staatspartei mitteilte:

»Ich bin daher beauftragt, Ihnen im Namen und in Vollmacht meiner Vollmachtgeber mitzuteilen, daß sie es in Zukunft unterlassen werden, über Ihre Partei zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen,

1. Bei KONKRET handle es sich um ein 'Polit-Schmierblatt',

2. im Zusammenhang mit den im Jahre 1982 bis zum April erschienenen Ausgaben der Zeitschrift KONKRET,

a. es seien 'Schmierfinken am Werk' gewesen

b. es handle sich um 'übelste Methoden der Verleumdung'

c. es handle sich um 'KONKRET-Schleim'

d. dem Artikel 'Die neue Strauß-Affäre' in der 'KONKRET-Ausgabe April 1982 hätten - erkennbar unwahre - Informationen aus Ostberlin zugrunde gelegen.

Die Unterlassungserklärung wird wie üblich dadurch gesichert, daß meine Mandantin für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe von DM 5.000, deren Höhe gegebenenfalls durch das Landgericht München, 25. Zivilkammer, zu überprüfen ist, zusichert.« Gezeichnet: Dr. Georg Romatka. Ein entsprechendes Gerichtsverfahren (KONKRET 6/82) ist damit auch erledigt.

Inzwischen hat die Affäre aber noch eine weitere Affäre produziert. Auf »unerklärliche« Weise verschwand aus der Sendezentrale des Norddeutschen Rundfunks ein Film des Magazins »Panorama«, in dem Stefan Aust den Langemann-Skandal aufbereitet hatte.

Altmühl-Bote

Zitiert sei diesmal ein Kollege aus Gunzenhausen.. Im »Altmühl-Boten« schreibt er:

»Ebenso mysteriös wie die Geschäfte des Herrn Langemann ist das Verschwinden des TV-Beitrages über den zwielichtigen Staatsschützer... Unangenehm für die CSU, der die Affären von und um Langemann wie ein Schatten folgen, wo sie doch beteuert, ihn nie so recht gemocht zu haben. Es ist klar, daß die Christsozialen da sauertöpfisch reagieren und finstere Machenschaften argwöhnen. Schließlich ist man mit den Nordlichtern politisch noch nie so recht ausgekommen. Und ein paar Straßenecken entfernt von der Hamburger Sendezentrale sitzt doch dieses Wochenmagazin *(noch nicht Herr Kollege, aber es kann ja noch werden),* das der CSU mit seinen Enthüllungen die ganze Langemann-Affäre eingebrockt hat ... «

Handelsblatt

Das Düsseldorfer »Handelsblatt«, der deutschen Wirtschaft allerliebstes Mitteilungsblatt, widmet dem verschwundenen Film eine ganze Spalte. Der Schluß sei hier wiedergegeben:

»Bayern... sollte staatsanwaltschaftliche Hilfstruppen zu den Hamburger Nordlichtern schicken, die mit den Ermittlungen des Film-Klaus beim NDR befaßt sind. Eile ist geboten, denn wenn KONKRET, 'Spiegel' oder 'Stern' sich der Sache noch intensiver als bisher angenommen haben, könnte es gut sein, daß die Öffentlichkeit unter einem gewissen Blickwinkel früher erfährt, was da wo und wie und wann im Sender schiefgelaufen ist - damit es als Geheimdienststory schön antibayerisch verkauft werden kann.«

Gemach, gemach. Wir brauchen den Film nicht. Wir haben Langemanns Tonbänder und Akten. Das reicht.

P. S. Dies sind nur ein paar der Zeitungsausschnitte, die über KONKRET seit unserem August-Heft erschienen sind. Insgesamt waren es über 600. Eine Meldung soll nicht unter den Tisch fallen. dpa berichtete:

»Das designierte. neue Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Firma Hapag-Lloyd, Kurt A. Becher, wird sein Amt nicht antreten. Dies teilten die Rechtsanwälte von Becher am Freitag in Hamburg mit. Gegen den Getreidekaufmann und ehemaligen Angehörigen der SS läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord.-.. Bechers Berufung in den Aufsichtsrat hatte bei Gewerkschaften und dem Betriebsrat des Unternehmens heftige Proteste ausgelöst. In einem im Hamburger KONKRET-Verlag erschienenen Buch war er mit Massenerschießungen in Rußland während der Nazi-Zeit in Zusammenhang gebracht worden..«

Konkret 09/82, S. 6

an Konkret

Nicht mehr Nazis als woanders

KONKRET NR. 8/82: »Nürnberg, Germany« - Sabine Rosenbladt über den alltäglichen Rassismus in der Bundesrepublik

Eine Zusatzinformation zu dem ansonsten gut recherchierten Artikel: Der bezüglich der »deutschen Beerdigung« von Frieda Huscher erwähnte Trauerredner war niemand anders als Altnazi Erwin Schönborn persönlich. Schönborn, Initiator der nazistischen »Grünen Aktion Deutschland« (GAD) und Busenfreund von Naziblattmacher Klaus Huscher (»Denk mit«), bewegte sich am 9. Juli quasi unter Polizeischutz auf dem Nürnberger Westfriedhof, obgleich er bundesweit von diversen Rechtsanwälten wegen anhängiger Strafsachen gesucht wird. Polizei, Justiz und Verwaltungsbehörden sahen sich bisher nicht in der Lage, Auskunftssuchenden die Adresse Schönborns mitzuteilen. Nach unseren Recherchen wohnt Erwin Schönborn seit einiger Zeit in Nürnberg.

WOLFGANG LOTH

PLÄRRER VERLAGS GMBH

NÜRNBERG

Als alter »Pardon«- und neuer KONKRET-Leser möchte ich mein Lob über das KONKRET-Heft, das ich in den Händen halte, nicht verhehlen. Weiter so, das »Abo« bleibt!

Eine kleine Anmerkung zum Nürnberg-Artikel: Solche Artikel gibt es heutzutage viel zu wenige und leider werden sie meist nur von den Leuten gelesen, die eh' Bescheid wissen (wie KONKRET-Leser). Solange es aber die »Bild«-Zeitung mit Spitzenauflagen von rund fünf Millionen gibt, bleiben solche aufklärenden Artikel ein Tropfen auf einem heißen Stein. Trotzdem weitermachen, vielleicht nützt es irgendwann mal etwas**.**

UDO GIESINGER

PFINZTAL

»Nürnberg, Germany ... « - so eben nicht.

Das war nicht der Inhalt des Gesprächs, den ich und andere Leute aus dem »KOMM« über Neofaschismus der Sabine Rosenbladt vermitteln wollten. Im Artikel sind Klischees und Tatsachen, vermischt mit Antifaschismus á la Tradition, so aneinandergereiht, daß kaum mehr als Betroffenheit entsteht, bzw. Uninformierte über Nürnberg verwirrt sein müssen.

Nürnberg hat nicht mehr und nicht weniger Nazis als andere Städte, und die »faschistische Bewegung« ist nicht anders als anderswo. Und in Nürnberg gibt es eben auch Skepsis über die allzu schnelle Verwendung des Begriffes »Faschismus«, Aufmarschtaktik und Frontdenken einiger Linker, die letztlich Instrumentalisierung unter bestimmte Fahnen und Stigmatisierung von Leuten bedeutete. Das haben viele in der Zwischenzeit gelernt. Deshalb gibt es weniger Demonstranten.

Es ist schade, daß aus dem Vorwort der KOMM-Zeitung 28 zu dem Interview mit einem jugendlichen Neofaschisten nichts abgedruckt wurde: »Linkes Bewußtsein... fußt auf einer intellektuellen Verarbeitung. Die emotionale ganzheitliche Einbettung, wie sie rechte Organisationen schaffen, können wir nicht leisten. Aber es sind zwei Sachen in dem Ansatz vorhanden, die uns auch für unsere alltägliche Arbeit nützen können. Es ist das Ernstnehmen des Bewußtseins von rechten Jugendlichen, das Erkennen, daß es wahr ist, daß dort man ansetzen muß, daß die Einteilung in richtiges und falsches Bewußtsein nichts bringt. Und als zweites, was schon aus dem ersten folgt, ist der Verzicht, die Ablehnung eines Feindbildes, rechten Jugendlichen gegenüber, bei uns selbst. Eine sinnvolle politische Arbeit kann nicht in einer Antihaltung ihnen gegenüber bestehen, sondern in der Verdeutlichung dessen, was für *uns* die Werte und Ziele einer Welt darstellen. Der beständige Kontakt und die Konfrontation mit dem, was wir wollen, und nicht die Ausgrenzung sind die einzige Möglichkeit einer wirksameren Politik gegenüber Jugendlichen, die auf rechts abfahren«.

Die Diskussion über das Verhältnis zum rechten Extremismus und entsprechender politischer Praxis blieb bekannterweise in der Linken aus. Somit war und ist es staatlichen Stellen überlassen, den rechten Radikalismus in ihr Kalkül zu übernehmen. Und das ist weitaus peinlicher als der Schluß des Artikels über Nürnberg.

PETER HESS

KOMM-ZENTRUM

NÜRNBERG

Das Foto habe ich am 11. Juli 1981 in der Nürnberger Königstraße aufgenommen. Die beiden Zettel waren an der Eingangstür einer Spielhalle aufgehängt worden.

RAINER SCHOBESS

GÖTTINGEN

Berichtigung

KONKRET 7/82 + 8/*82: »Der Kronzeuge packt aus« von Stefan Aust und Leserbrief von Philipp Heinisch dazu. Beim Abdruck des Briefes ist uns ein technischer Fehler unterlaufen, wir drucken noch einmal den korrekten Text:*

Als Verteidiger im Schmücker-Prozeß habe ich das Geständnis Hochsteins mit wachsendem Interesse gelesen. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse werden mit Sicherheit die Beweisaufnahme im Schmücker-Prozeß bereichern. Was aber an dieser Stelle schärfsten Protest gebietet, ist die in Ihrem Bericht belegte Tatsache, daß Rechtsanwalt Dulde, Interessenvertreter von Hochstein und dessen Verbindungsmann zu dem Verfassungsschützer Grünhagen gewesen ist, während der Sozius von Rechtsanwalt Dulde, Rechtsanwalt Belschner, Zwangsverteidiger von General Klöpper im 2. Juni-Prozeß gewesen ist. Das bedeutet, daß ein und dieselbe Anwaltssozietät die Interessen eines vom Verfassungsschutz bezahlten Kronzeugen vertritt und auf der anderen Seite - wie auch immer - die Interessen eines von diesen Kronzeugen Beschuldigten vertritt!

Wenn man sich vor Augen hält, daß es einer Anwaltssozietät verboten ist, eine einverständliche Ehescheidung zu vertreten, d.h. ein Sozius vertritt den Ehemann, ein anderer Sozius die Ehefrau - beide sind damit einverstanden -, so ist doch eine krassere Interessenkollision in einer Sozietät kaum vorstellbar als die, daß ein Sozius einen Belastungszeugen vertritt, während der andere den Belasteten verteidigen soll.

Ich bin gespannt , ob die Öffentlichkeit, vor allen Dingen aber unsere berufsständische Organisation solches schweigend hinnimmt und hoffe, daß auch Sie die Dinge nicht auf sich beruhen lassen.«

PHILIPP HEINISCH

RECHTSANWALT

BERLIN

Grelle Modelle in Ostberlin

KONKRET NR. 8/82: » Wir wollen artig sein« - Sabine Bredy und Fotografin Ilse Ruppert verbrachten ein Wochenende bei Punks in Ostberlin

Wie clever, sich jeden Bären aufbinden oder tanzen zu lassen. Die DDR mit vorurteilsvollen Augen, mal wieder geschafft. Die linke Gehirnhälfte verrenkt und dem Sozialismus nichts geschenkt. Als Leser leider nur geträubte Haare gehabt.

GÜNTER BAHR

BERLIN

Warum nur mußtet Ihr gerade diese grellen Modelle Sabine Bredy und Ilse Ruppert (Hellmut Newton goes New Wave ...) für ein so wichtiges Thema in die DDR schicken? Ich hatte beim Lesen nur das Gefühl, da gehen zwei Scene-Bräute los und haben nichts weiter als ihre Projektionen im Kopf, nämlich, daß es -verdammtnochmal - doch auch in der DDR die Punks als Teil einer nichtstaatlichen Jugendbewegung zu geben hat. Und daß das Nichtvorhandensein von musikalisch einstürzenden Neubauten schon ausreicht, um die dortige Jugend-Kulturpolitik aus den Angeln zu heben.

Ich mag auch diesen Zynismus nicht, mit dem die anderen Jugendlichen, die sich »zur Lindenberg-Schnulze wiegen«, da behandelt werden. Genau das ist »Stern« (und Bissinger sollte es doch wissen) und nicht KONKRET! Anstatt sich mit den wirklichen Problemen auseinanderzusetzen, die ja da sind und über die man schreiben sollte, wird in einem rotzigen Ton die sozialistische Decke hochgehoben, ob sich da nicht vielleicht doch eine Scene nach Wessiland-Maßstäben drunter versteckt. Mensch, daß da kulturpolitisch einige schlimme Finger laufen, das wissen wir doch wohl alle. Schreibt doch mal darüber, über den Alltag und nicht über die Sachen, die sicherlich vorhanden sind, aber doch bitte nicht relevant. Und schickt die klugen Frauen die ihren borniert-intellektuellen Antikommunismus nicht so vor sich hinschreiben wie Bredy und Ruppert.

STEFAN KRAUSE

BERLIN

Auf das sich mal was ändert...

KONKRET NR. 8/82: Vorwort von Manfred Bissinger

In seinem Erfolgserlebnisbericht über die Auflagenzahlen schreibt Manfred Bissinger von der »Linken Zeitung«. Ist dieser Anspruch nicht eine Nummer zu groß?

Wer die Real-Linken meist mit Hohn oder Spott überzieht, wie in der Glosse über den Ex-Vorsitzenden des MSB Spartakus (Vorsicht vor Dogmatikern), wer in der DDR eine (zum Glück noch nicht vorhandene) PUNK-Un-Kultur mit journalistischer Magie hervorzaubert oder Verfechter der totalen Abschreckungstheorie (wie Günter Gaus) zu seinen ständigen Autoren rechnet, müßte seine Glaubwürdigkeit zu einer Linken Politik beweisen. Wer mit eigenen Beiträgen selbst Perspektivlosigkeit zeigt, braucht sich über eine solche der Grün-Alternativen, der Antiatom- und der Friedensbewegung nicht zu beklagen.

Eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer. Je nach Laune wohlwollende oder kritische Berichte über die Linke Szene machen ein politisches Magazin noch nicht zu einem Leitwerk! Oder haben etwa die sogenannten »Linken« in der SPD den Verfall dieser Partei verhindern helfen?

SIEGFRIED KLÜCKMANN

LENSAHN

Ich bin Arbeiter (48) und lese KONKRET seit längerer Zeit regelmäßig. Durch die redaktionelle Umstrukturierung ist die Zeitschrift noch informativer geworden. Diesmal fand ich »Tod per Telespiel« sehr interessant. Auch Hermann L. Gremlizas Kolumne »Der sekundäre Kanzler« war sehr gut. Herr Schmidt aus Barmbek ist ja seit einiger Zeit auch Doktor - er soll sich man stets vor Augen halten, daß in jedem »Doktor« auch ein »tor« steckt: »Tor« ist verwandt mit »töricht«!

HORST FANGMEIER

LENGERICH

Zuerst ein uneingeschränktes Lob für die »wiederauferstandene« KONKRET. (Ich habe sie früher - so Ende der 60er - sehr geschätzt.) Was mir besonders gefällt, ist die umfangreiche sachliche Darstellung in den Artikeln. Und mir gefällt der Mut, mit dem die heiße Themen anfassen.

Daß 69 Prozent der KONKDET-Leser Abi/Hochschulreife haben, darauf würde ich nicht besonders stolz sein. Ist es nicht gerade wichtig, den 89 Prozent der Menschen hier, die nicht so »schlau« sind, so gute Informationen, wie sie KONKRET bietet, zukommen zu lassen? Auf daß sich in diesem Land mal was ändert.

A. KUHMICHEL

BERLIN

Bissinger nennt KONKRET im letzten Vorwort »eine linke Zeitschrift ohne sexistische Verpackung« - schön wär es. Die ach so frauenfreundlich-linken Männer von KONKRET scheinen ja eine besondere Definition von Sexismus zu haben, wenn sie den Comic von M. Marek im Heft 7 sowie die Titelbilder von Heft 8 und Heft 3 (Bericht über Gynäkologen) nicht als sexistisch einstufen. Eine hübsche Blondine sowie ein paar schlanke, glatte Frauenbeine - warum zeigt Ihr eigentlich keine alte, nicht schlanke Frau mit Falten? Bezüglich der Darstellung von aufreizenden »Idealfrauen« liegt Ihr wohl eher auf »Bild«-Niveau denn auf dem einer linken Zeitschrift.

GUDRUN NIEWENDICK

MÜNSTER

Das Schlimmste

KONKRET NR. 8/82: »Antwort an einen Zwerenz« - Michael Schilling über Seite 207 aus dem neuen Buch von Gerhard Zwerenz

Besten Dank an KONKRET für die Werbung, die meinem Buch »Antwort an einen Friedensfreund oder Längere Epistel für Stephan Hermlin und meinen Hund« durch die Kritik zuteil wird.

Leider enthält die Kritik zwei schwerwiegende Fehler. KONKRET schreibt: »Zwerenz ist nicht der schlimmste, aber ein typischer Vertreter des Genres.« (Gemeint sind die schlimmen und schwafelnden PEN-Feuilletonisten!) Doch das ist falsch. Zwerenz ist der schlimmste, und nur das ist richtig.

Weiter schreibt KONKRET: »Zu allem fällt ihm (Zwerenz) etwas ein, was tausend anderen vor ihm auch schon eingefallen ist.« Auch das ist falsch. Richtig ist, Zwerenz beweist unter anderem in seinem Buch, daß die Nato dem Warschauer Pakt nicht wie behauptet konventionell unterlegen ist. Zwerenz beweist das anhand von Zahlen, aber auch von Qualitäten der Panzer und Ausbildung. Dies haben vorher nicht »tausend« andere getan. Erst heute, am 29.7.82 veröffentlicht unsere Presse Zahlen aus einer Studie des Strategieforschers und General a. D. Fritz Krause, der seinerseits mit neuen Materialien die behauptete konventionelle Unterlegung des Westens gegenüber dem Osten als falsch zurückweist. Im übrigen standen auch in KONKRET schon die vom Westen genannten falschen Panzerzahlen. Endlich geht, wer Waffen nur zählt, schon in die Irre. Andere Faktoren sind ebenso wichtig. Doch das muß ein KONKRET-Kritiker nicht wissen.

im übrigen danke ich herzlich für die Belehrung, den seligen Hut des Herrn Gessler betreffend. KONKRET merkt wirklich alles. Jeder Lehrer, der mit ABC-Schützen zu tun hat, kann seine helle Freude daran haben.

GERHARD ZWERENZ

SCHMITTEN

Konkret 09/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Dialektik in Grün

Darin ist große deutsche Einigkeit: die Grünen sind gut oder böse, nützlich oder schädlich, haben recht oder unrecht, müssen geliebt oder bekämpft werden, gehören gewählt oder verboten. Bürger und Bauer können's nicht besser wissen. Daß sich aber auch Sozialisten und Kommunisten so plattem Urteil überlassen, wäre allein Grund genug, ihnen die Grünen auf den Hals zu wünschen.

Was für Tröpfe sind das, die im Gedränge von Kernkraft-Gegnern, Friedensfreunden, Biodynamikern und Basisdemokraten nur die Chlorophyl-Faschisten wahrnehmen? Und was für Köpfe, die an der Garderobe des nächsten Landesparlaments den politischen Verstand abgeben - als habe Petra Kelly, weil ihre Partei in der ersten Hälfte ' der achtziger Jahre sechs oder acht Prozent der westdeutschen Wählerstimmen gewinnt, Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Mao auf einmal widerlegt. Komischer als solche Fünf-Prozent-Renegaten sind nur noch jene alten Hexenmeister, die in die grüne Brandung rufen: »In die Ecke, Besen, Besen, seid's gewesen, *denn als Geister ruft euch nur zu seinem Zwecke stets der alte Meister.* « Die Massen gehören nämlich theoretisch uns.

Wenn es für die Linken hier und jetzt mangels Masse schon nicht darauf ankömmt, die Welt zu verändern, käme es doch darauf an, sie richtig zu interpretieren, den Kopf oben zu behalten und eine widersprüchliche politische Erscheinung in ihren Widersprüchen zu begreifen, das Richtige im Falschen und das Falsche im Richtigen zu entdecken, das Produktive im Destruktiven, das Neue im Alten.

Die Grünen (der Bequemlichkeit halber als Sammelbegriff auch für Grün-Alternative und Alternative) sind *ein* Ausdruck für die Krise des herrschenden politisch-ökonomischen Systems. Sie sammeln den Widerstand gegen atomare Bedrohung, Zerstörung der Natur, psychische und physische Verelendung. (Einen im Sinn: Sie ordnen den Widerstand auch, machen ihn kalkulierbar und damit zugänglich dem Versuch, ihn systemgerecht zu überwinden.)

Es ist nicht der Widerstand der unterdrückten Klasse, aber halt auch nicht nur der Widerstand marginaler Gruppen der herrschenden, sondern die Selbstverteidigung »Betroffener«: Anwohner gegen Einflugschneise, Mieter gegen Baukapital, Vegetarier gegen chemischen Salat, Radfahrer gegen Abgas-Industrie, Lebender gegen Atomtod. Es ist nicht der Aufstand der hungernden Verdammten dieser Erde, sondern der Protest aller, die es satt haben, Glück und Leben an »Sachzwängen« scheitern zu sehen: am notwendigen Wachstum des Sozialprodukts, am erforderlichen Verkehrsaufkommen, an der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, an den Verpflichtungen im Bündnis, am Gleichgewicht der militärischen Kräfte, an Koalitionszwängen. Sie sind es leid, daß jede Auseinandersetzung schließlich zugunsten der Entscheidung endet, die den Einsatz von Beton verlangt: Startbahnen, Stadtautobahnen, Trabantenstädte, Kernkraftwerke, Abschußrampen. Es ist ein Kalauer der Zeitgeschichte, daß einer der markantesten Vertreter dieser Politik ein gelernter Beton-Facharbeiter ist.

Dem bunten Gemisch der »Betroffenheiten« entspricht das Chaos der grünen Forderungen, ihr moralisierendes Pathos, das zu oft die Erhabenheit des »WimS«Mottos »pro bono, contra malum« streift. Alles muß besser werden: ein bißchen Friede, ein bißchen Sonne, heile Bäume, glücklicher Lohn für glückliche Arbeit, »Nächstenliebe und Solidarität« (Petra Kelly). Sie verdrängen oder haben nie gewußt, was das System, dem sie 4s bessere Morgen abfordern, in seinem Innersten zusammenhält: die Anhäufung von Kapital. Gemacht wird, was profitabel ist - und das steht keineswegs im Gutdünken dieses oder jenes Kapitalisten, er ist - um den Preis seines Untergangs und *dieser* Gesellschaft Zusammenbruch - dazu verdammt. Die grundlegende Analyse (man kann es nicht häufig genug sagen) heißt »Das Kapital«, nicht »Der Kapitalist«. Alternative Energie-Anlagen werden in diesem System gebaut, wenn sie mehr abwerfen als Atomkraftwerke, keinen Tag früher oder später.

Doch die historische Alternative ist in hundertjähriger Verfolgung fast gänzlich liquidiert, Sozialisten und Kommunisten sind in der Bundesrepublik eine kleine radikale Minderheit, geduldet aber geächtet, die kommunistische Partei gar »zugelassen«, mit Auflagen, vom damaligen Kanzleramtsminister Horst Ehmke. Sozialismus ist in der Bundesrepublik 1982 keine politische Kraft.

Die Grünen sind es. In weniger als einem halben Jahrzehnt haben sie das stabilste Parteiensystem Westeuropas aufgesprengt, dessen Schutzwälle durchbrochen, sind in Parlamente und Medien eingedrungen, haben Platz geschaffen für Themen und Meinungen, die lange aus der öffentlichen Diskussion verbannt waren. Wobei die Themen meist besser sind als die guten Meinungen dazu. Endlich werden die vierzehn Millionen Menschen, die jährlich in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens an Hunger sterben, auch in öffentlicher Debatte aus dem Sumpf sozialhelferischer Befassung gezogen. Und es war Petra Kelly, die im ZDF sagen konnte, daß »wir« auf dem Rücken dieser Menschen reich geworden sind. Daß sie zugleich den Imperialismus »Nord-Süd-Konflikt« nannte, daß der Bundesvorstand der Grünen kurz zuvor »Zweifel« beschlossen hatte, »ob die sogenannten Volkskongresse in Libyen tatsächlich den basisdemokratischen

Ansprüchen der Grünen gerecht werden«, gibt Zeichen von der imperialen Borniertheit, die das theorielose Gefühle auch grüner Politiker beherrscht. (Sollen die ausgebeuteten Völker des Südens statt auf Gaddafi, Mugabe und Chomeini auf die Schwestern Theresa und Petra setzen?)

Dennoch bleibt, gemessen an der Verkommenheit einer sozialdemokratisierten Arbeiterbewegung, selbst die Larmoyanz grüner »Betroffenheit« ein nicht nur humaner, sondern auch politischer Fortschritt. Und die splitterrichterlichen Urteile sogenannter Sozialisten, die an den Grünen nur Programmlosigkeit, Widersprüchlichkeit und Illusionen wahrnehmen, geraten zu politischer Reaktion.

Als Partei werden die Grünen die achtziger Jahre nicht überleben. Wenn ihre gesammelten Forderungen an die Systemgrenze stoßen, muß das Bündnis platzen. Die Wahl zwischen (zerstörerischem) Wachstum und Arbeitslosigkeit ist - unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise - keine Fiktion. Auch die Grünen werden sie beantworten müssen - oder die Machtfrage stellen. Die Grünen wären sie dann nicht mehr.

Bis dahin wird man sie wählen müssen. Die Vielfalt der Gruppen und Interessen, die sich in den Grünen tummeln, ermöglicht es auch Sozialisten, mitzumachen ohne sich einmachen zu lassen. Ihre Aufgabe ist es, die Widersprüche bewußt zu machen, die Endlichkeit der Grünen im Kopf zu behalten und ihnen auf die Finger zu klopfen, wenn sie wichtigere gesellschaftliche Erscheinungen - wie die Friedensbewegung - zum Spielball ihrer parteilichen Wahlinteressen degradieren wollen.

Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorbei: selbst die kühnsten Reformen taugen bestenfalls noch dazu, die Krisen zu dämpfen, die Zerstörung von Mensch und Natur ein wenig zu bremsen, den letzten Krieg ein bißchen hinauszuschieben. Sozialismus ist nicht in Sicht, der Sturm aufs Winterpalais, der heute den disziplinierten Aufmarsch verlangte, wird nicht morgen stattfinden. Welches Risiko laufen wir also mit den Grünen?

Konkret 09/82, S. 10

Nachrichten

Friedensfahrplan

Nun gibt es von der BBU schon einen Termin-Fahrplan für die Friedensbewegung: am 1. September ist Antikriegstag, am 4. September die große Friedensdemo zum Katholikentag in Düsseldorf, am 11. September die Großveranstaltung zum Krefelder Appell (siehe auch Seite 72), Mitte November gibt es bundesweite Friedenswochen, und am 12. Dezember folgen Aktionen zum Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses. Für 1983 sollten bereits drei Termine eingeplant werden: Ostermärsche, evangelischer Kirchentag in Hannover (Juni) und natürlich der Sonderparteitag der SPD zur Nachrüstung im Herbst.

Berufsmäßiger Chaot

»Es ist eine Genugtuung, daß einer mal das Ende gefunden hat, was er verdient. Sie sollten für alles verantwortlich gemacht werden, was ihr Produkt ausgefressen hat. Dieser bärtige, langmähnige Schweinskopf ... « Den Text unterzeichnete »Einer für viele« und schickte ihn an die Eltern von Klaus-Jürgen Rattay, der am 22. September 1981 bei einer Demonstration in Berlin von Polizisten auf eine dichtbefahrene Straße geprügelt und von einem Bus tödlich verletzt worden war.

In der Spalte Beruf des »Leichenbegleitscheins« schrieb Polizeihauptkommissar Kurt H. von der »einliefernden Dienststelle« schlicht: »berufsmäßiger Chaot«. Die vom Berliner Senat versprochene genaue Untersuchung des Todes von Rattay wurde bereits zweimal von der Staatsanwaltschaft eingestellt, die Eltern Rattays haben im Juni dieses Jahres erneut Beschwerde eingelegt. Ein »Fremdverschulden«, so fanden die Staatsanwälte heraus, könne nicht nachgewiesen werden. Kein Wunder, bei der Spuren»sicherung« leistete der Polizei-Wasserwerfer ganze Arbeit. Und das verkehrstechnische Gutachten, das in wesentlichen Punkten der Einstellungsbegründung widersprach, wurde nach einem Gespräch mit dem unabhängigen Gutachter am 22. März 1982 eigenhändig von Oberstaatsanwalt Ludwig nachgebessert. Ein Protokoll des Gesprächs gibt es nicht, wohl einen Vermerk des Oberstaatsanwalts: »Die Erörterung ergab, daß das Gutachten in mehreren Punkten zu korrigieren war.«

Gestörte Ordnung

Untersuchungsgefangene sollen nicht verunsichert werden. Dafür gibt es die Briefzensur in deutschen Gefängnissen. In der Verfügung des Vorsitzenden der 1. Strafkammer des Landgerichts München heißt es: »Die dem Brief an den Untersuchungsgefangenen Wolfgang Bihlmeir beiliegende Fotokopie einer Druckschrift KONKRET Extra - Das zweite Geständnis des Reiner Hochstein wird angehalten und ist zur Habe des Gefangenen zu nehmen.«

Richter Urban begründet die Zensur damit, daß den »staatlichen Behörden planmäßiges ungesetzliches und strafbares Verhalten bei der Beschaffung von Zeugenaussagen sowie Vollzugsbeamten rechtswidriges Verhalten gegenüber Gefangenen« vorgeworfen werde. Der Richter: »Unabhängig von dem Wahrheitsgehalt einzelner geschilderter Umstände bildet *derartiges Schrifttum, wenn es in einer JVA kursiert, eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Anstalt.«

Des einen Leid – des andern Freud

1982 werden nach Schätzungen des »Instituts der Deutschen Wirtschaft« 13.000 Unternehmen in der Bundesrepublik Konkurse anmelden oder Vergleiche schließen müssen. Allein in Nordrhein-Westfalen nahmen die Pleiten um 45 Prozent gegenüber 1981 zu. Als Hauptursache gibt das Unternehmer-Institut den derzeitigen »Rekordverschuldungsdruck« an. Dieser »Druck« bescherte der »Deutschen Bank« für das laufende Jahr ein neues Rekordergebnis. Ihr Betriebsgewinn für das erste Halbjahr 1982 nahm um 16,7 Prozent zu und stieg auf 902,3 Millionen Mark. Er resultiert ausschließlich aus höheren Zinserträgen.

Entwicklungshilfe für Israel

Israel ist ein Entwicklungsland. Wenigstens für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 140 Millionen Mark Entwicklungshilfe bekam Begin 1981 aus Bonn. 60 Millionen davon waren für die Verbesserung der Infrastruktur in wirtschaftlich schwachen Gebieten und den Wohnungsbau gedacht. 80 Millionen bekommen sie für den Ausbau ihrer Agrar- und Wirtschaftsstruktur.

Nötig hatten es die Israelis 1981 gaben sie 7,34 Milliarden Dollar für Rüstung aus.

Tiefflieger

Die Morgenpost (Mopo) ist eine Hamburger

Alfons Pawelcyk der Hamburger Innensenator. Das ist an sich noch keine Meldung. Doch der Mopo - die nicht gegen ihre Hamburger Springer Konkurrenz kämpft, sondern gegen sinkende Auflagenzahlen - ist jede Meldung recht. Am 4.8.1982 liest der Mopo-Leser exklusiv auf Seite 1: »Das ist der Hitze-Skandal - Polizeihubschrauber jagt Polizisten ohne Dienstmütze«. Der Innensenator selbst soll laut Mopo zwei Streifenpolizisten im Tiefflug mit dem Hubschrauber verfolgt haben, weil sie ohne ihre weißen Dienstmützen die Bevölkerung schützten.

»Was Sie in diesen Zeilen lesen, ist kein Witz, sondern ein Dokument«, rechtfertigt sich die Mopo. Das Dokument hatte sie jedoch aus dem Polizeispiegel 7/8 1982, dein Mitgliedsblatt der Polizeigewerkschaft, abgekupfert. Was dort noch als Satire stand, wurde in der Mopo zur Nachricht.

Ernstgenommen hatte diese Meldung auch der Polizeipräsident. Am 12.8.1982 gab es dann auf Seite 1 der Mopo eine dreispaltige Gegendarstellung: »... daß es zu keinem Zeitpunkt eine Anweisung gab, nach der der Polizeihubschrauber im Tiefflug Polizeibeamte ohne Kopfbedeckung und deren Fahrzeug zu identifizieren habe...

Dr. Redding, Polizeipräsident«

Guten Morgenpost

Zitat

»Wir schaffen den Wechsel.«

Wahlslogan der FDP in Hessen

Kleine Geschenke erhalten den Umsatz

Über 60 Menschen sollen am Rheumamittel Coxigon gestorben sein. Die Neben-Wirkung« waren dem US-Pharma-Konzern Eli Lilly vorher bekennt

»Die Nebenwirkungen des Rheumamittels 'Coxigon' wurden uns auf Dias vorgeführt. Wir sahen Patienten mit verbrennungsartigen Hautschäden und sich ablösenden Fingernägeln. Verschiedene Direktoren der Konzernzentrale versuchten, uns klarzumachen, daß die Patienten von der Wirkung des neuen Präparats derart begeistert wären, daß sie gern die Nebenwirkungen in Kauf nehmen würden«, berichtet Peter Sichrowsky, der als Marketing-Leiter für Österreich und die Schweiz bei der »Coxigon-Konferenz« des US-Pharma-Konzerns Eli Lilly im April 1980 in der Nähe von London dabei war. Die Kaltschnäuzigkeit des Konzerns, dem außerdem die Kosmetikfirmen Elisabeth Arden und Chloe gehören und der auch Futtermittel, Tiermedizin, Pflanzenschutzmittel und Herzschrittmacher vertreibt, ist bisher unübertroffen. Arzneien werden beworben und verkauft wie Waschmittel.

Sichrowsky zu KONKRET**:** »Die Strategie für Europa war, im Norden und im Herbst mit der Einführung zu beginnen, da in diesen Gegenden zu diesen Jahreszeiten mit keiner massiven Sonnenbestrahlung der Patienten zu rechnen war. Dabei wurde vergessen, daß viele Menschen, einen Teil des Winters im Süden verbringen. Die ersten schweren Hautreaktionen waren daher bei Patienten zu beobachten, die Winterurlaub auf Mallorca machten.«

Der Pharmakonzern Eli Lilly war bisher in erster Linie im »Krankenhausmarkt« vertreten. Um in den 80er Jahren weiter fett absahnen zu können, konzentrieren sich die amerikanischen Pillendreher seit zwei Jahren auf den »Verschreibungsmarkt«. Als Werbeaktion schickten sie bundesrepublikanischen Ärzten 10.000 Lilien in die Praxen und zahlten ihnen für das »Austesten« des Coxigon 30 Mark pro Patient.

Ähnlich skrupellos verfährt Eli Lilly mit Antibiotika. Um die beiden von dem Konzern hergestellten Medikamente Oracef und Panoral an Arzt und Patient zu bringen, werden vom Lilly-Konzern verschiedene Verkaufsstrategien »gefahren«. In

England und den USA wird mit zwei Außendiensten gearbeitet. In der Schweiz wurde das eine den Kinderärzten, das andere allen übrigen Ärzten vorgestellt. In der Bundesrepublik ließ Lilly Oracef von der Firma Thomae (einer Tochter des Boehringer-Konzerns) vertreiben. Als beliebte - und erfolgreiche - Strategie gilt es bei Lilly auch, ein Antibiotikum gegen Infektionen der Harnwege, das andere gegen Infektionen der Atemwege anzupreisen.

Daß die Pharmakonzerne ihr Verkaufsziel erreichen, ist kaum verwunderlich. 90 Prozent der Ärzte beziehen - das beweisen verschiedene Studien - ihr Wissen über die Medikamente von »Ärzteberatern«, deren Aufgabe es ist, zu verkaufen und nicht zu beraten. Die Ärzteberater von Lilly haben zum Beispiel ein genaues Verkaufsziel, von dem Gehalt und Karriere abhängen. Die Herren waren fleißig: Ende 1981 hatten sie von dem Rheumamittel Coxigon bereits 320.000 Packungen in der Bundesrepublik verkauft, bis heute brachte es der Firma rund zehn Millionen Mark Umsatz.

Ähnlich erfolgreich steigt die Umsatzkurve von Lillys Antibiotika: 1981 wurden 400.000 Packungen Panoral verkauft (Umsatz zehn Millionen Mark). Die Dosierung des Wirkstoffes Cefaclor im Medikament Panoral richtet sich dabei nicht nach dem Wohle der Patienten, sondern nach dem Preis. Ein Kilo -Cefaclor kostet bei uns 2.100 Dollar, in der Schweiz 3.800 Dollar. Folglich beträgt die Panoral-Normal-Dosierung für Erwachsene für dieselbe Indikation in der Bundesrepublik 1. 500 mg pro Tag, in der Schweiz aber nur 750 mg pro Tag.

Wen wundert es bei solchen Waschmittel-Strategien der Arzneihersteller noch, daß im vergangenen Jahr 25 Millionen Packungen Antibiotika über die Theken bundesdeutscher Apotheker gingen. Wert: 300 Millionen Mark. Der Wiener Antibiotika-Spezialist Dr. Lang spricht von 30.000 bis 50.000 Menschen, die jedes Jahr in unseren Krankenhäusern ums Leben kommen, weil sie durch den unkontrollierten Einsatz dieser Mittel schon immun sind, wenn sie eine wirklich schwere Infektion bekommen.

Konkret 09/82, S. 18

Manfred Bissinger, Mieczyslaw F. Rakowski

Walesa wird wieder eine Rolle spielen können«

Polen dient westlichen Politikern als Propaganda-Vorlage für den neuen Kalten Krieg. Stichworte sind Kriegsrecht, Sowjetmacht, Wirtschaftssanktionen. KONKRET-Chefredakteur Manfred Bissinger interviewte in Warschau Mieczyslaw F. Rakowski, Vize-Premier und zweiter Mann noch Parteichef General Jaruzelski

KONKRET: Wir haben gedacht, in Polen herrsche nur Kriegsrecht. Wenn man aber nach Warschau kommt, hört man von fast allen Gesprächspartnern die stereotype Formel: »Wir leben im Krieg.« Herr Ministerpräsident, können Sie diesen Krieg gewinnen?

Rakowski: Zunächst müßte man fragen, wer diese Redewendung benutzt. Denn Ihre Gesprächspartner hier in Warschau gehören einem besonderen Milieu an, das typisch ist für eine Hauptstadt. Hier sind die Zungen besonders scharf und die Ansichten besonders kritisch. Wenn Sie in andere Teile Polens, in die Provinz fahren, dann werden Sie selten jemanden finden, der Ihnen so etwas sagt.

Dann muß man sagen, daß dieses Kriegsrecht in Polen auf eine sehr polnische Art verwirklicht wird. Für den Durchschnittsbürger bringt das Kriegsrecht jetzt schon fast keine Erschwernisse. Der Ausdruck »Wir leben im Krieg« stammt von den Gegnern unseres Systems. Wir haben schon mehrmals erklärt, daß der Name Kriegszustand deshalb gebraucht wird, weil in unserer Verfassung ein Notstandsrecht nicht vorgesehen ist. Selbstverständlich weiß ich, daß diese Formel psychologische Reaktionen hervorruft.

Aber wenn ein Wald brennt, dann würde ich nicht lange überlegen, welche Feuerwehr ich nun holen soll. Am wichtigsten ist, daß der Brand gelöscht wird. Da in unserer Verfassung nur das Kriegsrecht als außergewöhnliches Mittel vorgesehen ist, mußten wir dieses anwenden.

KONKRET: Ist der Brand denn noch zu löschen?

Rakowski: Selbstverständlich, ja. Nehmen Sie z.B. Ungarn. Die waren doch 1956 in einer wesentlich schwierigeren Lage. Und doch haben sie es gemeistert. Das war viel komplizierter als bei uns.

KONKRET: Aber richtig ist doch auch, daß in der Zeit des Kriegszustands die Lage – vor allem die wirtschaftliche - nicht besser geworden ist.

Rakowski: Zum ersten ist es nicht wahr, daß es überhaupt keine Veränderung zum Besseren in der Volkswirtschaft gibt.

KONKRET: Ich weiß, es wird mehr Kohle gefördert.

Rakowski: Die Kohle ist einer der Grundrohstoffe in Polen. Wir haben jetzt in den sieben Monaten bis August 15 Millionen Tonnen exportiert. Im Jahre 1981 waren es nur 16 Millionen. Und im Jahre 1980 haben wir noch 40 Millionen Tonnen exportiert. Gestiegen ist auch die Schwefelförderung, die Kupferproduktion. Das sind keine bedeutungslosen Fakten. Es gibt auch Industriezweige, in denen der Rückgang gestoppt worden ist. Aber natürlich auch: wenn man die gesamte Industrieproduktion nimmt, kann man von einer Verbesserung noch nicht sprechen.

KONKRET: Das denken die Bürger auch.

Rakowski: Ja. Doch ich muß auch auf die Schwierigkeiten hinweisen. 60 Prozent der polnischen Industrie sind von dem Import der Rohstoffe und Halbfertigprodukte aus dem Westen abhängig. Und die komplizierte Zahlungslage Polens hat zur Folge, daß wir im Moment sehr beschränkte Möglichkeiten haben, diese Dinge zu importieren. Dazu kommen noch die Sanktionen, die die Amerikaner gegen uns verhängt haben. Diese Sanktionen sind für uns schmerzhaft. Aber andererseits gibt es ein polnisches Sprichwort: Es gibt nichts Schlechtes, was sich nicht zum Guten wenden würde.

KONKRET: Was heißt das?

Rakowski: Erstens haben wir hier eine sehr verschwenderische Wirtschaft gehabt. Ich habe vor 1980 mehrmals davon gesprochen und geschrieben, daß Milliarden von Zlotys aus dem Fenster rausgeschmissen wurden. Die neue Lage hat unsere Manager endlich gezwungen, jeden Zloty mehrmals umzudrehen und eigene Reserven zu suchen, die doch wirklich riesig sind. Bis 1980 war es so: Fehlte etwas, so fuhr jemand in den Westen, kaufte das, und das war's.

KONKRET: Heißt das, Polen will sich jetzt vom Westen unabhängiger machen und stärker mit den Ländern des Ostblocks kooperieren? Ist das die neue Linie?

Rakowski: Das ist der zweite Nutzen, den wir aus den Sanktionen von Reagan ziehen. Unsere geographische Lage veranlaßt uns, daß wir als Volk - und nicht nur als System - unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn ausbauen. Das ist die

neue Linie, von der auch General Jaruzelski gesprochen hat. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß wir die Absicht haben, unsere wirtschaftlichen Kontakte mit dem Westen abzubrechen.

KONKRET: Wäre das überhaupt möglich?

Rakowski: Das ist jetzt unmöglich. Das würde der Lage in der Welt widersprechen. Aber es geht eben auch darum, nicht wieder eine Lage zu schaffen, in der der Westen uns an die Kehle kann und zudrücken, wann es ihm paßt.

KONKRET: Eine späte Einsicht.

Rakowski: Lieber später als nie. Hier berühren wir auch ein anderes wichtiges Thema, unabhängig davon, was man von dieser gesellschaftlichen Formation denkt, die hier nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Es ist eine Tatsache, daß hier in diesem Teil Europas seit 37 Jahren Frieden herrscht. Viele Jahrhunderte lang war das eine Region, in der um jeden Quadratmeter gekämpft wurde, mit allen möglichen Waffen, die gerade zur Hand waren. Heute ist es schon ein abgeschlossenes Kapitel.

In der ersten Phase der Entwicklung der internen Beziehungen dieser sozialistischen Staaten wurde das Hauptgewicht vor allem auf die Entwicklung der politischen Beziehungen gelegt. Ich glaube, daß die sozialistischen Länder jetzt ein solches Niveau der Produktion erreicht haben, daß sie zu einer vertieften Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene übergehen sollten.

KONKRET: Damit sie nicht mehr so abhängig vom Westen sind?

Rakowski: Ja. Ich bin Mitvorsitzender eines Ausschusses für Zusammenarbeit mit Rumänien. Gerade vor kurzem sind die Verhandlungen zu Ende gegangen. Und es hat sich herausgestellt, daß unsere Wirtschaften durchaus Über die Möglichkeit für eine viel bessere Zusammenarbeit in der Zukunft verfügen. Wir müssen in den nächsten Jahren einfach eine stärkere Stellung gegenüber dem Westen erreichen.

KONKRET: Kann man sagen, daß Ihre Regierung heute die Fehler der polnischen Politik vom Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ausbaden muß?

Rakowski: Anfang der siebziger Jahre hatte ein schnelles Wachstum unserer Volkswirtschaft große Erwartungen und Hoffnungen geweckt. Als dann Mitte der siebziger Jahre in den kapitalistischen Ländern die Rezession einsetzte, hat man daraus nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen, sondern auf Kosten immer neuer Kredite immer weiter investiert, bis Polen wirklich nur noch auf Kredit lebte. Denn man war nicht bereit, den Leuten ihre Illusionen zu nehmen. Der Arbeiterprotest im Jahre 1980 resultierte ja nicht aus Armut und Not, sondern aus dem Unmut über nicht erfüllte Versprechungen.

KONKRET: Alle kommunistischen Regierungsparteien, die in den letzten 30 Jahren in solche Schwierigkeiten gekommen sind, haben »Liberalisierung« versprochen. Sie haben mit der Zulassung marktwirtschaftlicher, kleinkapitalistischer Produktionsweisen experimentiert, horrende Westkredite aufgenommen und sich dadurch von den Krisen des westlichen Kapitals abhängig gemacht. Dagegen ist nie versucht worden, sich mehr an Marx zu orientieren. Kann es sein, daß man die Kreativität der Arbeiterklasse mehr gefürchtet hat als die Abhängigkeit vom Klassenfeind?

Rakowski: Es stellt sich die Frage, ob es objektive gesellschaftliche Bedingungen gab für andere Lösungen. Waren sowohl die Regierenden als auch die Regierten auf andere Lösungen als die beschriebenen vorbereitet?

Vergessen Sie bitte nicht, daß es sich um ein neues gesellschaftliches System handelt, das unter sehr spezifischen Bedingungen entstanden ist. Erst jetzt haben wir es mit einer im wirklichen Sinne des Wortes *gebildeten* Generation in Polen zu tun. Die Väter dieses Systems, die Zwischen-Kriegs- und Kriegsgeneration, waren unter ganz anderen historischen Bedingungen aufgewachsen. Drei Viertel der polnischen Arbeiterklasse in den 50er, 60er und auch 70er Jahren waren die Söhne und Töchter von Bauern. Das alles muß man berücksichtigen, wenn man überlegt, ob andere, tiefere Reformen -möglich waren in den vergangenen Jahrzehnten und welche Reformen heute notwendig und möglich sind. Ich glaube, Sie halten die polnischen Marxisten nicht für Dumme.. Wir analysieren die Wirklichkeit ja auch aufmerksam.

KONKRET: Aber wenn man dreißig Jahre nach der Gründung eines sozialistischen Staates zum Kriegsrecht greifen muß, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, kann man nicht nur ein paar kleine Fehler gemacht haben.

Rakowski: Schon in Ordnung. Das waren sicher keine kleinen Fehler. Aber vielleicht ist die Zeit erst jetzt reif geworden, die großen Fehler zu überwinden. Von den 30 Jahren müssen Sie so etwa drei Jahre Bürgerkrieg abziehen. Dann mindestens die ersten zehn Jahre für die horrenden Bemühungen zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft, dann die Jahre des Kalten Krieges, dann die Zeit bis zur Überwindung der internationalen Isolierung. Also mindestens die Hälfte von diesen 30 Jahren begünstigte nicht die Schaffung eines sozialistischen Modells. Damit versuche ich nicht, unsere Schwächen zu verkleinern.

KONKRET: Nun ist ja Polen vielleicht ein krasser, aber sicher kein Einzelfall. Es kann ja niemand sagen, daß es, außer in der Sowjetunion und in der DDR vielleicht, bei den anderen Staaten so besonders gut ginge. Ist Polen nicht vielleicht doch

der letzte Beweis, daß sich der an der führenden Rolle der KPdSU orientierte Kommunismus historisch als unhaltbares Vorbild erweist?

Rakowski: Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die sowjetische kommunistische Partei ihr Modell auf der Grundlage der dortigen Voraussetzungen und Bedingungen geschaffen hat. Die Geschichte hat es auf einer gewissen Etappe notwendig gemacht, das sowjetische Modell zu übernehmen. Aber seit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 sucht jedes Land, jede Partei nach eigenen Methoden zur Gestaltung des Sozialismus. Kein kluger Mensch sollte daran zweifeln, daß das polnische Volk hier einen Sozialismus nach eigenen Traditionen und nach eigenen Vorstellungen aufbauen will.

KONKRET: Kann es sein, daß man erst das Modell übernommen hat, daß man sich dann davon weg bewegte, und daß man sich heute wieder darauf zu bewegt, weil man einsehen mußte, daß man nur innerhalb des sozialistischen Blocks zurechtkommen kann?

Rakowski: Es ist nicht ganz so: Erstens haben wir mit den sowjetischen Genossen viele universale Prinzipien des Sozialismus gemeinsam. Und zweitens ist es eine Tatsache, daß wir über die notwendige Berücksichtigung der nationalen Eigenschaften nicht die sowjetischen Erfahrungen unterschätzen. Und schließlich drittens wird unsere Stellung in der sozialistischen Gemeinschaft durch viele Faktoren bestimmt, die für die polnische Nation sehr wichtig sind.

KONKRET: Auch Sicherheitsgründe?

Rakowski: Das spielt in Polen eine große Rolle.

KONKRET: Spielt Reagans Politik dabei auch eine Rolle?

Rakowski: Natürlich. Aber zu Herrn Reagan und seiner Politik und den Folgen dieser Politik möchte ich mich nicht äußern, jedenfalls nicht jetzt.

KONKRET: Warum nicht?

Rakowski: Da ich mich schon ein paarmal dazu geäußert habe. Außerdem möchte ich nicht die Diskussion stören, die momentan im Westen stattfindet zum Thema der Effektivität der Politik, die Herr Reagan Polen gegenüber führt.

KONKRET: Mir hat ein westdeutscher Kommunist, der kürzlich eine ausführliche Reise durch Polen gemacht und eine Reihe von Gesprächen mit vorwiegend wirtschaftlich orientierten Parteifunktionären geführt hat, gesagt: was Polen nun wolle, laufe auf ein Modell zwischen dem ungarischen und dem jugoslawischen raus. Ist das so?

Rakowski: Sicherlich werden wir bei der Gestaltung dieses Modells originell bleiben. Aber ich würde nicht ausschließen, daß diese Beobachtung richtig ist. Eine der Grundlagen des Modells, das in Polen gegenwärtig geschaffen wird, bildet die Werktätigenselbstverwaltung.

KONKRET: Was heißt das?

Rakowski: Das bedeutet, daß die Arbeiter auf die Entwicklung des Betriebes entscheidenden Einfluß haben. Ich bin ein Anhänger dieser Entwicklung. Aber ich bin ein kritischer Anhänger. Denn auf diese Weise kann der Direktor auch zu einem Sklaven der Belegschaft werden. Und die Belegschaft denkt nicht immer, wie es die Interessen der gesamten Bevölkerung erfordern.

KONKRET: Tut der Direktor das?

Rakowski: Ja, aber er muß kontrolliert werden. In unserem System können wir uns eine Kontrolle nur von oben nicht vorstellen. Wir wollen also die Idee der Volksmacht in die Betriebe bringen. Aber es kann auch eine Situation entstehen, in der bei der Unabhängigkeit und finanziellen Selbständigkeit der Betriebe mehrere Tausende von Einheiten entstehen, die nicht zusammenwirken. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie schwierig es ist, manche Systemprobleme im Sozialismus zu lösen.

Ich war vor kurzem in einem der größten Betriebe in Schlesien, wo mir der Direktor gesagt hat: Herr Premierminister, wenn ich jetzt die Selbstverwaltung im Hause habe, werde ich die Aufgaben, die mir auferlegt worden sind, nicht erfüllen.

KONKRET: Es müßte eben eine Gewerkschaft im Betrieb sein wie die Solidarnosc, dann könnte das funktionieren.

Rakowski: Das hätte funktionieren müssen. Aber das hat nicht funktioniert. Das heißt, um gerecht zu sein: in manchen Betrieben hat es funktioniert. Das war abhängig von den Ansprüchen und Ambitionen der jeweiligen Solidarnosc-Führer. Aber das Problem der Solidarnosc lag doch nicht in der Tätigkeit der Betriebseinheiten, sondern der Leitung der Solidarnosc. Deshalb haben ja auch viele Mitglieder der Solidarnosc aus Betrieben, wo die Zusammenarbeit mit der Direktion sehr gut ging, einfach unsere Anschuldigungen gegenüber der Leitung von Solidarnosc nicht wahrhaben wollen.

KONKRET: Eine Viertelmillion Mitglieder sind aus der kommunistischen Partei ausgetreten. General Jaruzelski hat zugegeben, daß es Fraktionen in der Partei gibt. Kann sich die Partei überhaupt noch regenerieren?

Rakowski: Selbstverständlich ja. Dies ist eine Partei, die eine sehr schmerzvolle Niederlage erlitten hat. Aber diese Partei hat, historisch gesehen, auch Errungenschaften, die sozusagen auch ihren Ausweis ausmachen. Sie befindet sich in einer schwierigen, aber nicht hoffnungslosen Lage. Sie ist in einer sehr schwierigen Lage. Ich glaube, daß die Partei imstande ist, sich zu finden und sich wieder zu einer Macht aufzubauen, die von der Gesellschaft, von der Bevölkerung als die führende Kraft akzeptiert wird. Letztenendes hängt es davon ab, wie sie die ökonomischen Probleme des, Landes lösen wird.

KONKRET: Aber löst diese die Partei? Im Moment macht es doch die Armee.

Rakowski: Na bitte, so ist es doch nicht. Das sind eure verdammten Vereinfachungen. Ich bin doch auch in der Partei. Es ist nicht wahr, daß jetzt alle Probleme durch den Militärrat oder durch die Regierung gelöst werden. Sie werden auch von der Partei gelöst. Und ich sage das ganz ernst, daß sicherlich ein Teil der Partei ein ganz wichtiger Faktor bei der Wiedergewinnung der Stabilität ist.

KONKRET: Das heißt aber auch, daß die Partei einen Teil ihrer Führungskader ablösen muß, ihre Bürokratisierung überwinden muß...

Rakowski:... Ja, aber das ist ein gewisser Prozeß...

KONKRET: ... Wie lange dauert der noch?

Rakowski: Aber um Gotteswillen, seien Sie doch nicht so ungeduldig. Wieviele Jahre brauchte der Kapitalismus nach dem Anfang der Französischen Revolution, um dazu zu werden, was für die kapitalistischen Bedingungen ein Optimum darstellt. Mindestens 100 Jahre.

Wenn eine Partei durch ein Erdbeben geht, und unsere ist durch ein Erdbeben gegangen, so ist es unmöglich, sich vorzustellen, daß dies ohne Einfluß auf die Einheit und die Geschlossenheit bleibt. Im Grunde genommen sind diese - ich würde das nicht Fraktionen, sondern Tendenzen nennen - die sind ganz natürlich. Man kann sich nicht vorstellen, daß solche Erschütterungen vorbeigehen, ohne daß extreme Tendenzen auftreten. Solche Extreme braucht man, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben. Aber in der Regel haben die Extremen immer ein schlechtes Ende. Denn nach einem gewissen Schritt vorwärts sondert die Gesellschaft diese extremen Teile ab. Und von dem Niveau und von der Höhe der Zivilisation hängt es dann ab, was mit diesen Extremen dann passiert.

KONKRET: Ich bin seit zwei Tagen in Warschau und habe nicht mit Systemgegnern, sondern eher mit Sympathisanten gesprochen. Mein Eindruck ist, Sie sitzen hier auf einem Pulverfaß. Man weiß nicht so genau, geht es morgen los, dauert es noch zwei Wochen oder zwei Monate. Haben Sie keine Angst in dieser explosiven Situation?

Rakowski: Bis jetzt habe ich eine solche Angst nicht. Ich lehne auch die Ansicht ab, daß dies ein Pulverfaß ist. Ich will damit nicht sagen, daß die Lage gut ist, aber ich glaube, daß die polnische Gesellschaft in ihren Reaktionen und Meinungen unheimlich differenziert ist. Aus Meinungsumfragen, die von einem unabhängigen Forschungsinstitut vorgenommen wurden, geht hervor, daß die Probleme des Alltags derzeit der Bevölkerung am wichtigsten sind. Nach diesen fast zwei Jahren des nervösen politischen Lebens, des Hin- und Hers, herrscht in großen Gruppen der Bevölkerung ein natürlicher Drang nach Ruhe und Frieden. Wir verzeichnen eine Vermehrung von gleichgültigen Haltungen, obwohl diese Gleichgültigkeit noch keine Unterstützung für unsere Politik bedeutet. Ich glaube, daß es nicht zu Explosionen kommt. Denn auch unter den Funktionären der Solidarnosc, die im Untergrund leben, herrscht ein hoher Grad an Desorientierung. Die Meinungen über die Kampfmethoden bzw. über die Kampfweise uns gegenüber sind sehr differenziert. Vor ein paar Monaten war die Parole für den Generalstreik sehr populär. Ein Großteil der Aktivisten ist jetzt davon abgegangen. Es fehlt die Gewißheit, daß ein solcher Streik gelingen könnte. Ein Mißlingen des Streiks würde eine horrende Niederlage bedeuten. Es gibt auch eine Gruppe Aktivisten der Solidarnosc, die der Meinung ist, daß man nach Verhandlungen mit uns suchen muß. Die Skala der Haltungen ist sehr differenziert.

KONKRET: Es gibt eine ganze Reihe von Solidarnosc-Führern, die im Untergrund leben und die offensichtlich politisch agieren können. Hat die Staatsmacht das so wenig im Griff oder drückt sie beide Augen zu, weil sie keinen größeren Konflikt riskieren will?

Rakowski: Die gesellschaftlichen Umstände belehren uns, daß wir nicht mit Gewalt antworten sollten. Wir wissen, daß wir nicht mal denken sollen, nicht mal denken dürfen an die Rückkehr zur Lage vor dem August 1980. Das ist so eine Art Zauberwort, so eine Art innerer Eid. Aber wie Polen in Zukunft aussehen soll, das ist eine Frage des Nachdenkens, der kritischen Analyse dessen, was vor 1980 war, wie auch, was danach war. Dafür braucht man einfach Zeit und viel, viel Geduld.

KONKRET: Sie haben gesagt, daß Polen eine eigene Identität sucht und daß diese eine sozialistische sei. Nun höre ich immer wieder, daß es in Polen eigentlich gar keine Kommunisten gibt. Die Übernahme der Macht durch die Armee scheint ein Beweis für diese These zu Sein. Ist Ihre Perspektive vielleicht gar keine sozialistische, sondern eine rein polnisch-nationale?

Rakowski: Ich bin schon krank von solchen Fragen. Würden Sie sich an einen Tisch setzen mit einem Polen und vielleicht noch mit einer halben Literflasche, dann würde der schnell zugeben, was im Sozialismus gut und günstig für ihn ist.

Ob das, was am 13. Dezember 1981 geschehen ist, nur reiner Nationalismus ist? Nein. Ob das nur eine nationale und keine sozialistische Sache ist? Nein. Ich würde diese Trennlinie zwischen dem Sozialismus und diesem nationalen Aspekt oder Nationalismus gar nicht ziehen. Die nationalen Faktoren sind eng mit den gesellschaftspolitischen Faktoren des Systems verflochten. Sie können natürlich die Frage stellen, welche Faktoren in dem jeweiligen Moment überwiegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß am 13. Dezember 1981 die nationalen Faktoren überwogen haben.

KONKRET: Nun hat der Ausnahmezustand ja nicht so wahnsinnig viel verändert. Die Situation der Unterdrückung, in der sich die Führer der Solidarnosc heute befinden, schürt doch geradezu antikommunistische Aggressionen, und die finden wiederum Unterstützung durch westliche Politiker und Medien.

Rakowski: Natürlich konnte man nicht erwarten, daß binnen dieser paar Monate nach der Ausrufung des Kriegszustandes die Lage in Polen eine entscheidende Wende erfährt. Eins ist sicher: Dieser Entschluß hat den Prozeß der Vernichtung der Wirtschaft und der Demontage der Staatsstrukturen ein Ende gesetzt. Im Oktober vor einem Jahr haben wir in diesem Haus hier die Pläne zum Überleben des Winters vorbereitet. Es waren schon die Betriebe festgelegt, die man stillegen muß, Universitäten, die man zumachen muß, Kinos, Theater. Alles nur von einem Standpunkt aus: Den Winter überleben. Daran gemessen, haben wir seit dem 13. Dezember schon viel erreicht. Aber wenn Sie fragen, wann der Kriegszustand abgeschafft, bzw. suspendiert werden kann..

KONKRET:... ja, was ist der Unterschied zwischen Abschaffung und Suspendierung?

Rakowski: Die Praxis wird es erklären. Es geht nur darum, daß die Abschaffung des Kriegszustandes nicht bedeuten wird, daß es den politischen Kampf, den es in Polen gibt, nicht mehr geben wird.

KONKRET: Wird es denn wieder eine Solidarnosc geben?

Rakowski: Ich weiß es nicht, es hängt unter anderem von der politischen Entwicklung in Polen ab. Wenn in den nächsten Wochen die Untergrund-Aktivisten der Solidarnosc die Straßenunruhen organisieren und zu Maßnahmen aufrufen, die die schon sowieso schwache polnische Volkswirtschaft schwächen sollen, so darf es klar sein, daß dies einen Einfluß auf die Überlegungen über die Zukunft der Gewerkschaften haben wird. Eins ist aber sicher: Ob mit Solidarnosc oder ohne, muß die neue Gewerkschaftsbewegung bei der Verteidigung der Interessen der Werktätigen *echt* unabhängig sein, unabhängig von der Staatsverwaltung. Ich möchte hinzufügen, daß die Unterstützung, die die Solidarnosc seitens des Westens genießt, die Chancen zum Wiederaufbau von Solidarnosc verringert. ‚Denn diese Unterstützung kommt hauptsächlich, obwohl nicht allein, aus den reaktionären Kreisen.

KONKRET: Aber es sind nicht nur Reaktionäre wie Reagan, die das unterstützen, sondern es sind ja auch Sozialdemokraten und Sozialisten, wie in Großbritannien z.B. oder wie Mitterrand.

Rakowski: Was die Sozialisten in Großbritannien betrifft, so habe ich meine Meinung. Was die Sozialisten und Sozialdemokraten in anderen Ländern betrifft, auch.

KONKRET: Kann man die erläutern?

Rakowski: Wollen wir ehrlich sein: Warum unterstützt man Solidarnosc? Im Namen des polnischen Sozialismus? Oder hat man in der Solidarnosc von Anfang an eine Organisation gesehen, die eine Destabilisierung dieses ganzen Systems, dieses ganzen Gebiets bewirken könnte? Wir sind ja keine Kinder. Bitte sehr: Unterstützung? In Ordnung.

Nun sagen Sie mir, warum will keiner von den westeuropäischen Politikern unsere Begründung, unsere Argumente anhören. Ist es nur ein Symptom der Aversion gegenüber den Kommunisten? Ich glaube nicht. Da steckt was dahinter.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Nach der Ausrufung des Kriegszustandes gab es ein paar Kontakte mit Politikern aus dem Westen. Und da haben sie gesagt: Jawohl, wir werden schon unser Verhältnis zu euch ändern, wenn aus Warschau bedeutende Signale kommen. Gut so. Dann haben wir diese Trompete benutzt, und Ende April haben wir die ersten großen, bedeutenden Signale gegeben. Dann haben wir jetzt im Juli ein zweites Signal gegeben. Zwölfhundert Internierte haben wir freigelassen.

Ich kann Ihnen ein heutiges Telegramm der EG-Zentrale vorlesen, da stellen die EG-Länder gemeinsam mit Amerika fest, daß es schon ein Fortschritt ist, aber nicht ausreichend. Und dann stellen sie Forderungen: Jetzt Kriegszustand abschaffen! Das ist, als ob sie von uns fordern würden, daß wir uns selber erhängen. Es geht darum, daß man Polen durch eine sehr schwierige Periode in seiner Geschichte durchbringen muß. Und keiner von diesen westlichen Politikern wird das für uns machen.

Es gibt noch so ein Postulat: den Dialog mit der Kirche. Wir führen diesen Dialog ständig. Dann haben sie ergänzt: *echter* Dialog. Was glauben denn diese Politiker. Selbst wenn wir wirklich auf dem verlorenen Posten stehen würden, dann

würden wir doch nicht nachgeben. Denn das ist gegen die menschliche Natur. Aber glücklicherweise stehen wir nicht auf verlorenem Posten.

KONKRET: Warum wurde der Papst ausgeladen?

Rakowski: Er wurde gar nicht ausgeladen. Wir waren einfach Realisten, indem wir ihm vorgeschlagen haben, diesen Besuch aufs nächste Jahr zu verlegen. Wir wollen hier keine Friedhofsstille haben. Aber man muß die Realität berücksichtigen. Das haben übrigens nicht nur wir gesagt, sondern Primas Glemp hat das auch gesagt.

KONKRET: Wieviel Leute leben eigentlich im Untergrund? Weiß man das?

Rakowski: Die genaue Zahl kenne ich nicht.

KONKRET: Wie ist das mit den Internierten? Wieviel gibt es noch? Gibt es einen Zeitplan, wann sie entlassen werden sollen? Kann man sagen, daß sie im nächsten Winter zu Hause sind?

Rakowski: Es gibt über 600 Internierte. Die Regierung weiß, daß der Tag kommen muß, an dem sie freigelassen werden. Ich kann nicht die Frage beantworten, ob sie schon diesen Winter zu Hause verbringen werden. Denn eine solche Antwort würde das Problem nur komplizieren. Jedenfalls sind wir uns völlig bewußt, daß das eine Übergangslösung ist, aufgezwungen durch die existierenden Bedingungen. Wir sind uns auch bewußt, daß das keine ruhmbringende Angelegenheit ist. Aber es gibt Situationen, in denen man auch zu unpopulären Mitteln greifen muß. Leider, muß ich sagen, habe ich, erst als ich hier in der Regierung war, bemerkt, daß es ideale Lösungen nicht gibt. Und daß man oft, um sich vor dem Schlimmsten zu schützen, das Schlimme wählen muß. Es gibt keine andere Lösung.

KONKRET: Sie haben doch vor dem 13. Dezember die Verhandlungen mit Lech Walesa geführt. Haben Sie ihn eigentlich in den letzten Monaten gesprochen?

Rakowski: Nein, nach dem 13. Dezember habe ich mit ihm nicht gesprochen.

KONKRET: Hat die Regierung überhaupt nicht mit ihm gesprochen?

Rakowski: Doch, aber auf einer niedrigeren Stufe. Vor ein paar Tagen ist in Wroclaw (Breslau) eine meiner Äußerungen gedruckt worden, in der ich gesagt habe, daß Walesa seine Meinung über die Solidarnosc geändert habe. Und sofort haben einige westdeutsche Blätter behauptet, daß ich Walesa etwas in den Mund gelegt habe. Also, das sind ganz einfach Idioten. Denn ich habe Unterlagen über Gespräche mit unseren Vertretern, in denen Walesa verschiedene Meinungen äußert, die - meines Erachtens - nicht immer den Erwartungen derjenigen entsprechen, die aus politischen Gründen daran interessiert sind, Mythos zu schaffen.

KONKRET: Aber warum wird Walesa nicht freigelassen? Als Gefangener gilt er doch weltweit, also nicht nur in Polen, als Märtyrer. Und das kann doch eigentlich niemand wollen.

Rakowski: Sicherlich werden wir den Zustand, der aus ihm einen Märtyrer macht, beenden.

KONKRET: Wird Walesa denn je wieder eine Rolle spielen können?

Rakowski: Ich glaube ja.

KONKRET: Wo?

Rakowski: Wenn er die Lust haben wird, in den Gewerkschaften, die in Polen nach neuen Prinzipien aufgebaut werden müssen.

KONKRET: Ist eine General-Amnestie denkbar?

Rakowski: In der Perspektive ja, selbstverständlich.

KONKRET: Auch für die, die jetzt im Untergrund sind?

Rakowski: Sicherlich. Es gibt schon mehrere Fälle, daß sich diese Leute melden, freiwillig stellen und nach kurzen Gesprächen nach Hause geschickt werden. Wir können doch nicht daran interessiert sein, ein Heer von Menschen zu schaffen, die einen Haß uns gegenüber hegen.

Mieczyslaw F. Rakowski, 1926 als Sohn eines Bauern geboren, studierte Sozialwissenschaften und absolvierte die polnische Parteihochschule. Sein Vater ist von den Deutschen umgebracht worden. Seit 1958 schrieb Rakowski als Chefredakteur für die kritische Wochenzeitung »Polityka«. Auch als Berater der Parteichefs Gomulka und Gierek galt Rakowski immer als unabhängiger Mahner. Sein Mut und seine Offenheit haben ihm nie geschadet, weder als er sich gegen die antijüdische Kampagne von Gomulkas Innenminister Moczar stellte, noch als er noch 1976 die Warschauer Führer wegen ihrer Selbstgerechtigkeit öffentlich kritisierte. Seit Februar 1981 ist Rakowski Regierungs-Stellvertreter von General Jaruzelski. Vor Verhängung des Kriegsrechts war er zuständig für die Verhandlungen mit Lech Walesa und der

Gewerkschaft Solidarnosc

Konkret 09/82, S. 24

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche
Die Zwei-Milliarden-Niete

Ein Mann wie die Marktwirtschaft. Mit staatlichen Subventionen Gewinne zu machen, ist keine Kunst. Damit Pleiten anzuzetteln, ist seine Kunst: Hans Friderichs

Eines kann der 185-Zentimeter-Mann, der als Wirtschaftsminister vor wichtigen Entscheidungen auch schon mal die Wahrsagerin Miß Thomasini aufsuchte, mit Überzeugung sagen, was ganz bestimmt nicht wahr ist: »Wir glauben an die Zukunft von AEG-Telefunken und möchten Sie aus Überzeugung für den gemeinsamen Weg in die Zukunft gewinnen.« So sprach Hans Friderichs am 23. Juni 1982 auf der Hauptversammlung der AEG-Aktionäre. Ihm war als Aufsichtsratsvorsitzenden gesetzlich auferlegt, eine fähige Geschäftsführung zu berufen und ihr Tun und Treiben zu überwachen. Doch 45 Tage nach diesem Glaubensbekenntnis führte der gemeinsame Weg der Niete Friderichs , und des von ihr berufenen Mißmanagers Dürr (»Wir werden 1982 besser sein als 1981«) zum Vergleichsrichter und zum Bettelgang um Bonner Milliarden. Dies war das voraussehbare Ende eines Versuchs, den Friedrichs stolz »privatwirtschaftliche Lösung« nannte und mit dem er das Klose-Wort vom »Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus« widerlegen wollte.

Hans Friderichs hatte schon früh alle Voraussetzungen für seinen Erfolg mitgebracht. Er wurde 1931 als Sohn eines Landarztes geboren und trat nach seinem Abitur 1950 zum Zwecke des Studiums der Rechte dem Corps Teutonia zu Marburg bei, einer Vereinigung zum gegenseitigen Anrichten von Hackepetergesichtern. Im Verbandsorgan, der »Deutschen Corpszeitung«, konnte er alles lernen, was er als künftiger Wirtschaftsfachmann wissen mußte: »Diese Cliquenwirtschaft wird von uns nicht zuviel, sondern zuwenig geübt. Wir wissen doch, was corpsstudentische Erziehung und Haltung im ganzen späteren Leben bedeutet. Ein Corpsstudent bringt deshalb gegenüber einem anderen Bewerber mit sonst gleicher fachlicher Eignung zusätzlich soviel Gewähr für größere Vertrauenswürdigkeit mit, daß die Wahl nicht schwerfallen sollte.«

Zusätzlich trat er noch der anderen vertrauenswürdigen Vereinigung, der FDP, bei, und so besaß der junge Friderichs die nötigen Qualifikationen, um sofort nach seinem Studium 1959 das Amt des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen übernehmen zu können. So einer war natürlich erst recht geeignet als Bundesgeschäftsführer einer liberalen Partei. Genscher machte ihn 1963 zu seinem Stellvertreter und 1964 zu seinem Nachfolger in diesem Amt, Wichtigste Leistung des ehemaligen Corpsstudenten: Er milderte den radikalen 69er FDP-Wahlslogan »Wir schneiden die alten Zöpfe ab« persönlich um in die weniger schmerzliche Parole: »Wir schaffen die alten Zöpfe ab.« Helmut Kohl, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, holte diesen tüchtigen Mann 1970 als Staatssekretär in das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Dort blieb er zum Groll der Linksliberalen als Erinnerungsposten für künftige Koalitionen auch sitzen, als 1971 die FDP aus dem Kohl-Kabinett ausschied. Und dort würde er vermutlich heute noch sitzen, wenn die Bonner FDP Ende 1972 nicht in die Verlegenheit gekommen wäre, einen Wirtschaftsminister stellen zu müssen. Sie hatten einfach keinen, und in ihrer Not entsannen sich die Liberalen, daß da in Mainz noch einer hockt, der so oft, so fließend und so schön das Wort »Ordnungspolitik« und »ordnungspolitisch« aussprach, daß alle Welt ihn für einen qualifizierten Wirtschaftspolitiker hielt. Dieses Wort war - wie sich mancher noch erinnern wird, ein bekannter Euphemismus der 70er Jahre und besagte, der Staat müsse, könne und dürfe sich aus der Wirtschaft heraushalten.

Im neuen Amt bewährte sich Friderichs rasch als »Anwalt der Wirtschaft«. Er kämpfte beharrlich gegen mehr Verbraucherschutz und gegen eine Reform der Berufsbildung. Er engagierte sich für die ADAC-Parole »Freie Fahrt für freie Bürger« und für den ungehemmten Ausbau jener Kernenergie, die seiner künftigen AEG einen Zwei-Milliarden-Verlust einbrachte. Vor allem aber zeichnete sich der Ordnungs-Liberale so sehr als Welt-Handlungsreisender der deutschen Wirtschaft aus, daß er den Ehrentitel eines Stamokap-Häuptlings vielfach verdient hätte. Unvergeßliche Glanzleistung: seine Reise nach Teheran, wo er an der Spitze einer bundesdeutschen Industriedelegation demütigst von Schaft Reza Pahlewi jene Aufträge entgegennahm, die sich schon vor dem Abgang des Alleinherrschers als eindrucksvolle reiten der deutschen Wirtschaft erwiesen. Im selben Jahr 1974 hatte »Management heute«, die Zeitschrift des Häßlichen Deutschen (KONKRET 12/81) und SS-Generals Reinhard Höhn, den anschaffenden Minister zum »Marktwirtschafter des Jahres« befördert. Grund: Er sei ein würdiger Nachfolger und kundig Wahrer des Gedankengutes Ludwig Erhards.

Doch irgendwann stellt sich auch der kühnste Hochstapler selbst ein Bein. Friderichs dem 1997 sein Bonner Amt zu anstrengend geworden war, dachte: Reichts zum Minister, reichts allemal auch zum Bankchef. In Abwandlung des bekannten Brecht-Wortes gründete er zwar keine Bank, sondern ließ sich - noch einfacher - gleich zum Vorstandsvorsitzenden der zweitgrößten, de Dresdner Bank machen. Das hätte gut gehen können, wen er in Ruhe sein guter Gehalt verzehrt und sich mit dem Repräsentieren begnügt hätte. Doch Friderichs glaubte inzwischen selbst daran, daß er von Wirtschaft etwas verstehe. Zur beruflichen Fortbildung hatte er vermutlich die »Welt-am-Sonntag«-Kolumnen von

Springers Wirtschaftsnarren Paul C. Martin gelesen und sich so verführen lassen, in Gold zu spekulieren. Das brachte auch eine wirtschaftlich so gesunde Bank wie die Dresdner ins Wackeln. Sie machte erkleckliche Verluste, als die Goldspekulation zusammenbrach und sie auf ihren schönen Vorräten sitzengeblieben war. Noch gefährlicher wurde es, als unverantwortliche Kräfte, denen alles egal ist - Hauptsache es geht drunter und drüber - Friderichs auch noch zum Aufsichtsratsvorsitzenden der ohnedies schon in schlimmsten Nöten steckenden AEG machten. Als 1980 ein neuer Vorstandsvorsitzender gesucht wurde und nicht sofort zu finden war, dachte Friderichs, man könne das ebenso unkonventionell lösen wie anno 72 die Suche nach dem Wirtschaftsminister. Er machte Heinz Dürr (CDU), der bisher einen Familienbetrieb leitete, zum Chef des Weltkonzerns - nur weil der auch so hübsch reden und blumige Bekenntnisse zur Marktwirtschaft ablegen konnte. Doch zwei Laien-Darsteller an der Spitze eines Konzerns - das hätten auch gesündere Unternehmen nicht verkraftet. Während Dürr jetzt von einer »Tragödie griechischen Ausmaßes« schönschwätzt, und Friderichs von »widrigen äußeren Umständen« redet, fehlte ein Aufsichtsratsvorsitzender, der aufgepaßt hätte, daß nicht 1,9 Milliarden Pensionsgelder für die Arbeiter aus der AEG-Kasse verschwinden. Teutone Friderichs, der nur Cliquen-Wirtschaft studiert hatte, weiß zwar etwas von 1,9 Milliarden. Doch dabei geht es nicht um Pensionsrückstellungen für Arbeiter, sondern um ein Geschenk für einen Milliardär. 1974 zur Weihnachtszeit hatte Wirtschaftsminister Friderichs ei einer halben Flasche Kognak seinem Duzbruder, dem Häßlichen Deutschen (KONKRET 3/82) Eberhard von Brauchitsch, Steuerfreiheit für 1,9 Milliarden Veräußerungsgewinn aus Flickschen Daimleraktien zugesagt, damit der Häßliche Deutsche(KONKRET 1/82) Friedrich Karl Flick seine Neffen auszahlen konnte.

Doch jetzt - so böse ist die - Welt - ermittelt die Staatsanwaltschaft Bonn wegen Bestechlichkeit gegen Friderichs, weil sechsmal Gelder aus der Flick-Kasse »an v.B. wegen Friderichs« gegangen sein sollen. Dabei bewegt sich der genannte Betrag von 300.000 Mark für Friderichs noch weit unter der üblichen Makler-Provision.

Konkret 09/82, S. 26

Knud Bergmann

Die weiße Gewalt

Südafrika ist seit Wochen wieder in den Schlagzeilen. Verhaftungen, Schießereien, Tote - dies ist die »totale Strategie« der Regierung. Nur so kann die weiße Minderheit ihre Herrschaft aufrechterhalten. 86 Prozent des schwarzen Landes sind zu »weißem« Gebiet erklärt. Der Rest ist unfruchtbar. KONKRET war vor Ort.

Der riesige dreistöckige Backsteinkomplex mit den schmalen Fensterritzen in den monotonen Fassaden sieht wie ein Gefängnis aus. Ein einziger großer und bewachter Eingang, uniformiertes Aufsichtspersonal und an den Enden der Gänge Vorrichtungen, aus der im Bedarfsfall auf Knopfdruck Stahlgitter aus der Decke fallen, um die Gänge zu sperren. Aber keine Kriminellen sind hier untergebracht, sondern 2.500 schwarze Arbeiterinnen.

In einem der kleinen Vierbettzimmer sitzt Esther Khumalo*, eine 54jährige Frau aus der Transkei, auf ihrem Bett. Seit neun Jahren arbeitet sie in Johannesburg und lebt in diesem Wohnheim im Vorort Alexandra. Als Putzfrau reinigt sie jede Nacht Büroräume in der Innenstadt. Dafür bekommt sie monatlich 109 Rand, rund 240 Mark bei einem Preisniveau, das in etwa dem der Bundesrepublik gleicht. Ihren Mann sieht Ester Khumalo, obwohl er ebenfalls in Johannesburg arbeitet, nur zweimal im Jahr. Denn er ist in einem Männerwohnheim der schwarzen Millionenstadt Soweto untergebracht, rund 45 Kilometer von Alexandra entfernt.

Esther Khumalo und ihr Mann sind nur Weihnachten und Ostern zusammen, wenn sie beide 900 Kilometer in die Transkei reisen, um ihre fünf Kinder und ihre Verwandten zu besuchen. Aber weil es dort nicht zum Leben reicht, kommen sie immer wieder nach Johannesburg zurück. Dabei erkennt Esther Khumalo ihre Situation sehr nüchtern. »Die Weißen behandeln uns schlechter als Tiere«, sagt sie.

Lintford Boii, 22 Jahre alt, arbeitet in Kapstadt als regelmäßige Aushilfskraft in einer Wäscherei. Er kommt aus der Ciskei, einem 1.800 Kilometer entfernt gelegenen Gebiet, das besonders arm ist und in den Städten eine Arbeitslosigkeit von 39 Prozent hat. Nachdem die Behörden seiner Frau und seinem Kind die Erlaubnis verweigerten, bei ihm in Kapstadt zu leben, holte er sie illegal zu sich. Im Vorort Crossroads, wo Tausende von Schwarzen in selbstgebauten Behelfsunterkünften leben, baute er für seine Familie eine Wellblechhütte. Vor ein paar Wochen kam morgens um fünf die Polizei und walzte mit Bulldozern viele Häuser nieder. Jetzt haust er mit seiner Familie in einem Zelt auf einem Grundstück der katholischen Kirche. Im Juli und August, dem südafrikanischen Winter, sinken die Temperaturen nachts bis auf Gefrierpunktnähe. Aber in die Ciskei will er auf keinen Fall zurück. »Dort würden wir verhungern. « Seine Familie lebt in ständiger Angst, auf einen Lastwagen verladen und in die Ciskei deportiert zu werden, wie es Tausenden und Abertausenden ergangen ist.

Diese beiden Beispiele stehen für ein ausgeklügeltes System, mit dem über 20 Millionen schwarze Südafrikaner von der weißen Minderheit erniedrigt, ausgebeutet und terrorisiert werden. Jeden Tag werden in Südafrika durchschnittlich 200 Schwarze verhaftet, die meisten allein deshalb, weil sie ihre Personalpapiere nicht bei sich haben oder sich illegal in »weißen« Gebieten aufhalten.

Saal I des Obersten Gerichts in Kapstadt: der 148. Verhandlungstag eines der längsten Prozesse, die es je im Land gab. Ein weißhaariger Richter in leuchtend roter Robe, ihm gegenüber an einem langen Tisch der Staatsanwalt und mehrere Verteidiger, dahinter auf der Anklagebank 19 Schwarze. Die meisten von ihnen sind unter 20 Jahre alt, einer ist ein alter Mann. Seine Haltung ist selbst im Sitzen gebeugt: es ist Oscar Mpetha, 73 Jahre alt, ein Veteran der schwarzen Arbeiterbewegung und Führungsmitglied der Gewerkschaft Nahrungs- und Konservenarbeiter (African Food and Canning Workers Union). Zwei Jahre wird er jetzt schon von den Sicherheitsbehörden in Haft gehalten. Die Anklage wirft ihm vor, für den Tod von zwei Weißen verantwortlich zu sein, die 1980 bei Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit dem polizeilichen Eingriff bei einer Busboykott-Aktion ums Leben kamen. Beweise für diese Vorwürfe ist die Anklage bisher schuldig geblieben.

Ich habe Oscar Mpetha vor drei Jahren kennengelernt, als er den aufsehenerregenden Streik in der Teigwarenfabrik »Fattis & Monis« zum Erfolg führte. Er nahm mich damals ins Streiklokal mit, in dem sich die Arbeiter jeden Tag trafen. Dort erklärte er die Streiklage, machte den unsicher Werdenden Mut und - so ist Afrika - sang und tanzte mit den Streikenden. Bei dem Streik ging es um die Erhöhung des wöchentlichen Mindestlohns von 25 auf 40 Rand (88 Mark), das war ungefähr das amtliche Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie.

Nach sieben Monaten fast unerträglicher Spannung für die Arbeiter gab die Firma den Forderungen schließlich nach, nicht zuletzt, weil der Streik im ganzen Land Unterstützung erfuhr. Es gab einen landesweiten Streik der Fattis & Monis-Produkte, es gab Solidaritätsveranstaltungen und Geldsammlungen.

Im Gerichtssaal ist Oscar Mpetha anzusehen, wie sehr er in der Haft gelitten hat. Er, der früher so aktiv war, ist jetzt so schwach, daß er fast den ganzen Tag im Bett liegt. Er ist schwer zuckerkrank.

»Sie machen Oscar kaputt, weil sie seine Gewerkschaft treffen wollen«, ist die Meinung eines schwarzen Gewerkschaftssekretärs. Er erinnert daran, daß auch Neil Aggett, ein weißer Arzt, als Sekretär für die »African Food and Canning Workers Union« gearbeitet hat, bis er im vergangenen November plötzlich verhaftet wurde. Aggett kam in Einzelhaft und wurde schwer gefoltert. Anfang Februar fand man ihn tot in seiner Zelle auf, angeblich erhängt. Aber diese Version glaubt in Südafrika kaum jemand. Zu viele Gewerkschafter sind im Laufe der Jahre in Polizeihaft gestorben. Als Aggett beerdigt wurde, legten 100.000 schwarze Arbeiter im ganzen Land die Arbeit nieder.

im vergangenen Jahr gab es in Südafrika mehr Streiks als jemals zuvor. Amtliche Statistiken sprechen von 342 Streiks und Arbeitsunterbrechungen, eine Zunahme um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Praktisch gibt es also kaum einen Tag ohne Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Und das, obwohl in Südafrika eigentlich jeder Streik illegal ist. Nicht registrierte Gewerkschaften dürfen überhaupt nicht streiken und registrierte erst nach einem umständlichen Schlichtungsverfahren, das mindestens zwölf Monate dauert.

Ein großer Teil der Arbeiter, die Wanderarbeiter aus den Homelands oder Bantustans, riskieren mit einem Streik sogar noch mehr. Bei ihnen endet, wenn sie sich an einer solchen Aktion beteiligen, nicht nur ihr Arbeitsverhältnis, sondern zugleich ihre Arbeitsgenehmigung für ein weißes Industriegebiet. Sie gehen das Risiko langer Arbeitslosigkeit in ihrem Homeland ein - und dennoch streiken sie. Als 1980 in Johannesburg 10.000 Arbeiter der Stadtverwaltung für höhere Löhne in den Ausstand traten, wurde jeder entlassen, der nicht sofort die Arbeit wiederaufnehmen wollte. 1.265 Wanderarbeiter wurden in die Homelands deportiert.

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat im Herbst 1977 einen Verhaltenskodex für westeuropäische Interessenten in Südafrika beschlossen. Dieses klingt erst einmal nicht schlecht: Anerkennung der schwarzen Gewerkschaften, Zahlung von Löhnen, die mindestens 50 Prozent über dem amtlichen Existenzminimum liegen, berufliche Aufstiegschancen für Schwarze und Abschaffung der Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz. Erster Haken: Die Regelungen sind nicht verbindlich, die Firmen können sich also ungestraft darüber hinwegsetzen. Und sie tun es - nicht ein einziges der zwölf westdeutschen Unternehmen, deren südafrikanische Geschäftspraktiken im Frühjahr 1980 im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland untersucht wurden, zahlte Mindestlöhne in der von diesem Kodex geforderten Höhe.

Eine andere Kodex-Forderung lautet, »daß schwarze Arbeitnehmer die Freiheit haben, eine Gewerkschaft zu bilden oder ihr beizutreten«. Schwarze Arbeiter bei BMW berichten, wie es in ihrer Firma mit diesem Recht steht: Mitglieder der schwarzen Automobilarbeitergewerkschaft werden einzeln ins Personalbüro gerufen und nach ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit gefragt. Angeblich, um die Richtigkeit der Abzugsermächtigungen der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn zu prüfen. Das löste bei einigen Arbeitern solche Angst aus, daß sie ihre Mitgliedschaft abstritten. Die Angst ist begründet: Bei Entlassungen sind Gewerkschaftsmitglieder fast immer zuerst dran. Nach Angaben der Gewerkschaft waren bei einer Entlassung von 200 Arbeitern bei BMW vor allem Gewerkschaftsmitglieder betroffen. Damit sank der Organisationsgrad auf unter 50 Prozent, und die BMW-Leitung hob die Anerkennung der Gewerkschaft mit der Begründung auf, sie sei nicht mehr repräsentativ.

Ist der Verhaltenskodex also ein gescheiterter Versuch, die südafrikanische Regierungspolitik aufzubrechen? Der EG-Kodex war nie gegen die südafrikanische Regierung gerichtet. Im Gegenteil: Er war ein erfolgreiches Ablenkungsmanöver, um den zunehmenden internationalen Druck nach umfassenden Wirtschaftssanktionen zu schwächen. Das südafrikanische Regime ist durch die erfolgreichen Befreiungskämpfe in Mosambik, Angola und Simbabwe durch wachsende internationale Ablehnung seit den Soweto-Unruhen 1976 und durch die zunehmenden Guerilla-Aktivitäten der Befreiungsbewegung »African National Congress« in die Defensive geraten. Der Überlebenskampf eines Systems, das die Privilegien der Weißen zu retten versucht, hat längst begonnen und wird mit allen Mitteln geführt. Sie reichen von der gewaltigen Steigerung des Militäretats bis hin zu Maßnahmen wie der Erweiterung schwarzer Gewerkschaften. »Totale Strategie« nennt die Regierung diesen Machtkampf.

Der Mann, der in Johannesburg den großen Streik der Busfahrer und Müllmänner führte, ist der 44jährige Joseph Mavi, selbst ein Busfahrer. Nur mit großen Mühen gelingt es mir, ihn eines Abends in der Wohnung von Bekannten zu treffen.

Er erzählt, daß er seit Monaten nicht mehr bei seiner Familie in Soweto zu übernachten wagt, weil er sich bedroht fühlt. Mavi lebt inzwischen nicht mehr. Wenige Tage nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik ist er angeblich bei einem Autounfall ums Leben gekommen.

Wie schwarze Arbeiter über einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika denken, wollte ich von Mavi wissen. »Den Weißen hier geht es in allererster Linie ums Geld. Wenn die Geschäfte nicht mehr liefen, würden sie sehr schnell nachgeben.« Mavi bestritt nicht, daß die schwarze Bevölkerung bei einem Boykott erst einmal noch mehr leiden müßte als bisher. »Aber wir leiden seit vielen Jahren, deshalb sind wir bereit, für eine Weile noch mehr zu leiden. Es kommt darauf an, daß das System, das unsere Leiden verursacht, verschwindet.« Und dann fügt er hinzu: »Ihr Europäer sprecht immer von friedlichem

Wandel. Ihr könntet ihn sehr schnell haben, aber wir haben den Eindruck, ihr wollt ihn gar nicht, ihr wollt lieber eure Geschäfte mit den Rassisten.«

Südafrikas Wirklichkeit ist nicht zu erfassen, wenn man nicht die Bedingungen der von der weißen Regierung geschaffenen sogenannten Homelands für die Schwarzen miteinbezieht.

Mein Plan, mit zwei Arbeitern aus Soweto ihre Familien im fast 1.000 Kilometer entfernten Homeland Transkei zu besuchen, scheitert kurz vor der Abfahrt. So nehme ich tagsdrauf einen Leihwagen und fahre von der Hauptstadt Pretoria ins nächstgelegene Homeland Bophutatswana. Der Gegensatz könnte krasser kaum sein: Pretoria ist eine reiche Stadt. Aufwendige Geschäfts- und Bürohäuser, teure Autos, gepflegte Grün- und Parkanlagen und weiße Wohnviertel, die von Luxus strotzen. Verläßt man die Stadt in nördlicher Richtung, liegt links und rechts der Straße bald unbebautes, ödes Land. Die Fahrt wird immer eintöniger. Plötzlich, nach etwa 25 Kilometern, tauchen ein Busbahnhof und eine größere Siedlung auf. Schnurgerade Straßen und kleine Häuser in Reih und Glied, die in ihrer Monotonie an Soweto erinnern, nur daß sie neuer sind. Soshangure heißt dieser Ort, und damit sind wir in Bophutatswana, einem »unabhängigen Staat« mit einem eigenen Präsidenten, eigenen Pässen und einer eigenen Botschaft in Pretoria. Irgendwo haben wir auf der Straße, ohne es zu merken, die Grenze zu Bophutatswana passiert. Grenzpersonal oder Kontrollen gibt es nicht. Entlang der Landstraße geht nun ein Ort in den anderen über, Mabopane, Ga Rankuwa und dann Winterveld. Winterveld ist besonders schlimm dran. Mehr als 300.000 Menschen leben hier, und doch gibt es keine Wasserleitungen, keine Kanalisation, keine Elektrizität, keine öffentlichen Schulen, kein Krankenhaus und keine Polizei. Ein Slumgebiet, auseinandergezogen über zig Kilometer. Auf dem Friedhof sehe ich viele Kindergräber. Ein Pastor erklärt mir: »Hier sterben so viele Kinder, daß, wenn sie weniger als drei Monate alt sind, die Eltern sie gar nicht auf dem Friedhof, sondern hinter dem Haus begraben.«

Winterveld wurde in den 30er-Jahren in Grundstücke von je zehn Hektar aufgeteilt, die an Schwarze verkauft wurden. Der Boden gibt nicht viel her, es regnet zu wenig. Heute verkauft, wer hier Land besitzt, Wasser aus seinem privaten Brunnen - öffentliche gibt es nicht - oder baut Behelfsunterkünfte und vermietet sie. An Pendler, die morgens mit dem Bus zur Arbeit ins weiße Industriegebiet fahren und abends hierher zurückkommen. Daneben gibt es Tausende von Arbeitslosen, die in der Hoffnung leben, eines Tages ebenfalls eine Arbeit in der Industrie zu finden.

Nicht überall in Bophutatswana sind die Lebensbedingungen so trostlos wie in Winterveld. Aber was der Sinn der Homeland-Politik ist, macht Winterveld ohne jede Beschönigung klar: Reservoirs schwarzer Arbeitskräfte zu schaffen, aus denen sich die Industrie nach Belieben bedienen kann, ohne irgendwelche sozialen Verpflichtungen zu übernehmen « Für Kranke und Arbeitslose, für Schulen, Altersversorgung und Gesundheitswesen ist dann die schwarze Homeland-Regierung verantwortlich. Gleichzeitig löst die weiße Regierung ein Problem von größter strategischer Bedeutung: die Landverteilung. 86 Prozent des Landes wurden zu »weißem Gebiet« erklärt. Den Schwarzen wurden, obgleich sie vier Fünftel der Bevölkerung ausmachen, 14 Prozent zugewiesen. Um nun Millionen Schwarze aus ihren angestammten Lebensräumen vertreiben zu können, brauchte man »rechtliche« Grundlagen. Die Regierung beschloß, für jede der zehn wichtigsten ethnischen Gruppen der Schwarzen ein Homeland einzurichten, vier davon, Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei haben bereits die volle »politische Unabhängigkeit« erhalten, die sechs restlichen werden sie nach und nach ebenfalls bekommen. Am Ende, so wünscht es die Mehrheit der Weißen, gibt es dann keine schwarzen Südafrikaner mehr, sondern nur noch schwarze Gastarbeiter aus Bophutatswana, Kwazulu, Lebowa oder einem der anderen Homelands.

Wie eiskalt die Regierung dieses Ziel in die Tat umsetzt, geht aus einem Rundschreiben der »Behörde für Bantuverwaltung und Entwicklung« hervor: »Es ist anerkannte Regierungspolitik, daß die Bantus (Schwarzen) nur so lange in den europäischen Gebieten der Republik wohnen, wie sie ihre Arbeit dort anbieten. Sobald sie, aus welchen Gründen auch immer, arbeitsunfähig werden oder auf dem Arbeitsmarkt überflüssig, wird von ihnen erwartet, daß sie in ihr Herkunftsland oder den Teil des nationalen Gebiets zurückkehren, in den sie sich ethnisch einfügen, falls sie nicht in einem Homeland geboren und aufgewachsen sind.« Die Idee der Homelands ist maßgeblich von dem früheren Ministerpräsidenten Hendrik Verwoerd vorangetrieben worden. Er meinte, um die Vorrechte der Weißen nicht in Frage zu stellen, sollten die Schwarzen möglichst wenig Berührung mit ihnen haben. Getrennte Busse, Schulen, Krankenhäuser und Stadtteile reichten ihm nicht, er fand es zweckmäßiger, die Schwarzen in eigenen Homelands zu konzentrieren und aus diesen Arbeitskräfte zu entleihen.

In der Regel wurden Gebiete mit besonders unergiebigen Böden zu Homelands erklärt. Inzwischen sind mehr als zwei Millionen Schwarze zwangsweise in die. Homelands umgesiedelt worden, von kleinen Dorfgemeinschaften bis hin zu ganzen Stämmen. Und weitere Millionen sollen folgen.

Wenige Tage nach meiner Rückkehr lese ich auf einer Innenseite der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« eine kleine Meldung ihres Korrespondenten aus Johannesburg.

Serie von Bombenanschlägen in Südafrika - A.R. Johannesburg, 4. Juni. Zwei Bombenexplosionen haben in der Nacht zum Freitag in unmittelbarer Nähe der schwarzen Trabantenstadt Soweto das Eisenbahnverbundsystem nach Johannesburg vorübergehend lahmgelegt. Die Anschläge, bei denen keine Menschen zu Schaden kamen, folgten auf größere Attacken in den letzten Tagen auf Industrie- und Energieversorgungseinrichtungen in Natal und im Transvaal. Massive, von Hubschraubern der Luftwaffe unterstützte Polizei-Suchaktionen blieben bis zum Freitag ohne greifbares Ergebnis.

In vielen Fällen bleiben die Suchaktionen der Polizei ergebnislos. Das setzt voraus, daß die Saboteure ihre Vorhaben geschickt und sorgfältig organisiert haben. Und daß sie keine langen Fluchtwege zurückzulegen brauchen, weil sie von der schwarzen Bevölkerung am Ort versteckt und geschützt werden.

Sabotageakte dieses Stils - gegen Einrichtungen und nach Möglichkeit nicht gegen Personen - tragen die Handschrift des »African National Congress (ANC)«, den größeren der beiden Befreiungsbewegungen Südafrikas. Seit etwa vier Jahren vergeht kein Monat mehr ohne größere Anschläge.

Der 1912 gegründet ANC ist die älteste Befreiungsorganisation in Afrika überhaupt. Fast 50 Jahre lang hat er mit Appellen, Demonstrationen und passivem Widerstand gegen Diskriminierung und Ausbeutung gekämpft. Der ANC war geachtet, aber politisch blieb er weitgehend wirkungslos. Die Situation der Schwarzen wurde immer unerträglicher. 1960 beschloß der ANC, die Gewalt des Staates mit Gegengewalt zu beantworten und gründete seine Guerilla-Armee »Umkhonto we Sizwe« (Speer der Nation).

Seit 1978 tritt der ANC mit Sabotageakten immer stärker in Erscheinung und wird damit bei den schwarzen Südafrikanern immer populärer. Verhaftete ANC-Kämpfer werden als Helden gefeiert. Als im April 1979 Salomon Mahlangu im Zuchthaus von Pretoria hingerichtet wurde, gab es im ganzen Land heimliche Gedenkfeiern. Hunderte junger Männer und Frauen gehen über die Grenze, um sich vom ANC für den Guerilla-Krieg ausbilden zu lassen. Bei der Beerdigung Neil Aggetts wurden offen die schwarz-grüngelben Farben des ANC getragen. Die Zuversicht der schwarzen Südafrikaner ist größer geworden.

Manchmal trägt die Regierung auch selbst dazu bei. In diesem Jahr verabschiedete das Parlament ein Gesetz, wonach alle gesunden weißen Männer zwischen 17 und 60 Jahren in die Armee eingezogen werden können. Der liberale Oppositionsabgeordnete Roger Hulley erklärte dazu, solche Maßnahmen hätten auch in Rhodesien das Ende der weißen Minderheitsherrschaft signalisiert.

---

*Alle Namen von Privatpersonen sind geändert, um Repressionen durch die südafrikanischen Behörden zu vermeiden.

Kasten Seite 36

»Für uns schwarze Frauen ist die Ehe nichts wert«

Eine schwarze Südafrikanerin erzählt von der Zerstörung des Familienlebens durch das System der Wanderarbeit

Die Männer haben es gut in der Stadt mit ihren Freundinnen und dem Geld, während wir zu Hause mit leeren Taschen und leeren Versprechungen aushalten. Uns hat man total allein gelassen. Wir fühlen uns einsam in dieser Gegend (den Homelands, *die Red.),* die unsere Männer verlassen mußten, um Arbeit zu finden. Das ganze Jahr über und manchmal viele Jahre sind sie dann fort. Eigentlich tun uns unsere Ehemänner leid. Wir wissen, warum sie sich in der Stadt Mädchen nehmen - Männer sind Männer - und wir wissen auch, warum sie wollen, daß wir hierbleiben und für die Kinder und das Haus sorgen, denn wir haben kein Aufenthaltsrecht in den Städten. Unsere Männer arbeiten sich in Cape Town zu Tode und doch gibt es dort keine Sicherheit für sie.

Ich will erzählen, was manchmal mit uns passiert. Wir wollen es nicht hören, wir wollen nicht darüber reden, weil es schlecht ist und so weh tut. Wir werden gezwungen, unsere Ehemänner anderen Frauen, manchmal sogar unseren eigenen Schwestern, zu überlassen.

So geschieht es. Viele Monate lang habe ich nichts von meinem Mann gehört. Es kommt kein Geld mehr, auch wenn ich weine, es kommt einfach nicht. Meine Kinder sind hungrig. Ich bin hungrig. Kein Geld. Kein Essen. Meine Nachbarn leihen mir Geld, damit ich nach Cape Town fahren kann, um meinen Mann zu suchen. Es ist ein langer Weg. Ich bin müde, Ich bin hungrig. Man zeigt mir den Ort, wo mein Mann lebt. Es ist ein Männerwohnheim, ein großes graues Gebäude.

Ich halte meine Kinder fest an der Hand. Ich suche meinen Mann. Da finde ich seinen Bruder. Mein Mann schläft woanders, sagt er zu mir, aber er kommt manchmal. Seine Kleidung ist noch hier, aber in seinem Bett schläft ein anderer. Ich schlafe auf dem Boden, bis mein Mann kommt. Er freut sich nicht, mich zu sehen. Er ist wütend, verlegen, er sieht weg, aber schließlich erzählt er mir von dieser anderen Frau. Sie ist eine Hausangestellte. Sie hat ein Zimmer bei den Leuten, für die sie arbeitet. Sie hat das Recht, in Cape Town zu wohnen. Mir wird klar, daß diese Frau von dem Geld lebt,

das mein Mann und mir unseren Kindern hätte schicken sollen. Sie ist jetzt gut genährt und attraktiv. Ich bin abgemagert und häßlich in den Augen meines Mannes. Ich bin für meinen eigenen Mann eine Last geworden.

Er geht weg. Er geht zurück zu dieser anderen Frau. Es ist so schmerzhaft. Es ist so grausam. Und ich kann nicht mehr nach Hause zurück und die anderen ansehen. Ich habe nichts. Ich bin in die Stadt gekommen, weil ich Geld für zu Hause brauchte, und jetzt habe ich kein Geld und kein Zuhause. Sein Bruder und die anderen Männer aus dem Wohnheim müssen mir helfen. Sie geben mir sein Bett. Es ist in einem Raum mit ihnen. Sie leihen mir zehn Rand (ca. 2,50 Mark, *die Red.),* damit ich etwas zum Essen kaufen kann. Wenn ich es für einen höheren Preis wieder verkaufen kann, kann ich das, was übrigbleibt, behalten. Aber es ist zu wenig. Ich brauche Hilfe. ich bin gezwungen, mit Männern zu gehen, die mir hin und wieder fünf Rand geben. So bin ich eine »Stadt-Frau« für die Arbeitskollegen meines Mannes geworden. Sie sind verheiratet. Ich kenne sogar ihre Frauen. Ich wage nicht daran zu denken, was sie zu Hause sagen würden, wenn sie es wüßten. Es tut so weh. Und deshalb wollen wir Frauen nicht wissen, was unsere, Männer in den Städten tun.

Die Wohnheime werden immer wieder von der Polizei durchsucht. Frauen wie ich werden verhaftet, es sei denn, wir haben Geld, um uns freizukaufen, oder wir haben ein Baby auf dem Rücken gebunden. Und deshalb brauche ich ein Baby an der Brust oder in meinem Bauch. Aber wenn ich ein Kind bekomme, dann gibt es überhaupt keine Chance mehr, mit meinem Mann wieder zusammenzukommen. Das wäre der endgültige Bruch. Für uns schwarze Frauen ist die Ehe nichts wert. Sie hält uns wie in einer Falle gefangen.

Konkret 09/82, S. 38

Jürgen Saupe, Warner Poelchau

Schlapphut AG

Die Geheimdienste der Bundesrepublik sind eng mit der Industrie verfilzt. Für große Unternehmen werden von Bundesbehörden auch mal Pässe gefälscht.

Zu Feldkirchen-Westham im Bildungszentrum der bayerischen Industrie- und Handelskammer ging es um Wesentliches: »Ostblock-Nachrichtendienste und Linksextremisten bedrohen die Wirtschaft.« Am Pult standen Experten: Georg Pohl, früher in der Abteilung Terrorismus des Bundeskriminalamts tätig, Rudolf Kundörfer aus der Abteilung Staatsschutz beim bayerischen Landeskriminalamt und Dr. Kurt Weiß, damals Leiter der Schule des Bundesnachrichtendienstes. Vor ihnen saßen Experten: die Sicherheitsbeauftragten bayerischer Firmen, größtenteils ehemalige Mitarbeiter des BND, des Verfassungsschutzes oder der Kriminalämter von Bund und Ländern.

Die Zuhörer hatten ein spezielles Problem. Das iranische Schah-Regime lag in jenem Dezember 1978 in den letzten Zügen. »Was sollen wir mit unseren Leuten dort machen? Zurückholen?« Kurt Weiß gab einen Rat: »Wenn Sie da Probleme haben, können Sie sich immer vertrauensvoll an uns wenden. Wir beraten Sie gern in bezug auf Fragen des Mitarbeiter-Einsatzes im Ausland.«

Walter Merlin, bei Siemens Mitarbeiter in der Sicherheitsabteilung, die von dem früheren BND-Mann Oberst a. D. Ulrich Bauer geleitet wird, hörte das gerne. Denn es war abzusehen, daß sein Haus bald guten Rat brauchen werde.

Ein halbes Jahr später, im Sommer 1979, war es soweit. Die iranischen Revolutionäre hatten gesiegt, und die Siemens-Tochter Kraftwerks-Union (KWU) hatte ein Problem mit einem Mitarbeiter. Nicht etwa mit einem deutschen Monteur auf der Baustelle des Kernkraftwerkes im südiranischen Buschehr, sondern mit einem Iraner, der politisch für Siemens und die KWU viel Gutes getan hatte - zu viel, um im Staate des Ayatollah Chomeini nicht um seinen Kopf zittern zu müssen. Ihm mußte der Konzern helfen. Denn spräche sich herum, daß Siemens, KWU oder andere bundesdeutsche Konzerne ihre ausländischen Agenten in solchem Fall einfach - im Wortsinn - hängen lassen, welcher brasilianische, kenianische oder indonesische Politiker ließe sich dann in Zukunft noch so leicht anwerben?

Deshalb wandte sich der Sicherheitsbeauftragte der KWU, Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld, am 8. August 1979 »vertrauensvoll« an den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Klaus Kinkel (FDP). Höffer von Loewenfeld war in Pullach kein Unbekannter: er hatte einst in Bonn für den BND Kontakt mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Fritz Erler, gehalten und den BND-Agenten Helmut Bärwald, damals Leiter des Ostbüros der SPD, geführt.

Der Ehemalige wußte genau, welche Art »Beratung« er vom amtierenden Präsidenten des Amtes brauchte: einen gefälschten ausländischen Paß mit einem perfekt nachgemachten iranischen Einreise-Vermerk. Mit diesem Dokument sollte der gefährdete Iraner »ausgeschleust« werden.

Kinkel versprach, zu tun, was er könne. Zunächst informierte der Präsident am 14. August 1978 seinen Vorgesetzten, den Chef des Bundeskanzleramts Manfred Schüler (SPD). Der ließ sich detailliert informieren und stellte dann für die Mitwirkung des BND einige Bedingungen:

· der Vorstand der KWU muß informiert werden,

· der zu Rettende muß wirklich in Lebensgefahr sein,

· die Zahl der Mitwisser bei der KWU muß klein gehalten werden,

· es darf kein bundesdeutscher Paß verwendet werden,

· der Gerettete muß dem BND als Quelle zur Verfügung gestellt werden.

Drei Tage nach Schülers Genehmigung hatte Kinkel den KWU-Vorstandsvorsitzenden Klaus Barthelt in einem persönlichen Gespräch bereits informiert, und der BND hatte den Paß mit einem gefälschten Stempel versehen.

So steht die Geschichte in den Akten des BND. Sie ist nicht vollständig. Und wirklich vollständig kann sie auch hier nicht erzählt werden: Der iranische KWU-Mitarbeiter konnte nämlich trotz Bemühungen amtlicher Fälscher bis heute nicht ausgeschleust werden, Einzelheiten über seine Person und Arbeit für Siemens brächten ihn in Lebensgefahr. Sie werden deshalb auch hier selbstverständlich nicht genannt. (Der inständigen Bitten des BND und des Bundeskanzleramts an KONKRET hätte es nicht bedurft.) Aber einiges ist doch nachzutragen:

Den französischen Paß, den Höffer von Loewenfeld beim BND-Präsidenten Kinkel zum Zwecke der Fälschung abgab, hatte der Ministerialdirigent im bayerischen Innenministerium Dr. Hans Langemann - so die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses des bayerischen Landtags - im Münchner Bahnhofsviertel besorgt, nachdem er zuvor seinen Minister, Gerold Tandler (CSU), über den Bedarf der KWU informiert hatte.

Höffer von Loewenfeld gab den gefälschten Paß an den ehemaligen BND-Agenten M. weiter, der einst unter dem Decknamen »Pierre« (EVA-Agent 49) von Hans Langemann geführt worden war. Die Aktionen von M. für die KWU waren langwierig, umfangreich und teuer, sie sind festgehalten in einem Dossier, das M. im Frühjahr 1982 an Höffer von Loewenfeld geschickt hat. Doch trotz Spesen von 200.000 Mark, trotz der Einschaltung des israelischen Geheimdienstes MOSSAD, trotz Kontaktaufnahme zur PLO gelang es M. nicht, den Iraner herauszuholen. Er saß und sitzt, unerreichbar für seine deutschen Geschäftsfreunde, im Iran.

Dabei ist ein »Mitarbeiter« der KWU mehr als ein schlichter bezahlter ausländischer Agent eines deutschen Exportunternehmens, er ist ein Vertreter der nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, um dessen Schicksal sich höchste Beamte kümmern. So reiste Dr. Gerhard Ritzel, Leiter der Abteilung VI Bundesnachrichtendienst in Helmut Schmidts Kanzleramt, nach München eigens zu dem Zweck, in getrennten Gesprächen den Vorsitzenden der drei bayerischen Landtagsfraktionen äußerste Vorsicht bei der Erörterung der Aktion »Alte Kameraden« (so der Operationsname der Paßfälscher-Geschichte) im Untersuchungsausschuß zum Fall Langemann anzuraten. Ritzel war von 1977 bis 1981 Botschafter im Iran und - was für ein Zufall! - kennt die zu rettende Person natürlich persönlich.

Am reinsten verkörpert sich die nahtlose Identität der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Interessen in der Person des Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld, der seine Arbeit als Sicherheitsreferent der KWU einen »Dienst am Vaterland« nennt: »Denn mir bedeutet der Begriff Vaterland noch etwas.« Ob jenseits von Mauer und Stacheldraht oder vor den Nato-Zäunen der KWU-Baustellen, immer hat es Höffer von Loewenfeld mit diesen »Roten« zu tun, und das sind »im Ernstfall doch alles Saboteure«.

Es ist freilich nicht nur das untadelige Feindbild solcher Ex-Schlapphüte, an dem die Unternehmer Gefallen finden: »Diese Leute sind doch als einzige für die Sicherheitsarbeit ausgebildet«, sagt der Geschäftsführer der »Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft« (ASW), Georg Pohl. Und »natürlich läßt so ein Nachrichtenmann, wenn er in der Wirtschaft sitzt, seine Verbindungen auch privater Natur zu seinen alten Kollegen nicht abreißen, das ist doch logisch«.

Georg Pohl weiß, wovon er redet. Er hatte sich beim BKA, wo er als Terror-Spezialist arbeitete, wegen Krankheit vorzeitig pensionieren lassen. Bereits ein knappes Jahr später heuerte der leitende Kriminaldirektor a.D. als Geschäftsführer der ASW an.

Als »Abwehrorganisation der Wirtschaft« hatte ein Unternehmer-Funktionär die ASW bei ihrer Gründung 1968 bezeichnet. Welche Funktion diesem von den Arbeitgeberverbänden (BDI und BDA) sowie vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) finanzierten Verein - neben Werkschutz- und Brandschutz-Seminaren - tatsächlich zugedacht war, formulierte ihr zeitweiliger Vorsitzender, der Mannesmann-Sicherheitsdirektor Norbert Hamacher, so: »Die ASW hat die bedeutsame Funktion, in wichtigen, die Wirtschaft tangierenden Sicherheitsfragen die Verbindung zu den zuständigen Bundesbehörden zu halten.«

Wenn Hamacher Verbindung sagte, dann meinte er Verbindung:

· Der erste Geschäftsführer der ASW war der frühere Mitarbeiter im geheimdienstlichen Forschungsamt der NS-Luftwaffe, der spätere baden-württembergische Verfassungsschützer und Sicherheitschef der Brown, Boveri und Cie (BBC), Walter Heidenreich.

· Sein Nachfolger wurde Hans-Joachim Kraaz, vormals beim schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz und stellvertretender Leiter des Amts für Sicherheit in der Bundeswehr (dem auch der Militärische Abschirmdienst MAD unterstellt ist). Der Oberst a.D. machte als ASW-Geschäftsführer den Unternehmern den Vorschlag, allen gut informierten Mitarbeitern jeglichen Kontakt mit Rentnern aus der DDR zu verbieten.

· Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft war zunächst der ehemalige Schutzpolizist Werner Baak. Ihm folgte 1974 der Kriminalbeamte Hans Otto. Und heute führt Fritz Seidler, ein ehemaliger Chef der Schutzpolizei, die Geschäfte.

· Geschäftsführer der Landesstelle für Betriebsschutz in Baden-Württemberg ist der frühere Chef des politischen Kommissariats im Stuttgarter Landeskriminalamt, Fritz Dürkes (SPD).

Doch die ASW ist beileibe nicht die einzige »Verbindung« zwischen der Großindustrie und staatlichen Sicherheitsbehörden. Zur Abwehr von Wirtschaftsspionage, Infiltrationsversuchen östlicher Geheimdienste und Sabotage - dazu rechnet Mannesmann Hamacher auch »das subversive Mittel, den Klassenkampfgedanken wieder aufleben zu lassen« - erhalten die Personalabteilungen von Betrieben, die sicherheitsempfindliche Aufträge bearbeiten oder generell »lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen« sind, umfangreiche Informationen über ihre Mitarbeiter vom Verfassungsschutz. Die »Sicherheitsreferenten oder Geheimschutzbeauftragten« müssen nur die Namen derer nennen, über die sie etwas wissen wollen. Zwar sollen - laut dem vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen »Handbuch für

Geheimschutz in der Wirtschaft« - »nur für den Auftrag unentbehrliche Mitarbeiter« durchleuchtet werden, aber der ministerielle Tip, »eine ausreichende Zahl von Ersatzkräften anzugeben«, erlaubt dann doch umfassende Überprüfung.

Neben der ASW und neben den staatlichen Geheimschützern verfügt die Industrie noch über eine ganze Kameradschaft eigener Kräfte, die sich wie ein privater Schatten-Geheimdienst ausnimmt:

· So beschäftigt die KWU neben Höffer von Loewenfeld auch den ehemaligen hessischen Verfassungsschützer Willi Bechthold.

· Sicherheitsreferent bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn ist Hans Wiechmann, bis 1965 Chef des Landesamts für Verfassungsschutz in Westberlin.

· Sicherheitsberater bei Krupp war lange Zeit der frühere Leiter der Lehrgruppe MAD an der Schule für Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Eins Karl Otto Leukefeld.

· Auf Leukefelds Empfehlung wurde Dietrich Hölzel, zuvor stellvertretender Kommandeur der Mainzer MAD-Gruppe, Sicherheitsberater der Dresdner Bank. Allein für die Schutztruppe, die den Vorstandssprecher und früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs umgibt, warb Hölzel acht Ehemalige von der Kripo, dem MAD und dem Bundesgrenzschutz an. Hölzels Nachfolger wurde 1980 Walter Sixt, zuvor beim MAD im Bereich Sicherheitsüberprüfungen tätig.

· Sicherheitsreferent bei der Mannheimer Zentrale von BBC ist der frühere Chef der Spurensicherung beim Bundeskriminalamt, Hans Fernstädt.

· Für die Sicherheit der Frankfurter Flughafengesellschaft sorgt der ehemalige Rauschgiftfahnder des BKA, Gustav Janßen.

· Die Sicherheitsabteilung des Elektrokonzerns Bosch leitet der ehemalige Offizier beim Bundesgrenzschutz, Schweigler.

· Als freiberuflicher Sicherheitsberater betreute der ehemalige BND-Mitarbeiter Gerhard Thiele die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

· Sicherheitsreferent bei dem Nürnberger Waffenfabrikanten Diehl war bis 1980 Edmund Bellmann, früher in der operativen Abteilung des BND tätig.

· Nachdem Paul-Albert Scheerer wegen der Wanzen, die sein Dienst im eigenen Haus bei Mitarbeitern des Verteidigungsministers Georg Leber gelegt hatte, von der Spitze des MAD hatte zurürcktreten müssen, gründete er zusammen mit dem privaten Sicherheitsunternehmen DSW auf Schloß Altfresenburg (Schleswig-Holstein) eine »Schule für Wirtschafts- und Betriebssicherheit«, in der vorwiegend ehemalige Soldaten und Grenzschützer zu Werkschützern ausgebildet werden. Als Dozenten warb er unter anderen den ehemaligen Leiter der Abteilung »Staatsgefährdung« beim Nordrhein-Westfälischen LKA, Karl Heinz Franzmann. Der Kriminalhauptkommissar hatte sich vorzeitig pensionieren lassen, weil aufgeflogen war, daß er noch mehr Verständnis für die Informationsbedürfnisse der Industrie gezeigt hatte als eh schon üblich. Franzmann hatte für die Essener Detektei Kocks und deren Industrie-Kunden regelmäßige Personenüberprüfungen anhand der Polizeiakten und des Fahndungscomputers INPOL durchgeführt.

· Der ehemalige Oberregierungsrat des BKA Dr. Hans Kollmar gründete im pfälzischen Landau eine INFO GmbH, die sich auch als Wirtschaftsdetektei betätigt. Inzwischen wird dieser Unternehmensbereich von Manfred Heimbrodt, vormals BKA, geführt.

Selbstverständlich unterhält keiner dieser Herren unschickliche Beziehungen zu den Organisationen, die für Schutz und das Wohl der » Bundesrepublik Deutschland tätig sind. Der Fall Friedrich Boljahn ist nur die Ausnahme, die diese Regel bestätigt: Der ehemalige Beamte der politischen Polizei hatte als Werkschutzleiter bei Felten & Guilleaume ein 1. 150 Personalkarten umfassendes Archiv angelegt, mit Angaben, die nach Feststellung von Experten »nur aus Polizeiarchiven stammen« konnten.

Andererseits schrieb der » Sicherheits-Berater«, ein »Informationsdienst zu Problemen der Sicherheit in Betrieb, Unternehmen und Verwaltung«, über den Wert der »Ehemaligen« für die Unternehmer: »In vielen Fällen beschränkt sich die Qualifikation dieses Personenkreises lediglich auf gute Kontakte zu den Sicherheitsbehörden, aus denen Sie stammen.«

Eine typisch technokratische Kritik, die die Fähigkeiten ehemaliger Polit-Polizisten, Verfassungsschützer und Agenten an den Bedürfnissen mißt, die der gesetzlich einwandfreie Schutz eines Betriebes und seiner Anlagen stellt. Dazu braucht man keine gelernten Fahnder, Abhörspezialisten, Gesinnungsschnüffler, Paßfälscher und Agenten. Daß man aber gerade diese immer häufiger einstellt, macht klar, daß es nicht um en Schutz der Betriebsanlagen geht, wenn von

»Sicherheitsabteilungen« der Unternehmen die Rede ist. Es geht um die totale Funktionalisierung der staatlichen Polizei-, Staatsschutz- und Geheimdienstorgane zugunsten der Privatindustrie, nach dem Vorbild der Höffer/Kinkel/Ritzel-Aktion.

Es geht um den »Dienst am Vaterland« (Höffer von Loewenfeld), und das Vaterland buchstabiert sich im Bedarfsfalle nicht BRD, sondern KWU (oder BBC, MBB, usw.)

–

Konkret 09/82, S. 43

Otto Köhler

Konkret-Extra
IG-Farben – Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung

Den Ersten Weltkrieg haben sie verlängert, den Zweiten vorbereitet. Sie versprechen Gesundheit und machen uns krank. Ihre Medizin soll dem Menschen dienen, doch Menschen starben an ihren Versuchen. Hitler war ihr Handlungsgehilfe, heute ist es ein Pinochet ebenso wie ein Börner. Die IG Farben AG ist in ihre Teile aufgelöst: BAYER, BASF, HOECHST sind stärker und gefährlicher denn je

Drei Hauptversammlungen im deutschen Sommer: *Hoechst, Bayer* und *BASF* - Nachfolger der mächtigen, und wie es scheint, zerschlagenen IG Farben. Ruhe bei Hoechst in Höchst. Der leicht zu erwerbende Krawall-Aktionär Kurt Fiebich im hellen Anzug, hält sich zurück. Er schimpft nur über die Verstaatlichungen in Frankreich (»größte Idiotie des Jahrhunderts«), bedauert, daß Innenminister Baum mit seiner »völlig irren Sorge um die Umwelt« noch immer amtiert (»Dieser Mann muß ganz schnell weg«) und nennt - das ist verdient - Finanzminister Lahnstein einen »vernünftigen Sozialdemokraten.« Ein Herr Marx tritt auf und hat Angst: Er will wissen, ob Hoechst etwa die Vorbereitung einer multirassischen Gesellschaft beabsichtige - »mir kommt es so vor«. Er meint die Werbung, auf der ein braunes, ein gelbes und ein weißes Kind Harmonie und - dank Hoechst-Medizin - strahlende Gesundheit demonstrieren. Der letzte Aktionär muß sich verirrt haben. Er will hier im Festsaal der Hoechst-Jahrhunderthalle vom Vorstandsvorsitzenden wissen: »Herr Sammet, es wird soviel getan, aber warum wird für die Leute nicht mehr getan, die im Werk Griesheim eine schwere Krankheit davongetragen haben.« Er spricht von seiner eigenen schweren Blasenkrankheit: »Viele Kollegen sind an diesem Leiden gestorben.« Chef Sammet kann ihm Beruhigendes sagen: »Herr Schubert« - er hat sich den Namen gemerkt - »wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie eine anerkannte Berufskrankheit.« Das aber werde durch die Berufsgenossenschaft entschädigt. So bedauerlich das sei, es handele sich um einen echten Versicherungsfall und: »Die Berufsgenossenschaft tut, was sie kann.« Auch den Herrn Marx kann der Vorstandsvorsitzende beruhigen: über die genannte Werbung könne man natürlich »geteilter Meinung« sein, aber es habe weder etwas mit rassistischen noch antirassistischen Erwägungen zu tun. Aber bitte, es ist ein »gutes Recht, daß wir auch kritisiert werden.« Diesen Satz mag fünfzehn Tage später in der Kölner Kongreßhalle Bayer-Chef Herbert Grünewald und vor allem sein wütender Vorgänger Kurt Hansen - jetzt als Aufsichtsratsvorsitzender Leiter der Hauptversammlung - ganz bestimmt nicht mehr unterschreiben. Immer wieder unterbrochen, von Pfiffen, Protesten und Geschrei ihrer Mitaktionäre, immer wieder von Hansen ermahnt, nun aber schleunigst zum Schluß zu kommen, üben Umweltschützer, die sich mit einer Aktie das Rederecht erkauft haben, Kritik an dem Chemie-Konzern. Sie zählen auf, wieviele Gifte Bayer in den Rhein leitet, der immer noch der Trinkwasserversorgung dient: »Erstens Chloroform, zweitens Tetrachlorkohlenstoff, drittens Tetrachlorethylen ... « Viertens, fünftens, die Aufzählung nimmt kein Ende. »25. Blei, 26. Chrom, 27. Zink.« Aus den Niederlanden sind Greenpeace-Leute mit Aktie angereist und nennen »eine glatte Lüge«, was auf Seite 20 des allen vorliegenden Geschäftsberichtes steht: »Die Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee haben wir im März 1982 eingestellt.« Die Niederländer bezeugen, daß noch im April von Antwerpen aus 300.000 Tonnen Bayer-Dünnsäure in der Nordsee verklappt wurden. Die ungehorsamen Aktionäre wollen wissen, warum Bayer für ein geplantes Heizkraftwerk die neuen erfolgreichen Technologien zur Rauchgasentschwefelung ablehnt und so den sauren Regen vermehrt. Sie wollen wissen, was das Bayer-Werk in Brunsbüttel aus der Elbe gemacht hat (»Elbfische dürfen nicht mehr verkauft werden, weil sie derart mit Schadstoffen verseucht sind, daß ihr Verzehr lebensgefährlich ist«). Sie wollen wissen, warum Medikamente, die bei uns verboten sind, in der Dritten Welt vertrieben werden. Sie fragen nach den Ursachen für die Explosion im April und für das Gasunglück im Juni - beides im Werk Leverkusen. Sie wollen wissen, warum Bayer immer noch Pestizide produziert, die wegen ihrer Gefährlichkeit längst verboten sind. Und sie wollen sogar wissen, was ihnen doch nie verraten werden dürfte, ob Bayer Kampfstoffe produzierte. Und ob es richtig sei, daß eine Bayer-Tochter Miles den Kampfstoff »Agent-Orange« produziere und an die US-Armee liefere. Sie fragen, sie fragen, sie fragen - am Ende sind es über fünfzig Fragen - der Vorstand beantwortet zwei.

Einen Tag später, bei der Hauptversammlung im *BASF-Freize*itheim zu Ludwigshafen kann sich Aufsichtsratsvorsitzender Bernhard Timm beruhigt zurücklehnen. Artfremde Aktionäre haben sich bei der *BASF* nicht eingeschlichen. Ein unermüdlich Anekdoten erzählender Dauerredner von einer Aktionärsgemeinschaft wird per Zwischenruf aus dem Saal aufgefordert, doch lieber den Würstchenstand draußen zu frequentieren. Doch Timm läßt ihn reden, reden und reden. Der Aktionsschutzgemeinschaftsvertreter stellt nicht so unangenehme Fragen wie tags zuvor die Umwelt-Aktionäre bei *Bayer,* denen, Kollege Hansen immer schon nach wenigen Sätzen das Wort entziehen mußte.

Hoechst, Bayer und *BASF,* das sind die Erben von IG Farben, dem größten Industrieimperium im Dritten Reich. Wegen der Verbrechen, die dieser Konzern beging, haben ihn die Alliierten nach 1945 entflochten. Heute ist jeder der Erben für sich allein weit größer als einst die IG Farben. Zusammen - und die drei halten zusammen, was immer kommen mag - sind sie der fünftgrößte Konzern der westlichen Welt.

Carl Duisberg, seit 1912 Generaldirektor der Farbenfabriken *Bayer,* »verkörperte einen neuen Unternehmertyp und gab durch sein Leben Beispiel einer vielseitigen, im letzten Grunde reiner Menschlichkeit entsprungenen Leistung und einer Schule machenden industriellen Führungskunst«. So ist es zweifelsfrei in der von hervorragenden Wissenschaftlern herausgegebenen »Neuen Deutschen Biographie« (1959) nachzulesen. Dieser Humanist - er bekam auch der Ehre halber den Doktor der Theologie von der Universität Marburg, schrieb im ersten Kriegsjahr am 3. März 1915 dem Major Max Bauer, Organisator des Munitionsnachschubs bei der Obersten Heeresleitung, einen Brief über ein neues Mittel aus dem Hause *Bayer:* »Wie unangenehm es wirkt, ersehen Sie am besten daraus, daß ich fast acht Tage zu Bett gelegen habe, weil ich nur einige Male dieses scheußliche Zeug eingeatmet habe.« Leider überlebte der Industrietheologe, und er empfahl dem Nachschubmann, »stundenlang den Gegner mit diesem giftigsten aller gasförmigen Produkte«, mit Phosgen nämlich, zu behandeln. Er tat dies zur Ehrenrettung des deutschen Volkes. Denn - so konnte man 1932 in der wissenschaftlichen Untersuchung »Die chemische Waffe« von Ulrich Müller nachlesen: »Die Verunglimpfung der chemischen Waffe ist vielmehr ganz offenkundig nur ein Glied in der Kette der Verunglimpfungen des deutschen Volkes, das vermöge seiner hochstehenden Wissenschaft und Technik den wirkungsvollsten Gebrauch davon zu machen verstand.«

Das zunächst von Duisberg vorgeschlagene Phosgen funktioniert nach dem genannten Lehrbuch so: »Der Atem wird immer kürzer und stoßweiser, bis schließlich der Tod durch Ersticken eintritt. Dieser Verlauf der Phosgenvergiftung erstreckt sich je nach der Menge des aufgenommenen Giftes über einige Stunden bis zu drei Tagen. Das volle Bewußtsein bleibt auch bei dem schwersten Verlauf bis zum letzten Augenblick erhalten. Der Phosgentod ist also als ein ganz allmähliches Ertrinken im eigenen Blutserum aufzufassen.«

Duisberg, dieser geniale Unternehmer, setzte sofort die volle Kraft von *Bayer* für diese neue Waffe ein. Er hatte dabei das besondere Glück, auf das naturwissenschaftliche Genie eines der »bedeutendsten Vertreter der modernen Chemie« zurückgreifen zu dürfen: der »in hervorragendem Maße Forschung und technische Auswertung vereinen konnte« (Großer Brockhaus 1979): auf Professor Fritz Haber, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie, dessen »Büro Haber« im Kriegsministerium die Giftgasversuche koordinierte.

Nach einem mißlungenen Test an russischen Truppen mit Chlorkohlenoxyd von *Bayer* setzte Fritz Haber auf Chlor, das leicht aus deutschen Rohstoffquellen gewonnen werden konnte. Im Frühjahr 1915 stand die deutsche Gaswaffe bereit, um Deutschland zum Sieg zu führen. Der erste große Gasangriff am 22. April bei Ypern war ein glänzender Erfolg der deutschen Chemie-Waffe: 15.000 Feinde wurden ausgeschaltet, 5.000 für immer. An der Front entstand eine 10 km breite Lücke. Die deutschen Truppen hätten sofort auf die Kanalküste vorstoßen können. Doch wo deutscher Unternehmergeist sich bewährte, versagten die Militärs. Sie hatten keinerlei Vorsorge getroffen, um den Sieg der Chemie-Waffe zu nutzen. Haber konnte später behaupten, wenn die Deutschen sofort mit einer starken Truppeneinheit durch die vom Gas gerissene Lücke vorgestoßen wären, hätten wir den Krieg 1915 gewinnen können. Haber - stets mit dem festen Rückhalt von *Bayer* - *arbeitete* unverdrossen weiter. Und er scheute im Interesse der großen Sache auch nicht vor persönlichen Opfern zurück. Seine Frau, die Chemikerin Dr. Clara Immerwahr, hatte ihn immer wieder bedrängt, er solle sich doch nicht an der Herstellung von Gaswaffen beteiligen. Voller Würde antwortete Haber, seine erste Pflicht gelte dem Vaterland. Doch die Ehefrau schreckte nicht einmal davor zurück, den Mann durch Sentiments unter Druck zu -setzen. Am Vorabend des Tages, da ihn die Pflicht zu neuen Gasversuchen - Phosgen kam zum Einsatz - an die Ostfront rief, beging Clara Selbstmord.

Da jetzt der Feind vor der Gaswaffe gewarnt war, führte sie Deutschland nicht mehr zum Sieg. Doch die deutsche chemische Industrie verhinderte wenigstens eine schnelle Niederlage und sorgte so dafür, daß der Krieg sich zum Weltkrieg erweitern und fünfzig Millionen Tote erzielen konnte. Denn eigentlich hätte das Militär schon nach spätestens zwölf Monaten kapitulieren müssen, wäre nicht die *BASF,* die Badische Anilin & Sodafabrik, als Retter in der vaterländischen Not aufgetreten. Die Generäle hatten mit einem raschen Sieg gerechnet und dabei übersehen, daß man, wenn es doch etwas länger dauert, Nitrat aus Chile zur Herstellung neuer Munition braucht. Der Weg nach Chile war von den Engländern blockiert. Doch einer dachte weiter und rettete unseren Krieg: der Geheime Kommerzienrat und *BASF-Chef C*arl Bosch, der sich »durch tiefe wissenschaftliche Bildung, technischen Wagemut, geschäftlichen Scharfblick und aufrechte Gesinnung« (»Neue Deutsche Biographie« 1955) auszeichnete.

Er hatte rechtzeitig überlegt, daß man zum Totschießen von Menschen Munition und für die Munition Nitrat braucht, und diese Vorsorge erwies sich als Segen für die *BASF.* 1915 konnte Bosch melden, daß die *BASF* die Massenproduktion synthetischer Nitrate beginnt - der Munitionsnachschub war gerettet. Die *BASF,* die sich ihre Nitrat-Forschung vom Staat

reichlich hatte subventionieren lassen, konnte bis zum Kriegsende vom Tod des Feindes eine Traum-Dividende von 25 Prozent an ihre Aktionäre zahlen.

Die gemeinsame Sorge für die Giftgas-Produktion hatte die großen Chemiekonzerne zusammenwachsen lassen. Carl Duisberg von *Bayer* schlug deshalb den deutschen Farbenproduzenten vor, sich zu einer einzigen Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Im August, 1916 vereinten sich die großen Drei *BASF, Bayer, Hoechst* zusammen mit fünf weiteren Chemie-Unternehmen (Agfa, Casella, Griesheim-Elektron, Kalle und Weiler-ter Meer) zur »Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenindustrie«, die sich seit 1925 schlicht »IG Farben AG« nannte und mit einem Aktienkapital von 650 Millionen Mark Europas größter Industrieverband wurde.

Vorsitzender des Aufsichts- und Verwaltungsrates der neuen Interessengemeinschaft wurde der Giftgas-Förderer Carl Duisberg von *Bayer* und Vorstandsvorsitzender der Kriegsretter Carl Bosch von der *BASF.* Im Monat nach der Gründung der Interessengemeinschaft erschien Duisberg bei der Obersten Heeresleitung und trug dort Hindenburg und Ludendorff ein ernstes Problem vor: den Arbeitskräftemangel und die steigenden Löhne. Dagegen helfe nur eines, »das belgische Arbeitskräftereservoir zu öffnen«. Das neutrale Belgien war 1914 von Deutschland überfallen worden. Freiwillig ließ sich - das wußte der Ehrentheologe Duisberg - sein Arbeitskräftereservoir nicht öffnen. Also mußte man es anders machen. Zwei Monate nach der Unterredung begannen deutsche Soldaten damit, belgische Arbeiter zur Sklavenarbeit in deutsche Fabriken zu verschleppen - insgesamt 60.000. Doch die verschleppten Belgier weigerten sich zu arbeiten und die Anteilnahme der Weltöffentlichkeit war damals noch so groß, daß das Zwangsarbeitsprogramm abgebrochen werden mußte. Duisberg blieb nur, Lohnstopp und Streikverbot für die Deutschen zu fordern und den von der Regierung geplanten Preis- und Gewinn-Stopp zu bekämpfen.

1918, nach dem Zusammenbruch der Front, retteten sich Duisberg und Haber aus Furcht, als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt zu werden, zunächst einmal in die Schweiz. Vergebens für den Giftgas-Kämpfer Haber - vor dem Nobelpreis für Chemie des Jahres 1918 konnte er sich nicht mehr in Sicherheit bringen.

Munitionshelfer Bosch - er bekam den Chemie-Nobelpreis erst 1931 - fuhr derweil mit der deutschen Waffenstillstandsdelegation nach Versailles, um dort die Interessen der Interessengemeinschaft zu vertreten. Die Franzosen wollten aus gutem Grund die Demontage aller Rüstungsfabriken - und Bosch hielt dagegen, ein welch vorzügliches Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus doch ein starkes Deutschland sei. Der frischerwählte Nobelpreisträger Fritz Haber (New York Times: »Man fragt sich, warum der Nobelpreis für Literatur nicht an den Mann fiel, der General Ludendorffs tägliche Berichte verfaßte«) war seltsamerweise der einzige IG Farben-Mann, der in die von den Alliierten erstellte Kriegsverbrecherliste eingetragen wurde - und selbst er mußte auf Intervention der sozialdemokratisch geführten deutschen Regierung wieder gestrichen werden.

Solange nicht klar war, daß die NSDAP die Macht erringen werde, setzten die IG Farben auf alle bürgerlichen Parteien. Der Koordination dieser Aktivitäten diente von 1925 bis 1933 der sogenannte Kalle-Kreis, in dem sich IG-Vertreter aus allen Parteien berieten und absprachen. Für diese Diversifikation der politischen Investitionen sorgte Duisberg, der selbst bis 1918 der rechtsextremen »Deutschen Vaterlandspartei« (DVLP) nahestand. Er hatte inzwischen aus den USA gelernt, daß die großen Unternehmen mit ihren Zahlungen immer auf beide großen Parteien setzen, um im parlamentarischen Stimmenrennen stets auf der Seite der Sieger zu stehen. Bei der Gründung einer sogenannten »Staatspolitischen Vereinigung« - so heißen heute noch Organisationen der Wirtschaft zum Ankauf unserer Parteien - hatte Duisberg am 26.11.1926 in Berlin vor wichtigen Wirtschaftsführern sein Bekenntnis zum demokratischen Staat abgelegt:»In Amerika hat man die Lösung gefunden, wie wir sie heute annehmen wollen. Dort wird die ganze Politik von einem Gremium von Wirtschaftlern gemacht. Vor jeder größeren Frage kommen sie zusammen, sprechen sich aus und setzen dann die Richtlinien zusammen, nach denen sie arbeiten. Da muß ich einen Punkt berühren, der von großer Bedeutung ist, und das ist die Geldfrage. Daß wir uns verständigen, unterliegt keinem Zweifel, über viele Fragen sind wir uns gewiß einig. Vernünftige Menschen verständigen sich immer. Aber wenn wir uns verständigt haben, was dann? Es geht nicht so, daß ich nach einer solchen Verständigung nun z.B. im Reichsverband (der Deutschen Industrie) die gefundene Verständigung einfach durchsetzen kann, das kann ich gar nicht. Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik. Wo werden alle diese Dinge entschieden? Dort drüben im großen Haus (Reichstag). Und was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld! Das war auch die Frage in Amerika. Und da hat man die nötigen Summen aufgebracht. Daher müssen Sie sich darüber klar sein, daß die Herren, die zusammenkommen, auch das Geld aufbringen müssen. Mit der Vernunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben!«

Jede Reichtagswahl, so sagte später IG-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler als Kriegsverbrecher in Nürnberg aus, habe die IG schätzungsweise 400.000 Mark gekostet - und das war damals sehr viel Geld. Da konnte die letztendliche Konzentration auf einen Zahlungsempfänger, der eine zuverlässige Politik treibt, nicht unwillkommen sein.

Doch zwischen der Interessengemeinschaft Farben und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gab es atmosphärische Schwierigkeiten. Immer wieder kam es in der Nazipresse zu Angriffen auf die IG, in der sie als Instrument

des internationalen jüdischen Finanzkapitals angeklagt wurde - tatsächlich hatte die NSDAP bis 1932 keine Finanzspritzen von der IG bekommen. Duisberg fand die Angriffe der Nazis ungehörig und ließ am 6. Juni 1931 durch seinen Sekretär und Pressesprecher Heinrich Gattineau (1923 beim Hitler-Putsch im Bund Oberland, 1933 SA-Sturmbannführer z.b.V., nach seinem Freispruch in Nürnberg 1948 Vorstandsmitglied im Bund katholischer Unternehmer und Vorstands-Vorsitzender der Wasag-Chemie in Essen und der *BASF* eigenen Guano-Werke in Hamburg) dem NS-Geopolitiker Karl Haushofer einen Brief schreiben: Es sei doch nun wirklich genug, daß die IG Farben unter den Angriffen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu leiden haben - hätten es die Nationalsozialisten nötig, das Gleiche zu tun? Die Führung der IG bestehe aus Christen, die sich in harter Arbeit nach oben gearbeitet hätten. Haushofer solle doch mal mit »Herrn H.« darüber reden. Herr H. begriff - die Angriffe gegen die IG Farben wurden eingestellt.

Schon am 23. Juni 1931 stellte IG-Aufsichtsratsvorsitzender Duisberg als Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI) bei der 100-Jahr-Feier der IHK Düsseldorf fest: »Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.«

Im Juli 1932 wurde die NSDAP stärkste Partei und Herr H. wollte Kanzler werden. Farben-Vorstandsvorsitzender Bosch hielt es jetzt für dringend geboten, Hitlers Positionen auszuloten. Durch Gattineau über Haushofer und Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß ließ er ein Treffen mit dem IG-Direktor vermitteln, der für das gewaltige Zukunftsprojekt der IG Farben zuständig war: Heinrich Bütefisch, Direktor in Leuna und eine Kapazität auf dem Gebiet der synthetischen Herstellung von Benzin, die Deutschland von Öllieferungen unabhängig machen sollte. Bei den IG Farben bangte man, ob Hitler die Bedeutung des Projekts ermessen könne.

Aber ach, zwei Seelen waren es, doch ein Gedanke. Hitler begriff sofort, wie wichtig die synthetische Herstellung von Benzin für seine Kriegspläne sein würde. Später, in der Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Leuna-Werke erinnerte sich Bütefisch an das historische Ereignis. Dort wird geschildert, wie wenig Verständnis die »Systemregierung« der Weimarer Republik den Wünschen der IG Farben entgegengebracht hätten. Trotzdem haben Geheimrat Bosch und sein Leuna-Werke-Geschäftsführer Carl Krauch mit einer inneren Rastlosigkeit an dem Projekt gearbeitet: Sie kürzten alle Zeitvorgaben und trieben den Bau der Fabriken so sehr an, daß dies bei Leuten, die nur auf wirtschaftliche Gesichtspunkte achteten, Kopfschütteln hervorrufen mußte. Dadurch hätten sie dem Wiedererwecker des Deutschen Volkes, dem Führer Adolf Hitler, seine wichtigste Entscheidung leichter gemacht: Ohne dieses Drängen wäre die sichere Gewißheit, daß Deutschland unabhängig von fremden Importen von Motoröl für die Luftwaffe und für die wichtigsten Gliederungen der übrigen Wehrmacht sei, höchst zweifelhaft gewesen. Bütefischs Erinnerung an das entscheidende Treffen mit dem Führer: »Es war ein lieblicher Sommertag im Juni 1932. Der Reichstag war soeben aufgelöst, der Wahlkampf war in vollem Gange.« Bütefisch war am Abend zuvor zusammen mit Gattineau in München eingetroffen und wartete den ganzen Vormittag darauf, bei Hitler vorgelassen zu werden: »Endlich um 16 Uhr 30 trat der Führer ein und begrüßte uns. Er wußte sofort, warum wir gekommen waren und sagte: 'Meine Herren, bitte entschuldigen Sie, wenn ich stehen bleibe. Sie werden verstehen, daß mich gerade jetzt der politische Kampf ganz besonders beschäftigt. Aber ich betrachte das Benzin-Problem als so wichtig, daß ich mich zwingen will, meine natürliche Müdigkeit durch Stehen zu überwinden.'« Und dann hielt er erst einmal - »klar und überzeugend« - vor seinen beiden Gästen einen Vortrag über seine wirtschaftlichen Ziele.

»Als der Führer geendet hatte, konnte ich nur noch sagen, daß ich seinen Worten nichts hinzuzufügen hätte: Alles, was ich ursprünglich vorbringen wollte, hatte der Führer schon gesagt. Dann erlaubte mir der Führer, auf einige technische Einzelheiten einzugehen und verblüffte mich wieder und wieder durch sein erstaunliches Verständnis für technische Angelegenheiten.«

Die Unterredung, ursprünglich nur auf eine halbe Stunde angesetzt, dauerte zweieinhalb Stunden. Als Reichskanzler werde er, so versprach Hitler, die IG Farben politisch und finanziell unterstützen. Dann entließ der Führer - ein dreiviertel Jahr vor seiner Machtübernahme - die IG-Farben-Delegation mit den Worten: »Ich habe die technische Ausführung in Ihre Hände zu legen, das ist Ihre Aufgabe. Aber unser Weg ist der gleiche. Und ich hoffe, daß dieser Weg bald zu einer ungeheueren Stärkung unseres Deutschlands führen wird.« Bütefisch: »Wir fuhren zurück in dem stolzen Bewußtsein, einen tiefen Blick in den Gang der Geschichte geworfen zu haben und mit der Bestätigung des künftigen Führers des deutschen Volkes, daß unser Ziel richtig und unser Werk von größter Bedeutung sei.« Und Geheimrat Bosch äußerte nach dem begeisterten Bericht seiner beiden Abgesandten gedankenvoll über den Führer: »Der Mann ist vernünftiger, als ich dachte«.

Diese Einsicht des IG Farben-Führers zahlte sich schon im Februar 1933 für Herrn H. aus. Reichstagspräsident Hermann Göring bat die Spitzen der Industrie in sein Haus - am 5. März sollte gewählt werden. »Wirtschaft und Politik lassen sich« - sprach Hitler - »nicht trennen.« Und: »So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Weg fallen.« Jetzt müsse die Entscheidung fallen zwischen einer »staatserhaltenden und einer kommunistischen Lebensform«. Denn es sei »ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt,

während ein anderer Teil das Privateigentum ablehnt. Solch ein Kampf zerreißt ein Volk.«

Drei Millionen müsse sich die deutsche Wirtschaft das kosten lassen - aber dann sei auch für die nächsten zehn, ja vielleicht hundert Jahre Schluß mit den Wahlen. Baron Georg von Schnitzler, als zuständiges Vorstandsmitglied (Verkauf) mit drei IG-Farben-Kollegen zum Unternehmertreffen mit dem Führer geladen, hatte für solche Töne ein offenes Ohr. Unter allen anwesenden Wirtschaftsführern zeichnete er für seine Firma die höchste Summe: 400.000 Reichsmark - soviel wie die IG Farben sonst bei jeder Wahl für alle Parteien zusammen zahlen mußte. Doch dieses Mal war es für den Konzern eine segensreiche Investition, die reiche Zinsen tragen sollte.

Gewiß, in den folgenden Jahren gab es auch Mißhelligkeiten. Bosch setzte sich nachdrücklich für seinen Geschäftsfreund Fritz Haber ein, der jetzt als Jude verfolgt wurde, obwohl er sich doch mit seinem rückhaltlosen Einsatz für den Gaskrieg als pflichtbewußter Deutscher erwiesen hatte. Bosch warnte Hitler, daß die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler die deutsche Physik und Chemie um hundert Jahre zurückwerfen würde. Hitler schrie: »Dann werden wir eben hundert Jahre lang ohne Physik und Chemie arbeiten!« Fortan entwickelte der Führer eine Animosität gegen Bosch, die dieser treudeutsche Mann wirklich nicht verdient hatte.

Doch der IG-Farben-Mann war nicht nachtragend. Noch im selben Jahr, in dem ihn der Führer so brüsk zurückwies, schrieb der Aufsichtsratsvorsitzende - vorher unvorstellbar - in einer Gewerkschaftszeitung, freilich der neuen Art, zum Ruhme Hitlers. In dessen Arbeitslagern werde die »verkommende Arbeitslosenjugend« - so schrieb Bosch im »Informationsdienst der Deutschen Arbeitsfront« - bald wieder zu »fröhlichen Menschen«. Und: »Zusammenfassend stelle ich als Wirtschaftler, der die Verantwortung für ein großes Unternehmen mit hunderttausend arbeitenden Menschen trägt, auf Grund meiner eigenen Erfahrungen fest, daß es der entschlossene Wille der nationalsozialistischen Regierung war, der den Weg gefunden hat... eine endgültige Lösung der Krise in nahe Zukunft zu rücken.«

An dieser Endlösung der Krise arbeitete IG Farben an vorderster Front mit. Schon im Juni 1933 wurde der Konzern am Aufbau einer illegalen Luftwaffe beteiligt, einem der geheimsten Unternehmen des Dritten Reichs. Im Dezember unterzeichnete Bosch einen Vertrag, in dem ihm die Regierung die Abnahme sämtlichen Öls garantierte, das die Leuna-Werke produzierten. Schon im März 1935 verfaßten die IG Farben eine Denkschrift für das Reichswehrministerium »zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg«. Der Konzern verlangte eine »wehrwirtschaftliche Neuorganisation«, die »den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einen straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert.« Die gesamte Planung für Rohstofffragen müsse »unter einheitlicher zentraler wehrwirtschaftlicher Leitung« stehen. Bei aller »straffen Zentralisation der Planung« sei aber die »private Entwicklungsfreudigkeit zu fördern«.

Um dies zu garantieren, übernahm ganz einfach IG-Vorstandsmitglied Carl Krauch in Personalunion die Abteilung Forschung und Entwicklung des von Göring geleiteten Rohstoff- und Devisenstabes. Dank dieser genialen Lösung hatten die IG Farben jetzt alles in der Hand. Die geheime Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan (»Die deutsche Armee muß in 4 Jahren kriegsfähig sein«) beruht voll auf den Unterlagen und Vorgaben, die eine IG-Farben-Kommission unter Leitung von Carl Krauch bereitgestellt hatte. Sie dient nicht zuletzt der privaten Entwicklungsfreudigkeit des Konzerns auf dem Gebiet der Herstellung von synthetischem Öl und Gummi. Denn Hitler durfte klagen: »Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten.« Und dann durfte Hitler aufgrund der Unterlagen von IG-Farben-Krauch sagen, was die IG Farben gern hatten: »In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffversorgung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärtszutreiben.« Und: »Es ist ebenso augenblicklich die Massenfabrikation von synthetischem Gummi zu organisieren« - ein phantastisches Geschäft für die IG-Leuna-Werke und für die Buna-Erzeugung der IG Farben, vor allem da Hitler entsprechend der Vorlage hinzufügte: »Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist nicht von Belang.«

Göring wurde Hitlers Beauftragter für den Vierjahresplan zur Vorbereitung des Krieges. Der bisherige Rohstoff- und Devisenstab wurde in Amt für Vierjahresplan umbenannt und Krauch - noch immer gleichzeitig Vorstandsmitglied von IG Farben - saß wieder mitten 4n als Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung. »Der Vierjahresplan war praktisch ein IG-Plan«, hörte man aus dem Wirtschaftsministerium.

So wie der Erste Weltkrieg ohne die tatkräftige Hilfe des IG-Mitglieds *BASF* sein erstes Jahr kaum überlebt hätte, ebenso hätte Hitler seinen Krieg kaum gewagt, wenn er nicht die synthetischen Rohstoffe der IG Farben gehabt hätte. Verständlich, daß der Konzern darum auch einen Löwenanteil an Hitlers Raubzügen beanspruchte. Dabei achteten die IG Farben jedoch nach Möglichkeit stets auf eine gewisse Garnierung mit rechtlichen Formen. Gleich nach dem Einmarsch in Österreich kassierte die IG die Skoda Werke Wetzler, nicht ohne zuvor die Eigentümer zu einem formellen Vertrag erpreßt zu haben. Nach der Unterschrift durfte die SA den geschäftsführenden Direktor Isadar Pallack tottrampeln.

Am 30. September 1938, einen Tag nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens, telegrafierte der neue Vorstandsvorsitzende Adolf Schmitz an Adolf Hitler: »Unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, stellt Ihnen die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung.« Das war die Provision für den tüchtigen Akquisiteur. Der Konzern nahm sich dafür ein Konkurrenzwerk, auf das er schon lange ein Auge geworfen hatte, den Aussiger Verein.

Als dessen Direktoren die Übergabeverhandlungen verzögerten, erklärten die neuen Herren, man werde sich bei Hitler beschweren und darauf hinweisen, daß »Aufruhr und Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung« im Sudetenland unvermeidlich sei - und dann werde Hitler auch noch den Rest der Tschechoslowakei unter seinen Schutz nehmen. Für Polen hielt IG Farben schon die Wunschliste bereit, bevor Hitler mit seinem Spruch »Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen« den Zweiten Weltkrieg eröffnete. Unmittelbar hinter den einmarschierenden deutschen Truppen fiel Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler in Polen ein und telegrafierte nach Berlin: »Im Laufe der nächsten Tage werden aller Voraussicht nach vier polnische Farbstoffabriken in deutsche Hände fallen.« Dort seien »erhebliche und wertvolle« Vorräte, deren Verwertung »im Interesse der deutschen Volkswirtschaft« durch Sachverständige erfolgen müssen. Aber: »Nur die IG ist in der Lage, diese Sachverständigen zu stellen.«

Zurück, verkündete er eine Woche später in Berlin, nur die IG sei auch in der Lage, die polnischen Fabriken zu betreiben. Doch der zuständige General im Wirtschaftsministerium teilte der IG nur drei von den vier gewünschten Fabriken zu. Empört wandte sich Schnitzler direkt an Göring. Doch der konnte nicht helfen, denn in Polen hatte Himmler das Sagen. Also arrangierte sich die IG mit der SS, die in Polen schon mit den Massenerschießungen begonnen hatte, und bekam alle Fabriken, die sie wollte.

Die Zusammenarbeit mit der SS schuf die Grundlage für ein kühnes Projekt freien Unternehmertums, das es in der bisherigen Geschichte noch nicht gab. Gewiß, Sklavenarbeit ist eine vertraute historische Erscheinung und IG-Theologe Duisberg hatte im Ersten Weltkrieg als Bayer-Chef in Zusammenarbeit mit dem Militär ein Zwangsarbeitersystem einzuführen versucht. Und schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs holte sich die IG aus Frankreich, dessen Chemische Industrie sie ebenso plünderte wie die der anderen von der Wehrmacht eroberten Länder, sogenannte »geschlossene Einheiten«, die in deutschen IG-Betrieben Sklavenarbeit verrichten mußten. Doch was jetzt unter dem offiziellen Namen »IG Auschwitz« in die Geschichte einging - nein nicht einging, denn mit Rücksicht auf die heute nicht als kriminell angesehenen Nachfolgeorganisationen *BASF, Bayer und Hoechst* unterschlagen die meisten Darstellungen den IG-Anteil an Auschwitz - das sprengt geläufige Vorstellungen von Zwangsarbeit.

Um den Kautschukbedarf für den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion zu decken, verlangte das Reichswirtschaftsministerium am 8. November 1940 in einer geheimen Konferenz mit den IG-Vorstandsmitgliedern Fritz ter Meer und Otto Ambros die schnellstmögliche Ausweitung der Buna-Produktion - die IG mußte neue Fabrikationsstätten errichten. Krauch, in seiner Stamokap-Doppelposition, gab Ambros den Auftrag, einen Standort zu finden. Ambros suchte und fand ein Gelände, das ihm ideal schien: Reichsbahn, Autobahn, Kohlengrube, drei Flüsse in unmittelbarer Nähe, vor allem aber ein Konzentrationslager, das noch großzügig ausgebaut werden sollte. Da einerseits die Standortvoraussetzungen so günstig waren und andererseits der Verkauf der Buna-Produkte durch den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion garantiert war, verzichtete die IG Farben auf direkte Subventionen durch den Staat und errichtete die IG Auschwitz als rein privatwirtschaftliches Unternehmen. »Sie (IG) ist entschlossen, unter Einsatz ihrer besten Kräfte ein lebendiges Werk aufzubauen, das sich ebenso gestaltend auswirken wird wie die vielen Anlagen in West- und Mitteldeutschland. Die IG Farbenindustrie erfüllt damit eine hohe Pflicht, auf ihre Weise mitzuwirken und alle Kräfte einzusetzen, daß diese Industriegründung zu einem festen Eckpfeiler wird für ein kräftiges gesundes Deutschtum im Osten.« Dies erklärte am 7. April 1941 Vorstandsmitglied Ambros bei der Gründungssitzung der IG Auschwitz. Fünf Tage später schrieb er seinem Vorstandskollegen ter Meer: » ... und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.«

Wie segensreich, das schildert der amerikanische Rechtsanwalt Joseph Borkin (»Die unheilige Allianz der I.G. Farben« siehe Literaturhinweise). »Der Bau von I.G. Auschwitz sichert der I.G. einen einmaligen Platz in der Wirtschaftsgeschichte. Durch Übernahme der Nazimethoden konnten sie sich von den Gesetzen der traditionellen Sklavenwirtschaft lösen, wo Sklaven wie ein Investitionsgut behandelt wurden, um durch Pflege eine möglichst hohe Arbeitsleistung im Verlauf eines normalen Lebens zu erzielen. Für die I.G. verkamen die Häftlinge zu Rohmaterial, zu einem menschlichen Erz, dem man systematisch das Mineral des Lebens entzog. Wenn alle verwendbare Energie aus den Häftlingen herausgepreßt war, wurden sie nach Birkenau transportiert, wo die SS sie für das Recycling in die deutsche Kriegswirtschaft aufbereitete. Goldzähne für die Reichsbank, Haare für die Matratzenherstellung und Fett zur Seifenbereitung. Selbst die Klagerufe der Verurteilten wurden noch benutzt, um die verbliebenen Häftlinge zu größeren Anstrengungen zu treiben.«

So segensreich die Zusammenarbeit war, manchmal gab es auch Grund zur Klage. Der Konstruktionschef von IG Auschwitz, Oberingenieur Max Faust, ein alter erfahrener *BASF*-Mann, der selbst manchmal mit dem Knüppel Hand anlegte, wenn es galt, Häftlinge zu züchtigen, schrieb in seinem Wochenbericht vom 31.10.1943: »Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. So werden z.B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsbummelanten mit dem einfachen Hinweis beantwortet, daß sich die Gestapo nicht drängeln ließe. Diese Tatsache allein zeigt, daß man dort noch nicht erkannt hat, um was es geht. Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, daß Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Züchtigung in gemäßigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren.«

Zunächst hatte die IG auf die Vorräte des eingeführten Konzentrationslagers Auschwitz zurückgreifen müssen. Doch im September 1942 bekam die IG Auschwitz ein eigenes Konzentrationslager unmittelbar auf dem Firmengelände in Monowitz. Dadurch wurde das Programm der »Vernichtung durch Arbeit« weiter rationalisiert, weil der sieben Kilometer lange Weg entfiel und somit noch mehr Arbeitskraft aus den Häftlingen herausgeholt werden konnte. Der durchschnittliche Gebrauchswert eines Häftlings wurde mit neun Monaten veranschlagt. Danach war der Prozeß der Entkräftung soweit fortgeschritten, daß er zweckmäßigerweise durch einen neuen ersetzt und der endgültigen Vernichtung zugeführt wurde. Auch an diesem Endstadium profitierte IG Farben ebenso wie an der Behandlung derjenigen, die gar nicht erst einem Arbeitseinsatz, sondern sofort der Vernichtung zugeführt wurden. Doch davon später.

Selbstverständlich wollte die IG dem Vaterland auch für den Zweiten Weltkrieg mit derselben Waffe dienen, die uns und IG-Mitglied *Bayer* zum Sieg geführt hätte, wenn die Militärs nicht so begriffsstutzig gewesen wären. Schon am 21. Juli 1938 machte IG-Vorstands-Mitglied Carl Krauch in seiner Nebeneigenschaft als stellvertretender Leiter der Reichsstelle für den Wirtschaftsausbau »Vorschläge für die Nutzbarmachung der deutschen Chemie für die Landesverteidigung«, die unter anderem ein »Chemiker-Offizierskorps innerhalb der Wehrmacht« vorsahen. Krauchs Giftgas-Vorschläge beruhten - das erläuterte er - auf deutschen Charaktereigenschaften: »Die chemische Waffe ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlich-technischen Begabung der Deutschen entspricht. (Die gewisse bestehende Diffamierung ist ein Zeichen sentimentaler Kritiklosigkeit).« Vor allem aber biete - der gute Konzern denkt an sich selbst zuerst - »die im Rahmen des Wehrwirtschaftsausbaues auszuweitende und noch entstehende Industrie gewaltigen Ausmaßes... praktisch kaum begrenzte Möglichkeiten zur Erzeugung chemischer Waffen.«

Aber da gab es doch ein sentimentales Hindernis. Der Führer hatte als deutscher Frontsoldat im Ersten Weltkrieg eine Ladung Giftgas abbekommen und echt darunter gelitten. So fragte er bei allen Vorschlägen zur Eröffnung eines Gaskrieges immer wieder besorgt nach möglichen Gegenmaßnahmen des Feindes und ließ den Gaskrieg lieber sein.

Ganz allerdings mußten die IG Farben nicht auf das Gasgeschäft verzichten. Im August 1941 fand deutscher Erfindungsgeist eine neue Anwendung für ein altes Produkt. An einer Testgruppe von fünfhundert sowjetischen Kriegsgefangenen wurde das Insektenvertilgungsmittel Zyklon B erprobt. Der Erfolg war so ermutigend, daß man sofort beschloß, es zur Endlösung der Judenfrage einzusetzen. Daß dabei auch in Auschwitz-Birkenau die unbrauchbar gewordenen IG-Häftlingsarbeiter mit Zyklon B beseitigt wurden, war nur konsequent. Denn so durften sie noch durch ihre Vernichtung dem Gewinn von IG Farben dienen. Die - übrigens heute noch in Frankfurt arbeitende - Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), die das Zyklon B produzierte, gehörte mehrheitlich den IG Farben. Durch den steil ansteigenden Verbrauch erzielten die IG Farben in den Jahren 1942 bis 1944 aus ihren Degesch-Anteilen den doppelten Dividendenbetrag des Jahres 1940/41. Auch die Opfer hatten - nach Ansicht der Mörder - ihren Gewinn. Degesch-Geschäftsführer Gerhardt Peters sagte später vor Gericht aus, daß »das Zyklon B den ohnehin dem Tode geweihten Menschen zu einem leichten Sterben verholfen« habe. Das war in Farben-Kreisen keine ungewöhnlich rohe Äußerung. Schon IG-Gründer Duisberg hatte humanitäre Gründe für die Giftgas-Produktion von *Bayer* geltend gemacht.

Überhaupt darf man davon ausgehen, daß die IG-Farben in begründeten Fällen gegenüber humanitären Gedankengängen durchaus aufgeschlossen war. Gegen Juden hatte die IG eigentlich gar nichts. Es war nicht Ausdruck einer persönlichen Abneigung, daß sich Juden bei der IG Auschwitz zu Tode arbeiten mußten und anschließend mit dem Gift einer IG-Tochter vergast wurden. Man hätte - und hat - ebenso gern Zigeuner genommen oder Kommunisten oder Homosexuelle. Das alles war ganz einfach Sachzwang - wie wir heute sagen würden.

Schließlich hatte die IG - ohne jedes Vorurteil - bis 1937 ihre jüdischen Direktoren behalten. Erst dann entfernte man sie und ersetzte sie durch Mitglieder der NSDAP, wie es nun mal den Erfordernissen einer gesunden Investitionsplanung entsprach. Umgekehrt hat auch unter den jüdischen Direktoren manch einer keinerlei Ressentiments. Carl von Weinberg, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, erklärte im Juni 1933 US-Besuchern von der Konkurrenzfirma DuPont, er gebe als Jude dem Nationalsozialismus seine volle Zustimmung. Als Carl und sein Bruder Arthur von Weinberg 1937 aus der Firma entfernt waren, bemühte sich die IG - obwohl nun eigentlich kein sachlicher Grund mehr vorlag - die beiden vor den Nazis zu retten. Als Arthur später verhaftet und nach Theresienstadt verschleppt wurde, setzte sich Krauch bei Himmler für

den ehemaligen Kollegen ein. Arthur von Weinberg wurde herausgeholt, starb jedoch im Krankenhaus. Bruder Carl konnte mit IG-Hilfe sogar nach Italien fliehen, wo er weiterhin seine IG-Rente von 80.000 Mark im Jahr erhielt.

Im Mai 1947 begann in Nürnberg der Kriegsverbrecherprozeß gegen 24 Direktoren der IG vor einem US-Militärgerichtshof. Worum es dabei gegangen sein muß, erklärte der Kongreßabgeordnete John E. Rankin vor dem US-Abgeordnetenhaus: »Was sich in Nürnberg abspielt, ist eine Schande für die Vereinigten Staaten. Alle anderen Länder haben ihre Hände gewaschen und sich aus dieser Prozeßorgie zurückgezogen. Aber zweieinhalb Jahre nach Ende des Krieges betreibt eine rassische Minderheit in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten nicht nur die Hinrichtung deutscher Soldaten, sondern auch einen Prozeß gegen deutsche Geschäftsleute.«

Ein Mitglied dieser rassischen Minderheit, der emigrierte IG-Verwaltungsrat Gerhard Ollendorf vermochte als Zeuge vor Gericht nur Gutes über seinen ehemaligen Kollegen Fritz Gajewski zu sagen. Der, NSDAP-Mitglied, Wehrwirtschaftsführer und IG-Vorstandsmitglied, habe beim örtlichen Gestapo-Chef seine Freilassung erwirkt. Freilich, im Kreuzverhör kam auf Grund von Dokumenten heraus, daß Gajewski selbst den Kollegen denunziert hatte. Am selben Tag, an dem ihm Ollendorf offenbarte, er wolle wegen seiner jüdischen Herkunft emigrieren, schrieb Gajewski im Einverständnis mit Carl Bosch an die Gestapo: sie solle den Kollegen inhaftieren und sein Haus durchsuchen. Solch staatsloyale Haltung machte sich auch nach Hitlers Tod noch bezahlt. Denunziant Gajewski wurde von den Amerikanern freigesprochen und bekam von unserem Staat das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, sowie von der Universität Bonn den Ehren-Doktor, den sie einst Thomas Mann entzogen hatte (- oder vielleicht auch einen ungebrauchten). Gajewski hatte sich nach 1948 noch als wichtige Führungskraft unserer Wirtschaft bewährt - er war unter anderem Vorstandsvorsitzender der Dynamit AG, Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerke und der Chemischen Werke Hüls, Aufsichtsratsvorsitzender der Chemie-Verwaltungs-AG.

»Diese Angeklagten«, so sprach Hauptankläger Telford Taylor über die 24 IG-Leute in Nürnberg, »und andere mit ihnen, nicht die halbunzurechnungsfähigen Nazi-Fanatiker und schießwütigen Raufbolde der Straße, sind die Hauptkriegsverbrecher. Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine viel größere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre.«

In den vierzehn Monaten des IG-Kriegsverbrecherverfahrens wurde zwar manche Schuld der Angeklagten ans Licht gebracht, doch bestraft wurden die Überführten wenig, eigentlich nur ein bißchen, ja fast gar nicht. Die Urteile, so Ankläger Josiah DuBois, waren »leicht genug, einen Hühnerdieb zu erfreuen«. Zehn der Angeklagten wurden sofort freigesprochen, dreizehn weitere zu milden Gefängnisstrafen zwischen einem halben Jahr und acht Jahren verurteilt, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Es hatte Eindruck gemacht, was beispielsweise Dr. Boettcher, der Verteidiger des Kriegsorganisators Krauch (sechs - nicht abgesessene - Jahre Gefängnis) über die anständige Gesinnung seines Mandanten gesagt hatte, der wie jeder gute amerikanische Geschäftsmann nichts mehr fürchtete als die Ausbreitung des Kommunismus: »Zusammen mit Millionen anderer Deutscher sah Dr. Krauch in der Wiederaufrüstung ein Mittel, um der drohenden Aggression aus dem Osten zu begegnen, und diese Einschätzung entsprach der politischen Situation. Durch alle Reden Hitlers zieht sich wie ein roter Faden das Bekenntnis der Friedensliebe und Friedensbereitschaft und von 1936 an die Erkenntnis, daß gegen die bolschewistische Gefahr ein Damm errichtet werden muß. Wie recht Hitler mit dieser Darlegung seiner Politik hatte, kann, nebenbei gesagt, durch die europäische Entwicklung der letzten Monate bewiesen werden.« So gesprochen am 2. Juni 1948, als man bereits an die neue Aufrüstung der Deutschen gegen den Kommunismus dachte.

Statt wie versprochen den IG-Konzern zu zerschlagen, machte die US-Militäregierung im selben Jahr Louis leisler Kiep zum »Chief Adviser des IG Farben Control Office (US)« - Kiep war einer der 38 Bankiers und Industriellen, die schon im November 1932 durch eine Eingabe Reichspräsident Hindenburg bewegen wollten, Hitler zum Kanzler zu machen. Und Kiep war Schwiegersohn von Walther vom Rath, einst stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben - Kiep-Sohn Walther Leisler wiederum wurde Schwiegersohn des IG-Kriegsverbrechers Fritz ter Meer (Urteil: sieben Jahre Gefängnis), der im Frühjahr 1945 fünfzehn Tonnen belastender IG-Akten vernichten ließ.

Wenn die Amerikaner in Nürnberg, wie es Hauptankläger Taylor anregte, mit gleichem Maß für alle gerichtet hatten - für die Kriegsverbrecher aus der Wirtschaft ebenso den Strick wie für Kriegsverbrecher aus Politik und Militär - dann hätten allerdings die Kommandozentralen der bundesdeutschen Nachkriegswirtschaft auf wertvolle Führungskräfte verzichten müssen. Allen voran die IG-Nachfolgeorganisationen *BASF,* Bayer und Hoechst. Der Wiederaufstieg vollzog sich in Diskretion. Wer heute die beiden größten bundesdeutschen Nachschlagewerke unter dem Stichwort »IG Farben« zu Rat zieht, erfährt sowohl in der Brockhaus-Enzyklopädie wie in Meyers Enzyklopädischem Lexikon zwar, daß der Konzern nach 1945 auf Anordnung der Alliierten entflochten wurde, aber nicht warum. In beiden umfangreichen Artikeln kein Wort, keine Andeutung über die Verbrechen der IG Farben, auch nicht über den Nürnberger Prozeß gegen die IG-Hauptverantwortlichen. Meyers Enzyklopädisches Lexikon aus der BASF-Nachbarstadt Mannheim treibt die

Desinformation so weit, daß es als einzige weiterführende Literatur eine (Rechtfertigungs-) Schrift des verurteilten IG-Verbrechers ter Meer angibt.

Diese Technik des Vertuschens und der Auslassung wurde erst recht in den Firmenpublikationen geübt. In den Festschriften der Nachfolgeorganisationen wird die Zeit zwischen 1933 und 1945 möglichst ausgespart. Eine Zeittafel in der Schriftenreihe des BASF-Firmenarchivs läßt zwischen den Jahren 1929 und 1952 ein Zeitloch. Dabei darf der erste Nachkriegschef der BASF als besonders eindrucksvolles Beispiel für die Kontinuität von den IG Farben zu ihren Nachfolgeorganisationen gelten: Carl Wurster, erster Vorstandsvorsitzender, hatte sich im Dritten Reich für die IG Farben als Kommissar beim eroberten Aussiger Verein in der Tschechoslowakei bewährt. Zyklon B war ihm wohlvertraut, denn er saß als IG-Vertreter im Aufsichtsrat der Degesch. In Nürnberg behauptete er, er habe nicht gewußt, wozu das Giftgas benutzt werde. Es ist indes unwahrscheinlich, daß die heftigen Auseinandersetzungen in der Geschäftsleitung nicht bis zu ihm vorgedrungen sind, die ein Sonderwunsch der SS auslöste. Sie verlangte, daß die von ihr bestellten riesigen Mengen von Zyklon B ohne den üblichen Warnduft geliefert werden.

Unter Wursters Oberleitung faßte die BASF in den sechziger Jahren einen Beschluß, dessen Ausführung mörderische Folgen für die Bewohner von Ludwigshafen und Mannheim gehabt hätte. Auf dem Werksgelände, das mitten in der Doppel-Stadt liegt, mitten in einem Ballungszentrum von einer halben Million Einwohner, wollte die BASF ein Atomkraftwerk errichten. 1.700 Meter entfernt oder vielmehr nah zu dichtbesiedeltem Wohngebiet. Auf einem Werksgelände, auf dem es immer wieder zu mysteriösen Explosionen kam. 1921 ging dort die Haber-Bosch-Anlage für synthetische Nitrate in die Luft: 600 Tote, 2.000 Schwerverletzte. Die Alliierten hatten die Anlage nicht demontiert, weil BASF versicherte, man könne mit ihr nicht nur Munition und Giftgas, sondern auch Dünger herstellen. Die Gerüchte konnten nie widerlegt werden, daß BASF damals im dritten Nachkriegsjahr schon wieder an einer besonders gefährlichen chemischen Waffe gearbeitet hatte. Drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, als Wurster und seine Kollegen auf der Anklagebank in Nürnberg saßen, ging eine Hochdruckanlage auf dem Werksgelände in die Luft: 200 Tote, mehrere Tausend Verletzte. Und auf einem solch explosionsgefährdeten Gelände wollte die BASF ein Atomkraftwerk errichten - »Tatsache ist, daß durch einen schweren Schaden an dem geplanten BASF-Reaktor im Umkreis von 13 Kilometern 100.000 Menschen sofort sterben würden und daß mit bis zu 1,67 Millionen Toten durch Krebs und Leukämie zu rechnen ist; daß trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar von den zuständigen Stellen Geheimgutachten nicht veröffentlicht wurden«, schrieb damals die genannte Bürgeraktion aus Mannheim/Ludwigshafen.

Die Bundesregierung bekam schließlich doch noch Bedenken gegen dieses Wahnsinnsprojekt und ordnete zusätzliche Prüfungen an. Wurster-Nachfolger Bernhard Timm antwortete 1974 auf diese »Hinhaltetaktik« mit Erpressungsversuchen: Bei einer Zustimmungsverweigerung der Bundesregierung würde sich die Produktionspalette verändern und das Wachstum des Ludwigshafener Werkes stagnieren.

Der Atomreaktor in unmittelbarer Nachbarschaft von Tante-Emma-Läden und der Kneipe um die Ecke durfte schließlich doch nicht gebaut werden. 1981 beantragte die BASF ein werkseigenes Kohlekraftwerk, legte die Planung aber so aus, daß sie nicht dem neuesten Stand der Technik und den Umweltschutzbedingungen entsprach. Das war eine subtile Rache an den Umweltschützern. Als sie jetzt wieder protestierten, durfte der BASF-geneigte »Mannheimer Morgen« kommentieren: »Kernkraftwerke abzulehnen und gegen Kohlekraftwerke zu sein, das ist im wahrsten Sinne des Wortes keine Alternative.« Doch die Bürgeraktion, die grundsätzlich nichts gegen ein Kohlekraftwerk nach dem neuesten Stand der Technik hat, wies in einem Gutachten so minutiös nach, wie die *BASF* die Umweltschutzbestimmungen zu umgehen trachtet, daß das Werk seine Genehmigungsunterlagen schleunigst zurückzog.

Trotz all dem ist die *BASF* unter den IG Farben-Nachfolgeorganisationen noch die verträglichste. Gewiß, es kommt schon mal vor - wie im Juni 1979 - daß sie die Einwohner von Ludwigshafen ein wenig verseucht. Aber ob damals am 17. Juni bei einem Großbrand auf dem BASF-Gelände 2,4,5-T freigesetzt wurde, aus dem sich das Seveso-Gift TCDD, entwickelt, ist heute noch umstritten. Die Geschäftsleitung hält das für »Panikmache«. Nachforschungen der Industriegewerkschaft Chemie haben es bewiesen. So steht Standpunkt gegen Standpunkt. Immerhin hat sich die *BASF freundlicherweise* bereiterklärt, die Waschrechnungen für den durch Rauch verschmierten Autos der Anwohner zu bezahlen. Doch - so böse sind die Menschen - manch einer versuchte, wie die *BASF* betrübt feststellte, sich unberechtigt eine kostenlose Wagenwäsche zu erschleichen.

Die anderen beiden großen IG Nachfolger kennen nicht so viel Humanitätsduselei wie die *BASF.* Unmißverständlich von Anfang an vollzog sich bei *Hoechst* die Neugründung in dem von den Siegern des Zweiten Weltkriegs verordneten demokratischen Staat. Nämlich mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur Vergangenheit mit bewegter Klage über eine Zerstörung der IG Farben. »Der Vernichtung des bedeutendsten Wirtschaftsunternehmens, das deutsche Wissenschaft und Technik und deutscher Unternehmungsgeist je aufgebaut hatte«, so nannte Vorstandsvorsitzender Karl Winnacker am 27. März 1953 bei der Ausgründung der Farbwerke *Hoechst* die Entflechtung des Kriegskonzerns der IG Farben. Und er, der

neue Mann - noch unter Hitler vom Kriegsverbrecher ter Meer für seine Führungsaufgabe aufgebaut und vorbestimmt - legte ein herzliches Bekenntnis zu den Verbrechern von gestern ab: »Wir fühlen uns mit den Herren des alten Aufsichtsrates und Vorstandes der IG Farbenindustrie sowie mit allen alten Freunden dieser Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine große Zahl alter Freunde aus dieser Zeit bei uns heute begrüßen zu dürfen.« Herr H. wurde unter den veränderten Umständen allerdings nicht vermißt.

Dankbar erkannte der neue Mann von gestern immerhin an, daß »die Herren der Kontrollbehörden, die von ihren Ländern mit der Auflösung der IG Farbenindustrie AG beauftragt waren, sich in vielen Fällen umstimmen ließen«. Und daß die deutsche Bundesregierung »in zähen diplomatischen Verhandlungen« dabei Hilfe leistete.

Aufsichtsrats-Vorsitzender wurde Friedrich Jähne, der 1962 zur Hundertjahrfeier jubilierte: »Ein Unternehmen, das diese auch politisch oft stürmischen Zeiten nicht nur überdauern, sondern sich ständig darin weiterentwickeln konnte, muß auf festen Grundlagen stehen.«

Jähne war selbst solch eine feste Grundlage. Das einstige Farben-Vorstandsmitglied - für seinen aufgeräumten Schreibtisch berühmt - hatte sich als Wehrwirtschaftsführer und NSDAP-Mitglied bei der Plünderung von Betrieben in Elsaß-Lothringen beteiligt und war in Nürnberg mit der milden Strafe von eineinhalb Jahren davongekommen. Vorstandsvorsitzender Winnacker erinnerte sich gerührt an das Jahr 1955: »Inzwischen war das Liquidationsschlußgesetz ergangen und hatte uns von allen diskriminierenden Bestimmungen aus der Entflechtungszeit befreit. So konnten wir der Hauptversammlung Friedrich Jähne, den Chefingenieur der alten IG, für den Aufsichtsrat vorschlagen. Er übernahm in diesem Gremium den Vorsitz, und zwar bis zum Jahr 1963. Niemand von uns hätte 1945 gedacht, daß wir beide noch einmal zu einer solchen Zusammenarbeit an der Spitze unseres Unternehmens kommen würden.«

Keiner hätte das gedacht. Ob Winnacker mit Jähne auch in Auschwitz zusammenarbeitete, ist unbekannt. Jähne jedenfalls war mehrfach dort. Nein, nur zweimal, sagte er im Prozeß, um die Anlagen zu besichtigen. Er hatte nur versäumt, seine Aussage mit Sohn Norbert abzustimmen. Der war von Januar 1943 bis Kriegsende Ingenieur in Auschwitz und wurde von seinem Vater öfter besucht: Sohn Jähne: »Die Häftlinge wurden am schlechtesten von allen Arbeitern in der IG Auschwitz behandelt.« Wenn der Vater von dem Leichenverbrennungsgestank über Auschwitz nichts gemerkt hatte, soll sein Sohn ihm nichts davon erzählt haben? Was immer Aufsichtsratsvorsitzender Jähne vor 1945 entgangen sein mochte - jetzt konnte er in aller Ruhe mit einem kompetenten Kollegen Auschwitzer Erinnerungen austauschen. Heinrich Bütefisch, der mit der SS die Lieferung von Häftlingen für die IG Auschwitz aushandelte, wurde nach 1948 Aufsichtsrat der damaligen Hoechst-Tochter Ruhr-Chemie. Bütefisch, der 1932 die denkwürdige Unterredung mit dem stehenden Führer gehabt hatte, war übrigens der einzige IG-Direktor, der im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, Ärger wegen der Vergangenheit bekam. Als unser KZ-Baukünstler Heinrich Lübke 1964 in seiner Eigenschaft als Bundespräsident Bütefisch das Große Bundesverdienstkreuz verlieh, mußte es wieder eingezogen werden, weil es doch mal Proteste gab.

Mit Hitler hat IG Nachfolger *Hoechst* nichts mehr im Sinn, schließlich gibt es längst andere Führungspersönlichkeiten, die etwas vom Geschäft verstehen. Sechs Tage, nachdem General Pinochet in Chile gegen die demokratisch gewählte Regierung geputscht und Staatspräsident Allende ermordet hatte, erstattete die Hoechst-Vertretung in Santiago de Chile der Zentrale in Frankfurt Bericht:

»Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Am 13.9. abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben - wir schätzen 2-3000 Tote gelungen war... Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte... Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflußten Führung sehr bald erholen wird... Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente.«

Nicht unter dem Eindruck von Folter und Mord, sondern aus wichtigem Grund hat der stellvertretende Hoechst-Vorstandsvorsitzende Kurt Lanz dieses erste positive Urteil über Pinochet 1978 ein wenig differenziert: »Spätere Generationen werden besser beurteilen können, ob es andere, vielleicht auch bessere Kräfte gegeben hätte, das Leben des Landes wieder zu normalisieren. Jedenfalls war das Volk zunächst einmal bereit, die Austerity-Politik mitzumachen, die Pinochets Wirtschaftsberater Chile als bittere Medizin verordneten.« *Hoechst dagegen,* Selbstversorger in Medizin, hatte bestimmte Einwände gegen die von Pinochet verordnete »neoliberalistische Wirtschaftspolitik der Milton-Friedmann-Jünger.« Lanz: »Ohne ein Mindestmaß an Schutzmaßnahmen wird man auf einem so kleinen Markt kaum eine wirksame Industrialisierung betreiben können. Unsere schöne Trevira-Fabrik mußten wir - da sie keinen Zollschutz genoß - bereits schließen.«

Lanz-Kollege Rolf Sammet, seit dem Jahr 1969 als Winnacker-Nachfolger Vorstandsvorsitzender von *Hoechst,* ahnt zumindest, daß er in einer kriminellen Umgebung lebt. Vor Kollegen gestand er einmal ein, daß »wir eigentlich alle

sozusagen jeden Tag verhaftet werden können«, wenn die Umweltschutzgesetze korrekt angewandt würden. Doch alle Hoechst-Direktoren befinden sich auf freiem Fuß, warum auch nicht, schließlich agierte die zuständige hessische Landesregierung unter dem Dachlatten-Kämpfer Holger (»eins in die Fresse«) Börner lange Jahre wie eine Tochtergesellschaft von *Hoechst. So* erlaubte der zuständige Regierungspräsident dem Unternehmen, täglich 21 Güterwagen voll Chlorid in den Main zu kippen - die Leute von Hoechst schafften lange Zeit nur zwei Drittel der erlaubten Menge. Als im März 1980 herauskam, daß *Hoechst* nebenbei noch täglich 1, 8 Millionen Liter verdünnter Säuren in den Main läßt unter Berufung auf eine Lizenz aus Kaiser Wilhelms Zeiten, da tat man beim Regierungspräsidenten ehrlich erstaunt und versprach: jetzt wolle man doch mal die Einleitungsrechte des Unternehmens in den Main prüfen - aus Personalmangel sei dies bisher leider nicht möglich gewesen. Diese 1,8 Millionen Liter entsprechen 200.000 Litern konzentrierter Schwefelsäure - und das täglich. Wasserexperten halten 80.000 Liter für gerade noch vertretbar. Doch Ministerpräsident Börner, in dessen Dienstvilla Hoechst-Chef Sammet oft zu Gast war, verkündete vor dem Landtag, was Sammets »Blick auf Hoechst« also gleich beglückt nachdruckte: Angst vor vergiftetem Wasser begleite den Menschen seit der Steinzeit. Diese tiefsitzende Angst, so meinte der für seine ruhige und besinnliche Art bekannte Ministerpräsident, lasse den Bürger sofort und heftig reagieren: es wachse der Wunsch, durch unsachliche Reaktion ein kompliziertes Problem einfach zu lösen.

Welch unmäßige Wünsche auch immer in den Bürgern wach wurden, Hessens Behörden reagierten stets sachlich auf die Anforderungen, die *Hoechst an* sie stellte. Insbesondere im Umweltministerium, dessen Spitzenbeamte gegen kleine Aufmerksamkeiten - es hätte nur sechs Flaschen Wein gekostet, erzählte Hoechst-Pressechef Ernst Bäumler vor der Fernsehkamera - für die Firma die Augen und Nase zu und die Ohren offen hielten. Bei einer Haussuchung wurde im März 1980 bekannt, daß die Ministerialbeamten Hans Hammel und Karl-Hans Heil vertrauliche Unterlagen aus dem Ministerium an Hoechst-Direktor Karlheinz Trobisch weiterleiteten, beispielsweise interne Anweisungen anderer Bundesländer im Umgang mit Chemiefirmen. Auch erbot man sich, die Luftverschmutzung nicht allzu nah am Werk zu messen. Da solche Zusammenarbeit deutscher Tradition seit Kaiser Wilhelm entsprach, wurden selbstverständlich die Ermittlungen gegen die Beamten eingestellt. Eingestellt wurde im Februar 1981 auch ein Verfahren gegen *Hoechst. Die* Firma hatte statt erlaubter 50 Tonnen 31 prozentiger Salzsäure täglich 800 Tonnen in den Main geleitet. *Hoechst* bekam lediglich eine Zahlungsauflage von 1,45 Millionen Mark - für die Firma ein Trinkgeld - mußte sich aber wegen »mangelndem öffentlichen Interesse« nicht vor Gericht verantworten.

Hoechst darf jetzt sogar - so großzügig ist man in Hessen - für die nächsten zwei Jahre 100 Tonnen 31prozentiger Salzsäure täglich in den Main einleiten. Und jetzt darf der in seiner Gestanksfreiheit unumschränkte Konzern auch noch auf seinem Gelände ein Kohlekraftwerk nach veralteter Technologie bauen, das einen extrem hohen Schwefeldioxydausstoß haben wird: - eine Entschwefelungsanlage will *Hoechst* nicht einbauen. Vorstandsvorsitzender Sammet hat schließlich schon immer gesagt, daß die von der Bundesregierung verabschiedete »Technische Anleitung Luft« für den Umweltschutz in Wahrheit ein »moderner Morgenthau-Plan für die deutsche Industrie« sei.

Ob die Verseuchung der Frankfurter Umwelt beabsichtigt ist oder nicht, im Grunde dient sie lediglich dem Kampf gegen den Krebs. Im Februar 1980 erklärte Vorstandsvorsitzender Sammet bei einem Besuch in Bukarest, Krankheiten wie Krebs könnten heute nur dadurch »in den Vordergrund treten«, weil »die Menschen allgemein eine höhere Lebenserwartung haben als früher«. Im Kampf gegen diese krebsverursachende höhere Lebenserwartung unter den Bürgern der Main-Metropole steht *Hoechst* - das ist nicht neu - an vorderster Front.

»Nichts Neues« - so stand es im Juni-Heft der Bayer-Zeitschrift »Unser Werk« - »geschieht unter der Sonne, was nicht schon -unter dem Bayer-Kreuz geschehen wäre.« Richtig. Vor vier Jahrzehnten schrieb die Bayer-Mutter IG Farben dem Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz einige Briefe:

»Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn sie uns eine Anzahl Frauen zu Verfügung stellen würden ... «

»Wir erhielten Ihre Antwort, jedoch erscheint uns der Preis von 200 RM pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als 170 RM pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen ... «

»Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen in bestmöglichstem Gesundheitszustand vor ... «

»Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehrten Zustands wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten ... «

»Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen ... «

Heute ist alles ganz anders. Am 14. April 1975 schickte Dr. Weuta von Bayer Leverkusen eine Aktennotiz an die *Bayer-Pharma in* Wien:

»Dr. Rosanelli wurde gemeinsam mit Dr. Jackwerth am 8.4. gesprochen. Er hat ca. 100 Frühgeburten mit *Resistopen* behandelt. Davon sind aber nur 30 auswertbar, weil die restlichen 70 infolge ihrer extremen Lebensschwäche kurz nach Einleitung der Resistopen-Anwendung ad exitum kamen.

R. übergab die 30 Fragebogen, die wir aufarbeiten werden, um dann vorzuschlagen, ob die Studie in dieser Form weitergeführt werden soll - z.B. Aufstockung auf 50 Fälle oder ob sie für eine publizistische Auswertung ausreicht.«

Die Sprache ist für Außenstehende schwerer verständlich geworden gegenüber damals. Von Bayer-Kollege zu Bayer-Kollege benutzt man andere Formulierungen als gegenüber dem Kornmandanten des KZ Auschwitz. Ad exitum beispielsweise heißt auf deutsch »zum Ausgang« und unter Medizinern »zum Tod«. Die Aktennotiz will also sagen, daß 70 Säuglinge zum Tod kamen - nicht aber, daß sie dorthin gebracht wurden. Die Aktennotiz hat eine Vorgeschichte. Am 9. September 1973 schreibt Dr. Weuta von *Bayer L*everkusen Bayer in Österreich über das neueinzuführende Antibiotikum Resistopen: »Wir schlagen vor, daß Sie Kliniken auswählen, die ihnen nicht nur für die Prüfung, sondern auch geschäftlich später wichtig erscheinen.« Das heißt, man soll den für die Prüfer recht einträglichen Testauftrag an Ärzte vergeben, die später auch hohen Umsatz machen. Der Patient darf darüber nachdenken, ob er Resistopen schluckt, weil der Arzt den lukrativen Testauftrag bekommen wollte oder ob er Resistopen schluckt, weil der Konzern durch Vergabe des Testauftrags sich den Arzt geneigt machen will. Das heißt, er darf es nicht. Denn als Säugling erfährt er es nicht, und wenn es ihm trotzdem gelingt, erwachsen zu werden, sagt man ihm auch nichts. Eines aber darf man auf keinen Fall: in solchen Fällen emotional mit dem Wort Mord um sich werfen. Man darf eigentlich auch kaum dies: in gesetzten, etwas verklausulierten Worten darauf aufmerksam machen, daß die Letalität bei Frühgeborenen, denen bei diesem Versuch Resistopen beigebracht wurde, mit 70 von Hundert signifikant größer ist als bei Frühgeborenen allgemein (1979 in Österreich: 13,3 Prozent).

Briefe, Aktennotizen, Informationen solcher Art enthält das Buch »Gesunde Geschäfte«, das 1981 bei Kiepenheuer & Witsch erschien. Der sonst so klagefreudige Bayer-Konzern hat vorsichtshalber auf rechtliche Schritte verzichtet. Denn die Autoren hatten sich von *Bayer als* Pharmaberater anwerben lassen. Und das bedeutet: Sie sollen mit Bestechung und Tricks Ärzte dazu bringen, Bayer-Produkte zu verordnen. Bei der Einführung neuer Medikamente ist die wichtigste Aufgabe des Pharma-Beraters die »Gewinnung von Meinungsbildnern durch Klinische Prüfungen« *(Bayer 12*.1.1976), die selbstverständlich vorzüglich honoriert werden. Was bei diesen Menschenversuchen sonst noch herauskommt, ist in dem für den Patienten günstigsten Fall nichts. »Wir haben nicht einen einzigen methodisch und ethisch einwandfrei kontrollierten klinischen Versuch zum Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels bei einer behandlungsbedürftigen Erkrankung gefunden«, erklärte Dozent Gerhard Kienle in einem Gutachten für den Bundestag.

Nicht selten besticht *Bayer* die »meinungsbildenden« Klinikchefs, die über die Verordnung von Präparaten entscheiden, direkt und nicht auf dem Umweg über klinische Menschenexperimente. So veranstaltete *Bayer* »zur Vorbereitung bzw. späteren Unterstützung des Adalat-Verkaufs« sogenannte Symposien für das Herzmittel. » 120 in Universität, Klinik und Praxis tätige Kardiologen aus Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland« wurden in die »reizvolle jugoslawische Stadt Dubrovnik« eingeladen. »Wir ersuchen um Bekanntgabe, ob Sie allein oder mit Gemahlin anreisen werden«, bat *Bayer* die »prominenten meinungsbildenden Kliniker«. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen: »Sämtliche Spesen gehen selbstverständlich zu unseren Lasten.« Erfolg: Drei Monate nach der Einführung kam Adalat auf einen Monatsumsatz von 1,1 Millionen Mark, heute gehört es zu den führenden Bayer-Produkten.

Für die Patienten ist sicherlich weniger gefährlich, wenn die meinungsbildenden Klinikchefs sich in der adriatischen Sonne bräunen, als wenn es ihnen so geht wie 1976 dem neugeborenen Christian Ploj in der Grazer Frauenklinik. Mit Komplikationen, die man auch ärztliche Kunstfehler nennen mag, zur Welt gebracht, wurde er gleich als Versuchskaninchen für eine *Bayer-Studie* mit dem umstrittenen Antibiotikum Extramycin benutzt Der total geschwächte Säugling, der drei Tage keine Nahrung aufnehmen konnte, bekam das Präparat in die Muskeln injiziert, in Abständen von wenigen Stunden wurden ihm Blutproben entnommen. Die Eltern, die davon nichts wußten und schon gar nicht den Experimenten mit ihrem Kind zugestimmt hatten, bekamen das Kind überhaupt nicht zu sehen. Die Mutter: »Die Ärzte haben gesagt 'Das Kind liegt unter Sauerstoff, es darf nicht gestört werden'.« Als der Vater am neunten Tag endlich seinen Sohn sehen durfte, erschrak er: »Er war blau im Gesicht und sonst nur ein Skelett, wie in Biafra.«

Was bei den Betroffenen Schrecken auslöst, ist für die Bayer-Leute Alltagsgeschäft. Woher denn sollen sie wissen, daß man mit Menschen keine Experimente machen darf? Als nach dem Krieg IG-Vorstandsmitglied Fritz ter Meer befragt wurde, ob er die Versuche an Menschen im KZ Auschwitz für gerechtfertigt gehalten habe, antwortete er, diesen KZ-Häftlingen sei dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte. Er, der einzige IG-Farben-Mann, der vom milden Nürnberger Gericht sowohl wegen Plünderung als auch wegen Versklavung verurteilt wurde (sieben Jahre Gefängnis), wurde nach seiner vorzeitigen Entlassung wegen seiner besonderen Verdienste 1956 zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden von *Bayer gewählt*. Man wollte sich einfach einen Mann mit einem solch reichen Erfahrungsschatz - ter Meer hatte die Oberleitung für die IG Auschwitz - nicht entgehen lassen.

Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll in Nürnberg: Analt: »Teilte der Chefingeniur der Bunaanlage, mit dem Sie 1943 sprachen, Ihnen ausdrücklich mit, daß in Auschwitz Leute verbrannt wurden?« Struss: »Ja, und ich glaube, er sagte auch noch, daß man sie vergaste, bevor sie verbrannt wurden ... « Anwalt: »Und im Sommer 1943 wußten Sie, daß Menschen vergast und verbrannt wurden?« Struss: »Ja.« Anwalt: »Und Sie können sich genau daran erinnern, dies auch ter Meer und Ambros mitgeteilt zu haben?« Struss: »Ja.«

Dazu muß man wissen: Ernst A. Struss war Sekretär des IG-Verwaltungsrats, und IG-Vorstandsmitglied Otto Ambros (acht Jahre Gefängnis) war unter der Oberleitung ter Meers unmittelbar für die IG Auschwitz zuständig. Er wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis mit dem Aufsichtsratsvorsitz *bei* der BASF-Tochter Knoll AG in Ludwigshafen entlohnt. Ihre alten und neuen Erfahrungen konnten ter Meer und Ambros übrigens bei den Aufsichtsratssitzungen der Vereinigten Industrie-Unternehmungen (VIAG) austauschen. Dort saßen sie beide im Aufsichtsrat. Als ter Meer 1967 starb, wurde er in der *Bayer*-Werkszeitschrift als »ein leuchtendes Vorbild für die jüngere Generation« gewürdigt. Und eine Fritz-ter-Meer-Stiftung vergibt heute Stipendien für richtigen wissenschaftlichen Nachwuchs.

Am 5. Februar 1970 schrieb Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt dem Bayer-Vorstandsvorsitzenden Professor Kurt Hansen einen Brief. In den vergangenen Jahren, hieß es da, insbesondere auch in letzter Zeit sei verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, »daß die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, sich angeblich auf dem Gebiet der Forschung und Produktion von Kampfstoffen betätigen«. Schmidt irrte. Der Vorwurf lautete, daß Bayer sich wirklich, und keineswegs angeblich, auf diesem Gebiet betätige. Jedenfalls hielt Schmidt es für wichtig und richtig, dem Professor Hansen ausdrücklich zu bestätigen, »daß das Bundesverteidigungsministerium oder seine angeschlossenen Dienststellen Bayer und auch der übrigen chemischen Industrie in der Bundesrepublik keinerlei diesbezügliche Aufträge erteilt hat oder zu erteilen gedenkt.«

Daß ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister nicht immer ganz genau weiß, welche Aufträge die Bundeswehr an welches Industrieunternehmen vergibt, ist eine uns inzwischen vertraute Erscheinung.

Seit 1930 arbeitet in den Bayerlaboratorien der Chemiker Dr. Gerhard Schrader. Als IG-Vorstand Krauch im Juli 1938 mit seiner bekannten Denkschrift eine Chemikerkampftruppe forderte, hatte Schrader schon zwei Jahre zuvor im Bayer-Hauptlabor einen völlig neuen Kampfstoff namens Tabun entwickelt - zehnmal so giftig wie die stärksten Kampfgase des Ersten Weltkriegs. Otto Bayer, bis zu seinem Tod am 1. August 1982 Ehrenvorsitzender des Bayer-Aufsichtsrats, hatte Schrader den Auftrag gegeben, synthetische Insektizide auf der Basis von Fluor- und Phosphorverbindungen zu entwickeln, die man auch als tödliche Nervengase verwenden könne. Erprobt wurde der Kampfstoff mit Erfolg zuerst an Affen und dann an Häftlingen in Auschwitz. Ab 1943 stellte die IG insgesamt 12.000 Tonnen Tabun her. Doch Schrader legte die Hände nicht in den Schoß. Er erfand noch zwei Nervengase, Sarin und Soman, das eine dreimal und das andere sechsmal so giftig wie Tabun. In zivilisierten Regionen hätte man solch einen Mann 1945 vor die Tür, besser hinter Schloß und Riegel, gesetzt. Doch Schrader behielt seinen angestammten Arbeitsplatz und avancierte zum Direktor des wissenschaftlichen Laboratoriums für Pflanzenschutz bei Bayer-Leverkusen. Am 16. Juni 1958 reichte Schrader mit zwei Kollegen beim Patentamt der Vereinigten Staaten von Amerika »für die Farbenfabriken Bayer A.G., eine Aktiengesellschaft in Deutschland« eine Schutzschrift ein. Am 26. Dezember 1961 wurde ihnen das Patent Nr. 3014943 erteilt für »neue und nützliche Phosphorsäurederivate und ein Verfahren für ihre Herstellung«, das »sehr effektvoll Insekten wie Fliegen, Milben, Blattläuse usw.« tötet. Nach Angabe von Experten ist mindestens eine der in der Patentschrift angegebenen chemischen Verbindungen gut geeignet, um Menschen zu töten, diese Verbindung sei eine Weiterentwicklung von Schraders chemischen Kampfstoffen aus dem Zweiten Weltkrieg, die ja auch aus Insektiziden entstanden waren. Aus einer allgemeinen Formel am Ende der Patentschrift lassen sich eine Fülle von Stoffen herstellen, die nach der offiziellen Verbotsliste der Bundesregierung Kampfstoffe sind.

Im Juni 1965 meldete »France Nouvelle«, Dr. Gerhard Schrader, der »Vater der Nervengase«, arbeite zusammen mit ehemaligen Mitgliedern aus seiner Kampfgasforschung im Dritten Reich heute in Bayer-Laboratorien an neuen Phosphorverbindungen. KONKRET berichtete im März 1968, daß erhebliche Mengen von Totalherbiziden aus den Bayer-Werken in Dormagen nach Vietnam verschifft würden zum Einsatz im chemischen Krieg der US-Truppen. Daraufhin stellte Aktionär Bernhelm Booß der Bayer AG einige Fragen. Die Antwort des Vorstandsvorsitzenden Hansen verblüffte. Er schrieb am 5. Juni 1968: »Wir haben keine überproportionale Steigerung unserer Produktion an Totalherbiziden zu verzeichnen. Wir haben weder an staatliche noch an militärische Stellen der USA nach den Vereinigten Staaten oder in sonstige Länder Pflanzenschutzmittel verkauft.«

Er schrieb aber auch: » In unseren Werken wurde vor oder während des zweiten Weltkrieges weder auf dem Giftgasgebiet geforscht, noch Giftgas produziert.« Schrader und seine Mitarbeiter seien lediglich »in der Pflanzenforschung tätig« gewesen. Das ist nun wirklich die reine und lautere Unwahrheit. Hansen kann gar nicht anders, er muß - zumindest von seinem Ehrenvorsitzenden Otto Bayer - wissen, was Schrader schon im Dritten Reich getrieben hat. Damit ist jede

Auskunft, jedes Dementi, das er zur Herstellung von chemischen Kampfstoffen durch *Bayer heute* gibt, so glaubwürdig wie seine Behauptung über das, was Schrader und *Bayer* unter Hitler nicht getan haben sollen. Sein ehemaliger Kollege, der damalige *Hoechst-Vor*standsvorsitzende Kurt Winnacker, gibt immerhin in seinen Memoiren zu - und auch das ist erst die halbe Wahrheit, daß bei Schraders Forschungen in Leverkusen »Verbindungen gefunden worden waren, die als Gaskampfstoffe und Massenvernichtungsmittel hätten benützt werden können.« (»Nie den Mut verlieren«, Düsseldorf 1971, Seite 134).

Die US-Amerikaner, bei denen Schrader sein Bayer-Patent angemeldet hat, haben die Bundesrepublik vollgestopft mit Giftgas. Der rheinlandpfälzische DGB-Vorsitzende Julius Lehlbach meint: »So kann man mit Ratten, Mäusen und Kaninchen umgehen oder mit Schädlingen, die vergast werden können, nicht aber mit den Bürgern der Bundesrepublik.« Er irrt. Man kann. Allein in seinem DGB-Bezirk lagert soviel Giftgas, daß damit die ganze europäische Bevölkerung ausgerottet werden könnte.

Der Erste Weltkrieg forderte 90.000 Gastote, von denen die meisten ihr Los den Giftküchen von *Bayer verdankten*. Im zweiten Weltkrieg wurden Hunderttausende mit Zyklon B umgebracht, das den IG Farben Gewinn brachte. Den Dritten Weltkrieg werden wir nicht überleben. Aber wir dürfen uns heute schon überlegen, ob uns die A-Bomben umbringen oder die C-Waffen, für die das Haus Bayer den Grundstock legte.

Literaturhinweise

Joseph Borkin: »Die unheimliche Allianz der IG Farben«. Campus Verlag Frankfurt/New York, 1979, 232 Seiten, 38 Mark

Helmuth Tammen: » Die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925-1933«), Verlag Helmuth Tammen Berlin, 468 Seiten, 85 Mark

Kurt Langbein/Hans-Peter Martin/Hans Weiss/ Roland Werner: »Gesunde Geschäfte: Die Praktiken der Pharma-Industrie«. Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln, 1981; 288 Seiten, 19,80 Mark

Jürgen Räuschel: »Die BASF - Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns«, Pahl-Rugenstein Verlag Köln, 1975; 264 Seiten, 9,80 Mark

Peter Wolfram Schreiber: »IG Farben - Die unschuldigen Kriegsplaner« Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1978, 284 Seiten, 14,80 Mark

Karrieren angeklagter IG-Direktoren

Max Brüggemann, IG-Vorstandsmitglied und Geschäftsführer von 1934-45, stellvertr. Betriebsleiter in Leverkusen (BAYER), in Nürnberg angeklagt, vom Prozeß und von einer Nachkriegs-Karriere durch Krankheit entschuldigt

Fritz ter Meer, IG-Vorstandsmitglied von 1926-45, NSDAP, DAF (Deutsche Arbeiterfront), Wehrwirtschaftsführer, Beauftragter für Italien des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, oberster IG-Verantwortlicher für die IG Auschwitz. In Nürnberg sieben Jahre Gefängnis, danach Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER und der Th. Goldschmidt AG, stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank-Bankverein AG und im Aufsichtsrat von: Waggonfabrik Uerdingen AG, Düsseldorfer Waggonfabrik AG, Bankverein Westdeutschland AG, Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG)

Heinrich Oster, IG-Vorstandsmitglied von 1928-45, NSDAP, DAF, Teilnahme an der Plünderung der Norsk-Hydro in Norwegen. In Nürnberg zwei Jahre Gefängnis, danach Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG

Heinrich Gattineau, IG-Direktor 1932-45, NSDAP, SA-Standartenführer, als Pressereferent des IG-Aufsichtsratsvorsitzenden Duisberg 1931 Mittelsmann zur NSDAP. In Nürnberg freigesprochen, danach Vorstandsvorsitzender der BASF eigenen Guanowerke und der Wasag-Chemie, Aufsichtsratsvorsitzender der Ferplex Chemicals Inc. New York und der General Plastic S.A. Teheran, vielfaches Aufsichtsratsmitglied, Vorstandsmitglied der Notgemeinschaft für die reparationsgeschädigte Industrie und des Bundes katholischer Unternehmer e.V.,

Verwaltungsratsmitglied des Kulturkreises des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Fritz Gajewski, IG-Vorstandsmitglied 193 1 - 45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Denunziant eines jüdischen Vorstandskollegen, in Nürnberg freigesprochen, danach Vorstandsvorsitzender der Dynamit AG vorm. Alfred Nobel & Co, Aufsichtsratsvorsitzender von Genschow & Co. und der Chemie-Verwaltungs-AG, Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerke und der Chemischen Werke Hüls, Beiratsmitglied der Universität Bonn und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Hermann Schmitz, IG-Vorstandsvorsitzender 1935-45, Geheimer Kommerzienrat, Mitglied des Reichstags, NSDAP, Wehrwirtschaftsführer, vielfaches Aufsichtsratsmitglied (u.a. Allianz, Krupp), in Nürnberg vier Jahre Gefängnis, danach Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Stahlwerke und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank

Christian Schneider, IG-Vorstandsmitglied von 1928-45, NSDAP, DAF, SS, Hauptabwehrbeauftragter, Beirat des Gauleiters der NSDAP Halle-Merseburg, Wehrwirtschaftsführer, in Nürnberg freigesprochen, danach Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Gasolin, Süddeutsche Kalkstickstoffwerke, Rheinauer Holzhydrolyse, Deutsche Udic

Georg von Schnitzler, IG-Vorstandsmitglied 1926-45, NSDAP, DAF, SA-Hauptsturmführer, Hauptspender beim Industriellen-Geheimtreffen mit Hitler und später IG Hauptplünderer in den Okkupationsgebieten. In Nürnberg fünf Jahre Gefängnis, danach Vorstandsmitglied der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft

Otto Ambros, IG-Vorstandsmitglied 1932-45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes, Leiter des Sonderausschusses »C« (Giftgas) und der Hauptausschüsse für Pulver und Sprengstoffe beim Rüstungslieferungsamt, Sonderberater beim Leiter (siehe Krauch) der Abteilung Forschung und Entwicklung Vierjahresplan, Standortentdecker für die IG Auschwitz. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsmitglied: Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke, Bergwerksgesellschaft Hibernia, Internationale Galalithgesellschaft, Pintsch-Bamag AG, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke, Telefunken GmbH, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG)

Carl Lautenschläger, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, Betriebsführer von Höchst (HOECHST), NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Mitglied im Forschungsrat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Psychiatrie, beteiligt an medizinischen Experimenten mit KZ-Häftlingen. In Nürnberg freigesprochen, danach Ehrensenator der Universität Frankfurt

Wilhelm Mann, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, NSDAP, DAF, SA-Sturmführer, Verwaltungsratsvorsitzender der Mord-Firma (Zyklon B) Degesch. In Nürnberg freigesprochen

Heinrich Büttefisch, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, NSDAP, DAF, SS-Obersturmbannführer, Mitglied des Freundeskreises Himmlers, Mitarbeiter von Krauch beim Vierjahresplan, Wehrwirtschaftsführer. IG-Chefeinkäufer von Arbeitssklaven aus dem KZ Auschwitz. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsvorsitzender der Kohle-Öl-Chemie GmbH und Aufsichtsratsmitglied von: Feldmühle, Deutsche Gasolin, Ruhrchemie. Vorübergehend Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Walter Dürrfeld, Direktor von IG Auschwitz und des angeschlossenen Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz, Träger des Kriegsverdienstkreuzes. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, danach Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie, Aufsichtsratsvorsitzender der Borkenberge Gesellschaft, Recklinghausen, und der Frauenklinik Dr. Bohnen, Helmstedt. Aufsichtsratsmitglied von: Friesecke & Hoepfner, Phenolchemie, Hibernia Chemie

Philipp Heinrich Hörlein, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45. NSDAP, DAF, Schatzmeister der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Im Werk Elberfeld (BAYER) beteiligt an der Entwicklung von Giftgas. Aufsichtsratsmitglied der Mordfirma (»Zyklon B«) Degesch, beteiligt an medizinischen Versuchen mit KZ-Häftlingen. In Nürnberg freigesprochen, danach Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER, Senator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Ehrenbürger der Medizinischen Akademie Düsseldorf, Ehrendoktor der Technischen

Hochschule Darmstadt

Carl Krauch, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, IG-Aufsichtsratsvorsitzender von 1940-45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes. Neben seiner IG-Arbeit als Chef der Abteilung Forschung und Entwicklung, Vierjahresplan einer der wichtigsten Rüstungsplaner des Dritten Reiches, Senator der Kaiser Wilhelm Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, in Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsmitglied der Bunawerke Hüls und als Zeuge im Auschwitzprozeß 1965 hervorgetreten durch die Aussage über die von der IG verbrauchten KZ-Häftlinge: »Das waren meist asoziale Elemente, so politische Häftlinge.«

–

Konkret 09/82, S. 58

Erich Kuby

Konkret-Extra
IG-Farben – »Irgendwie sind wir alle Belegschaft...«

Das haben wir nun alles gelesen. Beschließen wir jetzt, die genannten echten Namen gegen erfundene auszutauschen, die möglichst undeutsch, am besten ein bißchen italienisch klingen sollten. Beschließen wir ferner, die geschilderten Vorgänge in ein erfundenes Land zu verlegen, das freilich unmißverständlich in der kapitalistischen Welt liegen müßte. Derart verändert gelesen - was glaubten wir vor uns zu haben? Ich würde sagen, das treatment zu einem 100-Millionen-Dollar-Hollywood-Film übelster Art, ein lächerlich überzogenes Machwerk über die Mafia, die es so nicht gibt. Jene, die es gibt, mordet, soweit wir wissen, auf altmodische Art mit Revolvern, hat nicht Völkermord mit Giftgas betrieben und noch nie ein Heer von Sklavenarbeitern unterhalten, die vergast wurden, wenn sie nichts mehr leisteten.

Als Produkt der Phantasie ausgegeben, hätte dieses KONKRET-Extra einen Proteststurm der Leser ausgelöst. Weil es aber Zeitgeschichte als Firmengeschichte nachvollzieht, Realität schildert von gestern, von heute und gewiß auch von morgen, haben wir weniger die Redaktion zu fragen, was sie damit eigentlich bezweckt, sondern uns selbst, welche Konsequenzen wir aus der Information ziehen wollen und ob wir überhaupt welche ziehen können? Also: kleiner Mann, was (dagegen) tun?

Wir empfinden Wut und Zorn darüber, daß es eine Schwelle wirtschaftlicher Macht gibt, eine Dimension verbrecherischen Planens und Handelns, jenseits der die bestellten Wächter über den Rechtsstaat zwischen Recht und Unrecht nicht mehr unterscheiden, seine Instrumente nicht mehr greifen. Jenseits der auch die Verbrechen keine Sühne mehr gefunden haben, die zuvor unter Bedingungen straflos begangen worden waren, unter denen die Staatsraison Verbrechen wie Massenmord nicht nur duldete, sondern verlangte. Statt Abrechnung und Zäsur hat in diesem Bereich ein auf Kugellagern laufender Obergang stattgefunden. Das Märchen von der Stunde Null ist uns erzählt worden, vom neuen Anfang. Ach du lieber Gott! Wer da zusammengeholfen hat, daß den schutzbedürftigen Verbrechern von gestern nichts passierte und die Aktien der »entflochtenen« Betriebe nachher mehr wert werden konnten als sie vor dem Krieg wert gewesen waren! Es war eine Koalition, die von den Amerikanern bis zur SPD reichte.

im Rückblick gefällt uns das nicht, uns, die zu den Leidtragenden des Währungsschwindels gehört haben, und erst recht gefällt uns nicht, was wir soeben lesen konnten, aber das dürfte (zunächst?) alles sein an Reaktion. Der Warenhausdieb, der einen Rasierapparat gestohlen hat, geht ins Gefängnis, aber es ist ein Kavaliersdelikt, bleibt gerichtlich ungeahndet, statt »erlaubter«(!) 50 Tonnen Salzsäure deren 800 täglich in den Main zu leiten. Wenn wir das hören, ärgern wir uns nicht nur, wir raffen uns vielleicht sogar zu einem Protest auf, ziehen mit Plakaten durchs Heimatstädtchen: Unser Main soll sauber bleiben! Na, und? Wer in solcher Größenordnung solche Verbrechen begehen *kann,* weil er Herr über die entsprechenden Produktionsmittel (z.B. für Salzsäure) ist, der *darf* sie auch begehen, der genießt den Schutz der Staatsmacht, die ihrerseits von jenen getragen wird, für die Firmeninteresse und - gewinn identisch mit dem Gemeinwohl sind. (Darauf beruht die subjektive Unschuld ihres Handelns.) Man nennt sie »Multis«, weil sie in vielen Ländern produzieren, in noch mehr verkaufen, ihre Unternehmen sind aber vor allem deshalb globale Institutionen, weil die Prinzipien, auf denen sie erreicht sind, innerhalb der kapitalistischen Welt geschützt sind. Kämpfen sie gegeneinander, so geht es um Marktanteile und dergleichen, niemals stellen sie untereinander ihre gesellschaftspolitische Legitimation in Frage. Sie bewegen sich in einem abgeschützten Freiraum, in dem alles erlaubt ist, was Gewinn bringt.

Weil das so ist, kann der kleine Mann, das sind wir alle, kurz- und mittelfristig nichts Wirkungsvolles tun. Seine Wut, sein Zorn haben keinen anderen Adressaten als das kapitalistische System selbst, in dem er (noch) integriert ist. Wie der Zufall es will, vermeldeten kürzlich riesige Todesanzeigen das Ableben eines Herrn Otto Bayer (80), der lebenslänglich mit »Bayer AG« sehr viel zu tun hatte: »In tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von... einer großen verehrungswürdigen Persönlichkeit.« Wer ist »wir«? Aufsichtsrat, Vorstand - und *Belegschaft. So* war es zu lesen! Sie, die Belegschaft mag immer mal wieder ihren Kleinkrieg mit der Firma um Tarife führen, dennoch ist sie davon überzeugt, mit einem Herrn Otto Bayer im selben Boot zu sitzen. So war das auch, als die»Bayer«Stammutter 1.G. Farben dank Ottos »Gespür für zukunftsträchtige Probleme« (Todesanzeige) in Auschwitz Buna produzieren konnte und neben der deutsch-arischen Belegschaft die deutsch-jüdische Belegschaft in gestreiften Leinenkitteln am Arbeitsplatz verreckte.

Es ist gewiß wahr, daß solche Typen, hochgeehrt, hochdekoriert, »für den künftigen Frieden der Welt eine viel größere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre« (vgl. das Zitat S. 9). Aber sie sind trotzdem nicht die Adressaten unseres Protestes, wir *selbst sind es!* Das System, das sie tragen und das sie schützt, kann nur von unten zum Einsturz

gebracht werden, und eine der Voraussetzungen dafür ist, daß wir, die wir alle irgendwie »Belegschaft« sind, uns als Komplizen begreifen und den Lohn für unsere Arbeit als Schweige- und Bestechungsgeld.

Bis dahin wird noch eine Menge Zeit vergehen, aber ein aufklärender Bericht wie dieser krallt sich vielleicht doch in manchen Köpfen fest. Ihn zu drucken, so scheint mir, war ein Beitrag zum Prinzip Hoffnung.

–

Konkret 09/82, S. 60

Susanne Mersmann

Am Leben verzweifelt – den Tod gewünscht

Ein 17jähriger Franzose tötete sich mit Schlaftabletten. Aufgeschlagen vor ihm lag der neue Bestseller »Suicide«. Es enthält perfekte Rezepte für einen leichten und leidensfreien Selbstmord

Wenn man wirklich sterben will, sollte man keine Zeit mit der Suche nach einem Ort verlieren. Das Hotel ist ideal. Nicht vergessen, ein Zimmer zu reservieren, zwei Nächte im voraus zu bezahlen und dem Hotelier zu sagen, daß man keinesfalls gestört werden möchte. Diese Empfehlung ist vor allem wichtig, weil man genügend Zeit vor sich haben muß: Man braucht mindestens einen ruhigen Tag. Je später die Entdeckung, desto kleiner die Wiederbelebungsgefahr.«

Schockierende Zeilen? Beruhigendes Wissen? Claude Guillon und Yves Le Bonniec haben alle verfügbaren Informationen zusammengetragen, die zum Gelingen eines Selbstmords nötig sind. »Suicide, Mode d'Emploi« heißt ihr Buch - Gebrauchsanweisung. Kapitel zehn, nur 32 Seiten lang, macht detaillierte Angaben über Ort und Umstände, Vorbereitungen und geeignete Medikamente für einen sanften Tod von eigener Hand.

Wer hat noch nie mit dem Gedanken gespielt? Robert Kastenbaum, amerikanischer Suizidforscher, fand heraus, daß immer mehr Menschen »mit Würde sterben« möchten, sich einen »guten Tod« wünschen. Weil viele »nicht durch die medizinische Technik unbegrenzt in einem Zwielicht zwischen Leben und Tod festgehalten werden« wollen, könne der Suizid (von lateinisch sui caedere = sich töten) schon bald zur »bevorzugten Todesart werden«. »Ort, Zeitpunkt, Dauer und Stil« blieben der persönlichen Kontrolle eines jeden überlassen.

In die Betonsilostadt Chorweiler kommen Selbstmörder aus allen Kölner Bezirken. Eine Frau war schon in den obersten, den 23. Stock des Hochhauses gefahren. Sie merkte, daß sie die Brüstung nicht überwinden konnte. Sie fuhr wieder hinunter und kaufte sich gegenüber bei Karstadt einen Hocker. Dann kehrte sie zurück, stieg auf den Hocker und sprang in den Tod. Wie verzweifelt muß ein Mensch sein, sich so umzubringen.

Edward M. Brecher, amerikanischer Medizinjournalist, befaßte sich eingehend mit seinem möglichen Selbstmord, als er an Krebs erkrankt war. Er sprach mit Angehörigen und Freunden darüber. Sicher war, er wollte die langen Qualen, die er vorher schon bei seiner Frau miterlebt hatte, nicht auf sich nehmen. Er überlegte, welche Todesart für ihn in Frage kommen würde. Sein »suicide shopping« (Brecher) ließ ihn zu der Erkenntnis kommen, daß der Griff zu Schlaftabletten, eine Todesspritze oder das Atmen von Auspuffgasen die einzig brauchbaren Mittel wären. Seine Krebsoperation verlief erfolgreich, die letzte Konsequenz blieb ihm erspart.

Im »New York Times Magazine« veröffentlichte er im März 1979 einen Aufruf: Alle, die sich mit dem Freitod beschäftigten, sollten »out of the closets« kommen. Brecher: »Wenn man wirklich sterben möchte, ist es oft zu spät, über die richtige Methode nachzudenken.« Der Journalist Brecher hatte auch überlegt, ein Buch über Selbstmord-Möglichkeiten zu schreiben, vor allem, um vor untauglichen Mitteln zu warnen. Zu seinem Bedauern fand er keine Wissenschaftler oder Ärzte, die bei diesem Thema zu einer Kooperation bereit gewesen wären.

Hilfe von Ärzten hatte auch das französische Autorenteam Guillon/Le Bonniec nicht. Sie haben die verfügbare medizinische Literatur ausgewertet, nennen ihr Buch deshalb eine »Art Versuch«. Aufgezeichnet haben sie darin auch, was sie »versehentliche Informationen« nennen:

So stand in dem seriösen, katholischen Blatt »La Vie« (Das Leben) ein Artikel über den Fingerhut. 10 g trockene und 40 g frische Blätter dieser Pflanze seien tödlich.

So berichtet »Le Monde« über Knollenblätterpilze und gibt an, daß eine Menge zwischen 50 und 100 g frischer Pilze mit Sicherheit tödlich sei. (Guillon und Le Bonniec raten ab, weil die »Begleiterscheinungen nicht sehr ermutigend« seien).

So hat ein Leserbrief in der Zeitung »Liberation« genau den gegenteiligen Effekt wie beabsichtigt. Der Briefeschreiber, der sich gegen die unkontrollierte Verbreitung tödlicher Medikamente wendet, nennt die »richtige« Dosis des Mittels »Vesparax«, die ein Freund eingenommen hatte: 35 Tabletten.

Um eine unerwünschte Wiederbelebung zu verhindern, muß man die Verpackung der eingenommenen Medikamente vernichten. Man muß auch das Rezept vernichten und nicht in den Papierkorb werfen... Es ist in diesem Zusammenhang nicht schlecht, eine kleine Notiz zu hinterlassen, die eventuelle Zeugen und Freunde entlastet.«

Wenn Massenblätter über spektakuläre Selbstmorde berichten, gehen in den folgenden Tagen regelmäßig die Suizid-Ziffern nach oben. Psychologen nennen es den »Werther-Effekt«. Als Goethes Werk erschien, verdammte Hamburgs Hauptpastor Goeze »eine Zeit, in der Apologien für den Selbstmord geschrieben werden und einen ungestörten freien Lauf haben, da gottlose Zeitungsrezensenten solche verfluchungswürdige Schrift anpreisen, die Selbstmörder als Tugendhelden rühmen und sie seligpreisen«.

Guillon und Le Bonniec bestreiten, daß die von ihnen veröffentlichten Details über Medikamente, Mengen und Mischungen einen solchen Effekt nach sich zögen. »Wir denken, daß diese These durch nichts belegt werden kann. Wir können sogar behaupten, daß eine gewisse Zahl von Selbstmorden auf Nichtwissen zurückzuführen sind. Man schluckt irgendetwas und trifft zufällig auf eine tödliche Dosis.« Die beiden Autoren halten den Gegnern der freien Information über die Methoden und Möglichkeiten des sanften Todes entgegen: »Zu wissen, wie man stirbt, ist zugleich ein Wissen, wie man nicht irrtümlich stirbt.«

Mediziner und Krankenschwestern wüßten, was sie zu schlucken hätten. »Es gibt immer die Lust zu sterben, alles aufs Spiel zu setzen. Der Unterschied ist also der Zugang zur Information. Welches besseres Mittel gibt es, um dieses 'Alles-aufs-Spiel-Setzen' zu verhindern, als das der präzisen Information? Man hätte dann nur die richtigen, die freiwilligen Selbstmorde zu 'bedauern'«, verteidigen Guillon und Le Bonniec ihr Buch. »Daß diese Zahl der echten Selbstmorde steigt oder rückgängig ist, das macht uns keine Sorge. «

Als Beweis für ihre These, daß das Wissen über die besten Methoden für einen Selbstmord unschädlich sei, führen die Autoren den Fall einer jungen Frau an, die schon mehrere Selbsttötungsversuche hinter sich hatte. Als sie zu einem Psychiater nach Lyon kam, verschrieb ihr der Arzt ein Medikament und versprach, das sei das ideale Mittel. Drei Tage später kam die Patientin wieder zu ihm und dankte. ihm dafür, daß er sie verstanden hatte.

William Shakespeare brachte es in acht Dramen auf vierzehn Selbstmörder. Doch was in der Literatur und auf den Bühnen als edel und gut gilt, hat den Ruch der Schande noch immer nicht verloren. Wer von eigener Hand stirbt, dem ist auch heute offiziell ein christliches Begräbnis verwehrt. Zwar findet sich in der Bibel kein ausdrückliches Selbstmord-Verbot, aber seit Augustin stimmen alle Kirchenlehrer in der Meinung überein, daß die Selbsttötung dem göttlichen Schöpfungswillen widerspricht.

Neben der moralischen Verurteilung stand lange die juristische. In vielen europäischen Ländern wurden Suizidversuche bestraft, in England noch bis 1961. War der Selbstmord erfolgreich, hielt man sich an die Angehörigen: Das Vermögen des Suizidanten fiel noch vor hundert Jahren in England und Frankreich an die Krone.

So blieb der Selbstmord bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Ausnahme. Erst mit den »Gründerjahren«, parallel zur Industrialisierung, stieg die Suizidrate kräftig an.

Der französische Soziologe Emil Durkheim stellte schon 1897 in seinem Klassiker »Le Suicide« fest, daß Neigung und Häufigkeit mit der »sozialen Desintegration« und der daraus folgenden Isolation des Menschen zusammenhängen. Der Wiener Selbstmordforscher Erwin Ringel: »Unsere gegenwärtige Gesellschaft fördert den Freitod.«

Als ich gerade zehn Jahre alt war, stand ich nur etwa drei Meter von einem Mann entfernt, der sich auf dem Hamburger Hauptbahnhof vor den einfahrenden S-Bahn-Zug warf. Er wurde schwer verletzt, überlebte aber. Dabei gehört diese Selbsttötungsart zu den - relativ sicheren - »harten« Methoden. Sich erschießen, sich erhängen, aus großer Höhe springen, das sind die aktiven Verfahren, die vor allem von Männern angewandt werden. Zurückgeführt wird das auf ihre größere Aggressivität - sei sie nun angeboren oder anerzogen. So wie es mehr männliche Mörder gibt, so gibt es auch mehr männliche Selbstmörder. Einige Suizidforscher halten es für Zufall, ob sich diese Aggression gegen andere oder gegen sich selbst richtet, ob ein Mensch zum Mörder oder zum Selbstmörder wird. Gesichert ist die Erkenntnis, daß die Selbstmordraten in Kriegszeiten rapide zurückgehen. Versicherungen schätzen, daß heute jeder zwölfte tödliche Autounfall ein verdeckter Selbstmord ist.

Es bringen sich mehr Männer als Frauen um, mehr Großstädter als Landbewohner, mehr Protestanten als Katholiken. Überdurchschnittlich viele Akademiker und Arbeitslose sterben von eigener Hand. Verwitwete, Unverheiratete und Kinderlose neigen eher zum Freitod. Wer seine Kindheit in zerrütteten Familienverhältnissen verlebte, wer alkohol- oder drogenabhängig oder gar psychisch krank ist, wird leichter Selbstmord begehen als andere. Homosexuelle, vereinsamte Rentner, Strafgefangene und Studenten im Examensstreß zählen die Suizidforscher zu den gefährdeten Gruppen.

Frauen dürfen Emotionen zeigen - töten sie sich deshalb weniger? Es gibt die - umstrittene - These, daß Frauen dank Menstruation, Schwangerschaft und Klimakterium gegen. Stimmungstiefs abgehärtet seien. Für diesen Gedanken spricht, daß der Altersselbstmord fast ausschließlich Männersache ist.

Das Phänomen des Großstadt-Suizids läßt sich einfacher erklären: Die soziale Kontrolle funktioniert lediglich in dörflichen Gemeinschaften. Die Unwirtlichkeit der Städte, die Einsamkeit und Isolation ihrer Bewohner, zerbrochene Familien, ein sinnlos scheinendes Leben in materialistischer Zeit - wer da einen geliebten Menschen verliert oder den »Lebensinhalt« Arbeit, wer den Leistungsanforderungen nicht entspricht oder den moralischen Normen, kann in den Selbstmord getrieben werden.

Ungeklärt ist, warum es Länder mit besonders hohen Suizidraten gibt. Ungarn, Finnen, Dänen, Tschechen, Österreicher, Schweizer und Deutsche sind die Völker mit den höchsten Selbstmordquoten. Italiener, Spanier, Griechen und Malteser töten sich dagegen nur in seltenen Fällen. Berlin steht seit eh und je an der Spitze der Suizidziffern.

Man muß eine leichte Mahlzeit zu sich nehmen, nicht zu wenig und nicht zuviel. Man kann auch vorher ein Mittel gegen Seekrankheit einnehmen - ungefähr eine Stunde vor der Einnahme des tödlichen Mittels... Die tödlichen Mengen sind abhängig vom Körperbau. Wenn man an Schlafmittel oder Morphium gewöhnt ist, muß man die empfohlenen Mengen erhöhen. Man muß die Medikamente an einem kühlen Ort aufbewahren, zum Beispiel unten im Kühlschrank. Man muß auch auf das Verfalldatum achten, die Medikamente können ihre Wirkung verloren haben. Dann ist die Gefahr des Mißlingens oder die von Nachfolgeschäden größer. Man kann die Tabletten unmittelbar , vor der Einnahme in Wasser auflösen, und sie mit einem bißchen Honig oder Kaffee schlucken. Es ist empfehlenswert, Schlafmittel mit Alkohol zu mischen. Die Wirkung wird vom Alkohol bis zu 50 Prozent verstärkt. Auch Kohlensäure kann das Verfahren beschleunigen.«

Alle dreiviertel Stunde nimmt sich in der Bundesrepublik ein Mensch das Leben. 1981 waren es 13.364. Die Zahl der Selbstmordversuche wird auf das Zehnfache geschätzt. Meist sind, es Menschen, die Tabletten geschluckt, sich die Pulsadern geöffnet oder Auspuffgase eingeatmet haben, die rechtzeitig gefunden und in Kliniken ins Leben zurückgeholt werden. Sie wachen in geschlossenen Abteilungen oder in Intensivstationen auf. Ist der Magen ausgepumpt, erhalten sie Anti-Depressiva und werden meist ohne psychiatrische Hilfe und Unterstützung in ihr altes Elend zurückgeschickt.

Viele waren noch in den Tagen vor dem Suizid-Versuch beim Arzt, viele haben Rat und Hilfe bei Freunden oder Verwandten gesucht. Wer dort mit einem schulterklopfenden »Das wird schon wieder« abgeschoben wird, greift oft zum letzten Mittel, dem »stummen Schrei«. Die sogenannten »Apellations-Selbstmorde«, häufig von Frauen ausgeführt, manchmal als Erpressungs- oder Nötigungsversuch empfunden, sind von einem »vitalen Angstgefühl« (Suizidforscher Karl-Joachim Linden) begleitet. Sie sind zumeist so arrangiert, daß eine Rettung möglich ist. Diese Menschen wollen nicht sterben, sie wußten nur nicht, wie sie weiterleben sollten. Aber 25 Prozent der Selbstmordkandidaten legen erneut Hand an sich.

Nicht empfehlen können wir Aspirin. Die tödliche Dosis liegt bei 40 bis 60 Tabletten. Sie verursachen Magenblutungen. Das Verfahren ist langsam. Es tritt keine Müdigkeit auf. Aspirin ist zu unsicher. Die Folgeschäden für Leber und Nieren bei einer Wiederbelebung sind sehr ernst.«

Sigmund Freud nahm an, 40 daß neben dem arterhaltenden Sexualtrieb in jedem Menschen auch eine Neigung zu Zerfall und Zerstörung wirksam sei, deren extreme Manifestation unter anderem in der Aggression gegen die eigene Person bestehe. (1920 in »Jenseits des Lustprinzips«). Der Wiener Professor Erwin Ringel, bekanntester Suizidforscher und Gründer der »Internationalen Vereinigung für Selbstmordverhütung«, ging davon aus, daß die Selbstmordhandlung immer der »Abschluß einer krankhaften psychischen Entwicklung« sei. Als wirklich geisteskrank - da sind sich heute die Suizidforscher einig - gelten dabei nur rund dreißig Prozent der Selbstmörder.

»Der Hang zum Freitod ist keine Krankheit, von der man geheilt werden muß wie von den Masern«, schreibt Jean Améry in seinem Buch »Hand an sich legen - Diskurs über den Freitod« und bricht darin endgültig die philosophische Lanze für den Selbstmord. Er verfaßte das Werk, bevor er sich 1978 mit Schlaftabletten umbrachte.

Trotz Goethe, Shakespeare und Améry scheiden nur wenige Menschen ganz freiwillig aus dem Leben, zufrieden und abgeklärt, mit Vorbedacht und bei klarem Verstand. Auch bei den »Bilanz-Selbstmördern« handelt es sich zumeist um eine Flucht: vor Schulden, vor Einsamkeit, vor Morgen und Übermorgen.

Nicht der November ist der Monat mit den meisten Selbstmördern, sondern der Mai.' Wenn die Natur aufblüht, wird die Leere unerträglich.

Keinen kann man verurteilen, wenn er einen Selbstmord versucht. Aber jeder von uns kann und muß dem Selbstmörder klarmachen, daß Selbstmord ein blödsinniger Ausweg ist. Alle, die ihr Leben für sinnlos halten, sollten es für andere sinnvoll machen, damit es mehr glückliche Menschen gibt«, schrieb eine 15jährige Schülerin in einem Leserbrief an die »Zeit«.

Selbstmorde kündigen sich an. Professor Erwin Ringel hat die drei Stufen des präsuizidalen Syndroms beschrieben:

· Einengung der Wahrnehmung und Gefühle, gepaart mit Vereinsamung, Ausweglosigkeit, Isolation und schließlich Resignation;

· Vorwürfe gegen andere. Weil sich die Aggressionen aber nicht entfalten können, richtet sich die Wut gegen sich selbst;

· Todesphantasien als Flucht in die Irrealität. Dabei wird auch die Wirkung der Selbsttötung auf die Umwelt als vorweggenommene Strafe ausgemalt.

Jean Améry nannte die berufsmäßige Suizidbekämpfung in seinem »Diskurs« eine »unverschämte Einmischung«.

Der Amerikaner Robert Kastenbaum ist der Auffassung, er und seine Suizidologen-Kollegen müßten in Zukunft zwei Wege gehen. Erstens das selbstzerstörerische Verhalten psychisch Kranker zu heilen versuchen. Und zweitens unter gewissen Umständen den selbstgewählten Tod durch eigene Hand erleichtern.

Claude Guillon und Yves Le Bonniec betrachten das Recht auf den Tod als »Waffe gegen diejenigen, die das Leben rauben«, als Mittel gegen die Herrschenden, die uns immer mehr Kernkraftwerke und immer mehr Atombomben bescheren. Sie kritisieren die Haltung der Linken zum Freitod heftig, sie sähen in dem Selbstmörder lediglich einen »verlorenen Mitkämpfer«. Sie klagen Regierungen an, die ihre politischen Gefangenen umbringen ließen (und nennen dabei die Bundesrepublik, die ihre RAF-Häftlinge habe ermorden lassen). Daß in einer Demokratie die Macht dem Volk gehöre, sei ein gutes Wort für die Herrscher, meinen Guillon und Le Bonniec. Und sie fügen hinzu: »Unsere größte Freiheit ist es, zu verschwinden.«

Siebenundfünfzig Prozent aller Selbstmordkandidaten in Frankreich nehmen Tabletten, die Sterbequote nach Medikamenteneinnahme beträgt 0,7 Prozent. Bei Haushaltsmitteln beträgt die Quote vier, bei Industriemitteln und Pflanzengiften zwölf Prozent. Guillon und Le Bonniec behandeln »die letzteren Möglichkeiten nicht, da sie mit starken Schmerzen verbunden sind und Nachfolgeschäden verursachen«.

Darf man einem Menschen, der wirklich sterben will, zu einem leichten und sicheren Tod verhelfen?

Claude Guillon und Yves Le Bonniec nennen die unterschiedlichen Gifte. Barbiturate lähmen das zentrale Nervensystem und die Atmung. Sie können allein oder mit anderen Beruhigungsmitteln zum Tod führen. Mittel gegen Übelkeit können allein angewandt werden oder zusätzlich, um einen Brechreiz zu verhindern. Anti-Depressiva sind besonders wirksam und verursachen Bewußtlosigkeit und Herzstillstand. Vor dem Tod kein Einschlafen und kein Koma, Herzstörungen und Krämpfe. Von anderen Giften (Insulin, Nikotin, Arsen) raten Guillon und Le Bonniec ab, weil sie entweder zu unsicher oder zu schmerzhaft sind.

Auch Suizidforscher denken um. Man müsse die »Freiheit und Würde des anderen respektieren«« schreibt Professor Hermann Pohlmeier, lange Jahre Präsident der Deutschen Gesellschaft für Selbstmordverhütung. Jeder habe letztlich ein »Recht auf sein Sterben« und auf einen Freitod zur »Abwendung von Siechtum, von Versklavung oder einfach, weil er es so will«.

Konkret 09/82, S. 63

Michael Schilling

Proletarier aller Länder, hängt Euch auf!

...life, liberty and the pursuit of happiness

Leben, Freiheit und die Suche nach Glück wollte der bürgerliche Staat einst gewähren. Nun wird ein weiteres unveräußerliches Menschenrecht verlangt: sich selbst umzubringen. Das Pathos, mit dem dies geschieht, verheißt Fortschritt und Aufklärung, es erinnert von ferne an »Gott ist tot« oder »Mein Bauch gehört mir«.

Es ist im Leben häßlich eingerichtet, daß bei den Rosen gleich die Parfümfabrikanten stehn. Zehntausende bringen sich jährlich um, in New York, London, Paris und Westberlin. Das Problem ist von einem der Moral längst auf eines der Statistik reduziert. Wenn sich ein Filmstar vergiftet oder sich ein Millionenerbe erschießt, machen ein paar Telefonseelsorger und Leitartikler eben noch »ts, ts«. Doch durch die sperrangelweit geöffneten Scheunentore rast, den Kopf zwischen den Schultern, eine Avantgarde mit Gebrüll: Freier Tod für freie Bürger. In England, in Frankreich und demnächst in der Bundesrepublik liegt die »Gebrauchsanweisung für Selbstmörder« *in jeder guten Buchhandlung* aus.

Jean Améry, der verspätete Aufklärer, hat Ethik und Moral des Selbstmordes in seinem »Diskurs über den Freitod« zu Ende diskutiert, bevor er sich umbrachte. Dem Denker, der die Frage im Allgemeinen lösen mußte, bevor er sie im Besonderen beantworten konnte, folgen nun die quicken Geschäftemacher der Provokation, die der individuellen Nachfrage ein kollektives Angebot machen- Töte dich schmerzfrei, sauber, schnell und sicher, hab immer unser Buch zur Hand, und du gehst weg ganz ohne Rand.

Provokation ruft *hervor,* was längst vorhanden, aber (noch) nicht akzeptiert ist; die Gesellschaft toleriert (und braucht) es schon, die schwerfälligen Bewußtseinsfabrikanten können es aber noch nicht liefern. Der Tod, der durch eigene Hand statt durch Krebs, Infarkt, Polizei, Straßenverkehr, Napalm oder Atombomben herbeigeführt wird, gilt ihnen noch als Frevel. Doch ihre Leichenreden auf den Krüppel, den Irren, den Junkie, den Straftäter, den Arbeitsunfähigen, der sich umgebracht hat, verraten das gesellschaftliche Bedürfnis nach solcher Tat. »Es war wohl das Beste so. Für ihn.«

Kurt Tucholsky hat gewitzelt, die soziale Frage sei nur dadurch zu lösen, daß wir alle reich heiraten. Das letzte Mittel gegen psychische und physische Verelendung heißt: Häng dich auf! (Natürlich nicht, sondern: Miete dir ein Hotelzimmer und nimm einen unserer Spezial-Freitod-Cocktails, denn wir sind hier unter Professoren, Anwälten, Journalisten, Bankrotteuren und anderen besseren Leuten.)

Keiner wird sich umbringen, nur weil er ein schmackhaftes Rezept dafür gelesen hat. Doch auch das nicht eingenommene Medikament hat - neben der wahnsinnig interessanten Diskussion, die nun geführt werden muß, und den Honoraren für Autoren und Kritiker - eine Nebenwirkung:

In aller Regel ist der Selbstmordversuch ein letzter verzweifelter Hilferuf, ein äußerstes Mittel, menschliche Be-Achtung zu erzwingen. Deshalb (und nicht weil das todsichere Rezept nicht zur Hand war) sind so viele Versuche auf Mißlingen angelegt. Die massenhafte Verbreitung einer unfehlbaren Methode wird den gescheiterten Selbstmörder zum Komödianten degradieren, ihn der Solidarität seiner Umwelt und der Würde seiner Tat enteignen.

Als Äquivalent erhalten wir einen Bestseller.

Konkret 09/82, S. 67

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefoniert ala Ingo aus Berlin mit Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenhundes

Deutscher Beamtenbund, Hackebusch

Tach, Ingo, Berlin, Ihrn Vorsitzenden Krause, wa.

Herr Ingo, Herr Krause hat zwar grade Besuch, aber ich verbinde Sie.

Krause.

Tach, Krause, Ingo, Kreuzberg, Hausbesetzer, zur Zeit Alternativer im Baustadtrat.

Aah, wie schön.

Gruppe » Tod der Not«, wir ham jehört, Ihr wollt Bambule machen, weil der Staat nischt rausrückt für die nächste Jehaltserhöhung, wolltn wa Euch solledarisch Hilfe leisten, wa, Ihr seid ja ooch reichlich fremdbestimmt in Euerm Job, wa.

Jaah.

Aber leida nbischen stupide in Betreff auf fighting, wär doch jut, wa, wenn wer Euch paar Tips jeben könnten, wa?

Nöö, wird nicht nötig sein, ich denke, wir haben das im Griff und wir wollen keine Hilfe von Außenstehenden.

Wo wärn denn die Schwachstellen bei Euch, det wa jemeinsam Stratejien entwickeln, wa?

Herr Ingo, das ist außerhalb jeder Betrachtung bei uns, wir entwickeln keine Strategien mit anderen, wir vertreten unsere Interessen selbst.

Jut wär doch ne Demo, wa, so'n A utodafee von Ärmelschonern, wa, ooch Bundesflaggen zündeln wär nich schlecht, wa?

Sie können ganz beruhigt sein, wir werden alles das, was wir zu sagen haben, in der richtigen Weise vorbringen, und wir sind diejenigen, die Demonstration als Grundrecht und das heißt GEWALTFREI anwenden, und alle gewaltfrei demonstrieren.

Wir hätten ooch schon Losungen, wa, für Euch, wa...

Nööö, die haben wir selbst.

Na, zum Beispiel » Wir Diener des Staats - maloochen nich für die Katz«.

Wir nehmen keine Anleihen bei anderen.

Oder, wat anders, innern Widerstand, wa, die Kumpels vom Fiskus, wa, die verweigern sich, die Lohnis zu versteuern, wa, also det Pretolariat, wa, uff de Malle mit die Akten, wa?!

Das war ganz interessant, was Sie mir sagten, aber wir haben keinen Bedarf dafür.

Jenau jesehn, wa, sitzen wa doch alle in eenem Boot.

Nöö, ich glaube, wir sitzen nicht.

Watt denn, wie denn, wieso nich?

Wir haben unterschiedliche Ziele.

Na, watt denn, wir wolln doch alle mehr haben, wa?

Hat mich sehr gefreut, von Ihnen zu hören, aus Berlin, Sie sollten kurz telefonieren, um den Staat nicht zu belasten mit den Telefonkosten.

Na, ick wollte doch nur, det wa jemeinsame Stratejien entwickeln, wa

Nöö, gemeinsam machen wir nichts

Hamse jar keen Interesse?

Nöö, haben wir nicht.

Det tut ma leid, wa, denn tschüß.

Aufwiederhören.

Horst Tomayer telefoniert als Verfassungsschützer Lichtenrader aus Berlin noch einmal mit Alfred Krause

Landesamt für Verfassungsschutz, Berlin, Referat II links, Lichtenrader, bitte Herrn Krause.

Krause.

Herr Krause, an uns sind Informationen herangetragen worden, daß Ihre Demonstration am 12. September in Bonn von linksradikalen Gruppierungen gestört beziehungsweise umfunktioniert werden soll. Wissen Sie etwas davon?

Bisher nicht, ich kann Ihnen nur sagen, daß ich einen Anruf hatte, der für mich zunächst einmal etwas mysteriös war, und zwar hat sich telefonisch gemeldet ein Herr Ingo, der angeblich in Kreuzberg als Abgeordneter auf der Alternativen Liste in die zuständige Vertretung dort gewählt worden ist, ich weiß nicht,

ob das zutrifft, ich konnte der Sache bisher auch nicht nachgehen, und der...

... sitzt doch nicht im Schöne

berger Rathaus, allenfalls in der Bezirksvertretung Kreuzberg...

So hat der sich auch vorgestellt und hat dann gleich angefangen in einer mir im allgemeinen nicht bekannten Terminologie darzustellen, was man alles tun müßte, um eine solche Demonstration zum Erfolg werden zu lassen. Ich bin dann nicht weiter darauf eingegangen, sondern habe ihm nur erklärt, daß ich keine Unterstützung brauche und wir uns selbst vertreten, und im übrigen ich davon ausgehe, daß er auf Staatskosten telefoniert und er sich deshalb besser kurz faßt. Das ist der einzige Anruf bisher gewesen, mehr weiß ich nicht.

Nun haben wir aber in der Hausbesetzerszene in Berlin gewisse Informanten, und von daher wissen wir ziemlich schlüssig, daß linksradikale Gruppierungen nach Bonn anreisen. Wie haben Sie sich denn gedacht, sich dieses Einflusses zu entziehen?

Sie können ja nur normalerweise demonstrieren, und wir tun alles das, was nötig ist, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, aber das andere überlassen wir der Polizei, die Sie ja sicher auch verständigen.

Mit wieviel Leuten rechnen Sie?

Mit 30 bis 40.000.

Sie wissen, daß selbst eine so große Anzahl Menschen leicht manipulierbar ist durch eine radikale, gewalttätige, schlagkräftige Gruppe.

Aber bei dem Kreis, den wir haben, wird das schwerfallen.

Stellen Sie denn selbst Ordner?

Natürlich.

Wieviel?

Herr Lichtenrader, technische Auskünfte würde ich ungern am Telefon geben.

Wie schätzen Sie denn diesen Anruf ein? Wir wissen schließlich, daß in der Hausbesetzerszene Bestrebungen im Gange sind, sich gewissermaßen als Rotlicht an die Demonstration des Deutschen Beamtenbundes zu hängen.

Ich müßte erstmal feststellen, wie authentisch dieser Anruf war, ich hab das zunächst einmal unserm Berliner Landes bund mitgeteilt, der wird die Nachforschungen anstellen. Vielleicht könnten Sie mit Ihm auch einmal sprechen, der Vorsitzende ist Herr Zierach.

Wenn Sie wieder was hören sollten, nehmen Sie den Anruf nicht auf die leichte Schulter, informieren Sie uns.

Mache ich.

Aufwiederhören.

Konkret 09/82, S. 68

Caroline Fetscher

Der Hammer

Die neue Attraktion auf deutschen Jahrmärkten heißt »Ranger«

Auf dem Jahrmarkt steht der Hammer. Kein Hau-den-Lukas. Kein Werkzeug. Der Hammer ist brandneu. Der Mensch kann ihn nicht benutzen: Der Hammer benutzt den Menschen, er hebt ihn, hält ihn, läßt ihn fallen. Wie es ihm paßt.

Der Hammer ist eine gigantische Vergnügungsmaschine. Dieser Maschine zuzusehen reißt dem Volk Mund und Nase auf, dabei dreht sich der Magen. Der Hammer hat derzeit das größte Publikum auf dem Jahrmarkt, und ich will wissen, was er will.

Eine Gruppe grün- und weißhaariger Lederjackenjungen und Tigerhosenmädchen steht davor, schaut gebannt. Der Hammer, der »Ranger« heißt, preßt den kids die ohnehin karge Sprache weiter zusammen: »Geil! Voll geil! Echt geil! Soowas von geiiil, oh, geil! « Die drei Mark fürs Billett haben sie allerdings nicht. Nur eine ist mal Passagierin des »Ranger« gewesen. »Hinterher hab ich gekotzt, war echt ungeil.« Einsicht.

Die Maschine besitzt ein langes senkrecht aufgestelltes Stahlbein, an dessen Ende sich ein Behältnis für Menschen befindet. Während der Vergnügungsfahrt dreht sich das Stahlbein wie eine Speiche um die Achse und schleudert die Kabine mit, ganz um sich herum.

»Geboren wurde diese Idee im Team«, sagt Geschäftsleiter Winterfeld von der Maschinenfabrik Huss in Bremen, die seit Jahren Vergnügungsgeräte, aber auch Container und Schalldämpfer herstellt. »Der Ranger«, erklärt er, »ist die konsequente Weiterentwicklung der Wikinger-Riesenschiffsschaukel 'Hanseatie'. An den Bedürfnissen der Marktbesucher haben wir abgelesen, daß die Leute Überkopffahrten, also Loopings wollen.« Ich gebe zu bedenken, daß der Ranger die Besucher nicht nur im Kreis schleudert, sondern sie einfach in der Luft stehen läßt. »Ja, das kann jeder Schausteller für sich entscheiden, ob und wie er den Ranger per Automatikprogramm oder Handsteuerung bedient.« Ich frage, wie denn das Team der Fabrik Huss auf den Gedanken gekommen sei, diese »Überkopffahrt« zu erfinden. Antwort: »Wir waren zu der Überzeugung gekommen, daß das die Zeit ist.«

Rund 1,5 Millionen Mark kostet das Gerät. Offensichtlich ein gutes Geschäft nicht nur für die Huss-Werke, sondern auch für ihre Kunden. Einer von ihnen ist der Schausteller Rudolf Robrahn, dem zwei der vier in der Bundesrepublik stationierten »Ranger« gehören. »Man kann vorher nie wissen«, sagt Robrahn, »ob das Gerät eine Kotzmühle wird, wie das bei uns in der Branche heißt, oder ob es einschlägt. Aber immerhin, der 'Ranger' lohnt sich.« Ich merke daß ihm seine Maschine Freude macht: »400 PS treiben unser Raumschiff an, und mit den 40 Personen drin sind's 20 Tonnen, die da in der Weltgeschichte herumgeschleudert werden. Ich fahr' selbst jeden Tag.«

Freitagnacht auf dem »Dom«, dem Hamburger Jahrmarkt. Ein ununterbrochener Menschenstrom pulst durch die Vergnügungsmaschine. Sie kommt nicht zum Stillstand, es sei denn, um lebende Fracht einzusaugen oder auszuspucken. Ruck-Zuck. Da stehen die Leute in der Warteschlange, haben drei Mark gezahlt und freuen sich nicht. Wenige zeigen Angst, die meisten wirken gleichgültig, Sie besteigen den Hammer, weil er neu ist, und »man es mal gemacht haben muß«.

Aufrücken, Leute, immer fünf in eine Bank, Herzrasen, das fatale Gefühl, die Erfahrung von Rudolf Robrahn: Hier kommst du nicht mehr raus. Entschieden ist entschieden, und mit einem lauten Klang schließt das Chromgitter uns irt den fliegenden Käfig ein. Die Sitze lassen keinen Raum zum Bewegen, bist Du neben mir, bist Du's doch nicht mehr. Jetzt ist jeder für sich allein.

Mit surrendem Geräusch drückt eine gepolsterte Walze die Passagieren fest. Sie preßt so sehr, daß sie den Atem flach macht, wenn sie sich auf Brust und Bauch legt. Einen übergewichtigen Menschen würde die Walze gefährlich einzwängen, einen sehr mageren hielte sie nicht zuverlässig. Da braucht es Norm-Wesen.

Wir klemmen fest, jetzt gibt es keine Angst mehr, entweder totale Gefühlsblockade oder schiere Panik. Ich flackere zwischen beidem, da geht es los.

Das eine Haifischmaul wird in die Höhe gehoben, »Ranger« schwingt den Arm, bis die Faust gerade in die Höhe weist, und uns hält er in der Faust fest, der Roboter-King-Kong, der die Menschen zerdrücken könnte wie Insekten.

Nein, er tut's nicht.

Bald närrisch vor Angst hängen die Dom-Besucher kopfunter in der Kapsel hinter dem Chromgestänge. Und während sie auf der Riesenschiffschaukel oder Achterbahn noch schreien können, geht das hier nicht. Brüll mal eine Angst heraus, wenn dich ein Bügel zerdrücken will, der Kopf blutschwer ist, und das Gefährt STILL steht. »Five, four, three, two, one ... «, Detonationsgeräusch. Ein Ami zählt uns den Start vom Ende, der Arm senkt sich wieder, in gebremstem Fall. Das Fallen

ist unheimlich, die Bremse heult, und es fehlt das Fallgefühl im Bauch, das die Erotik der Absturzstelle bei der Achterbahn ausmacht. Der Fall ist nicht wie Fallen, er setzt die menschlichen Orientierungssinne anders außer Kraft als die alten Geräte.

Die Bewegung hat keinen Tonus, keinen Schwung, weder Rütteln noch Schütteln, macht nicht freifliegend, sinnlich. Die Rangerfaust bewegt sich in einem anorganischen Maschinenrhythmus wie eine Stanzmaschine.

Sie lassen dich nichtmal mehr die Schwerkraft empfinden. Jetzt demonstriert die Maschine ihr Können. Zweimal eine volle Umdrehung, sie läßt uns in der Schräglage stehen, wechselt die Drehrichtung, stößt eine Bewegung an, deutet Schwung an, schneidet alle jäh ab. Kein Rhythmus, auf den man sich so verlassen könnte, daß man sich fallenlassen, auf die Reise einlassen dürfte. Es sind die abrupten Bewegungen der Neuen Technik und deren Eigendynamik, die dieses Volkstrainingsgerät beizubringen hat. Bewußtseins-Trimm-Dich im Sinne der Industrie und auf Kosten des Verbrauchers. Zum Training gehört das rein Körperliche, das Unterwirfdich! der Maschine, und dazu gehört auch die Stimme des Apparats. Man findet sie im Supervisor. Es ist der Mann, der neben dem Fräulein an der Kasse sitzt, und dessen Flüstern über einen sehr sensibel ausgesteuerten Verstärker zum Volk, zu den Zuschauern hindröhnt.

Einmal während jeder Fahrt setzt die Kapsel wie zum »Check-up« neben der Billettbude auf und steht still: »Na, lachst du immer noch? Warte, dir wird das Lachen schon vergehen, du bist gleich ganz weiß um die Nase, das sag ich dir.«

Als Kalfaktor der Maschine spricht der Kerl aus, was diese nicht sagen kann: »Jetzt mach ich Feierabend bis morgen früh, und du bleibst da oben.« Er läßt wissen, daß es ohne ihn nicht geht, daß man seiner Willkür, der Willkür der Technik ausgeliefert ist. » Ja, das macht wieder Laune, das macht Vergnügen.«

Dazu singt es zwischendurch über die Anlage: »Weil Du ein zärtlicher Mann bist, will ich mich an dich verlieren ... «, oder »Skandal um Rosi.«

Die Maschine hat Dir eine Botschaft, Kerl, Mensch, Lebewesen: Ich bin tot. Du lebst. Aber ich habe die Macht, du bist ohnmächtig. Ich bin aus Elektronik, aus Stahl. Du bist aus Fleisch und Blut und Nerven und Gemüt. Den Kampf zwischen uns beiden gewinne ich.

Ein Karussell, Leierkastenmusik begleitet das Rundherum auf dem weißlackierten Holzpferd, bescheidet sich mit dem Demonstrieren der einfachen Mechanik, es entspricht der Bewußtseinsebene der ersten industriellen Revolution, deren Technik es zelebriert. Seine Botschaft, die des zyklischen Weltbildes, trifft sich mit Arthur Schnitzlers »Reigen« und Nietzsches »Steter Wiederkehr des Gleichen«. Zyklisch ist auch das Riesenrad. Es feiert die Macht des Menschen über die Natur, wie es ihn, immer im Kreis, in der Gondel über Stadt und Landschaft hebt, ihm Überblick gönnt, Weitblick verschafft. Es ist ein Stück menschgeschaffener Mikrokosmos.

Karussell und Riesenrad sind nur noch Jahrmarkt-Attraktionen für Nostalgiker. Das zyklische Weltbild ist längst dem linearen gewichen, dem Fortschrittsdenken.

Zuerst hat die Achterbahn mit dem statischen Weltbild gebrochen. Ihre Botschaft: Ich gebe ein Fest zu Ehren von Tempo und schnellem Vorwärts. Bei mir weißt du vorher nie, woran du bist - ob es recht s um die Kurve, links in den Abgrund geht, du fällst in meinen Armen. Es geht nicht etwa nur im Kreis - nein, hier beginnt die abenteuerliche Welt des Fortschritts und der Variationen. Das bringt Dir die Technik. Und hast Du Angst vor dem Sturz in den Abgrund: genieße sie! Du wirst sehen, du kommst doch wieder heil an, keine Sorge. Das bietet die Achterbahn. Doch die Zeit der zweiten industriellen Revolution, in der der Hokaido-Express und ein Formel 1-Rennwagen Sensationen darstellten, ist im Begriff, überholt zu werden von der dritten industriellen Revolution.

Spiele wie der Bildschirm-Flipper gehören zu ihren Vorbereitern. Auch der »Ranger«. Er katapultiert das Bewußtsein mitten in die neue Zeit hinein, wo es Alltag sein soll, sich dem Rhythmus der Elektronik, den scharfen, schnellen Impulsen der Neuen Technik anzupassen. Und das umschließt Kriegstechnologie, die Bildschirmschule, Kinder aus der Retorte, Arbeit an Terminals und Computern ebenso wie Einkaufen per Screen-Catalogue.

Wir zahlen drei Mark und steigen in ihre Raumkapsel, ohne es zu merken. Der Soziologe Lewis Mumford sagt in »Mythos der Maschine«, daß die bemannte Raumkapsel der modernen Technik genau der innersten Kammer der großen Pyramiden entspricht, in die man den mumifizierten Körper des Pharao legte. Dort lag er, umgeben von miniaturisierter Ausrüstung, bereit für die magische Himmelfahrt in die Ewigkeit. Mumford erkennt es als den Zweck der Megamaschine, den Menschen auf die minimale Dimension zu reduzieren, die es ermöglicht, ihn unter totale äußere Kontrolle zu bringen.

Aber widerstandslos mumifizieren lassen sich nur Tote.

Konkret 09/82, S. 72

Kulturnotizen

Auf dem Weg zum »Bild«-Schirm

Ein so wichtiges Machtmittel wie das Fernsehen darf nicht einzelnen Interessengruppen zur Verfügung stehen, sagt das Bundesverfassungsgericht. Also stellen sich Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, die »gesellschaftlich relevanten Kräfte«, einer Interessengruppe zur Verfügung. Auch hierin hat das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen Modellcharakter. Dieser Fernsehversuch, der ab 1984 50.000 Haushalte per Kabel mit zusätzlichen Programmen privater Anbieter (Verleger, Banken und Industrie, eventuell auch der US-Konzern Warner) versorgen soll, wird von einer »Anstalt für Kabelkommunikation« kontrolliert. Sie wacht über »Ausgewogenheit« und Einhaltung der Gesetze. 40 Mitglieder hat die Anstaltsversammlung, elf davon sind Unternehmer- und Verlegerverbände. Die Arbeitnehmer haben auch ein paar Sitze: einer für den Beamtenbund, einer für die DAG, einer für die Christliche Gewerkschaft, einer für den Deutschen Journalistenverband. Die Deutsche Journalistenunion, die IG Druck und Papier, die Rundfunkgewerkschaft RFFU und die anderen Einzelgewerkschaften sind auch vertreten -. mit dem *einen* Sitz für den DGB. Diese Versammlung hat sich Ende Juli einen repräsentativen Vorsitzenden gewählt: Peter Boenisch, den ehemaligen Chefredakteur von Springers »Welt« und »Bild«Kommentator. Er wird für den rechten »Bild«-Schirm sorgen.

Feuerwerk

Das Plakat stammt von Hundertwasser (Friedensreich mit Vornamen), und auch sonst wird bei der Besetzung nicht gekleckert: Harry Belafonte und Spliff , Solisten der Deutschen Oper Berlin und Mikis Theodorakis, ernsthafte Schauspieler wie Günter Lamprecht (»Alexanderplatz«) und alberne wie Karl Dall, und natürlich die ganze Riege der linken und linksliberalen Liedermacher von Degenhardt über Pluhar bis Wecker wollen am 11. September im und um das Bochumer Ruhrlandstation für den Krefelder Appell, für atomare Abrüstung werben. Und wenn Andre Heller zum Abschluß sein Friedensfeuerwerk in den Bochumer Nachthimmel schießt, werden auf mehreren Bühnen weit mehr als 100 Solisten aufgetreten sein, darunter auch Namen, die die Initiatoren nur hinter vorgehaltener Hand nennen - weil's Überraschungsauftritte werden sollen, oder weil Terminabsprachen noch nicht endgültig sind. Und so kann es passieren, daß plötzlich die greise Marlene Dietrich doch noch einmal auf einer deutschen Bühne steht. Auf jeden Fall wird das Spektrum »extrabreit« - auch die gleichnamige Absahngruppe der Neuen Deutschen Welle wird dabei sein. »Bisher für unüberwindlich gehaltene Berührungsängste und Abneigungen werden plötzlich bedeutungslos«, sagt Hannes Wader. Wenn es um die Vergrößerung der Friedensbewegung geht, muß man halt auch einen Howard Carpendale ertragen können.

Technisch organisiert wird das Friedensfest von Profis wie den Konzertagenten Vivi Eickelberg, Werner Kuhls und vor allem Fritz Rau. Gerade Lippmann + Rau können mit ihren jüngsten Mammut-Tourneen von Simon and Garfunkel und den Rolling Stones wichtige Festival-Erfahrungen beisteuern. KONKRET fragte Fritz Rau, warum er sich beim Bochumer Friedensfest engagiert.

KONKRET: Herr Rau, Sie haben gesagt: »Wer in den 90er Jahren noch Konzerte veranstalten will, muß heute mehr tun als nur Konzerte zu veranstalten« - Friedenskampf also als Sicherung Ihrer Geschäftsbasis?

Rau: Wenn mein Engagement so verstanden würde, wäre es .schlimm. Ich will mit diesem Satz sagen: Wenn wir uns heute nicht gegen die Bedrohung wehren, die größer ist als der Mann auf der Straße es ahnt, wenn unsere Künstler heute nicht dagegen ansingen, wird es in den 90er Jahren keine Konzerte mehr geben. Denn versaftete Menschen hören keine Musik mehr.

KONKRET: Und angesichts der hochorganisierten Kriegsmaschinerien wollen Sie nun dazu beitragen, auch die Arbeit für den Frieden besser zu organisieren: generalstabsmäßig?

Rau: Nein, sondern auf der Basis von menschlicher Spontaneität. Ich freue mich auf ein großes Konzert, bei dem nicht der Zwang besteht, Überschüsse zu erwirtschaften. Jetzt soll der Zweck nicht darin bestehen, Eintrittskarten zu verkaufen, sondern das Konzert soll Mittel zu einem Zweck sein: nämlich das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Friedensarbeit zu erhellen.

KONKRET: Wissen das auch die Künstler?

Rau: Das erfreulichste an dieser Veranstaltung ist doch, daß hier die Künstler die Motoren sind. Sie werden nicht wie sonst von Managern oder Veranstaltern gedrängt, sie haben selbst die Initiative ergriffen. Und wir, die Organisatoren, sind dabei nur Roadies.

KONKRET: Nach den großen Friedenskonzerten letztes Jahr in Dortmund und im Frühjahr auf der Berliner Waldbühne ist Bochum jetzt schon die dritte Großveranstaltung dieser Art.

Rau: Ich bekomme laufend Anfragen großer und kleiner Gemeinden, bekannter und unbekannter Menschen, die jetzt dauernd Friedenskonzerte veranstalten wollen. Manchmal habe ich den Verdacht, daß da nicht der Frieden im Vordergrund steht. Ich steuere dagegen. Der Frieden ist zu ernst, als daß er inflationär als Etikett auf jedes Konzertereignis gedrückt werden dürfte.

KONKRET: Es besteht ja wohl auch die Gefahr, daß sich Künstler aus Profilierungsgründen auf solche Veranstaltungen drängen. Welcher Sänger dritter Garnitur hat schon die Möglichkeit, vor fünfzig- oder hunderttausend Menschen aufzutreten.

Rau: In einer Vorbesprechung hat Franz Josef Degenhardt mal gesagt: Es kommt die Zeit, wo jeder Künstler ein Friedenskämpfer werden muß, um überhaupt noch ein Publikum zu finden. Das ist eine ideale Situation - aber heute dürfen wir die Sache nicht opportunistisch verwässern. Es darf nicht der einzelne Künstler im Vordergrund stehen, sondern der kollektive Aufschrei. Darum bin ich sehr froh, daß sich die deutschen Künstler auf der Bühne zu Aktionsgruppen zusammenschließen und gemeinsam auch ganz neue Formen der Präsentation erarbeiten wollen.

Bibliotheken I

Die öffentliche Sparpolitik trifft immer mehr die Kulturetats, und hier vor allem die Bibliotheken. So mußte zum Beispiel die Stadtbücherei in Herne von ihren zwölf Zweigstellen im vergangenen Jahr fünf schließen, so hat in diesem Jahr die Hannoversche Landesregierung die jährlichen Zuschüsse für die Bücherhallen in Niedersachsen von 4,7 Millionen auf null Mark gekürzt, so konnte die Universitätsbibliothek in Ulm 1982 noch kein einziges neues Buch anschaffen, und so werden allenthalben Stellen gestrichen.

Zwölf sind es beispielsweise bis Ende des Jahres in der Westberliner Amerika-Gedenk-Bibliothek. Damit diese AGB als eine der größten Handbüchereien Europas leistungsfähig bleibt, sollen 1983 die eingesparten Bibliothekarsstellen durch eine EDV-Anlage ersetzt werden. Die kann dann auch sehr viel besser und diskreter festhalten, »was an wen ausgeliehen wird« (so der AGB-Direktor Peter Liebenow).

Schon vor fünf Jahren wurden dort Bücher mit »nationalsozialistischem, sozialistischem oder kommunistischem Gedankengut, deren Wirkung problematisch erscheint« (Dienstanweisung) besonders gekennzeichnet und magaziniert. So mußten sich Entleiher von Lenin-Arbeiten, aber auch von literarischen Büchern aus dem Wagenbach-Verlag registrieren lassen. Bald geht das nun automatisch und ganz diskret.

Bibliotheken II

Als der alte Rockefeller sein Ölimperium gründete, hat er Petroleum-Lämpchen verschenkt, der Brennstoff mußte natürlich bezahlt werden. Wenn der Verlagskonzern Bertelsmann heute eine Bibliothek verschenkt, läßt er sich dieses Petroleum-Lämpchen vom Beschenkten auch noch zur Hälfte bezahlen. 15 Millionen Mark soll die Bücherhalle kosten, die die Bertelsmann-Stiftung der Stadt Gütersloh, dem Sitz des Konzerns, vermacht; aber 50 Prozent davon müssen aus Steuergeldern aufgebracht werden. 1984 (!) soll die Bibliothek ihre Arbeit aufnehmen. Und dann muß die Stadt nicht nur die 30 bis 35 Bücherhallen-Mitarbeiter bezahlen, sondern auch den gesamten Buchbestand. Inklusive der Bertelsmann-Titel.

Eigenwerbung

Das Plakat der Filmfestspiele von Cannes im letzten Frühjahr hat den meisten Besuchern zwar gefallen, aber keiner konnte sich erklären, was dieser Dampfer im Lichterkranz denn zu bedeuten habe. Das Plakat stammt von dem italienischen Regisseur Federico Fellini (»Roma«), und inzwischen macht es auch einen Sinn: Eigenwerbung. In einem Interview mit dem»Corriere della Sera« hat Fellini erklärt, woran er zur Zeit arbeitet - an einem Film mit dem Titel: » ... und das Schiff fährt«: »Hauptdarsteller ist das Schiff, das Meer mit seinen Lichtern, seinen Gesichtern, seinen Farben« - wie auf dem Festival-Plakat.

Konkret 09/82, S. 74

Fatima Igramhan

Der atomare Salon Kunstmutanten

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.
Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

»Wenn die Atombombe explodiert, verwandeln sich meine Onkel in Monster«, kritzelt der vierzehnjährige Jesus Colon unter sein Bild. »Die Haut meiner Arme schält sich wie Handschuhe vom Knochen. Das Straßenschild vor unserem Haus schmilzt. Das sehe ich, und dann sterbe ich«, schreibt der Schüler Felice Santos unter seine Zeichnung.

Diese Visionen vom Leben und Sterben nach der Bombe malten 20 Schüler aus der South Bronx für die Ausstellung »Atomic Salon« in der Feldman-Galerie in Soho. Den Kontakt zwischen dem etablierten Kunstzentrum und dem Slum stellte Tim Rollins her. Er ist Maler und Lehrer, Mitglied von »Group Material«, einer Gruppe von politisch aktiven Künstlern.

Seit einem Jahr fährt der Kunsterzieher fünf Tage in der Woche um 7.30 Uhr mit der U-Bahn in die verwüstete South Bronx. In der Public School 56 unterrichtet Rollins vierzehn- bis siebzehnjährige schwer lernbehinderte Kinder in einer Spezialklasse. »Viele der kids waren Analphabeten oder superwild. Echte Chaoten, Anarchisten, mit viel Haß gegen jede Art von Autorität. Nach meinem ersten Jahr können viele schon in reguläre Klassen eingestuft werden. Es ist mir wichtiger, diesen kids Lesen und Schreiben durch Malen und Spielen beizubringen, als für die elitäre Kunstwelt zu produzieren.« Tim Rollins, immer ganz in schwarz gekleidet, gilt in seiner Familie von Fabrikarbeitern aus einem kleinen Dorf als »Mutant«. Er ist überzeugt, daß gerade aus der kaputten, harten Stadtlandschaft der South Bronx die neuen Künstler kommen. »Dort ist auf den Straßen noch Leben, die Leute setzen sich zusammen. So intensive phantasievolle Bilder wie die von meinen kids malt in Soho keiner.«

»Hypocenter« nennt Rollins sein Schulprojekt. Zuerst stellte er seiner Klasse das Buch »Unforgettable Fire« vor, eine Sammlung von 104 Zeichnungen von Überlebenden des Atomangriffs auf Hiroshima und Nagasaki. Auch einige von diesen japanischen Originalen, die Rollins und seine Schüler so beeindruckt haben, »daß wir einen Monat davon träumten, redeten und immer wieder die eigenen Horrorvisionen malten«, hängen jetzt in der Feldman Fine Arts-Galerie.

Dreißig Jahre nach der A-Bomben-Explosion vom 6. August 1945 hatte eine japanische Rundfunkstation Überlebende aufgefordert, in Bildern darzustellen, wie sie die Katastrophe erfahren und erlitten haben. Fast tausend Arbeiten wurden eingesandt, die meisten der Laienkünstler waren zwischen 60 und 80 Jahre alt und hatten zuvor noch nie einen Pinsel in der Hand gehabt. So wie die japanischen Alten das wirkliche Inferno verarbeitet haben, versuchen heute die Jugendlichen aus der Bronx dem möglichen Inferno entgegenzuarbeiten und überwinden dabei ihre politische Naivität.

Da erklärt zum Beispiel Felice Santos, ein puertorikanischer Junge mit Baseball-Kappe und weißen Shorts, sein Tempera-Bild mit den Comic-Figuren Spiderman und Incredible Hulk: »In den Heften steht, daß die Superhelden so stark sind, weil sie mit radioaktiven Strahlen verseucht sind. Für uns ist das natürlich toll, denn wir wären auch gerne unbesiegbar stark. Klar, daß wir da immer gedacht haben, daß die Atomkraft etwas Gutes ist. Nach unserem Workshop wissen wir das besser.«

Santos' Bild ist eine von zwanzig Arbeiten, die jetzt neben Werken von international anerkannten Künstlern zum selben Thema hängen, Werken von Buckminster Fuller, Arakawa, Andy Warhol, Jonathan Borofsky oder Joseph Beuys (dem einzigen Deutschen in der Ausstellung). Und im Vergleich der Stars mit den Laien könnte Lehrer Rollins recht haben, wenn er den Jungen aus den Slums künstlerisch mehr zutraut. Wo zum Beispiel der Bildhauer Robert Horris unter dem Titel »Restless Sleepers« ein Bett ausstellt, dessen Laken mit Atombomben-Explosionen bedruckt ist, bleibt kaum mehr als ein politischer Gag nach. Auch, wenn Horris fordert: »Nicht ruhen, bis die Bombe abgeschafft ist.«

Tim Rollins hofft, daß die Bilder seiner Schüler verkauft werden können - er braucht Geld für Farbe, um seine Arbeit fortsetzen zu können (das nächste Projekt hat die Freiheit zum Thema). Sein Galerist Ronald Feldman macht sich dagegen

kaum Illusionen über die Möglichkeiten, diese Gruppenausstellung zu vermarkten. »Politische Kunst«, sagt er, »ist in Amerika nicht gefragt. Museen, die sonst neue, junge Künstler kaufen, sind ängstlich. Kein Wunder, die Kürzungen ihrer Budgets lassen sie noch abhängiger von Spenden großer Konzerne wie Mobil Oil oder United Technologies werden. Und die sind ja bekanntlich für Atomkraft.«

Eine der radikalsten Arbeiten ist dennoch schon verkauft. Für 3.800 Dollar »an einen jungen Sammler, der das Objekt nicht mehr aus seinem Kopf kriegen konnte« (Feldman): Der englische Konzept-Künstler Conrad Atkinson malte mit blutroter Farbe ein wackliges Herz an die Wand der Galerie und hängte rote Papierfetzen mit penibel getippten Sätzen und Fakten wie diesen in die Mitte: »Wir haben den ersten Weltkrieg in Europa ausgefochten und auch den Zweiten Weltkrieg, und wenn ihr Dummies uns laßt, dann machen wir auch den Dritten Weltkrieg in Europa.« Ein Zitat von Admiral Gene la Roque, ExPentagon-Stratege.

Feldman: »Gute Kunst ist immer politisch, hat was mit der Zeit zu tun. Junge Künstler müssen entdecken, daß man Kunst nicht produziert, um Geld zu verdienen. Wer schöne, dekorative Bilder ohne Denkanstöße pinselt, ohne den aufregenden Bruch irgendwo, der stellt Wegwerf-Kunst her. Davon haben wir zuviel auf der Documenta gesehen. Nur verkäufliche Ware. Wie langweilig.«

Der Galerist kann es sich leisten, unbekannte und politische Künstler auszustellen, denn als Geldmacher verkauft er Editionen von Warhol- und Beuys-Drucken. Die schwarze Schultafel von Beuys mit ein paar Strichen und den Worten »Technology«, »Analysis« und »Death« kostet 12.000 Dollar. Neun Totenschädel in modischen Pastellfarben, eine Serie von Pol

Papst Andy Warhol, hängt allzu heiter neben einem grauen Regenmantel aus Blei von Tom Otterness, der steif und drohend von der Wand baumelt.

Joe Lewis, ein schwarzer Künstler aus der South Bronx, der dort mit dem Galeristen Stefan Eins die »Fashion Moda« (die erste Ladengalerie in der Bronx) eröffnete, stellt bei Feldman seine Skulptur »Bain de Bomb« aus. Der ehemalige Klempner schweißte eine mollige Bikini-Frau aus glattgeklopften Wasserrohren zusammen, die er in abgebrannten Häusern fand. Daneben hängen knalligbunte Persiflagen der Orangen-Kisten-Bilder des kalifornischen Malers Ben Sakoguchi. Außerirdisch gruselig ein Riesen-Foto von Sandy Skoglund mit dem Titel »Radioaktive Katzen«. n einem bleigrauen Raum mit verfallenen Stühlen und Mauern sitzt ein alter Mann, und eine mollige Frau holt gerade Milch aus dem Eisschrank für die 27 giftgrün verseuchten Katzen, die gierig nach Futter suchen. Die Fotografin baute ihre apokalyptischen Interieurs in verlassenen Häusern auf der Lower Eastside von New York zusammen.

Eine der unheimlichsten Arbeiten stammt von Nancy Burson, einer bekannten New Yorker Video-Künstlerin. In einen Computer programmierte sie die Gesichtszüge von sieben Staatsoberhäuptern: Ronald Reagan, Margaret Thatcher, François Mitterrand, Leonid Breschnew, Deng Xiaoping, Indira Gandhi und Pierre Trudeau. Anschließend komponierte sie die Fotos zu einem einzigen bedrohlichen Phantombild zusammen und nannte es: »The Nuclear Power's Composite - Die sieben Politiker, die atomare Waffen gebaut und getestet haben«. Galerist Feldman nennt es kürzer: »Die Atom-Gangster«. Auch Helmut Schmidt hält Nancy Burson für einen »Atom-Gangster«. Und warum hat sie ihn dann nicht in ihr Phantombild einbezogen? »Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik«, sagt Nancy Burson, »ist zu stark, sie kann den Kanzler Schmidt bremsen. «

Konkret 09/82, S. 81

Günter Amendt

Der atomare Salon
Atomic Cafe

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.
Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Aus altem Originalmaterial der US-amerikanischen Atom-Propaganda wurde ein Aufklärungsfilm über den nuklearen Wahnsinn

Es mag Leute geben, die es spaßig finden, eine Frau wegen ihrer hervorragenden sekundären Geschlechtsmerkmale als Sex*bombe zu* bezeichnen. Vielleicht sogar sind sie derart zu Scherzen aufgelegt, daß sie dem Film »The Atomic Cafe« wegen seiner Resonanz bei Publikum und Kritik einen *Bombenerfolg* bescheinigen.

Mit dem Entstehen solcher Wortschöpfungen, mit dem Einsickern einer kalten Kriegspropaganda ins Bewußtsein und die Alltagssprache der Menschen befaßt sich der von drei US-amerikanischen Filmemachern produzierte Film über Geschichte und Kultur des Atomzeitalters.

Die Brüder Pierce und Kevin Rafferty und die Schriftstellerin Jayne Loader wollen Propaganda als Propaganda mit den Mitteln der Aufklärung entlarven. Ihr Film vermittelt Einblicke in die Techniken kollektiver Verführung. Um die Geschichte zu erzählen, haben die Autoren keine Handlung erfunden. Ihr Material sind alte Filme über Zivilverteidigung, Trainingsfilme der US-Army, Fernseh-Werbespots, Ausschnitte aus Nachrichtensendungen und populäre Lieder der 40er und 50er Jahre.

Fünf Jahre lang haben die Autoren ihr Material gesammelt, haben Tausende von Filmen gesehen, die in Archiven des Pentagon lagern, abrufbereit für den Ernstfall und jeweils durch Filme auf dem Stand der neuesten Propagandatechniken ergänzt.

Vor allem über das Fernsehen versuchte die US-Regierung in den vierziger und fünfziger Jahren den Eindruck zu erwecken, der Atomkrieg sei ein zwar lästiges, zugleich aber auch witziges Ereignis, so »als sei man für ein Wochenende auf dem Lande eingeschneit« (»New York Times«). Tatsächlich ist »The Atomic Cafe« ein komischer Film. »Doch der Humor ist nicht von uns in den Film hineingebracht worden«, sagt Rafferty. »Der Witz *ist* der Film. Die ganze Vorstellung, mit einem Dritten Weltkrieg leben zu können, stellt sich als verrückt dar.« Gebrauchsanweisungen für den Ernstfall erscheinen aus der Sicht unseres heutigen Wissens unsagbar lächerlich.

Burt the Turtle, eine in den fünfziger Jahren populäre Comic-Figur, zeigt, wie man sich im Falle einer atomaren Explosion zu verhalten hat: *»Duck and cover!«* (Abtauchen und zudecken) singt ein Chor, und Burt kriecht unter sein Schutzdach aus Schildpatt. Schulkinder führen auf Kommando vor, wie man unter Pulten Schutz findet. Eine Familie, beim Picknick vom Atomblitz überrascht, flüchtet unter das Tuch, auf dem sie eben noch ihre Sandwiches ausgebreitet hatte. Duck and cover, duck and cover, duck and cover...

So dumm, so naiv kann Propaganda nicht sein. Hinter dem Filmstreifen der Armee steckt ein Glaube, eine Überzeugung, ein ungetrübter Optimismus: Der Atomkrieg bei kalkulierbarem Risiko ist führbar. Und so erstickt das Lachen bei dem Gedanken, daß die heute in den USA Regierenden vom gleichen »Optimismus« besessen sind.

Die Filmemacher verzichten darauf, ihr Material zu kommentieren. Sie haben es nicht nötig, denn die Wirkung der Bilder, der Interviews und Dialoge ist nicht zu überbieten: Als den »größten Nervenkitzel« seines Lebens bezeichnet der Pilot den Abwurf der Bombe über Nagasaki. Als »einen der schönsten Anblicke, den ein Mensch jemals gesehen habe« preist ein Armeepfaffe den Augenblick der Explosion.

In einer anderen Szene erklärt der Eigentümer eines Supermarktes, warum er einen Lehrfilm über nukleare Selbstverteidigung finanziert hat: weil »Einkaufszentren ein Ausdruck der freien Welt« seien.

Und dann werden Ärzte zitiert, die Patienten zu Neurotikern stempeln, nur weil sie von ihrer Angst vor der A-Bombe sprechen (Diagnose: »Nuclearosis«). Schließlich - so ein Arzt unter Berufung auf die neuesten Meinungsumfragen - sei es absurd, wenn 85 Prozent der Bevölkerung angeben, sie haben Angst, wo doch nur 15 Prozent der Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges getötet werden.

In brutaler Offenheit instruiert ein Offizier Soldaten, die an einem Bombentest teilnehmen sollen (müssen?): »Sollten sie tatsächlich so viele Gammastrahlen abbekommen, daß die Gefahr der Sterilität oder anderer ernsthafter Erkrankungen besteht, werden sie sowieso durch herumfliegende Trümmerteile oder den Druck bzw. die Hitze der Explosion getötet werden. Well, das ist die ganze Geschichte. Machen sie sich einfach keine Gedanken.«

Es war nicht leicht, all diese Filmausschnitte zu beschaffen, die zum Teil seit dreißig Jahren in den Archiven von Regierung Militär und Fernsehen lagern - wenn sie nicht inzwischen eingeschmolzen wurden, um das Filmsilber zurückzugewinnen. Pierce Rafferty, einer der drei Autoren, ist Spezialist für Archiv-Recherchen. Dennoch brauchte er viele Wochen und die Hilfe eines Freundes aus dem Pentagon, um das Material ausfindig zu machen, obgleich alle Filme öffentlich zugängig waren und sind.

Ebenso gekonnt wie der Filmschnitt ist die Tonmontage des Films aus 200 Rock-, Blues-, und Country-Titeln, aus Gospelsongs und Schlagern. Da feiert zum Beispiel der Song »When they drop the Atomic Bomb« die Monsterwaffe als Chance, die US-amerikanischen Vorstellungen von Freiheit über dem Erdball zu verbreiten. In den meisten Liedern aber taucht das Adjektiv atomar als Synonym auf für alles Starke und Schnelle, alles Effektive und Intensive: Atomic Cocktail, Atomic Love, Atomic Boogie, Atomic Cafe, Atombusen.

Der Film zeigt und entlarvt, aber er erklärt kaum etwas. Einige Kritiker beklagen, daß er zuviel Kenntnisse voraussetze, daß er unterstelle, »daß jeder weiß, wie Regierungen lügen« (so die Zeitschrift »Village Voice«). Um zum Beispiel die Propagandafilme über Atombomben-Tests in Nevada zu begreifen, müsse man wissen, wieviele der damals beteiligten Soldaten heute von Leukämie befallen sind. Doch diese Informationen können beschafft werden -, gerade in der Auseinandersetzung mit diesem Film, und darin liegt seine Stärke: in der Dialektik von Ausgesprochenem und Unausgesprochenem.

»The Atomic Cafe« ist mehr als ein Dokumentarfilm, weil er in seiner freiwilligen Beschränkung auf die vierziger und fünfziger Jahre ganz bewußt Dokumente und Informationen ausläßt. Wir wissen heute mehr - wir können heute mehr wissen. Das ist unsere Chance. Und hier zeigt sich der Unterschied von Propaganda und Aufklärung.

Die Wirkung von Propagandafilmen zielt auf eine Übereinstimmung des Unwissens, eine kollektive Gewissenlosigkeit. Der Zuschauer bleibt dumpf und passiv, - willen- und bewußtlos wie die Akteure der Filme selbst. Nach dem »Ernstfall« beteuert Daddy, nachdem Mom und die Kids unterm Sofa hervorgekrochen sind: »Es gibt nichts zu tun, als das zerbrochene Glas zu beseitigen, zu entspannen und auf Anweisungen der Behörden zu warten.«

Wo ist der Verleiher, der diesen Film in die Bundesrepublik bringt? Eine Bearbeitung für das deutsche Publikum ist sicher schwierig, aber möglich. Vor allem wäre sie lohnend, denn der Film ist nützlich. Er macht auch den plötzlichen Aufbruch der US-amerikanischen Friedensbewegung verständlich. Man muß vom tiefen Schlaf wissen, in den die Regierungspropaganda die Bevölkerung versetzte, um die Bedeutung dieses Aufwachens zu verstehen.

Die beste Form, dieses Meisterwerk der Aufklärung für die Bundesrepublik zu adaptieren, wäre jedoch die Produktion eines neuen Films mit der Methode und den Mitteln der amerikanischen Autoren: Geschichte und Kultur des Atomzeitalters in der Phase des Wiederaufbaus und der Remilitarisierung der Bundesrepublik - Back to the fifties als ein produktiver Rückschritt in die Geschichte der Erinnerungen.

Konkret 09/82, S. 84

Kai Hermann

Ablaßbrief aus Zelluloid

»Missing«, der Film über die US-Verbrechen in Chile, wird als Beweis für die Stärke amerikanischer Demokratie präsentiert. Das Ansehen lohnt sich trotzdem.

Was Kino kann, Costa-Gavras zeigt es. Sein Film »Missing« - »Vermißt« - zielt erst in den Bauch und geht dann in den Kopf. Er ist spannend, sentimental, effektvoll, engagiert, aufgeklärt. Perfekt gemacht ist er auch noch. Und seine Geschichte ist wichtig.

Charles Edmund Horman, ausgezeichneter Absolvent der Eliteschulen im amerikanischen Osten, findet seinen Platz im System nicht. Er bricht den hoffnungsvollen Start einer journalistischen Karriere ab, heiratet die Programmiererin Joyce, flieht mit ihr in eine Odyssee durch Lateinamerika. Nach sechs Monaten, im Juli 1972, glauben die Hormans etwas von dem gefunden zu haben, was sie wohl suchten. Eine Alternative zum American way of life. Sie bleiben im Chile Salvador Allendes.

Am 16. September 1973, nach dem Putsch Pinochets, verschwindet Charles Horman wie Tausende von Chilenen und noch einige Ausländer. Spuren führen ins Fußballstadion von Santiago, das KZ der Militärs. Da hätten sie sich verloren wie die vielen anderen. Doch Charles Hormans Vater, konservativer New Yorker Geschäftsmann, kommt nach Chile. In dem zunächst unerschütterlichen Glauben, daß seine Regierung die selbstverständliche Pflicht hat, seinen Sohn, den US-Bürger Horman, zu schützen und zu finden, was für »Dummheiten« dieser lebensuntüchtige »Wischi-Waschi-Liberale« auch angestellt habe.

In einer Irrfahrt durch die Gewaltorgie der Putschisten in Santiago erfährt der Vater, daß ihn die Vertreter seiner Botschaft belügen, erhält er die Gewißheit, daß sein Sohn im Stadion ermordet wurde und kommt schließlich zu der durch Zeugenaussagen gestützten Überzeugung, daß US-Botschaft und CIA direkt an der Ermordung seines Sohnes beteiligt waren.

Auch ein Motiv für das Verbrechen an Charles Horman findet er. Der Sohn war durch einen Zufall Zeuge der aktiven Beteiligung US-amerikanischer Geheimdienstleute, Diplomaten und Militärs am Putsch geworden und hatte darüber detaillierte Aufzeichnungen in seinem Tagebuch.

Das ist die authentische Geschichte, die Costa Gavras zum Kino-Film machte. Zum Hollywood-Spektakel. Zum besten, was gelegentlich mit Hollywood-Kapital finanziert wird.

In Mexiko hat der »Z«-Regisseur eine Putsch-Kulisse entstehen lassen, die frieren läßt. Auch wenn sie nicht unbedingt realistisch ist. Santiago de Chile im September 1973 war leiser, war meistens atemberaubend still. Die Gefangenen, die Gefolterten auf dem Straßenpflaster schrien nicht. Die Soldateska schoß meist hinter schalldichten Mauern. Die Leichen im Fluß erregten kaum noch Aufmerksamkeit. Die Realität war tödlicher, ohne daß überall Leichen in Blutpfützen lagen.

Dennoch rekonstruiert Costa-Gavras mit Kino-Mitteln viel von der wirklichen Stimmung. Bedrohlicher schließlich als die Gewalt der Militär-Horden auf den Straßen sind ihm die Szenen in der US-Botschaft gelungen. in der die mutmaßlichen Schreibtischmörder Hormans die nordamerikanische Farce von den tugendhaften Dienern der US-Bürger spielen, die die übrige Welt leider zu ihrem Glück zwingen müssen. Sie spielen ihre Rollen so perfekt, daß sie sich weder der Lüge noch des eigenen Zynismus bewußt zu sein scheinen.

Costa-Gavras schildert eines von zigtausenden »Vermißten«Schicksalen in Lateinamerika. Er konzentrierte sich aber nicht auf das Exemplarische, sondern auf das Besondere dieses Falles. Besonders, wenn auch nicht einzigartig war es, daß nicht irgendein ferner lateinamerikanischer Guerilla-Sympathisant, Sozialist, Indio-Bauer oder Gewerkschafter verschwand, sondern ein nordamerikanischer linksliberaler Träumer aus bestem Hause. Diesen Film aber macht es aus, daß der Vater als Repräsentant der widerspruchslos funktionierenden US-Mehrheit in das amerikanische Verbrechen hineingezogen wird.

Die Hauptrolle des Films, den Vater, spielt Jack Lemmon. Diese Ausgeburt US-amerikanischen Bieder- - und Frohsinns Marke Billy Wilder zerbricht in zähem Kampf mit scheinbar unzerstörbarem Glauben an Geld, Gott und US-Vaterland, an das von ihm angebetete System. Die Besetzung dieser Rolle mit Jack Lemmon kommt einem Geniestreich nahe.

Der wirkliche Vater Edmund Horman verklagte Angehörige der chilenischen US-Botschaft wegen Beihilfe zum Mord und wartet seit acht Jahren auf den Sieg der Gerechtigkeit.

Costa-Gavras meinte das US-System als Mörder des US-Bürgers Charles Horman. Er läßt am Schluß des Films einen Botschafts-Repräsentanten zum Vater sagen: »Sie können nicht beides haben. Amerikanische Ideale und die Verteidigung amerikanischer Interessen. Da kommt es unvermeidlich zu Konflikten. Und es sind unsere Interessen, die wir verteidigen müssen.« Der Vater wehrt sich: »Das sind nicht meine Interessen, die sie verteidigen.«

Nordamerikanische Gesellschaftskritik verteidigt meist das System gegen angebliches menschliches Versagen oder sucht nach Detailfehlern im System. Daß der Grieche Costa-Gavras das »Post-Imperiale US-System« zum Schuldigen machte, brachte ihm harsche Kritik auch des liberalen Establishments, zum Beispiel von der »New York Times«. ,

Bleibt das Phänomen, daß er diesen Film mit US-Kapital drehen konnte. Costa-Gavras hat zunächst eine sehr simple Erklärung: »In solche Filme wird investiert, weil die Leute sie sich ansehen.« Es folgt die tiefe Verbeugung vor den Geldgebern und dem Gast-System: »Die Tatsache, daß 'Vermißt' ein amerikanischer Film ist, gespielt von amerikanischen Stars, produziert, finanziert und vertrieben von einer bedeutenden Gesellschaft, zeigt, wie groß in Amerika die Fähigkeit zur Selbstkritik ist. Amerikaner machten diesen Film und, glauben Sie mir, keine Radikalen, sondern einige sehr konservative Leute. Das ist nach meiner Ansicht der beste Beweis für Demokratie und Freiheit 'in diesem Land.«

Costa-Gavras lieferte seinen Auftraggebern die Legende zum Film gleich mit. So wird durch die Regie-Kunst des Griechen der Mord des Systems an Charles Horman (und zigtausend Chilenen) zum Beleg für Freiheit und Demokratie desselben Systems. Noch die erschreckendsten Enthüllungen US-amerikanischer Wirklichkeit - und dazu gehört »Vermißt« - haben längst ihre Funktion im System. Sie wirken wie Sünden-Erlasse. Nicht nur in den USA, sondern auch hierzulande. Denn ein Land mit dieser »Fähigkeit zur Selbstkritik« beweist schließlich seine Grundwerte, auch in der Außenpolitik, auch wenn die über ungezählte Leichen geht: Für Freiheit und Demokratie.

Konkret 09/82, S. 86

Michael Ben

Konkret-Essay
Vom Allgemeinen zum besonders Falschen

Epochen-Rückblicke auf 1968 und die Jahre danach sind Mode. Drei davon analysiert Michael Ben: das »FAZ«-Plädoyer für schöne und wohlgemute 80er Jahre, den No-Futuro-Liberalismus der »Zeit« und Michael Schneiders linkes Theater

Endlich wird wieder für eine neue Welle geplätschert. Gegen Sozialismus und ihm ähnliche Absichten wurden einst zum Schutz vor beiden Welten *Innenweltbücher an* die *Außenwelt* verkauft. Jetzt tagen die Krisenstäbe der Kulturpäpste wegen *epidemischer Langeweile,* und jede bessere Rezension gerät zum warnenden Epochenrückblick voller vergeßlicher Erinnerungen an die abgelaufenen anderthalb Jahrzehnte, weil das angelaufene nicht läuft. Und wir, sind wir noch da, und sind wir noch die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben?

Im ersten Drittel dieser letzten 15 Jahre definierten sich Neupolitisierte zumeist in bezug auf die von der SPD gelöste Studentenbewegung. Während und nach dem Sekten-Intermezzo galt Brecht, Marx und den lebenden Kommunisten das Hauptinteresse. Trotz des Tendenzwendegeflüsters der Aus- und Umsteiger Ende der 70er-Jahre verbindet heute die Friedensbewegung, größte außerparlamentarische Opposition in der kurzen, unbekannten Historie unseres Landes, höchst unterschiedliche Engagements. Neben Anfängen sind Reste zu besichtigen. Während viele ihre erste Position grün-alternativ beziehen, fischt Hans Matthöfer im einst kokett gerührten Bodensatz der neuen Linken mit dem alten Löffel. »In meiner Jugend dachte ich, der Sozialismus sei die beste Gesellschaftsform. Jetzt weiß ich, daß es die GmbH & Co KG ist.«

Wenn einer nicht als Minister, sondern als Renegat seiner »Zeit« angestellt ist, wie Fritz Raddatz, reagiert er indirekt und umständlicher auf Drehpunkte der realen Zeit. Dankenswert deutlich fällt immerhin sein Abschied von »meinen linken Freunden« aus. Dazu mißbraucht Raddatz Walter Benjamins kürzlich veröffentlichte Notizen, Aphorismen und Zitate zum verschollenen oder nie geschriebenen »Pas*sagen-Werk«* (»Die Zeit« vom 16.7.82).

Benjamins Nachlaß muß herhalten, wenn Raddatz für einen zufälligen Eklektizismus des Zettelkastens schwärmt, um das Fragment zum Kunst- und Lebenszweck zu verklären. In der nach allen Seiten offenen Form wabern die Träume vom Wahren und Echten, weil Ungestalteten. Wahrnehmung gilt als Beweis, Spontaneität als höchstes Bewußtsein und der Anfang als Schluß. Nichts fließt, das Wasser steht uns bis zum Hals - raunen die konvertierten Ex-Schüler von Heraklit und Hegel verängstigt. Tatsächlich steigt es, also fließt es.

Wo einst Oswald Spengler seine imposantere *Mitte* verloren hat, trauert der nebenamtliche Marx-Biograph Raddatz einer fruchtbaren Unschuld nach, der - entre nous - allzu simplen Vorstellung des »zutiefst undialektischen«, frühkapitalistischen Denkers Karl Marx mit seiner Höherentwicklung der Geschichte. »Daß dieser Marx'sche Entwurf nie und nirgendwo auch nur teilchenweise sich verwirklichen ließ, hängt damit zusammen, daß das Menschenbild nicht stimmte. Krude gesagt, daß sein Entwurf nicht über den Menschen hinaus, sondern einer am Menschen vorbei war« - da klemmt nicht nur die Grammatik.

Nie und nirgendwo auch nur teilchenweise wird Raddatz als Kenner des historischen Materialismus bestehen mit seinem Mensch-an-sich-Primaten. Der philosophische Analphabetismus einer ahistorischen, von Interessengegensätzen abstrahierenden, idealistischen Vorstellung von *dem* Menschen macht einen lächerlichen Gegensatz zu wirklichen, bestimmten, sich unterscheidenden, zu *den* Menschen. Aber kühn folgt der zweite Schlag in einem Satz: beiläufig sei die Werttheorie von Marx murx. Punkt. Dem Erforscher des Wechselverhältnisses von Basis und Oberbau unterstell

Raddatz sein eigenes eingleisig-mechanistisches Hühnerhirn, wenn er (wieder in einem Satz) als »weitgehend unabhängig vom Ökonomischen« entdeckt: Eifersucht, Sexualität, Geiz, Nationalismus, Religion, Chomeini und Falkland. Die dümmste Revision von Marx, womit Raddatz die Geschichte der Welt und ihrer jugendlich-kommunistischen Anschauung abschließt á la Matthöfer: »Benjamins Utopie ist wirklich konkret - weil er weiß, daß nur Spurenelemente von ihr zu verwirklichen sind.«

Die »Zeit« hat sich die linken Guten ins Körbchen gesammelt, aber auch die »FAZ«, und oft schneller, hatte ihre Integrationserfolge nicht nur bei Dissidenten. Und wiederum früher wirft sie die ausgelutschten Gehirne jetzt in den Müll.

»Die neue Subjektivität ist alt geworden«, habe - mit Peter Schneiders *»Lenz«* und Karin Strucks *»Klassenliebe«* beginnend - ihren Dienst für das von »revolutionärer Praxis verschüttete Ich« getan und einen Schwall kunstloser Selbstentblößungsbücher über kaputte Beziehungen, Sinnverluste, Lebensangst und Langeweile nach sich gezogen (Thomas Anz, Mitte April in der »FAZ«).

Die anbiedernde »Verständigungsliteratur der Beschädigten« ist abgenutzt. Dennoch sind die Vorschmecker von der zur Zeit einzig salonfähigen Alternative, von der *neuen Überheblichkeit* eines Botho Strauß oder Peter Handke unangenehm an Stefan George erinnert, dessen elitär an der Außenform schwelgende Schöntönerei zwar reaktionär, aber unnütz war. Positive gesellschaftliche Orientierung muß her.

Bezogen auf das Theater faßt Anfang Juli im selben Orientierungs-Blatt - Feuilleton-Chef Günter Rühle die zurückliegenden Jahre unter dem Titel *»Schlachthaus, Zirkus, Endspiele«* zusammen. Aufbruch, Widerstand, sozialistische Ziele - die offenbar bedrohlichen Neuigkeiten von 68 - bleiben ausgespart. Trotzdem sind es gerade die ausgebrannten theatralischen Bundesgenossen gegen das antiautoritäre Selbstbewußtsein und seine politischen Ansprüche, die übergelaufenen Jammer-Clowns und Edelzyniker, die heute den Laufpaß bekommen, getarnt mit artigem Bedauern. Zu schade, daß Sie schon gehen müssen, Botho Strauß, Thomas Bernhard, Heiner Müller (Rühle-Liste)!

Bevor Boy Gobert Schillertheater-Intendant wurde (ein Mann, der Rühles Zukunftswunsch nach der »Schönheit und Wohlgemutheit des Theaters der 50er-Jahre« sichtlich ideal verkörpert), hatte Rühle selbst über diesen Posten verhandelt. Damals war seine wichtigste Bedingung noch Peter Zadek, den er im Nekrolog-82 als kühnsten und erfolgreichsten Theater-Veränderer a.D. figurieren läßt: »Er verneinte die Sinn- und Ordnungszusammenhänge... er führte die menschliche Szenerie... als Wirrnis, als emotionsgepeitschtes, oft grotesk-komisches Getriebe vor... 'Ich hätte Zirkusdirektor werden sollen'.« Unfreiwillig beschreibt Rühle mit dem Prototyp Zadek dann nicht mal einen Theater-Veränderer, nur einen Regisseur, der mit Boulevard-Albernheiten hilflose Beschwerde darüber geführt hat, wie er Veränderungen erleidet. Den »FAZ«-Sponsoren taugt er gerade noch zum stellvertretenden Versager.

Froh, daß an den Clowns von Savary, Peymann, Flimm, Nel u.a. oft bloß die Nase rot war, wünscht Tante »FAZ« nun, wo die meisten Theaterstädte und die Länder schwarz geworden sind und die Bundeskäseglocke sich immer rascher verdunkelt, es möge zwar kein identifizierbares, aber ein zur Identifikation einladendes Bild geheilter *Westkunst* über die Bretter schreiten, die gefälligst die Welt zu bedeuten haben.

Uni konformen Geist für wenig Geld zu erpressen, benutzen die Kunstfreiheits-Verwalter ihre Rotstifte als Brecheisen. Wohltätigkeit-statt-Subventionen läßt sich mit der Pferd-Spatz-Theorie begründen: statt die vielen Spatzen zu füttern, mästet man das Pferd, von dessen Scheiße alle leben.

Die Feinde von »FAZ« & Co. sind geschwächt. Bürgerlich darf das bürgerliche Theater wieder sein und sich beruhigen - wir sind noch längst nicht die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben (schon weil nicht anzunehmen ist, daß der Klassenkampf als Familienkrach á la Schmidt stattfindet). Rühle: »Von den hochgesteckten Vorstellungen eines durch Vernunft geregelten Lebenszusammenhangs aller, die in den Utopien der 60er-Jahre zu finden waren, ist angesichts der Realität nichts geblieben. Was ist Welt? Was ist Leben? Die Theaterleute haben ihre Antwort darauf gegeben« - nach dem *Zirkus* das *Schlachthaus.* Sogar die Bühnenfarbe gerinnt, wenn Rühle blumig seine Premieren-Eindrücke von Heiner Müllers Gemetzel bis zur Schaubühnen-Orestie nachmalt. »Das Blut - das täglich auf der Welt aus den Leibern geschlagen wird - ist auf die Bühne zurückgekommen und fließt dort leuchtend rot... (es) schreit die schreckliche Schönheit zum Himmel« - dem leeren, weil noch sozialdemokratischen.

Last und least *Endspiele:* »Schnee fiel in vielen Inszenierungen. Grübers Weg von Brecht in die Einsamkeits- und Verlorenheitsdramaturgie Becketts zeichnet die Spur am konsequentesten... in diesen Bildern ist die Hoffnung auf ein Neuwerden der Welt erloschen, der Zynismus prägt sie mehr als die Tätigkeit.« Wer voreilig zustimmt, wird mit Rühles steinalter Brave-New-World-Hoffnung geschlagen. Die destruierende Mode von gestern - die das Neuwerden der Welt als Sozialismus zu behindern hatte - soll schließlich nur konstruktiv prokapitalistisch modifiziert werden.

Es darf wieder heiler, realitätsamputierter Neoromantizismus sein. Was war eigentlich vor dem »nachbrechtschen« Theater? Als der Berliner Schauspieler und Regisseur Wolfgang Heinz befragt wurde, was Erbe und was zeitgenössisch sei, soll er geantwortet haben: Zeitgenössisch ist, was in den Methoden auf der Höhe der Zeit, also materialistisch-dialektisch gearbeitet wurde, und Erbe ist folglich der Rest, auch wenn er erst morgen geschrieben wird.

Deshalb vor allem ist Günter Rühle zu widersprechen. Wir stecken noch bis über seinen Kopf in der vorbrechtschen Phase, und dann wäre da noch der Unterschied zwischen erben und leichenschänden...

Im intellektuellen Gammel-Look konnte das Paradox aller Raddatze *links- und antisozialistisch* zur Ermunterung vieler Freunde des kleineren Übels leidlich funktionieren: mit einer SPD-Regierung, die etwas zu verteilen hatte. Nur Gebrabbel bleibt davon in der größten Wirtschaftskrise dieses Landes. Hier läuft nicht der Dritte, hier läuft der Erste Weg. Die »FAZ« verfälscht die Krise zur Regierungskrise und bläst die CDU zum neuen Zeitalter auf. Ob die Neue Linke sich da noch an die nachweislich außerhalb ihres Bewußtseins existierenden zweierlei Menschen erinnert, an die Ausbeuter und Ausgebeuteten? Da kommt - es geniert mich - kein dickes Ende, sondern ein dünnes: zum Beispiel Michael Schneider, von dem weder eine »Zeit«-, noch eine »FAZ«-Position zu erwarten ist, (obwohl er als deren gelegentlicher Autor nicht die höfliche Erwähnung jenes Günter Rühle vergißt). Er hat zu Heiner Müller, Thomas Brasch und Botho Strauß unter dem

hübschen Titel *»Den Kopf verkehrt aufgesetzt oder die melancholische Linke«* geschrieben, Ansonsten handelt er zwei Themen ab: die (zur Generation stilisierte) Studentenbewegung habe ohne konkrete Untersuchung der Lebensläufe ihre allgemeine Geschichtsauffassung über den väterlichen Faschismus gestülpt, sich losgesagt, statt die Erbschaft zu bewältigen. Und die Vulgär-Marxisten zitierten Marx in monokausalen Hälften - nur »Das Sein bestimmt das Bewußtsein«, aber nicht »und das Bewußtsein bestimmt das Sein«.

Nachdem Schneider so die Dialektik gegen ökonomistischen Determinismus eingeklagt hat, hindert ihn dann allerdings nichts mehr, seinerseits die Abfolge subjektiv-psychologischer Befindlichkeiten hauptsächlich aus sich selbst zu erklären. Folglich dampft der dritte Epochenrückblick auf die Jahre nach 68 von Betroffenheits-Kitsch aus muffigen Beziehungskisten.

Michael Schneiders jüngstes Stück läuft am Landestheater Tübingen zum Ende der alten und zum Auftakt der neuen Saison. Das *»Luftschloß unter Tage«* ist eine Wohngemeinschaft 10 Jahre nach 68, bestehend aus dem jungen Dichter mit abgeklärter zeitloser Freundin Johanna und seiner Exfreundin, der Rechtsanwältin Sylvia, aus der Schauspielerin Anna und dem Assistenten Martin, dem partnertauschenden Hausmütterchen Maria, Sozialpädagogin und ihrem Mann Hans, einem Chemopraktiker. Regelmäßige Besucher sind Stadtrat Wolfgang, auf dem korrumpierenden Marsch durch die Institutionen, und Bruno, eine Enzensberger-Karikatur. Mit der Personalaufzählung ist der Stückinhalt ziemlich erschöpft.

Im Gegensatz zum formalen Vorbild der Konversationskomödie, Gorkis Stück *»Sommergäste«,* bleiben bei Schneider historische und soziale Angaben nur rechtfertigende Fußnoten. Müder Motor der Figuren sind ihre Intimitäten, vom Autor überwiegend als unordentlich und oberflächlich benotet, Konstruktionen von anstrengender Grundlosigkeit. Ein Haufen Unlogisches macht noch keine Dialektik (= nicht leere Widersprüche, sondern die Lehre von der gesetzmäßigen Bewegung der Widersprüche).

Dankbar muß man schon sein, weil pro Akt ein kritischer Scherz über Gruppentherapie fällt, oder von der Art »Die durchschnittliche Lebensdauer einer Partnerbeziehung ist schon kürzer als die einer Waschmaschine.« (Weniger protestantisch und trockener schrieb der alte Engels: »Der Anfall individueller Geschlechtsliebe ist von unterschiedlicher Dauer«.)

Selbstverständlich auch in Tübingen zur Stelle, konstatiert die »FAZ« erleichtert »eine Resignation, die auf dem Weg zur Selbstironie ist« und verleiht dem Hobby-Zauberer Schneider auch als Stückschreiber das freundlich gemeinte Prädikat »Salonmagier«. Sein naturalistischer Blick zurück ins Berliner Zimmer verhält sich zu Raddatz und Rühle wie ein schüchtern abgebrochener Einwand, der keinen Kern hat, keine Haltung von Interesse zu seinem Gegenstand. Wie sein junger Dichter im Stuck läßt Schneider in einer anschließenden Podiumsdiskussion das vereinzelte Wort *Utopie* als dunkle Andeutung mal fallen und liegen. Bleibt: ein kleiner Weltschmerz der Beliebigkeit.

in den politischen Kinderschuhen und mit der artistischen Anspruchslosigkeit von 68 läßt sich die Zeit danach heute jedenfalls nicht als Fundament beschreiben. Es macht auch noch keine Alternative zur eingeläuteten Restauration des Theaters auf den Stand vor 68, wenn die Rest-Röte hinter den zur heutigen »Generation« erklärten Grünen versteckt wird.

Veröffentlichte individuelle Emanzipation bringt höchstens Mitleid ein, wenn sie kein künstlerisches Spiel am Modell erlaubt und dadurch gesellschaftlich wird. Angetreten, um in allen Bewegungen die Eigentumsfrage als Grundfrage hervorzuheben (Kommunistisches Manifest), sitzen da alte Freunde im neuen-linken Jammertal, die längst auf »einen durch Vernunft geregelten Lebenszusammenhang aller, auf die Utopien der 60er-Jahre« (»FAZ«-Rühle) verzichten.

Utopien sind nur für eine gesellschaftliche Vergangenheit und Gegenwart zu haben. Umsonst gibt's den verzweifelten, vorbeugend ironischen Nebel aus der Glaskugel von Spießern wie Raddatz, der vielleicht eine Zeitlang zur Irritation und Spaltung beigetragen hat. Die krisen- und schaumgeborene rechte Welle Marke »FAZ« erleichtert Entscheidungen.

Hanns Eisler hat von seinem »Johann Faustus« mit den verbreiteten ach-zwei-Seelen in der Brust, der sich für ein kleines, kurzes Glück aus den Kämpfen einer Zeit heraushalten wollte, gesagt: »Wer sich gegen die Revolution stellt, den holt der Teufel!«

Michael Ben 36, lebt als Publizist (Arbeiten zu Geschichte u d Kulturpolitik) in Düsseldorf. Zuvor war er Schauspieler und unter anderem stellvertretender künstlerischer Leiter am Frankfurter TAT.

Konkret 09/82, S. 88

Michael Schilling

Punkt Punkt Komma und der Strich

Zwei neue B□ cher □ ber den Stadtteil St. Pauli wecken das dringende Bed□ rfnis nach einem dritten, das noch nicht geschrieb ist

Huren sind auch Menschen. Freier kommen meist aus besser verdienenden Kreisen. Ein Präservativ ist ein Präservativ ist ein Präservativ. Auch im Bordell wird Advent gefeiert. Nicht jede Frau ist eine Frau. Zuhälter sind brutal, haben's aber auch nicht immer ganz leicht im Leben. Das Vergnügen im Vergnügungsviertel ist ein geteiltes Vergnügen. Im Puff kommt es zu lustigen Begebenheiten. Das Ende vom Lied ist vielfach traurig.

Literatur über den Strich hat immer Konjunktur, obwohl sie uns seit bald einem Jahrhundert, nämlich seit der Wiederentdeckung der Menschähnlichkeit der Prostituierten, mit der stets gleichen Botschaft nervt: daß auf dem jeweiligen Kiez alles ganz anders sei, als man denkt, und zwar so, wie man sich das schon gedacht hat. Die erregendsten Erkenntnisse der 80er Produktion von »Domenica« bis Pieke Biermann: auf den Begriff gebracht in Aperçus zu Nebensätzen, die Karl Kraus 1909 in »Die chinesische Mauer« gemeißelt hat: »Der Freudenmarkt mag seine Auswüchse haben und seine Unordnung, Mißbräuche und irdische Mängel, Ekel und Verdruß. Aber er ist die einzige Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht von Grund aus verkommen ist.« Es herrschte damals dieselbe Klasse, in ihren Fabriken, Börsen, Kriegsministerien und Schlafzimmern ging es - im Prinzip und, öfter als die modernen Sozialwissenschaftler wissen, im Detail - zu wie heute. Warum sollte das in ihren Puffs anders sein?

Es häuft sich aber in den letzten Jahren eine Strich-Literatur, die von »links« kommt. Schreibende Sozialarbeiter sammeln Nutten-Protokolle, fortschrittlich empfindende Journalisten entdecken Repression im Freudenhaus, Feministinnen und Feministen wollen die Emanzipation und den Zuhälter an der Wurzel packen. Das Resultat sind voyeuristische oder anklagende Sozialschnulzen, meistens beides zugleich.

»Um Zuhälter, Mafiosi, Bordellbesitzer und Ganoven werden mehr Tränen vergossen als für eine Hure« - der Satz, aus Günter Zints Buch »St. Pauli«, kennzeichnet das Genre. Der Fotograf Zint, Inhaber eines Godesberger Parteibuchs, das er (bravo!) rechts liegen läßt, lebt seit 17 Jahren auf dem Kiez, kennt Nutten und Bullen, Loddels und Penner, »Originale« und »Normale«. Wer die Meile kennt, freut sich am Wiedererkennen. Zints Bilder, wie die des debilen alten Mannes, der mit dem Pappköfferchen (Inhalt: vier paar Schnürsenkel, drei Kämme, zwei Dutzend Postkarten) abends durch die Kneipen hinkte und, mit Respekt vor seinem Angebot, »Karstadt« genannt wurde, diese Bilder geraten unter einen Text (es sind mehrere, von mehreren Autoren, die sich aber gleichen wie ein linkes Ei dem rechten), der von ganz schlechten Eltern ist (Mutter: alternative Betschwester, Vater: Hilfsdienst mit etwas zu viel Malteser). Der Text sagt, Karstadt sei »Little Karstadt« genannt worden, und macht aus einem poetischen Witz einen journalistischen Kalauer. Wer rettet St. Pauli vor solchen Biographen?

Vor der viertausendsiebenhundertelften Lebensbeichte einer Prostituierten: »Mir blieb keine andere Wahl, als auf den Strich zu gehen ... Im Hof war es oft bitter kalt ... Die Wirtschafter schrien die Mädchen an ... 0 Vor der Larmoyanz ihrer Interviewpartner? Vorm sozialen Krampfaderlaß, mit dem sich ertappte Bürgerkinder Erleichterung verschaffen?

Zint hat einen Aushang vor einer alternativen Teestube am Hans.-Albers-Platz fotografiert, der drei Viertel der Texte seines Buchs hinfällig macht. Es heißt dort:

Die andere Prostitution!

Prostitution heißt Preisgabe!

Sich prostituieren heißt sich preisgeben - sich bloßstellen! Jemand der sich prostituiert ist ein Mensch, der seine Meinung, seine innere Einstellung preisgibt um etwas zu erreichen, sei es beruflich, finanziell, in persönlichen Bereichen, oder aus anderen strategischen Überlegungen!

Etwas also, was beinahe jeder irgendwann schon gemacht hat!

Ist da nicht die sogenannte Prostituierte«, die »Dirne« oft *viel ehrlicher wenn sie sagt: »... ich mach's mit Dir, wenn Du mir zahlst!« (Sie verbirgt, verheimlicht, beschönigt also nichts.) Sie gibt zwar ihren Körperpreis, aber nicht mehr (denn mit dem Herzen ist sie ohne dies kaum einmal dabei - im Gegenteil, es eckelt sie oft an, und sie lehnt es innerlich ab.)*

Bis hin zur Zeichensetzung ist da alles beisammen, was die Patienten der spontanen Bewegungs-Therapie so unerträglich macht: der Mensch (oh!), die »innere Einstellung«, die »strategischen Überlegungen«, die neue Ehrlichkeit, die nichts verbirgt, verheimlicht, beschönigt, die »innerliche Ablehnung«, der AKW-Seelsorger, dessen Absolution es auch billiger gibt - ab und an darf die »Dirne« auch »mit dem Herzen einmal dabei« sein, und noch öfter wird ihr das Fehlen von

»Eckel« verziehen. Ihre Großmütter bestrickten das Heim für gefallene Mädchen, ihre Eltern haben Leitstellen für die Gleichberechtigung eingerichtet, die dritte Generation lädt die »Dirne« zu Löwenzahntee.

Ein Schriftsteller als »Stadtschreiber von St. Pauli« - das wäre eine Chance gewesen. Aber erstens ist mit der Schriftstellerei leider immer noch der Gebrauch von Sprache verbunden und »ein Männlichkeitswahn mit frisiertem Motor, der vor Kraft schon O-Beine bekommt« eine zwar seltene, aber betrübliche Erscheinung. Zweitens ist die Unfähigkeit zum Journalismus nicht schon Belletristik. Der Dichter nennt sich als Dichter Hans Eppendorfer, und auch er kennt die Szene, freilich mit einem anderen Schwerpunkt: Leder, Sado-Maso, Transis. Der beste Text des Buches ist schon einmal erschienen, unter dem Titel »Deutsches Mann viel Scheiße« in SEXUALITÄT KONKRET (dort war auch der einzig lesenswerte Beitrag aus Zints Buch, »Die endgültige Geschichte der St. Pauli Nachrichten« von Peter Dahl, gedruckt worden).

Auch Eppendorfer hat's mit Protokollen (»Mit siebzehn oder achtzehn hatte ich noch'n richtigen Job, bürgerlich mein ich ... « oder »Wir sind Frauen wie andere auch ... «). Bei ihm wird dennoch erfreulich weniger über die armen Frauen geweint, teils weil sie weniger Frau sind, teils weil Eppendorfer es auch mit der Poesie hat. Leider so:

»hering, frische struvbutw, an einem Wintertag,

das kopfsteinpflaster schneeig berillt, matschig

und angeschmutzt die wässernde kinderfreude ... «

Also Kokolores, geballt, nicht schneeig (Wie spricht man das aus? Wie man's schreibt, nämlich: nicht).

Übel an dieser Sorte Literatur ist nicht die Tendenz, die gutmeinende, menschenfreundliche Absicht (obwohl, -wenn ich mir's recht überlege- auch die!). Übel ist die angestrengte und anstrengende Wiederholung von Banalitäten, die schließlich doch nur deshalb erzählt werden und in erheblicher Auflage vertrieben werden können, weil der kleine bürgerliche Voyeur gekitzelt wird. (Es bleibt dem Verfasser dieser Glosse gar nichts anderes übrig, als sich dem so denunzierten Personenkreis zuzurechnen.)

Aber nun ist's genug. Nun wollen wir mal etwas Neues lesen. Entweder von einem Dichter, der dem Leben auf St. Pauli die Poesie abringt, die in Erscheinungen wie Karstadt und in Worten wie »mause« (pleite) und »Schmalz« steckt (»Schmalz« wird in Zints angehängtem »Wörterbuch« mit »Trinkgeld« übersetzt und damit auf das Banalste verkürzt: Schmalz ist das, was man »über« hat, etwa der Spielgewinn abzüglich des Einsatzes oder die Investitionszulage abzüglich der Kosten für die Investition).

Oder es schreibt endlich mal einer die politische Ökonomie von St. Pauli. Wilfried Schulz, Führer sämtlicher Geschäfte, der – einem Vorbild folgend – vor Gericht schwört, er habe mit St. Pauli im Wortsinne nichts zu tun, kommt nur bei Zint und dort auch nur im Bild (ohne Unterschrift) vor. Ausgangspunkt dieser Geschichte der Bilanzen und Interessen könnte die – wiederum von Zint nur photographierte - Beerdigung von Guiseppe di Giorgio sein, jenes italo-amerikanischen Herrn (ohne Anführungszeichen), der im dezent gestreiften Anzug mit Weste, mit Hut und schwerem Wollmantel täglich die Meile abschritt, ohne daß einer sagen konnte oder wollte, zu welchem Zweck das geschah. Doch wenn ein Gast in einem der illegalen Spielcasinos zu viel Glück hatte, geschah es, daß »Mr. Joe« ans Roulette trat und dreimal hintereinander die X warf (»X gewinnt nix«). Kam die »Schmiere«, war er »Tourist«. Sein Begräbnis war das größte, das St. Pauli in den letzten Jahren erlebt hat, gut ein Jahrtausend »Z« war da, und eine Kranzschleife trug den Text: »Mr. Joe, ehrlich und aufrecht war Dein Leben! Vieles hast Du uns gelehrt! Nach Deinem Codex wollen wir streben, wir haben Dich alle sehr verehrt! Farewell Dein Freund Wilfried Schulz und Renate.«

Der Wirtschaftsfaktor St. Pauli (als pars pro toto des Vergnügungsgewerbes), seine Organisation, seine Verfassung, seine Rolle als sozialpsychologische Pufferzone, St. Pauli als gesellschaftliche Müll-Deponie, als Krisenthermometer, St. Pauli als Maßstab für staatliche Toleranz der Illegalität, als normensetzender Wirtschaftsbetrieb - das Buch gibt es nicht. Kein Wunder: Wäre es gut, wäre es eine sehr konkrete Analyse dessen, was eine Gesellschaft, in der sich alles um die private Anhäufung von Kapital dreht, in ihrem Innersten zusammenhält.

Ein gutes Buch über St. Pauli müßte ein verfassungsfeindliches Buch sein.

Hans Eppenderfer: Szenen aus St. Pauli:, 240 S., Hoffmann und Campe Verlag, 28 Mark Günter Zint: Die weiße Taube flog für immer davon. Ein St.PauliBilderbuch, 263 S., 28,90 Mark

Konkret 09/82, S. 92

Ludwig Fels

Bücher: »Er hat alles Große verschissen«

Zum Ende des Goethe-Geschäfts-Jahres wird eine gutgemeinte Denkmalschändung aus den Zwanziger Jahren neu aufgelegt: das Anti-Goethe-Pamphlet des Schriftstellers Jakob Haringer (1883 bis 1948)

Muß man Goethe lesen? Muß man Goethe gelesen haben? Darf man sich Deutscher nennen, ohne ihn zu kennen, nicht nur dem Namen nach? Hat denn überhaupt die geringste Ahnung von Dichtung, wem seine Verse und Dramen nicht gefallen? Lauter Fragen, die wahrlich die Welt nicht bewegen müssen! Trotzdem oder gerade deswegen gibt Jakob Haringer in seiner Schrift »Leichenhaus der Literatur oder Über Goethe« deutlich Antwort drauf.

Haringer lebte meistens unten, im Gewöhnlichen, Schwierigen, selten obenauf, und wenn, dann fiel er hinterher umso tiefer in die menschlichen Niederungen, vom Krupp-Salon zurück in Spelunken, Gefängniszellen, aber er lebte sich. Er muß entweder besoffen oder verrückt gewesen sein, als er den Brachial-Essay »Über Goethe« schrieb, oder so grausam nüchtern, daß das sein einziges Glück war. Das Bändchen hat es in sich, ist ein polemischer Kotzbroken, eine ganz und gar ungermanistische Rarität, vollkommen respektlos, verfaßt in einer bärbeißigen Sprache, nach der alle erleuchteten, durchgeistigten und entgeisterten Astralschädel nur gieren können. '

Ludwig Börne, 1786-1837, einer der wichtigsten Zeitkritiker, wird im Klappentext zitiert: »Die Geschichte zählt Menschen, die sind Register der Vergangenheit: so Goethe. Sie zählt wieder andere, die sind Inhaltsverzeichnis der Zukunft: so Voltaire und Lessing.«

Aber dann kommt auch schon Haringer angestürmt im Vandalenstil, deftig, zotig, mit Krakeeler-Poesie den *größten deutschen Klassiker* schmähend, daß es eine wahre Pracht und Wohltat ist. Haringer führt sich auf wie ein bayrischer Derwisch, und sein Aufsatz ist Dokument einer privaten Revolte gegen dogmatische Bildungsbürgerideale und humanistische Allüren. Johann Wolfgang von Goethe (»Köte, Gedä«) war für Haringer der Inbegriff des ultrafaden Spießers, wohlbehütet in der Aura erquicklicher Fürnehmheit, das Symbol einer musealen Verwertungsmaschine mit adeligem Habitus, ein »Diebsreptil«. Solche Gestalten werfen Schatten, über Jahrhunderte hinweg. Goethe hin oder her: Haringer diente diese epochale Figur der Literaturgeschichte auch als Vorwand, der deutschen Kritikerelite und Erfolgsautorengilde seiner Zeit ein paar wüstwitzige Frotzeleien zu servieren. Gegen Kollegen wie Hofmannsthal, Kerr, Hauptmann und sehr viele andere mehr, besonders aber gegen Thomas Mann, dem ein »Sacharinhirn« bescheinigt wird, richtete sich Haringers Wahrheitsliebe und Angriffslust. »Unsere Zeit eben hat Schriftstellerei zum leichtesten Handwerk erniedrigt«, heißt es bei ihm und: »Sie werkeln, formen, arbeiten und feilen, machen einfach noch mehr Dreck aus ihrem Dreck.« Und Goethe selber nennt er unverblümt den »Vater aller Curt Mälerchen«, die, fazitiert, »eben Affen bleiben, die wacker im Chor mitgrunzen« und sich am Trog der schönen Künste laben: mit Geld.

Ich gebe ja zu, bisweilen fallen Bemerkungen, die klingen gnadenlos arrogant und verschroben, aber selbst die leichtfertigste Formulierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß da jemand unerschütterlich verzweifelt seine ureigensten prophetablen Existenzprobleme enttarnte.

»Ich lebe zu einsam, um einsam zu sein«, artikuliert Haringer resigniert, als nächsten Satz sofort hinzufügend: »Aber von Goethe möchte ich nichts geschrieben haben.« Für ihn ist er der »Abgott aller Dilettanten«, und man möchte ihn direkt umarmen, wenn er am »goethischen Gipskopf« kratzt, in Rage gerät und eklatant politisch reagiert: »Eine Nation, deren größter Dichter nicht vermag, aus ihrem Kot auch nur ein wenig Menschlichkeit zu pressen, taugt nicht.« Man kommt in, Versuchung, alle Redakteure zu bitten: opfert eine Spalte wenigstens zum Abdruck des Kapitelchens mit dem Titel »Huldigung gegen die Künste«; es wäre nämlich ein vortrefflicher Abgesang zum Goethe-Geschäfts-Jahr, dieser kulturgütigsten Veranstaltung.

Werkkundige Goetheforscher können am schnapszähren-begossenen Grabe Jakob Haringers Protest anmelden, auf daß seine arme Leiche noch was zu lachen hat. Zeitlebens hat er den wirklichen Größen der deutschen Literatur, groß in dem Sinne, als daß sie ein Unmaß an Verzweiflung, Einsamkeit und Elend in ökonomischer, pathologischer und mitunter auch anatomischer Hinsicht ertragen mußten (wie Hölderlin, Jean Paul, Grabbe, Lenz, Büchner, Achim von Arnim, um nur einige herauszugreifen), die Achtung gehalten.

Jetzt schweigt des Rezensenten Höflichkeit: »Er (nicht Haringer!) hat alles Große, Wahre, Edle verschissen.« Um die Tragweite dieses Satzes zu verstehen, muß man sich erinnerlich machen, daß er eben zu jener Unzeit geschrieben wurde, da allmählich Hakenkreuze als Exlibris in Mode kamen. Haringer haßte jede Form von Herrschaft, auch die Autorität der Kunst, sobald sie unter Ausschluß der Offenheit und Öffentlichkeit stattfand im Verstiegenen. Und allen, die Goethe ehrten, retteten, verteidigten, lasen, beschrieben, denen hielt er in seiner fast *kriminell zu* nennenden Phantasie vor, sie hätten Geschmack an einer »sifilitischen Zuchthaussuppe« gefunden.

Ich habe ein paar Mal versucht, Goethe lesen zu wollen: es ging nie. Goethe besaß zweifelsfrei alle denkbaren Möglichkeiten, um seine Schaffenskraft, ausufernd wie ein kalbender Gletscher, *unbehindert* entfalten zu können. Trotz Rumdeutelns: er läßt sich nicht zum prähistorischen Revolutionär stilisieren; er war und bleibt, trotz weltmännischer Gepflogenheiten und philosophischen Naturells, ein arg Bürgerlicher, den ich, zum Beispiel, als Nachbarn nicht geschenkt haben möcht.

Es ging ihm gut! Alles klar? Das Schlechte wurde veredelt, das Niedere mit Wortgewalt geschmückt. Aber, so frag ich mich, wird sich irgendeiner der höchstwahrscheinlich unwahrscheinlich seltenen Leser von Goethe und noch selteneren von Haringer aus dem Volk der Dichter und Denker fragen traun: wo, bitte, bleibt denn da das »Ästhetische«? Lassen wir Börne die Antwort: »Goethe war glücklich auf dieser Erde und er erkennt sich selbst dafür. Er wird hundert Jahre erreichen; aber auch ein Jahrhundert geht vorüber und ewig sitzt die Nachwelt. (...) Glücklich hast du gelebt, aber du hast gelebt! « So feinsinnig kann Recht gesprochen werden.

Es darf, soll und muß als Akt der Anmaßung verstanden werden, daß jemand wie ich, in Sachen Goethe niemals über sein Volksschulwissen hinausgekommen, Haringers Ausführungen so hemmungslos beipflichtet, wobei natürlich mitspielt, daß mir der Letzgenannte einfach nähersteht, was mit der Wärme und der Verletzlichkeit, die Haringer als Schriftsteller zeigt und die ihn auszeichnet, zu tun hat: es ist sein wesentlichster Vorzug, daß er mit Goethe in keiner Weise zu vergleichen ist.

Goethe, bestens passend zum Regaldesign, Goethe, das Bibliothekarsidol, das Ästhetizismengenie, an das posthum der Nobelpreis für Weltliteratur verliehn werden könnte, was Gott und kein Aas interessiert, dieser Herr von Goethe würde sich über Haringers Traktat gewiß nicht mokiern, weder schnauben noch schmunzeln bei Kenntnisnahme dieser ausgefuchsten Unehrbietigkeit; er würde ihm, dem Verfasser, wenns hochkäm, »unfertiges Betragen« vorwerfen, vielleicht kurz seine Geheimrotznase rümpfen, damit es sich hätte. Was darf man davon halten, daß .Goethe und sein vererbtes Gedankengut Monarchisten, Republikanern, Nazis, Sozis, Kommunisten international standhielt, daß er gefeiert werden kann in Diktaturen und Demokratien, gutgeheißen von Kirche und Staat, Ost und West, verwendungsfähig auch für die liberale Kapitalpolitik?

Auf dem Feld der Kultur stehts noch immer 1:0 für Goethe, obwohl die Ewigen Werte längst untern Rasen gekehrt worden sind. Es ist halt doch ein Friedhof. Nur ein Kasperlmörder, wie Haringer einer war, könnte dort noch die literarische Ruhe stören.

Jakob Haringer: Leichenhaus der Literatur oder Über Goethe

Karin Kramer Verlag, Lager Schaden 1, 32 Seiten, 5 DM

Konkret 09/82, S. 93

Bücher: Wer das liest, erspart sich Ärger

Rat für die Tat: «Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« liefert wichtige juristische Hinweise für den zivilen Widerstand

Als der Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen in der Hamburger Bürgerschaft, Thomas Ebermann, Anfang Juli als Hausbesetzer festgenommen wurde, war mal wieder alles klar: Hausbesetzungen sind »eindeutig« ein Strafbestand, »unbestritten« gesetzeswidrig. Wenn es heute unter Juristen eine Streitfrage gibt, dann die, ob eine friedliche Hausbesetzung nach §1 123 Strafgesetzbuch (Hausfriedensbruch) verfolgt werden darf oder nicht. Immer mehr Gerichte befinden, daß der »Frieden« eines Hauses nur geschützt werden kann, wenn es benutzt wird, und Prof. Fritz Eberhardt, einer der Verfassungsväter, sah die Besetzung von leerem Wohnraum sogar als grundgesetzlich geboten ah. Die »Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« weist darauf hin, aber sie läßt auch potentielle Hausbesetzer nicht im unklaren über die möglichen juristischen Folgen ihrer Aktionsform. Ein Trost bleibt: Nur bei einer Verurteilung zu mehr als 90 Tagessätzen (höchst selten in solchen Fällen) gibt es einen Vermerk im Führungszeugnis; man gilt also weiterhin nicht als vorbestraft. Den richtigen Nährwert bekommt das Buch jedoch durch seine ungezählten Tips und Hinweise für jedwede Form politischer Aktivität - vom wilden Plakatieren bis zum Straßenfest, vom Brandschutz bei Podiumsveranstaltungen bis zum Zeugnisverweigerungsrecht. Das Schönste (was bei dieser Art von Büchern ziemlich ungewöhnlich ist): Es ist alles verständlich, und plötzlich schrumpft das bürgerliche Recht als Macht- und Angstmittel ein wenig, der Popanz wird kleiner, wenn man ihn nur kennt. Diese »Rechtshilfe« schützt nicht nur, sie gibt auch Anregungen. Wer zum Beispiel weiß denn, daß nicht nur Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern unter bestimmten Voraussetzungen jeder Bürger Festnahmen vornehmen kann?

»Rechtshilfe für Bürgerinitiativen«, 266 Seiten, rororo-Handbuch, 9,80 Mark

Konkret 09/82, S. 94

Bücher: Mahlzeit!

Das Buch »Chemie in Lebensmitteln« mach das Essen schwerer, die Menschen dafür gesünder

Gleich im ersten Satz steht: »Wir wollen mit diesem Buch keinem den Appetit verderben.« Und der Band ist auch wirklich sehr lecker ausgestattet, mit einem geschmackvollen Einband und mit einem Griffregister, wie man es aus alten Kochbüchern kennt. Doch wer das Buch tatsächlich über dem Kochtopf liest, dessen Küche bleibt kalt, und schon gar nicht geht er in den Wienerwald. Denn: »Praktisch das gesamte Geflügel ist heute mehr oder weniger stark mit Salmonellen verseucht.« Einigermaßen unvergiftet kommt man nur noch mit Hammel-, Lamm- und Rindfleisch über den Hunger. Vor allem hat man sich vor Fischen zu hüten, die mit Ausnahme von Hering und Scholle meist voller Arsen, Cadmium und vor allem Quecksilber sind.

Aber wer sich nun als Vegetarier in Sicherheit wiegt, wird von peniblen Tabellen über Giftstoffe in Gemüsen und Salaten geschockt. Überhaupt Salate: Nichts drin - viel drauf (Gift nämlich), meinen die Autoren und empfehlen, alle Sorten Blattsalate von der Speisekarte zu streichen. Und dann Möhren und Spinat - von wegen gesund. Wer trotzdem weiterkochen will, sollte wenigstens von guten alten Küchentraditionen abrücken, zum Beispiel sollte der Gemüsesud vom Kochen oder aus Konserven unbedingt weggeschüttet werden. Am besten aber, man ernährt sich im Zoo: Dort wird immer seltener gesundheitsschädliches marktübliches Fleisch verfüttert, sondern Nahrung von glücklichen Tieren aus eigener Produktion.

»Chemie in Lebensmitteln«, herausgegeben von der Katalsse-Umweltgruppe Köln, 356 Seiten, Zweitausendeins-Versand, 20 Mark

Konkret 09/82, S. 95

Bücher: Pflichtlektüre für junge Polizisten

Noch ist die Bundesrepublik kein Polizeistaat. Aber der Apparat dafür steht bereit. Jürgen Saupe stellt neue »Ermittlungen in Sachen Polizei« vor

Dieses Buch ist gesundheitsschädlich. Ich jedenfalls habe bei der Lektüre gelitten. Immer wieder zwangen mich Adrenalin-Ausschüttungen dazu, es zur Seite zu legen. Das geschah immer dann, wenn wieder einmal Sachverhalte geschildert wurden, die mir eigentlich klar waren, die ich aber in solch perfekter Perfidie, in solch teuflischer Finesse nicht erwartet hatte. Auch wenn man es eigentlich besser weiß, fällt man eben doch - wenigstens teilweise - auf die Propaganda herein, die »Bundesrepublik sei der freiheitlichste Rechtsstaat unserer Geschichte«. Oder haben Sie gewußt, daß die Bereitschaftspolizisten, die in Frankfurt auf die Demonstranten gegen die Startbahn West gehetzt wurden, vorher tagelang in Turnhallen auf Notquartieren kaserniert wurden, um sie richtig »scharf« zu machen. Auch Hunde werden tagelang bei minimalem Futter im Zwinger gehalten, bevor es auf die Sauhatz geht.

Dieses Buch ist gefährlich. Und das gleich mehrfach.

Erstens für die Schreiber. Was der Rechtsanwalt und Dozent Rolf Gössner und der Journalist Uwe Herzog unter dem Titel »Der Apparat« zusammengetragen haben, wird dieser Apparat so nicht hinnehmen. Ich möchte künftig weder Gössner noch Herzog heißen und in eine Polizeikontrolle bei einer Demonstration kommen. Aber was es bedeutet, in »diesem unserem Staat« bürgerliche Freiheiten wie das Demonstrationsrecht wahrzunehmen, ist ja wohl spätestens nach den Tiefflieger-Angriffen der Polizei-Hubschrauber gegen die Brokdorf-Demonstranten am 28. Februar 1981 klar. Es sind heute vorzugsweise Kinder, die noch demonstrieren. Sie glauben noch an den Rechtsstaat.

Dieses Buch ist - zweitens - gefährlich für »den Apparat«, für die Maschine, die das Gewaltmonopol des Staats vertritt. Und da Maschinen bekanntlich nicht allein arbeiten, ist das Buch natürlich auch gefährlich für die Programmierer dieser Maschinen. Es ist so gefährlich, weil es so unendlich fleißig zusammengetragen wurde und weil es in der Mischung von beschriebener Aktion (Uwe Herzog) und distanzierter Analyse (Rolf Gössner) Emotion und Verstand zugleich erreicht. Mehr als die veröffentlichten Dokumente aus dem »Apparat« sind es die Zitate aus dem Mund der Polizisten, aus der Feder von Juristen und hohen Polizei-Offizieren, die erkennen lassen, wie »der Apparat« sich selbst versteht. Das ist keine Service-Institution mehr, die dafür sorgen soll, daß der Nachbar ohne Sorgen vor Einbrechern schlafen kann. Durch sogenannte »präventive Maßnahmen«, durch Einsickerungstechniken schafft sich der Apparat nicht nur neue Betätigungsfelder, er erzwingt sich auch neue Bewaffnung. Und diese ist rundum benutzbar. Da ist dann in Übungsplänen und Manövern von Arbeiteraufständen die Rede, von Streiks und Demonstrationen, gesteuert aus »Rotland«.

»Der Apparat« und seine Komplizen in Politik und Medien werden sich gegen die Aufklärungsarbeit wehren. Aber wer es unter den Politikern ernst meint mit dem Rechtsstaat - und sei es nur nach außen -, der muß jetzt fordern, daß dieses Buch obligatorisch zum Schulungsprogramm für junge Polizisten gehört.

Konkret 09/82, S. 96

Hartmut Schulze

Bücher: Literatur der Angestelltenwelt

Martin Walsers neues Buch gehört zu dem halben Dutzend dieses Herbst», die überhaupt erwähnenswert sind. Aber es ist se reizvoll wie ärgerlich

Der Titel suggeriert Großes; die Typografie auf dem Einband mit ihren feinen Lettern, die man von antiken römischen Tafeln kennt, läßt eine Epistel, gültige Aussagen erwarten, über die Zeit hinaus. MARTIN WALSER BRIEF AN LORD LISZT ROMAN. Und dann geht es doch wieder nur um Verdauungsprobleme.

Walser-Leser allerdings sind vorgewarnt. Sie wissen, dieser Liszt ist gar kein Lord, ist bloß Abteilungsleiter in einer Fabrik für Zahnersatz. Den kennen wir doch, das ist doch der, der in »Jenseits der Liebe« seinem Kollegen und Konkurrenten Franz Horn so zugesetzt hatte, daß der sich das Leben nehmen wollte. Also noch ein Buch aus Walsers Werkkreis Literatur der Angestelltenwelt.

Die Ausgangssituation: Franz Horn hat seinen Selbstmordversuch überlebt und stellt, obgleich durch den jüngeren Dr. Liszt degradiert, seine Arbeitskraft wieder ganz in den Dienst von »Chemnitzer Zähne«. Die Firma steht kurz vor einem Teilverkauf an »Bayer«, Liszt seinerseits ist von einer frischen Führungskraft bedroht. In diesem Umbruch, kurz bevor er ganz ausrangiert wird, will sich der leitende Angestellte Horn Klarheit verschaffen über sich und seinen Feind Liszt. In der Nacht von Freitag auf Samstag vor Pfingsten (das Fest, an dem der Geist ausgegossen wird) schreibt er einen Brief an seinen Kollegen.

Bis auf ein paar Einleitungs- und Schlußseiten und Einschübe besteht Walsers schmaler Text, der keine Akademie zur Neudefinition des Genres Roman anregen wird, aus diesem Brief und seinen neunzehn römisch numerierten Postskripta.

Bei drei Flaschen Weißherbst schreibt sich Horn in Rage und sein Seelenleid vom Leib. Viele kluge Beobachtungen kommen da zu Papier, aber auch erschreckende Peinlichkeiten. Erschreckend, weil es ja Walser ist, der da schreibt, und der sich hinter seiner literarischen Figur kaum versteckt. *»Ich frage Sie pathetisch ruhig, im Interesse der Zurechnungsfähigkeit Ihres meines Standes, ob es nicht blödsinnig oder einfach unsinnig sei, wenn ein Angestellter wetteifern wolle mit der Verdauung eines und gar noch seines Chefs?«* Doch, ist es.

Aber daneben wird die wirkliche Tragik einer abhängigen Existenz im weißen Kragen ausgebreitet, die vom *Consulter* nach *Mannjahren* vermessen und abgeschoben wird. Und es finden sich ein paar hübsche Aperçus zum Kulturbetrieb *(»Ich kann so wenig nach Bayreuth, wie ich in einen Pornofilm kann. Jeder, der mich sähe, würde denken: der hat es nötig!«).* Und vor allem, ganz versteckt auf der Seite 83, die allein schon die übrigen 150 Seiten lohnt, die umfassendste Würdigung Heinrich Bölls in der jüngeren Literaturkritik: *»Als Sie und ich uns zum ersten Mal sahen, wollte ich angeben mit einem Buch, das meine Frau mir zum Geburtstag geschenkt hatte. Es war von Heinrich Böll. Ja nun, sagten Sie, eben dieses Buch sei Ihnen auch gerade geschenkt worden; aber nicht von ihrer Frau, sondern von deren Schwester, die einen Kosmetiksalon in Castrop-Rauxel betreibe; Sie hätten hineingeschaut und es* sofort *an Ihre Putzfrau weiterverschenkt.«* (Schade, daß es Castrop-Rauxel sein mußte, das ist ein Tick zuviel.)

Ja, das liest man gern und schnell, und dieser »Roman« wird sicher gut verkauft. Denn er bietet Lebenshilfe für die Wolfsgesellschaft wie Dale Carnegie, der Ami mit seinen »How to«-Büchern. Nur halt als Literatur. Und ganz viele Merksätze zum Zitieren.

Zum Beispiel: *»Gegner, die man endlich besiegt hat, kann man gar nicht groß genug machen. « Oder:* » Wer *jemanden unter sich erträgt, erträgt auch jemanden über sich.«* Mit solchen Sinnsprüchen ist das ganze Buch gespickt, zum Teil sind sie - wie der zuletzt zitierte - zu *Sätzen zur Gesellschaftsphysik* geordnet und beziffert.

Diese Sinnsprüche sind es vielleicht, die den Verlag dazu verleitet haben, Walsers Brief-Bändchen in der Werbung als »ein Lehrbuch« vorzustellen, das uns einen Weg zeige, »um (wieder) in den Besitz der eigenen Vernunft zu kommen«.

Wie das? Horn schreibt sich ins Delirium, schmeißt gegen Morgen seinen Stift aus dem Fenster, und am Ende weiß sein Autor: »Er hatte keine Probleme.« Ist es das, was uns dieses Lehrbuch lehren soll: schreibt Tagebücher (bei Walser: »Rachekalender«) und Briefe (bei Walser: »Roman«), und ihr schreibt euch frei, wie sich Franz Horn aus seiner Zahnersatzwelt freigeschrieben hat? Wie Martin Walser versucht, sich aus seiner Bodensee-Gemütlichkeit freizuschreiben?

In diesem »Brief an Lord Liszt«, der für einen Büchmannschen Zitatenschatz mehr bietet als »Wilhelm Tell«, findet sich ein einziger subversiver Satz: »Allein der Wahn ist unbestechlich.« (Die Axt im Haus... - Schillers Drama ist auch nur so beliebt, weil da so viele Sprüche drin vorkommen.) Aber was vermag solche Wahn-Banalität gegen die anderen Sätze zur Gesellschaftsphysik, die auch so teuflisch richtig sind: *»Der Mißerfolg seines Konkurrenten ist der Erfolg des Erfolglosen. «*

Dies sei der »letzte Satz unserer siebensätzigen Physik« läßt Walser seinen Horn schreiben. Auch die fünf ersten waren numeriert, der sechste fehlt. Vielleicht wird der ja noch nachgeliefert, vielleicht holt sich Walser dafür ja doch noch mal eine Anregung bei einem, der sich der Gesellschaft wirklich mit Wissenschaft angenommen hat. »Das Sein bestimmt das Bew ... « - aber bei Walser/Horn wäre das auch nur so ein Spruch.

Martin Walser: Brief an Lord Liszt, Suhrkamp-Verlag, 19,80 Mark

Konkret 09/82, S. 98

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Weil ein Mann, der dreitausend Seiten Tucholsky in Satz gegeben hat, ein Satiriker sein muß, schrieb Fritz J. Raddatz den »Brief eines Kleingewerblers« (schon bissig) an den Bundeswirtschaftsminister. Weil aber Satire ist, wenn man tut als ob und ein verschrobenes Vokabular gebraucht, fängt er so an:

Hochwohlgeborener Herr Minister verehrlicher Graf Lambsdorff

Zum Schießen!

Verzeihen Sie einen unerbetenen Brief - wenngleich dessen Begehr Ihnen offenbar vertraut ist - mit dem ich mir erlaube, dringlich Ihre Hilfe zu erbitten; da Sie eine Vorliebe zu haben scheinen für Firmen, die auf drei Buchstaben hören, hoffe ich - an AEG denkend - keine Fehlbitte zu tun:

Ich bin nämlich pleite. Die Firma trägt den gut eingeführten Namen FJR und hat, den Gesetzen der freien Marktwirtschaft treu folgend, fleißig diversifiziert,- hergestellt wurden, dem AEG- Wäscheschleuderverfahren ähnlich, im Dreckschleuderbetrieb Schreibwaren aller Art, Nützliches für Funk und Fernsehen, Populäres, Gängiges und Umstrittenes.

Zugeben muß ich im vorhinein, daß ich kein Wirtschaftsfachmann bin und diese Sache mit dem Lombardo für eine italienische Vorspeise, Stamokap dagegen für russische Kohlsuppe hatte. Trotzdem sind meine Fabrikate bisher wohlgelitten gewesen...

Köstlich. Wo er das nur ausgegraben hat: Begehr, Fehlbitte, dringlich, gut eingeführt, Schreibwaren aller Art, vorhinein, wohlgelitten? Und wer sich über die drei Buchstaben nicht prustend auf seine vier setzt, dem fehlt einfach jeder Humor. Hast du das gelesen, Gabriele, er hält den Lombardo für eine italienische Vorspeise! Wir sollten ihn das nächste Mal wieder einladen, er ist zu und zu amüsant. Jedenfalls hat sich so dämlich seit langem kein Trottel mehr dumm gestellt. Ein Bock im Ziegenfell. Tut so, als folge seine Schreibarbeit den Gesetzen der freien Marktwirtschaft, und dabei tut sie nichts anderes; gibt vor, er fabriziere gängige Schreibwaren, während er doch gängige Schreibwaren fabriziert; scherzt, er halte Stamokap für russische Kohlsuppe, wo er keine Ahnung hat, was sonst Stamokap sein könnte, und dies in einer wirklich komischen Marx-Biografie dargetan hat; behauptet, er sei pleite, obwohl ihm der Bankrotteur aus allen Löchern guckt. Difficile est satiram non scribere: Satire ist schwer, wenn man nicht schreiben kann.

Der Setzer der »Frankfurter Rundschau« tut sich da leichter:

Die Meldepflicht, die den Arbeitgebern auferlegt werden soll, war bei Lambsdorff nachträglich auf starke Kritik gestoßen. In der fraglichen Sitzung war der Minister durch seinen Staatssekretär Otto Schlecht vertreten worden.

Ulrich Greiner ist einer der kommenden jungen Feuilletonisten, provokant, begabt, mit viel Feingefühl für die letzten Trends des Kulturlebens, kurzum: ein Fuzzi. In der »Zeit« schreibt er über den Film »Vermißt« von Costa-Gavras:

Der Film trifft auf eine veränderte politische Situation. Zwar wird in Washington immer noch offiziell dementiert, was jedermann weiß. Man lügt sozusagen aus Gewohnheit. Aber kein ernsthafter Mensch diskutiert mehr darüber, ob der CIA Allende gestürzt hat. Costa-Gavras argumentiert also mit diesem Film an der politischen Debatte vorbei.

Es ist, da hat Greiner recht, kein Film über die Leiden der jungen oder des alten Popper. Doch so wenig ich weiß, daß es *der* CIA war, so wenig wollen die Verleger und Leitartikler der Szene-Blätter »FAZ«, »Welt«, »Süddeutsche«, »Handelsblatt« und »Zeit« wissen, daß die CIA Allende gestürzt hat. Wer aber wollte Herbert Kremp, Jan Reifenberg, Hans Heigert und Marion Dönhoff für ernsthafte Menschen halten? Von Gerd Bucerius nicht zu reden. Man nimmt halt dessen Scheck, lacht sich halb tot und verreißt einen Film, den der Verleger nicht mag. Aber natürlich selbstredend aus gaaanz anderen Grün den, logo, klardoch. Daß es dafür Geld gibt, ist eben der Liszt des Weltgeists.

Schlagzeile des »Hamburger Abendblatts« über die letzte Demo:

Polizei prügelt das Volk

Die Zeitung stammt aus dem Springer-Verlag, die Polizei demgemäß aus Warschau. Doch auch aus Danzig und Stettin, die von Rechts wegen deutsch sind. Hat dann aber Polizei nicht nur sogenanntes Volk verprügelt, nämlich Polacken?

Einer aus den verlorenen Ostgebieten, Enno von Loewenstern, schreibt in der »Welt«:

Denn mit seiner Quadratur des Rüstungszirkels hat Lafontaine die Hüllen fallen lassen.

Wie diese Heimatvertriebenen und Entrechteten an ihrer väterlichen Scholle hängen! Noch 37 Jahre nach der Vertreibung schreiben sie ein Deutsch daß jenseits von Oder und Neiße ist.

Es gibt aber auch den Typus des Wahl-Pommern, der sich in der »Süddeutschen Zeitung« zu Wort meldet:

Wenn nun einige Sozialdemokraten, denen als Intellektuelle ordinäre Obszönität nicht ausreicht, in historischer Fäkalsprache zur Selbstzerstörung beitragen...

Hat Lafontaine Schmidts Politik vielleicht »schize« (mittelhochdeutsch für: Kot) und den Kanzler einen »Pumpernickel« (im 17. Jahrhundert soviel wie: Furzheini) genannt, einen »orsos« (indo-germanisch für: hervorragender Körperteil), gar einen mit Ohren? Nein, der Autor will die Kritiker nur »verbloeden« (mittelhochdeutsch für einschüchtern), damit sie sich künftig noch leichter beschizan lassen.

Von der Erschaffung der »Welt« berichtet deren Kommentator Andreas Wild:

Der große schwedische Naturforscher Carl von Linnté, der das erste brauchbare System der Pflanzen und Tiere errichtete...

Ach Gott, der war's?

Wenn aber Herbert Kremp in die Tasten greift, kommen Zweifel an der Brauchbarkeit:

Ob die Argentinier nach dem berühmten Coca-Cola-Spruch eine begrenzte Souveränitäts-Pause auf den Falklands machen;

Mach mal begrenzte Souveränitäts-Pause/Coca-Cola - wie Kremp, ganz nebenbei, hat noch keiner den Imperialismus auf den Begriff gebracht.

ob London in der Lage ist, das Selbstbestimmungsrecht der Inselbewohner einem eventuellen Verhandlungsresultat zugunsten von Buenos Aires nachzuordnen - das alles steht im Kreuz des Südens.

Hier kocht der Chef. Er hat's - Berufskrankheit - im Kreuz. Man sollte ihn mit Coca-Cola einreiben.

Der »Säzzer« der jungliberalen »Tageszeitung«, geliebt von seinen Vätern, die ihren Autoren nicht einmal in Klammern eine von der des Verlegers abweichende Meinung drucken würden, hat eine Rede des französischen Kulturministers Jack Lang unterbrochen:

Zufällig führte uns unsere Reise für einige Tage nach Kuba. Kuba ist ein mutiges Land, das eine neue Gesellschaft aufbaut, sein Sozialismus ist nicht der unsere, aber wir akzeptieren ihn. (Ich nicht - d.S.).

Antiautoritäre Erziehung, Spontaneität,- Selbstbewußtsein: schön und gut - aber die Zeit, als die Jungs mit sauberen Fingernägeln bei Tisch zu erscheinen hatten und nur reden durften, wenn sie gefragt wurden, hatte auch was. Vielleicht schickt uns d.S., wenn er oben angekommen ist, ja eine Ansichtskarte.

Urlaubsgrüße vom Theo:

Die Amerikaner wärmen einen alten Plan auf, den der Botschafter Stoessel 1980 in Bonn auf den Tisch gelegt hatte... Die Opposition zieht die Warnflagge hoch... Die Truppenverlegung müßte das Klima auf allen drei Ebenen gründlich zerstören. Und sie wäre dazu angetan, Reagans Aufrichtigkeit in Sachen Abrüstung aufs neue in Zweifel zu ziehen.

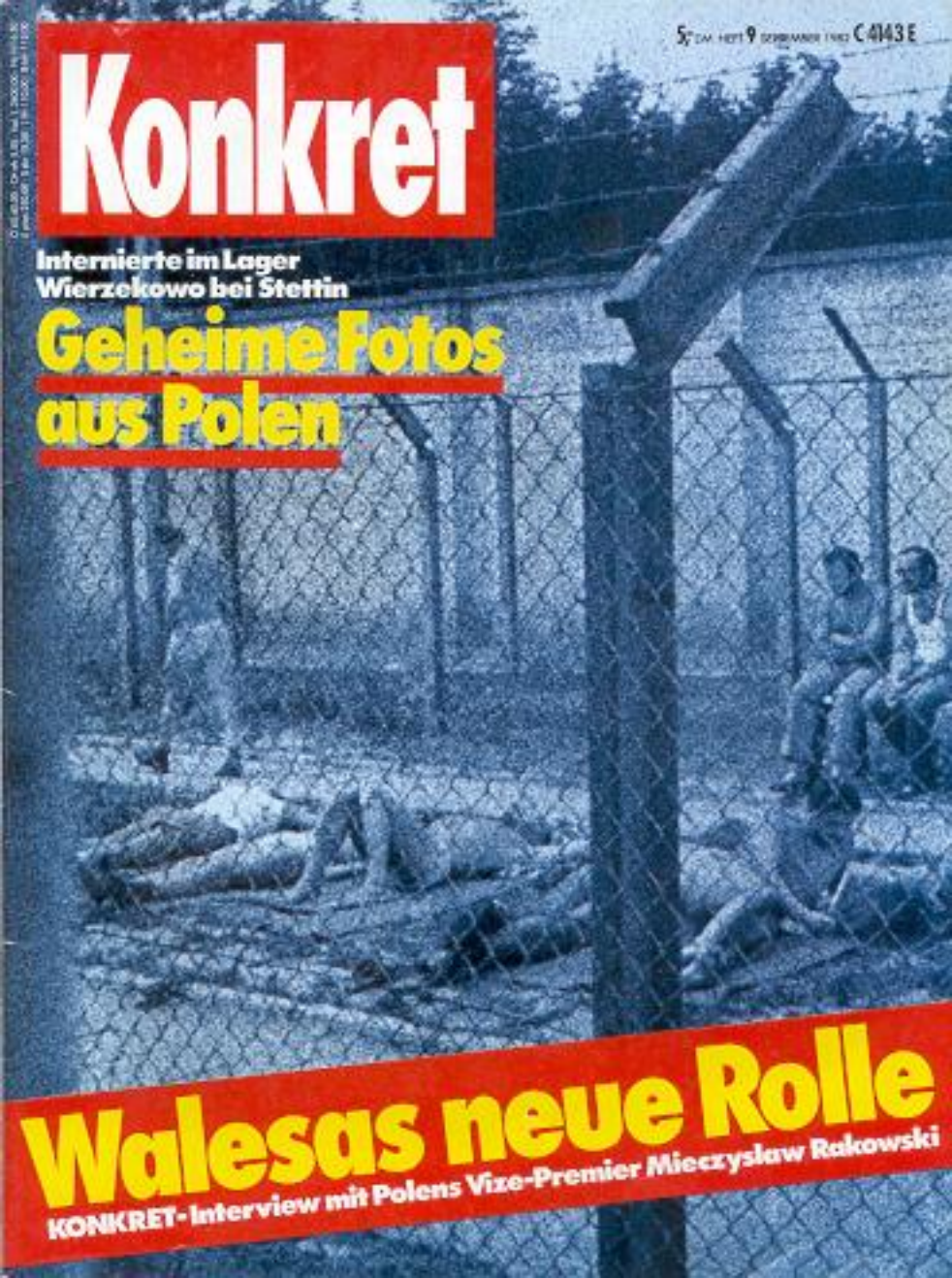
Noch zweifelt bekanntlich kein Mensch an Reagan. Und solange ein aufgewärmter Plan auf dem Tisch trotz Warnflagge das Klima auf drei Ebenen zerstören zu müssen angetan wäre, also solange Theo nicht aufgibt, wird es wohl so bleiben.

5,- DM HEFT 9 SEPTEMBER 1982 C 4143 E

Konkret

Internierte im Lager Wierzekowo bei Stettin

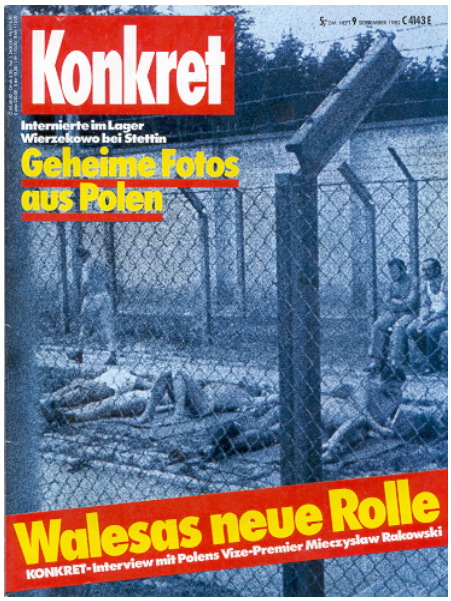
Geheime Fotos aus Polen



Walesas neue Rolle

KONKRET-Interview mit Polens Vize-Premier Mieczysław Rakowski

in konkret September 1982



Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Dialektik in Grün von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Walesa wird wieder eine Rolle spielen können« von Manfred Bissinger, Mieczyslaw F. Rakowski
Polen dient westlichen Politikern als Propaganda-Vorlage für den neuen Kalten Krieg. Stichworte sind Kriegsrecht, Sowjetmacht, Wirtschaftssanktionen. KONKRET-Chefredakteur Manfred Bissinger interviewte in Warschau Mieczyslaw F. Rakowski, Vize-Premier und zweiter Mann noch Parteichef General Jaruzelski

Der häßliche DeutscheDie Zwei-Milliarden-Niete von Otto Köhler
Ein Mann wie die Marktwirtschaft. Mit staatlichen Subventionen Gewinne zu machen, ist keine Kunst. Damit Pleiten anzuzetteln, ist seine Kunst: Hans Friderichs

Die weiße Gewalt von Knud Bergmann
Südafrika ist seit Wochen wieder in den Schlagzeilen. Verhaftungen, Schießereien, Tote - dies ist die »totale Strategie« der Regierung. Nur so kann die weiße Minderheit ihre Herrschaft aufrechterhalten. 86 Prozent des schwarzen Landes sind zu »weißem« Gebiet erklärt. Der Rest ist unfruchtbar. KONKRET war vor Ort.

Schlapphut AG von Jürgen Saupe, Warner Poelchau
Die Geheimdienste der Bundesrepublik sind eng mit der Industrie verfilzt. Für große Unternehmen werden von Bundesbehörden auch mal Pässe gefälscht.

Konkret-ExtraIG-Farben – Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung von Otto Köhler
Den Ersten Weltkrieg haben sie verlängert, den Zweiten vorbereitet. Sie versprechen Gesundheit und machen uns krank. Ihre Medizin soll dem Menschen dienen, doch Menschen starben an ihren Versuchen. Hitler war ihr Handlungsgehilfe, heute ist es ein Pinochet ebenso wie ein Börner. Die IG Farben AG ist in ihre Teile aufgelöst: BAYER, BASF, HOECHST sind stärker und gefährlicher denn je

Konkret-ExtraIG-Farben – »Irgendwie sind wir alle Belegschaft...« von Erich Kuby

Am Leben verzweifelt – den Tod gewünscht von Susanne Mersmann
Ein 17jähriger Franzose tötete sich mit Schlaftabletten. Aufgeschlagen vor ihm lag der neue Bestseller »Suicide«. Es enthält perfekte Rezepte für einen leichten und leidensfreien Selbstmord

Proletarier aller Länder, hängt Euch auf! von Michael Schilling
...life, liberty and the pursuit of happiness

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer
Horst Tomayer telefoniert ala Ingo aus Berlin mit Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenhundes

Der Hammer von Caroline Fetscher
Die neue Attraktion auf deutschen Jahrmärkten heißt »Ranger«

Kulturnotizen

Der atomare SalonKunstmutanten von Fatima Igramhan

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Der atomare SalonAtomic Cafe von Günter Amendt

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Ablaßbrief aus Zelluloid von Kai Hermann

»Missing«, der Film über die US-Verbrechen in Chile, wird als Beweis für die Stärke amerikanischer Demokratie präsentiert. Das Ansehen lohnt sich trotzdem.

Konkret-EssayVom Allgemeinen zum besonders Falschen von Michael Ben

Epochen-Rückblicke auf 1968 und die Jahre danach sind Mode. Drei davon analysiert Michael Ben: das »FAZ«-Plädoyer für schöne und wohlgemute 80er Jahre, den No-Futuro-Liberalismus der »Zeit« und Michael Schneiders linkes Theater

Punkt Punkt Komma und der Strich von Michael Schilling

Zwei neue Bücher über den Stadtteil St. Pauli wecken das dringende Bedürfnis nach einem dritten, das noch nicht geschrieben ist

Bücher: »Er hat alles Große verschissen« von Ludwig Fels

Zum Ende des Goethe-Geschäfts-Jahres wird eine gutgemeinte Denkmalschändung aus den Zwanziger Jahren neu aufgelegt: das Anti-Goethe-Pamphlet des Schriftstellers Jakob Haringer (1883 bis 1948)

Bücher: Wer das liest, erspart sich Ärger

Rat für die Tat: «Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« liefert wichtige juristische Hinweise für den zivilen Widerstand

Bücher: Mahlzeit!

Das Buch »Chemie in Lebensmitteln« mach das Essen schwerer, die Menschen dafür gesünder

Bücher: Pflichtlektüre für junge Polizisten

Noch ist die Bundesrepublik kein Polizeistaat. Aber der Apparat dafür steht bereit. Jürgen Saupe stellt neue »Ermittlungen in Sachen Polizei« vor

Bücher: Literatur der Angestelltenwelt von Hartmut Schulze

Martin Walsers neues Buch gehört zu dem halben Dutzend dieses Herbst», die überhaupt erwähnenswert sind. Aber es ist se reizvoll wie ärgerlich

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Der Fall Langemann oder richtiger die Strauß/Tandler/CSU-Affäre hat einen neuen Höhepunkt erreicht

Zur Erinnerung: Am 1. April hatte der Bayerische Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der Auftrag: »Die Zeitschrift KONKRET berichtet in ihrer März-Nummer über angebliche Praktiken und Einsätze des Bundesnachrichtendienstes (BND) während der 60er Jahre. Dabei stützt sie sich auf Informationen, die sie mittelbar und unmittelbar vom früheren BND-Mitarbeiter, Dr. Hans Langemann, jetzt Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Staatsministerium des Innern, erhalten habe. Die auf diese KONKRET-Veröffentlichung hin einsetzende Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen konzentrierte sich - unter weitgehender Vernachlässigung der geschilderten BND-Praktiken - im wesentlichen auf die Person Dr. Langemann, seinen Werdegang und seine Aktivitäten nach dem Ausscheiden aus dem BND.«

Der jetzt vorgelegte 41 Seiten umfassende Bericht der CSU-Mehrheit des Untersuchungs-Ausschusses wurde am 21. Juli vom Bayerischen Landtag diskutiert. Das Protokoll der Debatte umfaßt 62 Seiten. In 27 Sitzungen vernahm der Ausschuß über 100 Zeugen. Die Namensliste liest sich wie der Auszug aus »Who is Who in Germany«: Vom Ex-Vizepräsidenten Dieter Blötz bis zu Dr. Hans Ziegler, Ex-Chef des Bayerischen Verfassungsschutzes. Dazwischen Willi Daume, Professor Horst Ehmke, Hans-Dietrich Genscher, Alfons Goppel, Dr. Ludwig Huber, Erich Kiesl, Dr. Klaus Kinkel, Dr. Richard Meier, Dr. Bruno Merk, Dr. Günther Nollau, Prof. Dr. Kurt Rebmann, Dr. Edmund Stoiber, Dr. h.c. Franz-Josef Strauß, Gerold Tandler, Dr. Hans-Jochen Vogel, Gerhard Wessel.

Die Debatte währte viele Stunden, sie wird am 13. September in einer Sondersitzung fortgesetzt. Dann legt die Ausschuß-Minderheit ihren Bericht vor. Man darf gespannt sein. Aus der jetzigen Debatte sei aus dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Zech (FDP) zitiert:

»Die geschehenen Versäumnisse bei der Beaufsichtigung muß sich Innenminister Tandler politisch anrechnen lassen... Herr Minister Tandler, treten Sie zurück, solange Sie Ihrem politischen Ruf und dem Ansehen der Bayerischen Staatsregierung damit noch einen Dienst erweisen können!«

An dieser Stelle verzeichnet das Landtagsprotokoll Beifall.

Die Deutsche-Presse-Agentur (dpa) berichtete:

»Es begann Anfang März mit einer Geschichte im Hamburger Linksmagazin KONKRET. Gestützt auf angebliche Tonbänder Langemanns erfuhr die staunende Öffentlichkeit von BND-Agenten beim Vatikan, im Umfeld des früheren US-Präsidenten Nixon und des Wiener Kardinals König, von der 'Spiegel'-Affäre mit dem 'Klauen' von BND-Spesenrechnungen unter den Augen des Staatsanwaltes in den Redaktionsräumen des Nachrichtenmagazins, von NS-Material über Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), das Langemann in Washington aus dem Verkehr gezogen haben soll.«

DER SPIEGEL

Auch der »Spiegel«, zu Beginn der Affäre noch damit beschäftigt, unsere Berichte als »olle Kamellen« abzutun, kam zu später Einsicht:

»Zum Verhängnis wurden Langemann nicht die dunklen Geldtransaktionen von einem Tarnkonto aufs andere. Zu seiner Suspendierung führten nicht die abenteuerlichen Aktennotizen über vermeintlich in Bayern mißliebige Journalisten. Untersuchungen oder gar einen Untersuchungsausschuß gab es nicht, als er wirre Roman-Manuskripte mit Titeln wie 'Abraham Lincoln Katzenschlossers junior von A bis Z erlogenes geheimes Handbuch' vorlegte, die vom Ministerium als 'Mischung von wenig Realem und viel James Bond' abgetan wurden. Das Ende nahte erst, als Langemanns Erzählungen in der linken Zeitschrift KONKRET abgedruckt wurden - und zwar im 'Originalton des Staatsschutzchefs', wie Chefredakteur Manfred Bissinger vor dem Ausschuß betonte - 'An- und Abführung Langemann'.«

Münchner Merkur

Selbst Paul Pucher vom CSU-Leib-und-Magenblatt »Münchner Merkur« kam an den Realitäten nicht mehr ganz vorbei:

»Dem Minister Tandler wird man zumindest Fahrlässigkeit vorhalten müssen. Da Strauß gewußt hat, wessen Geistes Kind und was für ein Fabulierer dieser Langemann war, dürfen wir davon ausgehen, daß auch der Innenminister über ihn im Bilde gewesen ist... Ob er deshalb zurücktreten sollte oder müßte, ist eine Frage des Ermessens. Legte man die Maßstäbe

seiner eigenen Partei an, die unentwegt und kategorisch den Rücktritt irgendeines Mitgliedes der Bundesregierung fordert, dann müßte er allein deshalb zurücktreten, um mit gutem Beispiel voranzugehen ... «

Frankfurter Allgemeine

Die »FAZ« begann jetzt sogar Fragen zu stellen. Unter der Überschrift »Der bittere Nachgeschmack einer Untersuchung« formulierte sie:

»Es ist zu fragen, ob nicht eine Änderung des parlamentarischen Untersuchungsrechts, etwa eine paritätische Besetzung der Ausschüsse, diese nicht geeigneter macht, so verworrene Tatbestände aufzuhellen, wie die politische Verantwortlichkeit des Ministers oder der Staatsregierung ... Der Untersuchungsbericht der Mehrheit läßt keinen Zweifel daran, daß sich Langemann im Dienst schuldhaft gemacht hat. Dabei schoben die sechs CSU-Abgeordneten unter Führung des Ausschußvorsitzenden Hundhammer sogar den auslösenden Skandal beiseite: die Erzählungen des ehemaligen BND-Angehörigen Langemann aus seiner Pullacher Zeit, die dann - wie auch immer von Heigl oder anderen frisiert - in der Märznummer der linken Illustrierten KONKRET veröffentlicht wurden. Inwieweit damit Langemann, der Journalist Saupe und Chefredakteur Bissinger sich des Geheimnisverrats schuldig gemacht haben, bleibt den Untersuchungen des Generalbundesanwalts Rebmann überlassen. Die vorgeblich gelassene Hinwendung nach Karlsruhe... kann selbst in den Augen der CSU-Führung nicht verwischen, daß sich da Verhältnisse auftun, für die das Passauer Saustallzitat von Strauß nicht ganz unpassend wäre.«

Passauer Neue Presse

Apropos Passau. Die »Passauer Neue Presse«, das niederbayerische Kampfblatt der Christ-Sozialen, zitiert aus einer Wahlversammlung den CSU Fraktionsvorsitzenden Gusti Lang:

»Die KONKRET-Veröffentlichungen hätten bereits mit Wahrscheinlichkeit ein Menschenleben gefordert, dies in der nachrichtendienstlichen Szene.«

Das wollten wir genauer wissen. Unser Anwalt Helmuth Jipp fragte nach, und Gusti Lang brauchte drei engbeschriebene Seiten, um zu erklären, daß er falsch zitiert worden sei. Auszug aus Langs Brief an Jipp:

»Dies war nur ein kurzer Teil meiner Rede. Sie, bzw. Ihre Mandatschaft, wissen, daß dieser Untersuchungsausschuß 'Dr. Langemann' ausschließlich auf die Veröffentlichungen der von Ihrer Mandatschaft herausgegebenen Zeitschrift KONKRET zurückzuführen ist... Der entstandene Schaden für den BND, der Vertrauensverlust, wiegen schwer. Mehr möchte ich jetzt nicht sagen... Im übrigen werde ich mich daran halten, keine Erklärung in dieser Sache abzugeben, die zu Mißverständnissen führen könnte.«

Ganz schön kleinlaut. Auf einmal. Die CSU ist mal wieder erwischt worden. Das zeigt auch ein Brief des CSU-Anwalts Dr. Georg Romatka, der uns namens der bayerischen Staatspartei mitteilte:

»Ich bin daher beauftragt, Ihnen im Namen und in Vollmacht meiner Vollmachtgeber mitzuteilen, daß sie es in Zukunft unterlassen werden, über Ihre Partei zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen,

1. Bei KONKRET handle es sich um ein 'Polit-Schmierblatt',

2. im Zusammenhang mit den im Jahre 1982 bis zum April erschienenen Ausgaben der Zeitschrift KONKRET,

a. es seien 'Schmierfinken am Werk' gewesen

b. es handle sich um 'übelste Methoden der Verleumdung'

c. es handle sich um 'KONKRET-Schleim'

d. dem Artikel 'Die neue Strauß-Affäre' in der 'KONKRET-Ausgabe April 1982 hätten - erkennbar unwahre - Informationen aus Ostberlin zugrunde gelegen.

Die Unterlassungserklärung wird wie üblich dadurch gesichert, daß meine Mandantin für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe von DM 5.000, deren Höhe gegebenenfalls durch das Landgericht München, 25. Zivilkammer, zu überprüfen ist, zusichert.« Gezeichnet: Dr. Georg Romatka. Ein entsprechendes Gerichtsverfahren (KONKRET 6/82) ist damit auch erledigt.

Inzwischen hat die Affäre aber noch eine weitere Affäre produziert. Auf »unerklärliche« Weise verschwand aus der Sendezentrale des Norddeutschen Rundfunks ein Film des Magazins »Panorama«, in dem Stefan Aust den Langemann-Skandal aufbereitet hatte.

Altmühl-Bote

Zitiert sei diesmal ein Kollege aus Gunzenhausen.. Im »Altmühl-Boten« schreibt er:

»Ebenso mysteriös wie die Geschäfte des Herrn Langemann ist das Verschwinden des TV-Beitrages über den zwielichtigen Staatsschützer... Unangenehm für die CSU, der die Affären von und um Langemann wie ein Schatten folgen, wo sie doch beteuert, ihn nie so recht gemocht zu haben. Es ist klar, daß die Christsozialen da sauertöpfisch reagieren und finstere Machenschaften argwöhnen. Schließlich ist man mit den Nordlichtern politisch noch nie so recht ausgekommen. Und ein paar Straßenecken entfernt von der Hamburger Sendezentrale sitzt doch dieses Wochenmagazin *(noch nicht Herr Kollege, aber es kann ja noch werden),* das der CSU mit seinen Enthüllungen die ganze Langemann-Affäre eingebrockt hat ... «

Handelsblatt

Das Düsseldorfer »Handelsblatt«, der deutschen Wirtschaft allerliebstes Mitteilungsblatt, widmet dem verschwundenen Film eine ganze Spalte. Der Schluß sei hier wiedergegeben:

»Bayern... sollte staatsanwaltschaftliche Hilfstruppen zu den Hamburger Nordlichtern schicken, die mit den Ermittlungen des Film-Klaus beim NDR befaßt sind. Eile ist geboten, denn wenn KONKRET, 'Spiegel' oder 'Stern' sich der Sache noch intensiver als bisher angenommen haben, könnte es gut sein, daß die Öffentlichkeit unter einem gewissen Blickwinkel früher erfährt, was da wo und wie und wann im Sender schiefgelaufen ist - damit es als Geheimdienststory schön antibayerisch verkauft werden kann.«

Gemach, gemach. Wir brauchen den Film nicht. Wir haben Langemanns Tonbänder und Akten. Das reicht.

P. S. Dies sind nur ein paar der Zeitungsausschnitte, die über KONKRET seit unserem August-Heft erschienen sind. Insgesamt waren es über 600. Eine Meldung soll nicht unter den Tisch fallen. dpa berichtete:

»Das designierte. neue Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Firma Hapag-Lloyd, Kurt A. Becher, wird sein Amt nicht antreten. Dies teilten die Rechtsanwälte von Becher am Freitag in Hamburg mit. Gegen den Getreidekaufmann und ehemaligen Angehörigen der SS läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord.-.. Bechers Berufung in den Aufsichtsrat hatte bei Gewerkschaften und dem Betriebsrat des Unternehmens heftige Proteste ausgelöst. In einem im Hamburger KONKRET-Verlag erschienenen Buch war er mit Massenerschießungen in Rußland während der Nazi-Zeit in Zusammenhang gebracht worden..«

Konkret 09/82, S. 6

an Konkret

Nicht mehr Nazis als woanders

KONKRET NR. 8/82: »Nürnberg, Germany« - Sabine Rosenbladt über den alltäglichen Rassismus in der Bundesrepublik

Eine Zusatzinformation zu dem ansonsten gut recherchierten Artikel: Der bezüglich der »deutschen Beerdigung« von Frieda Huscher erwähnte Trauerredner war niemand anders als Altnazi Erwin Schönborn persönlich. Schönborn, Initiator der nazistischen »Grünen Aktion Deutschland« (GAD) und Busenfreund von Naziblattmacher Klaus Huscher (»Denk mit«), bewegte sich am 9. Juli quasi unter Polizeischutz auf dem Nürnberger Westfriedhof, obgleich er bundesweit von diversen Rechtsanwälten wegen anhängiger Strafsachen gesucht wird. Polizei, Justiz und Verwaltungsbehörden sahen sich bisher nicht in der Lage, Auskunftssuchenden die Adresse Schönborns mitzuteilen. Nach unseren Recherchen wohnt Erwin Schönborn seit einiger Zeit in Nürnberg.

WOLFGANG LOTH

PLÄRRER VERLAGS GMBH

NÜRNBERG

Als alter »Pardon«- und neuer KONKRET-Leser möchte ich mein Lob über das KONKRET-Heft, das ich in den Händen halte, nicht verhehlen. Weiter so, das »Abo« bleibt!

Eine kleine Anmerkung zum Nürnberg-Artikel: Solche Artikel gibt es heutzutage viel zu wenige und leider werden sie meist nur von den Leuten gelesen, die eh' Bescheid wissen (wie KONKRET-Leser). Solange es aber die »Bild«-Zeitung mit Spitzenauflagen von rund fünf Millionen gibt, bleiben solche aufklärenden Artikel ein Tropfen auf einem heißen Stein. Trotzdem weitermachen, vielleicht nützt es irgendwann mal etwas**.**

UDO GIESINGER

PFINZTAL

»Nürnberg, Germany ... « - so eben nicht.

Das war nicht der Inhalt des Gesprächs, den ich und andere Leute aus dem »KOMM« über Neofaschismus der Sabine Rosenbladt vermitteln wollten. Im Artikel sind Klischees und Tatsachen, vermischt mit Antifaschismus á la Tradition, so aneinandergereiht, daß kaum mehr als Betroffenheit entsteht, bzw. Uninformierte über Nürnberg verwirrt sein müssen.

Nürnberg hat nicht mehr und nicht weniger Nazis als andere Städte, und die »faschistische Bewegung« ist nicht anders als anderswo. Und in Nürnberg gibt es eben auch Skepsis über die allzu schnelle Verwendung des Begriffes »Faschismus«, Aufmarschtaktik und Frontdenken einiger Linker, die letztlich Instrumentalisierung unter bestimmte Fahnen und Stigmatisierung von Leuten bedeutete. Das haben viele in der Zwischenzeit gelernt. Deshalb gibt es weniger Demonstranten.

Es ist schade, daß aus dem Vorwort der KOMM-Zeitung 28 zu dem Interview mit einem jugendlichen Neofaschisten nichts abgedruckt wurde: »Linkes Bewußtsein... fußt auf einer intellektuellen Verarbeitung. Die emotionale ganzheitliche Einbettung, wie sie rechte Organisationen schaffen, können wir nicht leisten. Aber es sind zwei Sachen in dem Ansatz vorhanden, die uns auch für unsere alltägliche Arbeit nützen können. Es ist das Ernstnehmen des Bewußtseins von rechten Jugendlichen, das Erkennen, daß es wahr ist, daß dort man ansetzen muß, daß die Einteilung in richtiges und falsches Bewußtsein nichts bringt. Und als zweites, was schon aus dem ersten folgt, ist der Verzicht, die Ablehnung eines Feindbildes, rechten Jugendlichen gegenüber, bei uns selbst. Eine sinnvolle politische Arbeit kann nicht in einer Antihaltung ihnen gegenüber bestehen, sondern in der Verdeutlichung dessen, was für *uns* die Werte und Ziele einer Welt darstellen. Der beständige Kontakt und die Konfrontation mit dem, was wir wollen, und nicht die Ausgrenzung sind die einzige Möglichkeit einer wirksameren Politik gegenüber Jugendlichen, die auf rechts abfahren«.

Die Diskussion über das Verhältnis zum rechten Extremismus und entsprechender politischer Praxis blieb bekannterweise in der Linken aus. Somit war und ist es staatlichen Stellen überlassen, den rechten Radikalismus in ihr Kalkül zu übernehmen. Und das ist weitaus peinlicher als der Schluß des Artikels über Nürnberg.

PETER HESS

KOMM-ZENTRUM

NÜRNBERG

Das Foto habe ich am 11. Juli 1981 in der Nürnberger Königstraße aufgenommen. Die beiden Zettel waren an der Eingangstür einer Spielhalle aufgehängt worden.

RAINER SCHOBESS

GÖTTINGEN

Berichtigung

KONKRET 7/82 + 8/*82: »Der Kronzeuge packt aus« von Stefan Aust und Leserbrief von Philipp Heinisch dazu. Beim Abdruck des Briefes ist uns ein technischer Fehler unterlaufen, wir drucken noch einmal den korrekten Text:*

Als Verteidiger im Schmücker-Prozeß habe ich das Geständnis Hochsteins mit wachsendem Interesse gelesen. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse werden mit Sicherheit die Beweisaufnahme im Schmücker-Prozeß bereichern. Was aber an dieser Stelle schärfsten Protest gebietet, ist die in Ihrem Bericht belegte Tatsache, daß Rechtsanwalt Dulde, Interessenvertreter von Hochstein und dessen Verbindungsmann zu dem Verfassungsschützer Grünhagen gewesen ist, während der Sozius von Rechtsanwalt Dulde, Rechtsanwalt Belschner, Zwangsverteidiger von General Klöpper im 2. Juni-Prozeß gewesen ist. Das bedeutet, daß ein und dieselbe Anwaltssozietät die Interessen eines vom Verfassungsschutz bezahlten Kronzeugen vertritt und auf der anderen Seite - wie auch immer - die Interessen eines von diesen Kronzeugen Beschuldigten vertritt!

Wenn man sich vor Augen hält, daß es einer Anwaltssozietät verboten ist, eine einverständliche Ehescheidung zu vertreten, d.h. ein Sozius vertritt den Ehemann, ein anderer Sozius die Ehefrau - beide sind damit einverstanden -, so ist doch eine krassere Interessenkollision in einer Sozietät kaum vorstellbar als die, daß ein Sozius einen Belastungszeugen vertritt, während der andere den Belasteten verteidigen soll.

Ich bin gespannt , ob die Öffentlichkeit, vor allen Dingen aber unsere berufsständische Organisation solches schweigend hinnimmt und hoffe, daß auch Sie die Dinge nicht auf sich beruhen lassen.«

PHILIPP HEINISCH

RECHTSANWALT

BERLIN

Grelle Modelle in Ostberlin

KONKRET NR. 8/82: » Wir wollen artig sein« - Sabine Bredy und Fotografin Ilse Ruppert verbrachten ein Wochenende bei Punks in Ostberlin

Wie clever, sich jeden Bären aufbinden oder tanzen zu lassen. Die DDR mit vorurteilsvollen Augen, mal wieder geschafft. Die linke Gehirnhälfte verrenkt und dem Sozialismus nichts geschenkt. Als Leser leider nur geträubte Haare gehabt.

GÜNTER BAHR

BERLIN

Warum nur mußtet Ihr gerade diese grellen Modelle Sabine Bredy und Ilse Ruppert (Hellmut Newton goes New Wave ...) für ein so wichtiges Thema in die DDR schicken? Ich hatte beim Lesen nur das Gefühl, da gehen zwei Scene-Bräute los und haben nichts weiter als ihre Projektionen im Kopf, nämlich, daß es -verdammtnochmal - doch auch in der DDR die Punks als Teil einer nichtstaatlichen Jugendbewegung zu geben hat. Und daß das Nichtvorhandensein von musikalisch einstürzenden Neubauten schon ausreicht, um die dortige Jugend-Kulturpolitik aus den Angeln zu heben.

Ich mag auch diesen Zynismus nicht, mit dem die anderen Jugendlichen, die sich »zur Lindenberg-Schnulze wiegen«, da behandelt werden. Genau das ist »Stern« (und Bissinger sollte es doch wissen) und nicht KONKRET! Anstatt sich mit den wirklichen Problemen auseinanderzusetzen, die ja da sind und über die man schreiben sollte, wird in einem rotzigen Ton die sozialistische Decke hochgehoben, ob sich da nicht vielleicht doch eine Scene nach Wessiland-Maßstäben drunter versteckt. Mensch, daß da kulturpolitisch einige schlimme Finger laufen, das wissen wir doch wohl alle. Schreibt doch mal darüber, über den Alltag und nicht über die Sachen, die sicherlich vorhanden sind, aber doch bitte nicht relevant. Und schickt die klugen Frauen die ihren borniert-intellektuellen Antikommunismus nicht so vor sich hinschreiben wie Bredy und Ruppert.

STEFAN KRAUSE

BERLIN

Auf das sich mal was ändert...

KONKRET NR. 8/82: Vorwort von Manfred Bissinger

In seinem Erfolgserlebnisbericht über die Auflagenzahlen schreibt Manfred Bissinger von der »Linken Zeitung«. Ist dieser Anspruch nicht eine Nummer zu groß?

Wer die Real-Linken meist mit Hohn oder Spott überzieht, wie in der Glosse über den Ex-Vorsitzenden des MSB Spartakus (Vorsicht vor Dogmatikern), wer in der DDR eine (zum Glück noch nicht vorhandene) PUNK-Un-Kultur mit journalistischer Magie hervorzaubert oder Verfechter der totalen Abschreckungstheorie (wie Günter Gaus) zu seinen ständigen Autoren rechnet, müßte seine Glaubwürdigkeit zu einer Linken Politik beweisen. Wer mit eigenen Beiträgen selbst Perspektivlosigkeit zeigt, braucht sich über eine solche der Grün-Alternativen, der Antiatom- und der Friedensbewegung nicht zu beklagen.

Eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer. Je nach Laune wohlwollende oder kritische Berichte über die Linke Szene machen ein politisches Magazin noch nicht zu einem Leitwerk! Oder haben etwa die sogenannten »Linken« in der SPD den Verfall dieser Partei verhindern helfen?

SIEGFRIED KLÜCKMANN

LENSAHN

Ich bin Arbeiter (48) und lese KONKRET seit längerer Zeit regelmäßig. Durch die redaktionelle Umstrukturierung ist die Zeitschrift noch informativer geworden. Diesmal fand ich »Tod per Telespiel« sehr interessant. Auch Hermann L. Gremlizas Kolumne »Der sekundäre Kanzler« war sehr gut. Herr Schmidt aus Barmbek ist ja seit einiger Zeit auch Doktor - er soll sich man stets vor Augen halten, daß in jedem »Doktor« auch ein »tor« steckt: »Tor« ist verwandt mit »töricht«!

HORST FANGMEIER

LENGERICH

Zuerst ein uneingeschränktes Lob für die »wiederauferstandene« KONKRET. (Ich habe sie früher - so Ende der 60er - sehr geschätzt.) Was mir besonders gefällt, ist die umfangreiche sachliche Darstellung in den Artikeln. Und mir gefällt der Mut, mit dem die heiße Themen anfassen.

Daß 69 Prozent der KONKDET-Leser Abi/Hochschulreife haben, darauf würde ich nicht besonders stolz sein. Ist es nicht gerade wichtig, den 89 Prozent der Menschen hier, die nicht so »schlau« sind, so gute Informationen, wie sie KONKRET bietet, zukommen zu lassen? Auf daß sich in diesem Land mal was ändert.

A. KUHMICHEL

BERLIN

Bissinger nennt KONKRET im letzten Vorwort »eine linke Zeitschrift ohne sexistische Verpackung« - schön wär es. Die ach so frauenfreundlich-linken Männer von KONKRET scheinen ja eine besondere Definition von Sexismus zu haben, wenn sie den Comic von M. Marek im Heft 7 sowie die Titelbilder von Heft 8 und Heft 3 (Bericht über Gynäkologen) nicht als sexistisch einstufen. Eine hübsche Blondine sowie ein paar schlanke, glatte Frauenbeine - warum zeigt Ihr eigentlich keine alte, nicht schlanke Frau mit Falten? Bezüglich der Darstellung von aufreizenden »Idealfrauen« liegt Ihr wohl eher auf »Bild«-Niveau denn auf dem einer linken Zeitschrift.

GUDRUN NIEWENDICK

MÜNSTER

Das Schlimmste

KONKRET NR. 8/82: »Antwort an einen Zwerenz« - Michael Schilling über Seite 207 aus dem neuen Buch von Gerhard Zwerenz

Besten Dank an KONKRET für die Werbung, die meinem Buch »Antwort an einen Friedensfreund oder Längere Epistel für Stephan Hermlin und meinen Hund« durch die Kritik zuteil wird.

Leider enthält die Kritik zwei schwerwiegende Fehler. KONKRET schreibt: »Zwerenz ist nicht der schlimmste, aber ein typischer Vertreter des Genres.« (Gemeint sind die schlimmen und schwafelnden PEN-Feuilletonisten!) Doch das ist falsch. Zwerenz ist der schlimmste, und nur das ist richtig.

Weiter schreibt KONKRET: »Zu allem fällt ihm (Zwerenz) etwas ein, was tausend anderen vor ihm auch schon eingefallen ist.« Auch das ist falsch. Richtig ist, Zwerenz beweist unter anderem in seinem Buch, daß die Nato dem Warschauer Pakt nicht wie behauptet konventionell unterlegen ist. Zwerenz beweist das anhand von Zahlen, aber auch von Qualitäten der Panzer und Ausbildung. Dies haben vorher nicht »tausend« andere getan. Erst heute, am 29.7.82 veröffentlicht unsere Presse Zahlen aus einer Studie des Strategieforschers und General a. D. Fritz Krause, der seinerseits mit neuen Materialien die behauptete konventionelle Unterlegung des Westens gegenüber dem Osten als falsch zurückweist. Im übrigen standen auch in KONKRET schon die vom Westen genannten falschen Panzerzahlen. Endlich geht, wer Waffen nur zählt, schon in die Irre. Andere Faktoren sind ebenso wichtig. Doch das muß ein KONKRET-Kritiker nicht wissen.

im übrigen danke ich herzlich für die Belehrung, den seligen Hut des Herrn Gessler betreffend. KONKRET merkt wirklich alles. Jeder Lehrer, der mit ABC-Schützen zu tun hat, kann seine helle Freude daran haben.

GERHARD ZWERENZ

SCHMITTEN

Konkret 09/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Dialektik in Grün

Darin ist große deutsche Einigkeit: die Grünen sind gut oder böse, nützlich oder schädlich, haben recht oder unrecht, müssen geliebt oder bekämpft werden, gehören gewählt oder verboten. Bürger und Bauer können's nicht besser wissen. Daß sich aber auch Sozialisten und Kommunisten so plattem Urteil überlassen, wäre allein Grund genug, ihnen die Grünen auf den Hals zu wünschen.

Was für Tröpfe sind das, die im Gedränge von Kernkraft-Gegnern, Friedensfreunden, Biodynamikern und Basisdemokraten nur die Chlorophyl-Faschisten wahrnehmen? Und was für Köpfe, die an der Garderobe des nächsten Landesparlaments den politischen Verstand abgeben - als habe Petra Kelly, weil ihre Partei in der ersten Hälfte ' der achtziger Jahre sechs oder acht Prozent der westdeutschen Wählerstimmen gewinnt, Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Mao auf einmal widerlegt. Komischer als solche Fünf-Prozent-Renegaten sind nur noch jene alten Hexenmeister, die in die grüne Brandung rufen: »In die Ecke, Besen, Besen, seid's gewesen, *denn als Geister ruft euch nur zu seinem Zwecke stets der alte Meister.* « Die Massen gehören nämlich theoretisch uns.

Wenn es für die Linken hier und jetzt mangels Masse schon nicht darauf ankömmt, die Welt zu verändern, käme es doch darauf an, sie richtig zu interpretieren, den Kopf oben zu behalten und eine widersprüchliche politische Erscheinung in ihren Widersprüchen zu begreifen, das Richtige im Falschen und das Falsche im Richtigen zu entdecken, das Produktive im Destruktiven, das Neue im Alten.

Die Grünen (der Bequemlichkeit halber als Sammelbegriff auch für Grün-Alternative und Alternative) sind *ein* Ausdruck für die Krise des herrschenden politisch-ökonomischen Systems. Sie sammeln den Widerstand gegen atomare Bedrohung, Zerstörung der Natur, psychische und physische Verelendung. (Einen im Sinn: Sie ordnen den Widerstand auch, machen ihn kalkulierbar und damit zugänglich dem Versuch, ihn systemgerecht zu überwinden.)

Es ist nicht der Widerstand der unterdrückten Klasse, aber halt auch nicht nur der Widerstand marginaler Gruppen der herrschenden, sondern die Selbstverteidigung »Betroffener«: Anwohner gegen Einflugschneise, Mieter gegen Baukapital, Vegetarier gegen chemischen Salat, Radfahrer gegen Abgas-Industrie, Lebender gegen Atomtod. Es ist nicht der Aufstand der hungernden Verdammten dieser Erde, sondern der Protest aller, die es satt haben, Glück und Leben an »Sachzwängen« scheitern zu sehen: am notwendigen Wachstum des Sozialprodukts, am erforderlichen Verkehrsaufkommen, an der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, an den Verpflichtungen im Bündnis, am Gleichgewicht der militärischen Kräfte, an Koalitionszwängen. Sie sind es leid, daß jede Auseinandersetzung schließlich zugunsten der Entscheidung endet, die den Einsatz von Beton verlangt: Startbahnen, Stadtautobahnen, Trabantenstädte, Kernkraftwerke, Abschußrampen. Es ist ein Kalauer der Zeitgeschichte, daß einer der markantesten Vertreter dieser Politik ein gelernter Beton-Facharbeiter ist.

Dem bunten Gemisch der »Betroffenheiten« entspricht das Chaos der grünen Forderungen, ihr moralisierendes Pathos, das zu oft die Erhabenheit des »WimS«Mottos »pro bono, contra malum« streift. Alles muß besser werden: ein bißchen Friede, ein bißchen Sonne, heile Bäume, glücklicher Lohn für glückliche Arbeit, »Nächstenliebe und Solidarität« (Petra Kelly). Sie verdrängen oder haben nie gewußt, was das System, dem sie 4s bessere Morgen abfordern, in seinem Innersten zusammenhält: die Anhäufung von Kapital. Gemacht wird, was profitabel ist - und das steht keineswegs im Gutdünken dieses oder jenes Kapitalisten, er ist - um den Preis seines Untergangs und *dieser* Gesellschaft Zusammenbruch - dazu verdammt. Die grundlegende Analyse (man kann es nicht häufig genug sagen) heißt »Das Kapital«, nicht »Der Kapitalist«. Alternative Energie-Anlagen werden in diesem System gebaut, wenn sie mehr abwerfen als Atomkraftwerke, keinen Tag früher oder später.

Doch die historische Alternative ist in hundertjähriger Verfolgung fast gänzlich liquidiert, Sozialisten und Kommunisten sind in der Bundesrepublik eine kleine radikale Minderheit, geduldet aber geächtet, die kommunistische Partei gar »zugelassen«, mit Auflagen, vom damaligen Kanzleramtsminister Horst Ehmke. Sozialismus ist in der Bundesrepublik 1982 keine politische Kraft.

Die Grünen sind es. In weniger als einem halben Jahrzehnt haben sie das stabilste Parteiensystem Westeuropas aufgesprengt, dessen Schutzwälle durchbrochen, sind in Parlamente und Medien eingedrungen, haben Platz geschaffen für Themen und Meinungen, die lange aus der öffentlichen Diskussion verbannt waren. Wobei die Themen meist besser sind als die guten Meinungen dazu. Endlich werden die vierzehn Millionen Menschen, die jährlich in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens an Hunger sterben, auch in öffentlicher Debatte aus dem Sumpf sozialhelferischer Befassung gezogen. Und es war Petra Kelly, die im ZDF sagen konnte, daß »wir« auf dem Rücken dieser Menschen reich geworden sind. Daß sie zugleich den Imperialismus »Nord-Süd-Konflikt« nannte, daß der Bundesvorstand der Grünen kurz zuvor »Zweifel« beschlossen hatte, »ob die sogenannten Volkskongresse in Libyen tatsächlich den basisdemokratischen

Ansprüchen der Grünen gerecht werden«, gibt Zeichen von der imperialen Borniertheit, die das theorielose Gefühle auch grüner Politiker beherrscht. (Sollen die ausgebeuteten Völker des Südens statt auf Gaddafi, Mugabe und Chomeini auf die Schwestern Theresa und Petra setzen?)

Dennoch bleibt, gemessen an der Verkommenheit einer sozialdemokratisierten Arbeiterbewegung, selbst die Larmoyanz grüner »Betroffenheit« ein nicht nur humaner, sondern auch politischer Fortschritt. Und die splitterrichterlichen Urteile sogenannter Sozialisten, die an den Grünen nur Programmlosigkeit, Widersprüchlichkeit und Illusionen wahrnehmen, geraten zu politischer Reaktion.

Als Partei werden die Grünen die achtziger Jahre nicht überleben. Wenn ihre gesammelten Forderungen an die Systemgrenze stoßen, muß das Bündnis platzen. Die Wahl zwischen (zerstörerischem) Wachstum und Arbeitslosigkeit ist - unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise - keine Fiktion. Auch die Grünen werden sie beantworten müssen - oder die Machtfrage stellen. Die Grünen wären sie dann nicht mehr.

Bis dahin wird man sie wählen müssen. Die Vielfalt der Gruppen und Interessen, die sich in den Grünen tummeln, ermöglicht es auch Sozialisten, mitzumachen ohne sich einmachen zu lassen. Ihre Aufgabe ist es, die Widersprüche bewußt zu machen, die Endlichkeit der Grünen im Kopf zu behalten und ihnen auf die Finger zu klopfen, wenn sie wichtigere gesellschaftliche Erscheinungen - wie die Friedensbewegung - zum Spielball ihrer parteilichen Wahlinteressen degradieren wollen.

Das sozialdemokratische Zeitalter ist vorbei: selbst die kühnsten Reformen taugen bestenfalls noch dazu, die Krisen zu dämpfen, die Zerstörung von Mensch und Natur ein wenig zu bremsen, den letzten Krieg ein bißchen hinauszuschieben. Sozialismus ist nicht in Sicht, der Sturm aufs Winterpalais, der heute den disziplinierten Aufmarsch verlangte, wird nicht morgen stattfinden. Welches Risiko laufen wir also mit den Grünen?

Konkret 09/82, S. 10

Nachrichten

Friedensfahrplan

Nun gibt es von der BBU schon einen Termin-Fahrplan für die Friedensbewegung: am 1. September ist Antikriegstag, am 4. September die große Friedensdemo zum Katholikentag in Düsseldorf, am 11. September die Großveranstaltung zum Krefelder Appell (siehe auch Seite 72), Mitte November gibt es bundesweite Friedenswochen, und am 12. Dezember folgen Aktionen zum Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses. Für 1983 sollten bereits drei Termine eingeplant werden: Ostermärsche, evangelischer Kirchentag in Hannover (Juni) und natürlich der Sonderparteitag der SPD zur Nachrüstung im Herbst.

Berufsmäßiger Chaot

»Es ist eine Genugtuung, daß einer mal das Ende gefunden hat, was er verdient. Sie sollten für alles verantwortlich gemacht werden, was ihr Produkt ausgefressen hat. Dieser bärtige, langmähnige Schweinskopf ... « Den Text unterzeichnete »Einer für viele« und schickte ihn an die Eltern von Klaus-Jürgen Rattay, der am 22. September 1981 bei einer Demonstration in Berlin von Polizisten auf eine dichtbefahrene Straße geprügelt und von einem Bus tödlich verletzt worden war.

In der Spalte Beruf des »Leichenbegleitscheins« schrieb Polizeihauptkommissar Kurt H. von der »einliefernden Dienststelle« schlicht: »berufsmäßiger Chaot«. Die vom Berliner Senat versprochene genaue Untersuchung des Todes von Rattay wurde bereits zweimal von der Staatsanwaltschaft eingestellt, die Eltern Rattays haben im Juni dieses Jahres erneut Beschwerde eingelegt. Ein »Fremdverschulden«, so fanden die Staatsanwälte heraus, könne nicht nachgewiesen werden. Kein Wunder, bei der Spuren»sicherung« leistete der Polizei-Wasserwerfer ganze Arbeit. Und das verkehrstechnische Gutachten, das in wesentlichen Punkten der Einstellungsbegründung widersprach, wurde nach einem Gespräch mit dem unabhängigen Gutachter am 22. März 1982 eigenhändig von Oberstaatsanwalt Ludwig nachgebessert. Ein Protokoll des Gesprächs gibt es nicht, wohl einen Vermerk des Oberstaatsanwalts: »Die Erörterung ergab, daß das Gutachten in mehreren Punkten zu korrigieren war.«

Gestörte Ordnung

Untersuchungsgefangene sollen nicht verunsichert werden. Dafür gibt es die Briefzensur in deutschen Gefängnissen. In der Verfügung des Vorsitzenden der 1. Strafkammer des Landgerichts München heißt es: »Die dem Brief an den Untersuchungsgefangenen Wolfgang Bihlmeir beiliegende Fotokopie einer Druckschrift KONKRET Extra - Das zweite Geständnis des Reiner Hochstein wird angehalten und ist zur Habe des Gefangenen zu nehmen.«

Richter Urban begründet die Zensur damit, daß den »staatlichen Behörden planmäßiges ungesetzliches und strafbares Verhalten bei der Beschaffung von Zeugenaussagen sowie Vollzugsbeamten rechtswidriges Verhalten gegenüber Gefangenen« vorgeworfen werde. Der Richter: »Unabhängig von dem Wahrheitsgehalt einzelner geschilderter Umstände bildet *derartiges Schrifttum, wenn es in einer JVA kursiert, eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Anstalt.«

Des einen Leid – des andern Freud

1982 werden nach Schätzungen des »Instituts der Deutschen Wirtschaft« 13.000 Unternehmen in der Bundesrepublik Konkurse anmelden oder Vergleiche schließen müssen. Allein in Nordrhein-Westfalen nahmen die Pleiten um 45 Prozent gegenüber 1981 zu. Als Hauptursache gibt das Unternehmer-Institut den derzeitigen »Rekordverschuldungsdruck« an. Dieser »Druck« bescherte der »Deutschen Bank« für das laufende Jahr ein neues Rekordergebnis. Ihr Betriebsgewinn für das erste Halbjahr 1982 nahm um 16,7 Prozent zu und stieg auf 902,3 Millionen Mark. Er resultiert ausschließlich aus höheren Zinserträgen.

Entwicklungshilfe für Israel

Israel ist ein Entwicklungsland. Wenigstens für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 140 Millionen Mark Entwicklungshilfe bekam Begin 1981 aus Bonn. 60 Millionen davon waren für die Verbesserung der Infrastruktur in wirtschaftlich schwachen Gebieten und den Wohnungsbau gedacht. 80 Millionen bekommen sie für den Ausbau ihrer Agrar- und Wirtschaftsstruktur.

Nötig hatten es die Israelis 1981 gaben sie 7,34 Milliarden Dollar für Rüstung aus.

Tiefflieger

Die Morgenpost (Mopo) ist eine Hamburger

Alfons Pawelcyk der Hamburger Innensenator. Das ist an sich noch keine Meldung. Doch der Mopo - die nicht gegen ihre Hamburger Springer Konkurrenz kämpft, sondern gegen sinkende Auflagenzahlen - ist jede Meldung recht. Am 4.8.1982 liest der Mopo-Leser exklusiv auf Seite 1: »Das ist der Hitze-Skandal - Polizeihubschrauber jagt Polizisten ohne Dienstmütze«. Der Innensenator selbst soll laut Mopo zwei Streifenpolizisten im Tiefflug mit dem Hubschrauber verfolgt haben, weil sie ohne ihre weißen Dienstmützen die Bevölkerung schützten.

»Was Sie in diesen Zeilen lesen, ist kein Witz, sondern ein Dokument«, rechtfertigt sich die Mopo. Das Dokument hatte sie jedoch aus dem Polizeispiegel 7/8 1982, dein Mitgliedsblatt der Polizeigewerkschaft, abgekupfert. Was dort noch als Satire stand, wurde in der Mopo zur Nachricht.

Ernstgenommen hatte diese Meldung auch der Polizeipräsident. Am 12.8.1982 gab es dann auf Seite 1 der Mopo eine dreispaltige Gegendarstellung: »... daß es zu keinem Zeitpunkt eine Anweisung gab, nach der der Polizeihubschrauber im Tiefflug Polizeibeamte ohne Kopfbedeckung und deren Fahrzeug zu identifizieren habe...

Dr. Redding, Polizeipräsident«

Guten Morgenpost

Zitat

»Wir schaffen den Wechsel.«

Wahlslogan der FDP in Hessen

Kleine Geschenke erhalten den Umsatz

Über 60 Menschen sollen am Rheumamittel Coxigon gestorben sein. Die Neben-Wirkung« waren dem US-Pharma-Konzern Eli Lilly vorher bekennt

»Die Nebenwirkungen des Rheumamittels 'Coxigon' wurden uns auf Dias vorgeführt. Wir sahen Patienten mit verbrennungsartigen Hautschäden und sich ablösenden Fingernägeln. Verschiedene Direktoren der Konzernzentrale versuchten, uns klarzumachen, daß die Patienten von der Wirkung des neuen Präparats derart begeistert wären, daß sie gern die Nebenwirkungen in Kauf nehmen würden«, berichtet Peter Sichrowsky, der als Marketing-Leiter für Österreich und die Schweiz bei der »Coxigon-Konferenz« des US-Pharma-Konzerns Eli Lilly im April 1980 in der Nähe von London dabei war. Die Kaltschnäuzigkeit des Konzerns, dem außerdem die Kosmetikfirmen Elisabeth Arden und Chloe gehören und der auch Futtermittel, Tiermedizin, Pflanzenschutzmittel und Herzschrittmacher vertreibt, ist bisher unübertroffen. Arzneien werden beworben und verkauft wie Waschmittel.

Sichrowsky zu KONKRET**:** »Die Strategie für Europa war, im Norden und im Herbst mit der Einführung zu beginnen, da in diesen Gegenden zu diesen Jahreszeiten mit keiner massiven Sonnenbestrahlung der Patienten zu rechnen war. Dabei wurde vergessen, daß viele Menschen, einen Teil des Winters im Süden verbringen. Die ersten schweren Hautreaktionen waren daher bei Patienten zu beobachten, die Winterurlaub auf Mallorca machten.«

Der Pharmakonzern Eli Lilly war bisher in erster Linie im »Krankenhausmarkt« vertreten. Um in den 80er Jahren weiter fett absahnen zu können, konzentrieren sich die amerikanischen Pillendreher seit zwei Jahren auf den »Verschreibungsmarkt«. Als Werbeaktion schickten sie bundesrepublikanischen Ärzten 10.000 Lilien in die Praxen und zahlten ihnen für das »Austesten« des Coxigon 30 Mark pro Patient.

Ähnlich skrupellos verfährt Eli Lilly mit Antibiotika. Um die beiden von dem Konzern hergestellten Medikamente Oracef und Panoral an Arzt und Patient zu bringen, werden vom Lilly-Konzern verschiedene Verkaufsstrategien »gefahren«. In

England und den USA wird mit zwei Außendiensten gearbeitet. In der Schweiz wurde das eine den Kinderärzten, das andere allen übrigen Ärzten vorgestellt. In der Bundesrepublik ließ Lilly Oracef von der Firma Thomae (einer Tochter des Boehringer-Konzerns) vertreiben. Als beliebte - und erfolgreiche - Strategie gilt es bei Lilly auch, ein Antibiotikum gegen Infektionen der Harnwege, das andere gegen Infektionen der Atemwege anzupreisen.

Daß die Pharmakonzerne ihr Verkaufsziel erreichen, ist kaum verwunderlich. 90 Prozent der Ärzte beziehen - das beweisen verschiedene Studien - ihr Wissen über die Medikamente von »Ärzteberatern«, deren Aufgabe es ist, zu verkaufen und nicht zu beraten. Die Ärzteberater von Lilly haben zum Beispiel ein genaues Verkaufsziel, von dem Gehalt und Karriere abhängen. Die Herren waren fleißig: Ende 1981 hatten sie von dem Rheumamittel Coxigon bereits 320.000 Packungen in der Bundesrepublik verkauft, bis heute brachte es der Firma rund zehn Millionen Mark Umsatz.

Ähnlich erfolgreich steigt die Umsatzkurve von Lillys Antibiotika: 1981 wurden 400.000 Packungen Panoral verkauft (Umsatz zehn Millionen Mark). Die Dosierung des Wirkstoffes Cefaclor im Medikament Panoral richtet sich dabei nicht nach dem Wohle der Patienten, sondern nach dem Preis. Ein Kilo -Cefaclor kostet bei uns 2.100 Dollar, in der Schweiz 3.800 Dollar. Folglich beträgt die Panoral-Normal-Dosierung für Erwachsene für dieselbe Indikation in der Bundesrepublik 1. 500 mg pro Tag, in der Schweiz aber nur 750 mg pro Tag.

Wen wundert es bei solchen Waschmittel-Strategien der Arzneihersteller noch, daß im vergangenen Jahr 25 Millionen Packungen Antibiotika über die Theken bundesdeutscher Apotheker gingen. Wert: 300 Millionen Mark. Der Wiener Antibiotika-Spezialist Dr. Lang spricht von 30.000 bis 50.000 Menschen, die jedes Jahr in unseren Krankenhäusern ums Leben kommen, weil sie durch den unkontrollierten Einsatz dieser Mittel schon immun sind, wenn sie eine wirklich schwere Infektion bekommen.

Konkret 09/82, S. 18

Manfred Bissinger, Mieczyslaw F. Rakowski

Walesa wird wieder eine Rolle spielen können«

Polen dient westlichen Politikern als Propaganda-Vorlage für den neuen Kalten Krieg. Stichworte sind Kriegsrecht, Sowjetmacht, Wirtschaftssanktionen. KONKRET-Chefredakteur Manfred Bissinger interviewte in Warschau Mieczyslaw F. Rakowski, Vize-Premier und zweiter Mann noch Parteichef General Jaruzelski

KONKRET: Wir haben gedacht, in Polen herrsche nur Kriegsrecht. Wenn man aber nach Warschau kommt, hört man von fast allen Gesprächspartnern die stereotype Formel: »Wir leben im Krieg.« Herr Ministerpräsident, können Sie diesen Krieg gewinnen?

Rakowski: Zunächst müßte man fragen, wer diese Redewendung benutzt. Denn Ihre Gesprächspartner hier in Warschau gehören einem besonderen Milieu an, das typisch ist für eine Hauptstadt. Hier sind die Zungen besonders scharf und die Ansichten besonders kritisch. Wenn Sie in andere Teile Polens, in die Provinz fahren, dann werden Sie selten jemanden finden, der Ihnen so etwas sagt.

Dann muß man sagen, daß dieses Kriegsrecht in Polen auf eine sehr polnische Art verwirklicht wird. Für den Durchschnittsbürger bringt das Kriegsrecht jetzt schon fast keine Erschwernisse. Der Ausdruck »Wir leben im Krieg« stammt von den Gegnern unseres Systems. Wir haben schon mehrmals erklärt, daß der Name Kriegszustand deshalb gebraucht wird, weil in unserer Verfassung ein Notstandsrecht nicht vorgesehen ist. Selbstverständlich weiß ich, daß diese Formel psychologische Reaktionen hervorruft.

Aber wenn ein Wald brennt, dann würde ich nicht lange überlegen, welche Feuerwehr ich nun holen soll. Am wichtigsten ist, daß der Brand gelöscht wird. Da in unserer Verfassung nur das Kriegsrecht als außergewöhnliches Mittel vorgesehen ist, mußten wir dieses anwenden.

KONKRET: Ist der Brand denn noch zu löschen?

Rakowski: Selbstverständlich, ja. Nehmen Sie z.B. Ungarn. Die waren doch 1956 in einer wesentlich schwierigeren Lage. Und doch haben sie es gemeistert. Das war viel komplizierter als bei uns.

KONKRET: Aber richtig ist doch auch, daß in der Zeit des Kriegszustands die Lage – vor allem die wirtschaftliche - nicht besser geworden ist.

Rakowski: Zum ersten ist es nicht wahr, daß es überhaupt keine Veränderung zum Besseren in der Volkswirtschaft gibt.

KONKRET: Ich weiß, es wird mehr Kohle gefördert.

Rakowski: Die Kohle ist einer der Grundrohstoffe in Polen. Wir haben jetzt in den sieben Monaten bis August 15 Millionen Tonnen exportiert. Im Jahre 1981 waren es nur 16 Millionen. Und im Jahre 1980 haben wir noch 40 Millionen Tonnen exportiert. Gestiegen ist auch die Schwefelförderung, die Kupferproduktion. Das sind keine bedeutungslosen Fakten. Es gibt auch Industriezweige, in denen der Rückgang gestoppt worden ist. Aber natürlich auch: wenn man die gesamte Industrieproduktion nimmt, kann man von einer Verbesserung noch nicht sprechen.

KONKRET: Das denken die Bürger auch.

Rakowski: Ja. Doch ich muß auch auf die Schwierigkeiten hinweisen. 60 Prozent der polnischen Industrie sind von dem Import der Rohstoffe und Halbfertigprodukte aus dem Westen abhängig. Und die komplizierte Zahlungslage Polens hat zur Folge, daß wir im Moment sehr beschränkte Möglichkeiten haben, diese Dinge zu importieren. Dazu kommen noch die Sanktionen, die die Amerikaner gegen uns verhängt haben. Diese Sanktionen sind für uns schmerzhaft. Aber andererseits gibt es ein polnisches Sprichwort: Es gibt nichts Schlechtes, was sich nicht zum Guten wenden würde.

KONKRET: Was heißt das?

Rakowski: Erstens haben wir hier eine sehr verschwenderische Wirtschaft gehabt. Ich habe vor 1980 mehrmals davon gesprochen und geschrieben, daß Milliarden von Zlotys aus dem Fenster rausgeschmissen wurden. Die neue Lage hat unsere Manager endlich gezwungen, jeden Zloty mehrmals umzudrehen und eigene Reserven zu suchen, die doch wirklich riesig sind. Bis 1980 war es so: Fehlte etwas, so fuhr jemand in den Westen, kaufte das, und das war's.

KONKRET: Heißt das, Polen will sich jetzt vom Westen unabhängiger machen und stärker mit den Ländern des Ostblocks kooperieren? Ist das die neue Linie?

Rakowski: Das ist der zweite Nutzen, den wir aus den Sanktionen von Reagan ziehen. Unsere geographische Lage veranlaßt uns, daß wir als Volk - und nicht nur als System - unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn ausbauen. Das ist die

neue Linie, von der auch General Jaruzelski gesprochen hat. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß wir die Absicht haben, unsere wirtschaftlichen Kontakte mit dem Westen abzubrechen.

KONKRET: Wäre das überhaupt möglich?

Rakowski: Das ist jetzt unmöglich. Das würde der Lage in der Welt widersprechen. Aber es geht eben auch darum, nicht wieder eine Lage zu schaffen, in der der Westen uns an die Kehle kann und zudrücken, wann es ihm paßt.

KONKRET: Eine späte Einsicht.

Rakowski: Lieber später als nie. Hier berühren wir auch ein anderes wichtiges Thema, unabhängig davon, was man von dieser gesellschaftlichen Formation denkt, die hier nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Es ist eine Tatsache, daß hier in diesem Teil Europas seit 37 Jahren Frieden herrscht. Viele Jahrhunderte lang war das eine Region, in der um jeden Quadratmeter gekämpft wurde, mit allen möglichen Waffen, die gerade zur Hand waren. Heute ist es schon ein abgeschlossenes Kapitel.

In der ersten Phase der Entwicklung der internen Beziehungen dieser sozialistischen Staaten wurde das Hauptgewicht vor allem auf die Entwicklung der politischen Beziehungen gelegt. Ich glaube, daß die sozialistischen Länder jetzt ein solches Niveau der Produktion erreicht haben, daß sie zu einer vertieften Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene übergehen sollten.

KONKRET: Damit sie nicht mehr so abhängig vom Westen sind?

Rakowski: Ja. Ich bin Mitvorsitzender eines Ausschusses für Zusammenarbeit mit Rumänien. Gerade vor kurzem sind die Verhandlungen zu Ende gegangen. Und es hat sich herausgestellt, daß unsere Wirtschaften durchaus Über die Möglichkeit für eine viel bessere Zusammenarbeit in der Zukunft verfügen. Wir müssen in den nächsten Jahren einfach eine stärkere Stellung gegenüber dem Westen erreichen.

KONKRET: Kann man sagen, daß Ihre Regierung heute die Fehler der polnischen Politik vom Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ausbaden muß?

Rakowski: Anfang der siebziger Jahre hatte ein schnelles Wachstum unserer Volkswirtschaft große Erwartungen und Hoffnungen geweckt. Als dann Mitte der siebziger Jahre in den kapitalistischen Ländern die Rezession einsetzte, hat man daraus nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen, sondern auf Kosten immer neuer Kredite immer weiter investiert, bis Polen wirklich nur noch auf Kredit lebte. Denn man war nicht bereit, den Leuten ihre Illusionen zu nehmen. Der Arbeiterprotest im Jahre 1980 resultierte ja nicht aus Armut und Not, sondern aus dem Unmut über nicht erfüllte Versprechungen.

KONKRET: Alle kommunistischen Regierungsparteien, die in den letzten 30 Jahren in solche Schwierigkeiten gekommen sind, haben »Liberalisierung« versprochen. Sie haben mit der Zulassung marktwirtschaftlicher, kleinkapitalistischer Produktionsweisen experimentiert, horrende Westkredite aufgenommen und sich dadurch von den Krisen des westlichen Kapitals abhängig gemacht. Dagegen ist nie versucht worden, sich mehr an Marx zu orientieren. Kann es sein, daß man die Kreativität der Arbeiterklasse mehr gefürchtet hat als die Abhängigkeit vom Klassenfeind?

Rakowski: Es stellt sich die Frage, ob es objektive gesellschaftliche Bedingungen gab für andere Lösungen. Waren sowohl die Regierenden als auch die Regierten auf andere Lösungen als die beschriebenen vorbereitet?

Vergessen Sie bitte nicht, daß es sich um ein neues gesellschaftliches System handelt, das unter sehr spezifischen Bedingungen entstanden ist. Erst jetzt haben wir es mit einer im wirklichen Sinne des Wortes *gebildeten* Generation in Polen zu tun. Die Väter dieses Systems, die Zwischen-Kriegs- und Kriegsgeneration, waren unter ganz anderen historischen Bedingungen aufgewachsen. Drei Viertel der polnischen Arbeiterklasse in den 50er, 60er und auch 70er Jahren waren die Söhne und Töchter von Bauern. Das alles muß man berücksichtigen, wenn man überlegt, ob andere, tiefere Reformen -möglich waren in den vergangenen Jahrzehnten und welche Reformen heute notwendig und möglich sind. Ich glaube, Sie halten die polnischen Marxisten nicht für Dumme.. Wir analysieren die Wirklichkeit ja auch aufmerksam.

KONKRET: Aber wenn man dreißig Jahre nach der Gründung eines sozialistischen Staates zum Kriegsrecht greifen muß, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, kann man nicht nur ein paar kleine Fehler gemacht haben.

Rakowski: Schon in Ordnung. Das waren sicher keine kleinen Fehler. Aber vielleicht ist die Zeit erst jetzt reif geworden, die großen Fehler zu überwinden. Von den 30 Jahren müssen Sie so etwa drei Jahre Bürgerkrieg abziehen. Dann mindestens die ersten zehn Jahre für die horrenden Bemühungen zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft, dann die Jahre des Kalten Krieges, dann die Zeit bis zur Überwindung der internationalen Isolierung. Also mindestens die Hälfte von diesen 30 Jahren begünstigte nicht die Schaffung eines sozialistischen Modells. Damit versuche ich nicht, unsere Schwächen zu verkleinern.

KONKRET: Nun ist ja Polen vielleicht ein krasser, aber sicher kein Einzelfall. Es kann ja niemand sagen, daß es, außer in der Sowjetunion und in der DDR vielleicht, bei den anderen Staaten so besonders gut ginge. Ist Polen nicht vielleicht doch

der letzte Beweis, daß sich der an der führenden Rolle der KPdSU orientierte Kommunismus historisch als unhaltbares Vorbild erweist?

Rakowski: Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die sowjetische kommunistische Partei ihr Modell auf der Grundlage der dortigen Voraussetzungen und Bedingungen geschaffen hat. Die Geschichte hat es auf einer gewissen Etappe notwendig gemacht, das sowjetische Modell zu übernehmen. Aber seit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 sucht jedes Land, jede Partei nach eigenen Methoden zur Gestaltung des Sozialismus. Kein kluger Mensch sollte daran zweifeln, daß das polnische Volk hier einen Sozialismus nach eigenen Traditionen und nach eigenen Vorstellungen aufbauen will.

KONKRET: Kann es sein, daß man erst das Modell übernommen hat, daß man sich dann davon weg bewegte, und daß man sich heute wieder darauf zu bewegt, weil man einsehen mußte, daß man nur innerhalb des sozialistischen Blocks zurechtkommen kann?

Rakowski: Es ist nicht ganz so: Erstens haben wir mit den sowjetischen Genossen viele universale Prinzipien des Sozialismus gemeinsam. Und zweitens ist es eine Tatsache, daß wir über die notwendige Berücksichtigung der nationalen Eigenschaften nicht die sowjetischen Erfahrungen unterschätzen. Und schließlich drittens wird unsere Stellung in der sozialistischen Gemeinschaft durch viele Faktoren bestimmt, die für die polnische Nation sehr wichtig sind.

KONKRET: Auch Sicherheitsgründe?

Rakowski: Das spielt in Polen eine große Rolle.

KONKRET: Spielt Reagans Politik dabei auch eine Rolle?

Rakowski: Natürlich. Aber zu Herrn Reagan und seiner Politik und den Folgen dieser Politik möchte ich mich nicht äußern, jedenfalls nicht jetzt.

KONKRET: Warum nicht?

Rakowski: Da ich mich schon ein paarmal dazu geäußert habe. Außerdem möchte ich nicht die Diskussion stören, die momentan im Westen stattfindet zum Thema der Effektivität der Politik, die Herr Reagan Polen gegenüber führt.

KONKRET: Mir hat ein westdeutscher Kommunist, der kürzlich eine ausführliche Reise durch Polen gemacht und eine Reihe von Gesprächen mit vorwiegend wirtschaftlich orientierten Parteifunktionären geführt hat, gesagt: was Polen nun wolle, laufe auf ein Modell zwischen dem ungarischen und dem jugoslawischen raus. Ist das so?

Rakowski: Sicherlich werden wir bei der Gestaltung dieses Modells originell bleiben. Aber ich würde nicht ausschließen, daß diese Beobachtung richtig ist. Eine der Grundlagen des Modells, das in Polen gegenwärtig geschaffen wird, bildet die Werktätigenselbstverwaltung.

KONKRET: Was heißt das?

Rakowski: Das bedeutet, daß die Arbeiter auf die Entwicklung des Betriebes entscheidenden Einfluß haben. Ich bin ein Anhänger dieser Entwicklung. Aber ich bin ein kritischer Anhänger. Denn auf diese Weise kann der Direktor auch zu einem Sklaven der Belegschaft werden. Und die Belegschaft denkt nicht immer, wie es die Interessen der gesamten Bevölkerung erfordern.

KONKRET: Tut der Direktor das?

Rakowski: Ja, aber er muß kontrolliert werden. In unserem System können wir uns eine Kontrolle nur von oben nicht vorstellen. Wir wollen also die Idee der Volksmacht in die Betriebe bringen. Aber es kann auch eine Situation entstehen, in der bei der Unabhängigkeit und finanziellen Selbständigkeit der Betriebe mehrere Tausende von Einheiten entstehen, die nicht zusammenwirken. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie schwierig es ist, manche Systemprobleme im Sozialismus zu lösen.

Ich war vor kurzem in einem der größten Betriebe in Schlesien, wo mir der Direktor gesagt hat: Herr Premierminister, wenn ich jetzt die Selbstverwaltung im Hause habe, werde ich die Aufgaben, die mir auferlegt worden sind, nicht erfüllen.

KONKRET: Es müßte eben eine Gewerkschaft im Betrieb sein wie die Solidarnosc, dann könnte das funktionieren.

Rakowski: Das hätte funktionieren müssen. Aber das hat nicht funktioniert. Das heißt, um gerecht zu sein: in manchen Betrieben hat es funktioniert. Das war abhängig von den Ansprüchen und Ambitionen der jeweiligen Solidarnosc-Führer. Aber das Problem der Solidarnosc lag doch nicht in der Tätigkeit der Betriebseinheiten, sondern der Leitung der Solidarnosc. Deshalb haben ja auch viele Mitglieder der Solidarnosc aus Betrieben, wo die Zusammenarbeit mit der Direktion sehr gut ging, einfach unsere Anschuldigungen gegenüber der Leitung von Solidarnosc nicht wahrhaben wollen.

KONKRET: Eine Viertelmillion Mitglieder sind aus der kommunistischen Partei ausgetreten. General Jaruzelski hat zugegeben, daß es Fraktionen in der Partei gibt. Kann sich die Partei überhaupt noch regenerieren?

Rakowski: Selbstverständlich ja. Dies ist eine Partei, die eine sehr schmerzvolle Niederlage erlitten hat. Aber diese Partei hat, historisch gesehen, auch Errungenschaften, die sozusagen auch ihren Ausweis ausmachen. Sie befindet sich in einer schwierigen, aber nicht hoffnungslosen Lage. Sie ist in einer sehr schwierigen Lage. Ich glaube, daß die Partei imstande ist, sich zu finden und sich wieder zu einer Macht aufzubauen, die von der Gesellschaft, von der Bevölkerung als die führende Kraft akzeptiert wird. Letztenendes hängt es davon ab, wie sie die ökonomischen Probleme des, Landes lösen wird.

KONKRET: Aber löst diese die Partei? Im Moment macht es doch die Armee.

Rakowski: Na bitte, so ist es doch nicht. Das sind eure verdammten Vereinfachungen. Ich bin doch auch in der Partei. Es ist nicht wahr, daß jetzt alle Probleme durch den Militärrat oder durch die Regierung gelöst werden. Sie werden auch von der Partei gelöst. Und ich sage das ganz ernst, daß sicherlich ein Teil der Partei ein ganz wichtiger Faktor bei der Wiedergewinnung der Stabilität ist.

KONKRET: Das heißt aber auch, daß die Partei einen Teil ihrer Führungskader ablösen muß, ihre Bürokratisierung überwinden muß...

Rakowski:... Ja, aber das ist ein gewisser Prozeß...

KONKRET: ... Wie lange dauert der noch?

Rakowski: Aber um Gotteswillen, seien Sie doch nicht so ungeduldig. Wieviele Jahre brauchte der Kapitalismus nach dem Anfang der Französischen Revolution, um dazu zu werden, was für die kapitalistischen Bedingungen ein Optimum darstellt. Mindestens 100 Jahre.

Wenn eine Partei durch ein Erdbeben geht, und unsere ist durch ein Erdbeben gegangen, so ist es unmöglich, sich vorzustellen, daß dies ohne Einfluß auf die Einheit und die Geschlossenheit bleibt. Im Grunde genommen sind diese - ich würde das nicht Fraktionen, sondern Tendenzen nennen - die sind ganz natürlich. Man kann sich nicht vorstellen, daß solche Erschütterungen vorbeigehen, ohne daß extreme Tendenzen auftreten. Solche Extreme braucht man, um den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben. Aber in der Regel haben die Extremen immer ein schlechtes Ende. Denn nach einem gewissen Schritt vorwärts sondert die Gesellschaft diese extremen Teile ab. Und von dem Niveau und von der Höhe der Zivilisation hängt es dann ab, was mit diesen Extremen dann passiert.

KONKRET: Ich bin seit zwei Tagen in Warschau und habe nicht mit Systemgegnern, sondern eher mit Sympathisanten gesprochen. Mein Eindruck ist, Sie sitzen hier auf einem Pulverfaß. Man weiß nicht so genau, geht es morgen los, dauert es noch zwei Wochen oder zwei Monate. Haben Sie keine Angst in dieser explosiven Situation?

Rakowski: Bis jetzt habe ich eine solche Angst nicht. Ich lehne auch die Ansicht ab, daß dies ein Pulverfaß ist. Ich will damit nicht sagen, daß die Lage gut ist, aber ich glaube, daß die polnische Gesellschaft in ihren Reaktionen und Meinungen unheimlich differenziert ist. Aus Meinungsumfragen, die von einem unabhängigen Forschungsinstitut vorgenommen wurden, geht hervor, daß die Probleme des Alltags derzeit der Bevölkerung am wichtigsten sind. Nach diesen fast zwei Jahren des nervösen politischen Lebens, des Hin- und Hers, herrscht in großen Gruppen der Bevölkerung ein natürlicher Drang nach Ruhe und Frieden. Wir verzeichnen eine Vermehrung von gleichgültigen Haltungen, obwohl diese Gleichgültigkeit noch keine Unterstützung für unsere Politik bedeutet. Ich glaube, daß es nicht zu Explosionen kommt. Denn auch unter den Funktionären der Solidarnosc, die im Untergrund leben, herrscht ein hoher Grad an Desorientierung. Die Meinungen über die Kampfmethoden bzw. über die Kampfweise uns gegenüber sind sehr differenziert. Vor ein paar Monaten war die Parole für den Generalstreik sehr populär. Ein Großteil der Aktivisten ist jetzt davon abgegangen. Es fehlt die Gewißheit, daß ein solcher Streik gelingen könnte. Ein Mißlingen des Streiks würde eine horrende Niederlage bedeuten. Es gibt auch eine Gruppe Aktivisten der Solidarnosc, die der Meinung ist, daß man nach Verhandlungen mit uns suchen muß. Die Skala der Haltungen ist sehr differenziert.

KONKRET: Es gibt eine ganze Reihe von Solidarnosc-Führern, die im Untergrund leben und die offensichtlich politisch agieren können. Hat die Staatsmacht das so wenig im Griff oder drückt sie beide Augen zu, weil sie keinen größeren Konflikt riskieren will?

Rakowski: Die gesellschaftlichen Umstände belehren uns, daß wir nicht mit Gewalt antworten sollten. Wir wissen, daß wir nicht mal denken sollen, nicht mal denken dürfen an die Rückkehr zur Lage vor dem August 1980. Das ist so eine Art Zauberwort, so eine Art innerer Eid. Aber wie Polen in Zukunft aussehen soll, das ist eine Frage des Nachdenkens, der kritischen Analyse dessen, was vor 1980 war, wie auch, was danach war. Dafür braucht man einfach Zeit und viel, viel Geduld.

KONKRET: Sie haben gesagt, daß Polen eine eigene Identität sucht und daß diese eine sozialistische sei. Nun höre ich immer wieder, daß es in Polen eigentlich gar keine Kommunisten gibt. Die Übernahme der Macht durch die Armee scheint ein Beweis für diese These zu Sein. Ist Ihre Perspektive vielleicht gar keine sozialistische, sondern eine rein polnisch-nationale?

Rakowski: Ich bin schon krank von solchen Fragen. Würden Sie sich an einen Tisch setzen mit einem Polen und vielleicht noch mit einer halben Literflasche, dann würde der schnell zugeben, was im Sozialismus gut und günstig für ihn ist.

Ob das, was am 13. Dezember 1981 geschehen ist, nur reiner Nationalismus ist? Nein. Ob das nur eine nationale und keine sozialistische Sache ist? Nein. Ich würde diese Trennlinie zwischen dem Sozialismus und diesem nationalen Aspekt oder Nationalismus gar nicht ziehen. Die nationalen Faktoren sind eng mit den gesellschaftspolitischen Faktoren des Systems verflochten. Sie können natürlich die Frage stellen, welche Faktoren in dem jeweiligen Moment überwiegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß am 13. Dezember 1981 die nationalen Faktoren überwogen haben.

KONKRET: Nun hat der Ausnahmezustand ja nicht so wahnsinnig viel verändert. Die Situation der Unterdrückung, in der sich die Führer der Solidarnosc heute befinden, schürt doch geradezu antikommunistische Aggressionen, und die finden wiederum Unterstützung durch westliche Politiker und Medien.

Rakowski: Natürlich konnte man nicht erwarten, daß binnen dieser paar Monate nach der Ausrufung des Kriegszustandes die Lage in Polen eine entscheidende Wende erfährt. Eins ist sicher: Dieser Entschluß hat den Prozeß der Vernichtung der Wirtschaft und der Demontage der Staatsstrukturen ein Ende gesetzt. Im Oktober vor einem Jahr haben wir in diesem Haus hier die Pläne zum Überleben des Winters vorbereitet. Es waren schon die Betriebe festgelegt, die man stillegen muß, Universitäten, die man zumachen muß, Kinos, Theater. Alles nur von einem Standpunkt aus: Den Winter überleben. Daran gemessen, haben wir seit dem 13. Dezember schon viel erreicht. Aber wenn Sie fragen, wann der Kriegszustand abgeschafft, bzw. suspendiert werden kann..

KONKRET:... ja, was ist der Unterschied zwischen Abschaffung und Suspendierung?

Rakowski: Die Praxis wird es erklären. Es geht nur darum, daß die Abschaffung des Kriegszustandes nicht bedeuten wird, daß es den politischen Kampf, den es in Polen gibt, nicht mehr geben wird.

KONKRET: Wird es denn wieder eine Solidarnosc geben?

Rakowski: Ich weiß es nicht, es hängt unter anderem von der politischen Entwicklung in Polen ab. Wenn in den nächsten Wochen die Untergrund-Aktivisten der Solidarnosc die Straßenunruhen organisieren und zu Maßnahmen aufrufen, die die schon sowieso schwache polnische Volkswirtschaft schwächen sollen, so darf es klar sein, daß dies einen Einfluß auf die Überlegungen über die Zukunft der Gewerkschaften haben wird. Eins ist aber sicher: Ob mit Solidarnosc oder ohne, muß die neue Gewerkschaftsbewegung bei der Verteidigung der Interessen der Werktätigen *echt* unabhängig sein, unabhängig von der Staatsverwaltung. Ich möchte hinzufügen, daß die Unterstützung, die die Solidarnosc seitens des Westens genießt, die Chancen zum Wiederaufbau von Solidarnosc verringert. ‚Denn diese Unterstützung kommt hauptsächlich, obwohl nicht allein, aus den reaktionären Kreisen.

KONKRET: Aber es sind nicht nur Reaktionäre wie Reagan, die das unterstützen, sondern es sind ja auch Sozialdemokraten und Sozialisten, wie in Großbritannien z.B. oder wie Mitterrand.

Rakowski: Was die Sozialisten in Großbritannien betrifft, so habe ich meine Meinung. Was die Sozialisten und Sozialdemokraten in anderen Ländern betrifft, auch.

KONKRET: Kann man die erläutern?

Rakowski: Wollen wir ehrlich sein: Warum unterstützt man Solidarnosc? Im Namen des polnischen Sozialismus? Oder hat man in der Solidarnosc von Anfang an eine Organisation gesehen, die eine Destabilisierung dieses ganzen Systems, dieses ganzen Gebiets bewirken könnte? Wir sind ja keine Kinder. Bitte sehr: Unterstützung? In Ordnung.

Nun sagen Sie mir, warum will keiner von den westeuropäischen Politikern unsere Begründung, unsere Argumente anhören. Ist es nur ein Symptom der Aversion gegenüber den Kommunisten? Ich glaube nicht. Da steckt was dahinter.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Nach der Ausrufung des Kriegszustandes gab es ein paar Kontakte mit Politikern aus dem Westen. Und da haben sie gesagt: Jawohl, wir werden schon unser Verhältnis zu euch ändern, wenn aus Warschau bedeutende Signale kommen. Gut so. Dann haben wir diese Trompete benutzt, und Ende April haben wir die ersten großen, bedeutenden Signale gegeben. Dann haben wir jetzt im Juli ein zweites Signal gegeben. Zwölfhundert Internierte haben wir freigelassen.

Ich kann Ihnen ein heutiges Telegramm der EG-Zentrale vorlesen, da stellen die EG-Länder gemeinsam mit Amerika fest, daß es schon ein Fortschritt ist, aber nicht ausreichend. Und dann stellen sie Forderungen: Jetzt Kriegszustand abschaffen! Das ist, als ob sie von uns fordern würden, daß wir uns selber erhängen. Es geht darum, daß man Polen durch eine sehr schwierige Periode in seiner Geschichte durchbringen muß. Und keiner von diesen westlichen Politikern wird das für uns machen.

Es gibt noch so ein Postulat: den Dialog mit der Kirche. Wir führen diesen Dialog ständig. Dann haben sie ergänzt: *echter* Dialog. Was glauben denn diese Politiker. Selbst wenn wir wirklich auf dem verlorenen Posten stehen würden, dann

würden wir doch nicht nachgeben. Denn das ist gegen die menschliche Natur. Aber glücklicherweise stehen wir nicht auf verlorenem Posten.

KONKRET: Warum wurde der Papst ausgeladen?

Rakowski: Er wurde gar nicht ausgeladen. Wir waren einfach Realisten, indem wir ihm vorgeschlagen haben, diesen Besuch aufs nächste Jahr zu verlegen. Wir wollen hier keine Friedhofsstille haben. Aber man muß die Realität berücksichtigen. Das haben übrigens nicht nur wir gesagt, sondern Primas Glemp hat das auch gesagt.

KONKRET: Wieviel Leute leben eigentlich im Untergrund? Weiß man das?

Rakowski: Die genaue Zahl kenne ich nicht.

KONKRET: Wie ist das mit den Internierten? Wieviel gibt es noch? Gibt es einen Zeitplan, wann sie entlassen werden sollen? Kann man sagen, daß sie im nächsten Winter zu Hause sind?

Rakowski: Es gibt über 600 Internierte. Die Regierung weiß, daß der Tag kommen muß, an dem sie freigelassen werden. Ich kann nicht die Frage beantworten, ob sie schon diesen Winter zu Hause verbringen werden. Denn eine solche Antwort würde das Problem nur komplizieren. Jedenfalls sind wir uns völlig bewußt, daß das eine Übergangslösung ist, aufgezwungen durch die existierenden Bedingungen. Wir sind uns auch bewußt, daß das keine ruhmbringende Angelegenheit ist. Aber es gibt Situationen, in denen man auch zu unpopulären Mitteln greifen muß. Leider, muß ich sagen, habe ich, erst als ich hier in der Regierung war, bemerkt, daß es ideale Lösungen nicht gibt. Und daß man oft, um sich vor dem Schlimmsten zu schützen, das Schlimme wählen muß. Es gibt keine andere Lösung.

KONKRET: Sie haben doch vor dem 13. Dezember die Verhandlungen mit Lech Walesa geführt. Haben Sie ihn eigentlich in den letzten Monaten gesprochen?

Rakowski: Nein, nach dem 13. Dezember habe ich mit ihm nicht gesprochen.

KONKRET: Hat die Regierung überhaupt nicht mit ihm gesprochen?

Rakowski: Doch, aber auf einer niedrigeren Stufe. Vor ein paar Tagen ist in Wroclaw (Breslau) eine meiner Äußerungen gedruckt worden, in der ich gesagt habe, daß Walesa seine Meinung über die Solidarnosc geändert habe. Und sofort haben einige westdeutsche Blätter behauptet, daß ich Walesa etwas in den Mund gelegt habe. Also, das sind ganz einfach Idioten. Denn ich habe Unterlagen über Gespräche mit unseren Vertretern, in denen Walesa verschiedene Meinungen äußert, die - meines Erachtens - nicht immer den Erwartungen derjenigen entsprechen, die aus politischen Gründen daran interessiert sind, Mythos zu schaffen.

KONKRET: Aber warum wird Walesa nicht freigelassen? Als Gefangener gilt er doch weltweit, also nicht nur in Polen, als Märtyrer. Und das kann doch eigentlich niemand wollen.

Rakowski: Sicherlich werden wir den Zustand, der aus ihm einen Märtyrer macht, beenden.

KONKRET: Wird Walesa denn je wieder eine Rolle spielen können?

Rakowski: Ich glaube ja.

KONKRET: Wo?

Rakowski: Wenn er die Lust haben wird, in den Gewerkschaften, die in Polen nach neuen Prinzipien aufgebaut werden müssen.

KONKRET: Ist eine General-Amnestie denkbar?

Rakowski: In der Perspektive ja, selbstverständlich.

KONKRET: Auch für die, die jetzt im Untergrund sind?

Rakowski: Sicherlich. Es gibt schon mehrere Fälle, daß sich diese Leute melden, freiwillig stellen und nach kurzen Gesprächen nach Hause geschickt werden. Wir können doch nicht daran interessiert sein, ein Heer von Menschen zu schaffen, die einen Haß uns gegenüber hegen.

Mieczyslaw F. Rakowski, 1926 als Sohn eines Bauern geboren, studierte Sozialwissenschaften und absolvierte die polnische Parteihochschule. Sein Vater ist von den Deutschen umgebracht worden. Seit 1958 schrieb Rakowski als Chefredakteur für die kritische Wochenzeitung »Polityka«. Auch als Berater der Parteichefs Gomulka und Gierek galt Rakowski immer als unabhängiger Mahner. Sein Mut und seine Offenheit haben ihm nie geschadet, weder als er sich gegen die antijüdische Kampagne von Gomulkas Innenminister Moczar stellte, noch als er noch 1976 die Warschauer Führer wegen ihrer Selbstgerechtigkeit öffentlich kritisierte. Seit Februar 1981 ist Rakowski Regierungs-Stellvertreter von General Jaruzelski. Vor Verhängung des Kriegsrechts war er zuständig für die Verhandlungen mit Lech Walesa und der

Gewerkschaft Solidarnosc

Konkret 09/82, S. 24

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche
Die Zwei-Milliarden-Niete

Ein Mann wie die Marktwirtschaft. Mit staatlichen Subventionen Gewinne zu machen, ist keine Kunst. Damit Pleiten anzuzetteln, ist seine Kunst: Hans Friderichs

Eines kann der 185-Zentimeter-Mann, der als Wirtschaftsminister vor wichtigen Entscheidungen auch schon mal die Wahrsagerin Miß Thomasini aufsuchte, mit Überzeugung sagen, was ganz bestimmt nicht wahr ist: »Wir glauben an die Zukunft von AEG-Telefunken und möchten Sie aus Überzeugung für den gemeinsamen Weg in die Zukunft gewinnen.« So sprach Hans Friderichs am 23. Juni 1982 auf der Hauptversammlung der AEG-Aktionäre. Ihm war als Aufsichtsratsvorsitzenden gesetzlich auferlegt, eine fähige Geschäftsführung zu berufen und ihr Tun und Treiben zu überwachen. Doch 45 Tage nach diesem Glaubensbekenntnis führte der gemeinsame Weg der Niete Friderichs , und des von ihr berufenen Mißmanagers Dürr (»Wir werden 1982 besser sein als 1981«) zum Vergleichsrichter und zum Bettelgang um Bonner Milliarden. Dies war das voraussehbare Ende eines Versuchs, den Friedrichs stolz »privatwirtschaftliche Lösung« nannte und mit dem er das Klose-Wort vom »Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus« widerlegen wollte.

Hans Friderichs hatte schon früh alle Voraussetzungen für seinen Erfolg mitgebracht. Er wurde 1931 als Sohn eines Landarztes geboren und trat nach seinem Abitur 1950 zum Zwecke des Studiums der Rechte dem Corps Teutonia zu Marburg bei, einer Vereinigung zum gegenseitigen Anrichten von Hackepetergesichtern. Im Verbandsorgan, der »Deutschen Corpszeitung«, konnte er alles lernen, was er als künftiger Wirtschaftsfachmann wissen mußte: »Diese Cliquenwirtschaft wird von uns nicht zuviel, sondern zuwenig geübt. Wir wissen doch, was corpsstudentische Erziehung und Haltung im ganzen späteren Leben bedeutet. Ein Corpsstudent bringt deshalb gegenüber einem anderen Bewerber mit sonst gleicher fachlicher Eignung zusätzlich soviel Gewähr für größere Vertrauenswürdigkeit mit, daß die Wahl nicht schwerfallen sollte.«

Zusätzlich trat er noch der anderen vertrauenswürdigen Vereinigung, der FDP, bei, und so besaß der junge Friderichs die nötigen Qualifikationen, um sofort nach seinem Studium 1959 das Amt des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen übernehmen zu können. So einer war natürlich erst recht geeignet als Bundesgeschäftsführer einer liberalen Partei. Genscher machte ihn 1963 zu seinem Stellvertreter und 1964 zu seinem Nachfolger in diesem Amt, Wichtigste Leistung des ehemaligen Corpsstudenten: Er milderte den radikalen 69er FDP-Wahlslogan »Wir schneiden die alten Zöpfe ab« persönlich um in die weniger schmerzliche Parole: »Wir schaffen die alten Zöpfe ab.« Helmut Kohl, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, holte diesen tüchtigen Mann 1970 als Staatssekretär in das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Dort blieb er zum Groll der Linksliberalen als Erinnerungsposten für künftige Koalitionen auch sitzen, als 1971 die FDP aus dem Kohl-Kabinett ausschied. Und dort würde er vermutlich heute noch sitzen, wenn die Bonner FDP Ende 1972 nicht in die Verlegenheit gekommen wäre, einen Wirtschaftsminister stellen zu müssen. Sie hatten einfach keinen, und in ihrer Not entsannen sich die Liberalen, daß da in Mainz noch einer hockt, der so oft, so fließend und so schön das Wort »Ordnungspolitik« und »ordnungspolitisch« aussprach, daß alle Welt ihn für einen qualifizierten Wirtschaftspolitiker hielt. Dieses Wort war - wie sich mancher noch erinnern wird, ein bekannter Euphemismus der 70er Jahre und besagte, der Staat müsse, könne und dürfe sich aus der Wirtschaft heraushalten.

Im neuen Amt bewährte sich Friderichs rasch als »Anwalt der Wirtschaft«. Er kämpfte beharrlich gegen mehr Verbraucherschutz und gegen eine Reform der Berufsbildung. Er engagierte sich für die ADAC-Parole »Freie Fahrt für freie Bürger« und für den ungehemmten Ausbau jener Kernenergie, die seiner künftigen AEG einen Zwei-Milliarden-Verlust einbrachte. Vor allem aber zeichnete sich der Ordnungs-Liberale so sehr als Welt-Handlungsreisender der deutschen Wirtschaft aus, daß er den Ehrentitel eines Stamokap-Häuptlings vielfach verdient hätte. Unvergeßliche Glanzleistung: seine Reise nach Teheran, wo er an der Spitze einer bundesdeutschen Industriedelegation demütigst von Schaft Reza Pahlewi jene Aufträge entgegennahm, die sich schon vor dem Abgang des Alleinherrschers als eindrucksvolle reiten der deutschen Wirtschaft erwiesen. Im selben Jahr 1974 hatte »Management heute«, die Zeitschrift des Häßlichen Deutschen (KONKRET 12/81) und SS-Generals Reinhard Höhn, den anschaffenden Minister zum »Marktwirtschafter des Jahres« befördert. Grund: Er sei ein würdiger Nachfolger und kundig Wahrer des Gedankengutes Ludwig Erhards.

Doch irgendwann stellt sich auch der kühnste Hochstapler selbst ein Bein. Friderichs dem 1997 sein Bonner Amt zu anstrengend geworden war, dachte: Reichts zum Minister, reichts allemal auch zum Bankchef. In Abwandlung des bekannten Brecht-Wortes gründete er zwar keine Bank, sondern ließ sich - noch einfacher - gleich zum Vorstandsvorsitzenden der zweitgrößten, de Dresdner Bank machen. Das hätte gut gehen können, wen er in Ruhe sein guter Gehalt verzehrt und sich mit dem Repräsentieren begnügt hätte. Doch Friderichs glaubte inzwischen selbst daran, daß er von Wirtschaft etwas verstehe. Zur beruflichen Fortbildung hatte er vermutlich die »Welt-am-Sonntag«-Kolumnen von

Springers Wirtschaftsnarren Paul C. Martin gelesen und sich so verführen lassen, in Gold zu spekulieren. Das brachte auch eine wirtschaftlich so gesunde Bank wie die Dresdner ins Wackeln. Sie machte erkleckliche Verluste, als die Goldspekulation zusammenbrach und sie auf ihren schönen Vorräten sitzengeblieben war. Noch gefährlicher wurde es, als unverantwortliche Kräfte, denen alles egal ist - Hauptsache es geht drunter und drüber - Friderichs auch noch zum Aufsichtsratsvorsitzenden der ohnedies schon in schlimmsten Nöten steckenden AEG machten. Als 1980 ein neuer Vorstandsvorsitzender gesucht wurde und nicht sofort zu finden war, dachte Friderichs, man könne das ebenso unkonventionell lösen wie anno 72 die Suche nach dem Wirtschaftsminister. Er machte Heinz Dürr (CDU), der bisher einen Familienbetrieb leitete, zum Chef des Weltkonzerns - nur weil der auch so hübsch reden und blumige Bekenntnisse zur Marktwirtschaft ablegen konnte. Doch zwei Laien-Darsteller an der Spitze eines Konzerns - das hätten auch gesündere Unternehmen nicht verkraftet. Während Dürr jetzt von einer »Tragödie griechischen Ausmaßes« schönschwätzt, und Friderichs von »widrigen äußeren Umständen« redet, fehlte ein Aufsichtsratsvorsitzender, der aufgepaßt hätte, daß nicht 1,9 Milliarden Pensionsgelder für die Arbeiter aus der AEG-Kasse verschwinden. Teutone Friderichs, der nur Cliquen-Wirtschaft studiert hatte, weiß zwar etwas von 1,9 Milliarden. Doch dabei geht es nicht um Pensionsrückstellungen für Arbeiter, sondern um ein Geschenk für einen Milliardär. 1974 zur Weihnachtszeit hatte Wirtschaftsminister Friderichs ei einer halben Flasche Kognak seinem Duzbruder, dem Häßlichen Deutschen (KONKRET 3/82) Eberhard von Brauchitsch, Steuerfreiheit für 1,9 Milliarden Veräußerungsgewinn aus Flickschen Daimleraktien zugesagt, damit der Häßliche Deutsche(KONKRET 1/82) Friedrich Karl Flick seine Neffen auszahlen konnte.

Doch jetzt - so böse ist die - Welt - ermittelt die Staatsanwaltschaft Bonn wegen Bestechlichkeit gegen Friderichs, weil sechsmal Gelder aus der Flick-Kasse »an v.B. wegen Friderichs« gegangen sein sollen. Dabei bewegt sich der genannte Betrag von 300.000 Mark für Friderichs noch weit unter der üblichen Makler-Provision.

Konkret 09/82, S. 26

Knud Bergmann

Die weiße Gewalt

Südafrika ist seit Wochen wieder in den Schlagzeilen. Verhaftungen, Schießereien, Tote - dies ist die »totale Strategie« der Regierung. Nur so kann die weiße Minderheit ihre Herrschaft aufrechterhalten. 86 Prozent des schwarzen Landes sind zu »weißem« Gebiet erklärt. Der Rest ist unfruchtbar. KONKRET war vor Ort.

Der riesige dreistöckige Backsteinkomplex mit den schmalen Fensterritzen in den monotonen Fassaden sieht wie ein Gefängnis aus. Ein einziger großer und bewachter Eingang, uniformiertes Aufsichtspersonal und an den Enden der Gänge Vorrichtungen, aus der im Bedarfsfall auf Knopfdruck Stahlgitter aus der Decke fallen, um die Gänge zu sperren. Aber keine Kriminellen sind hier untergebracht, sondern 2.500 schwarze Arbeiterinnen.

In einem der kleinen Vierbettzimmer sitzt Esther Khumalo*, eine 54jährige Frau aus der Transkei, auf ihrem Bett. Seit neun Jahren arbeitet sie in Johannesburg und lebt in diesem Wohnheim im Vorort Alexandra. Als Putzfrau reinigt sie jede Nacht Büroräume in der Innenstadt. Dafür bekommt sie monatlich 109 Rand, rund 240 Mark bei einem Preisniveau, das in etwa dem der Bundesrepublik gleicht. Ihren Mann sieht Ester Khumalo, obwohl er ebenfalls in Johannesburg arbeitet, nur zweimal im Jahr. Denn er ist in einem Männerwohnheim der schwarzen Millionenstadt Soweto untergebracht, rund 45 Kilometer von Alexandra entfernt.

Esther Khumalo und ihr Mann sind nur Weihnachten und Ostern zusammen, wenn sie beide 900 Kilometer in die Transkei reisen, um ihre fünf Kinder und ihre Verwandten zu besuchen. Aber weil es dort nicht zum Leben reicht, kommen sie immer wieder nach Johannesburg zurück. Dabei erkennt Esther Khumalo ihre Situation sehr nüchtern. »Die Weißen behandeln uns schlechter als Tiere«, sagt sie.

Lintford Boii, 22 Jahre alt, arbeitet in Kapstadt als regelmäßige Aushilfskraft in einer Wäscherei. Er kommt aus der Ciskei, einem 1.800 Kilometer entfernt gelegenen Gebiet, das besonders arm ist und in den Städten eine Arbeitslosigkeit von 39 Prozent hat. Nachdem die Behörden seiner Frau und seinem Kind die Erlaubnis verweigerten, bei ihm in Kapstadt zu leben, holte er sie illegal zu sich. Im Vorort Crossroads, wo Tausende von Schwarzen in selbstgebauten Behelfsunterkünften leben, baute er für seine Familie eine Wellblechhütte. Vor ein paar Wochen kam morgens um fünf die Polizei und walzte mit Bulldozern viele Häuser nieder. Jetzt haust er mit seiner Familie in einem Zelt auf einem Grundstück der katholischen Kirche. Im Juli und August, dem südafrikanischen Winter, sinken die Temperaturen nachts bis auf Gefrierpunktnähe. Aber in die Ciskei will er auf keinen Fall zurück. »Dort würden wir verhungern. « Seine Familie lebt in ständiger Angst, auf einen Lastwagen verladen und in die Ciskei deportiert zu werden, wie es Tausenden und Abertausenden ergangen ist.

Diese beiden Beispiele stehen für ein ausgeklügeltes System, mit dem über 20 Millionen schwarze Südafrikaner von der weißen Minderheit erniedrigt, ausgebeutet und terrorisiert werden. Jeden Tag werden in Südafrika durchschnittlich 200 Schwarze verhaftet, die meisten allein deshalb, weil sie ihre Personalpapiere nicht bei sich haben oder sich illegal in »weißen« Gebieten aufhalten.

Saal I des Obersten Gerichts in Kapstadt: der 148. Verhandlungstag eines der längsten Prozesse, die es je im Land gab. Ein weißhaariger Richter in leuchtend roter Robe, ihm gegenüber an einem langen Tisch der Staatsanwalt und mehrere Verteidiger, dahinter auf der Anklagebank 19 Schwarze. Die meisten von ihnen sind unter 20 Jahre alt, einer ist ein alter Mann. Seine Haltung ist selbst im Sitzen gebeugt: es ist Oscar Mpetha, 73 Jahre alt, ein Veteran der schwarzen Arbeiterbewegung und Führungsmitglied der Gewerkschaft Nahrungs- und Konservenarbeiter (African Food and Canning Workers Union). Zwei Jahre wird er jetzt schon von den Sicherheitsbehörden in Haft gehalten. Die Anklage wirft ihm vor, für den Tod von zwei Weißen verantwortlich zu sein, die 1980 bei Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit dem polizeilichen Eingriff bei einer Busboykott-Aktion ums Leben kamen. Beweise für diese Vorwürfe ist die Anklage bisher schuldig geblieben.

Ich habe Oscar Mpetha vor drei Jahren kennengelernt, als er den aufsehenerregenden Streik in der Teigwarenfabrik »Fattis & Monis« zum Erfolg führte. Er nahm mich damals ins Streiklokal mit, in dem sich die Arbeiter jeden Tag trafen. Dort erklärte er die Streiklage, machte den unsicher Werdenden Mut und - so ist Afrika - sang und tanzte mit den Streikenden. Bei dem Streik ging es um die Erhöhung des wöchentlichen Mindestlohns von 25 auf 40 Rand (88 Mark), das war ungefähr das amtliche Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie.

Nach sieben Monaten fast unerträglicher Spannung für die Arbeiter gab die Firma den Forderungen schließlich nach, nicht zuletzt, weil der Streik im ganzen Land Unterstützung erfuhr. Es gab einen landesweiten Streik der Fattis & Monis-Produkte, es gab Solidaritätsveranstaltungen und Geldsammlungen.

Im Gerichtssaal ist Oscar Mpetha anzusehen, wie sehr er in der Haft gelitten hat. Er, der früher so aktiv war, ist jetzt so schwach, daß er fast den ganzen Tag im Bett liegt. Er ist schwer zuckerkrank.

»Sie machen Oscar kaputt, weil sie seine Gewerkschaft treffen wollen«, ist die Meinung eines schwarzen Gewerkschaftssekretärs. Er erinnert daran, daß auch Neil Aggett, ein weißer Arzt, als Sekretär für die »African Food and Canning Workers Union« gearbeitet hat, bis er im vergangenen November plötzlich verhaftet wurde. Aggett kam in Einzelhaft und wurde schwer gefoltert. Anfang Februar fand man ihn tot in seiner Zelle auf, angeblich erhängt. Aber diese Version glaubt in Südafrika kaum jemand. Zu viele Gewerkschafter sind im Laufe der Jahre in Polizeihaft gestorben. Als Aggett beerdigt wurde, legten 100.000 schwarze Arbeiter im ganzen Land die Arbeit nieder.

im vergangenen Jahr gab es in Südafrika mehr Streiks als jemals zuvor. Amtliche Statistiken sprechen von 342 Streiks und Arbeitsunterbrechungen, eine Zunahme um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Praktisch gibt es also kaum einen Tag ohne Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Und das, obwohl in Südafrika eigentlich jeder Streik illegal ist. Nicht registrierte Gewerkschaften dürfen überhaupt nicht streiken und registrierte erst nach einem umständlichen Schlichtungsverfahren, das mindestens zwölf Monate dauert.

Ein großer Teil der Arbeiter, die Wanderarbeiter aus den Homelands oder Bantustans, riskieren mit einem Streik sogar noch mehr. Bei ihnen endet, wenn sie sich an einer solchen Aktion beteiligen, nicht nur ihr Arbeitsverhältnis, sondern zugleich ihre Arbeitsgenehmigung für ein weißes Industriegebiet. Sie gehen das Risiko langer Arbeitslosigkeit in ihrem Homeland ein - und dennoch streiken sie. Als 1980 in Johannesburg 10.000 Arbeiter der Stadtverwaltung für höhere Löhne in den Ausstand traten, wurde jeder entlassen, der nicht sofort die Arbeit wiederaufnehmen wollte. 1.265 Wanderarbeiter wurden in die Homelands deportiert.

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat im Herbst 1977 einen Verhaltenskodex für westeuropäische Interessenten in Südafrika beschlossen. Dieses klingt erst einmal nicht schlecht: Anerkennung der schwarzen Gewerkschaften, Zahlung von Löhnen, die mindestens 50 Prozent über dem amtlichen Existenzminimum liegen, berufliche Aufstiegschancen für Schwarze und Abschaffung der Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz. Erster Haken: Die Regelungen sind nicht verbindlich, die Firmen können sich also ungestraft darüber hinwegsetzen. Und sie tun es - nicht ein einziges der zwölf westdeutschen Unternehmen, deren südafrikanische Geschäftspraktiken im Frühjahr 1980 im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland untersucht wurden, zahlte Mindestlöhne in der von diesem Kodex geforderten Höhe.

Eine andere Kodex-Forderung lautet, »daß schwarze Arbeitnehmer die Freiheit haben, eine Gewerkschaft zu bilden oder ihr beizutreten«. Schwarze Arbeiter bei BMW berichten, wie es in ihrer Firma mit diesem Recht steht: Mitglieder der schwarzen Automobilarbeitergewerkschaft werden einzeln ins Personalbüro gerufen und nach ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit gefragt. Angeblich, um die Richtigkeit der Abzugsermächtigungen der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn zu prüfen. Das löste bei einigen Arbeitern solche Angst aus, daß sie ihre Mitgliedschaft abstritten. Die Angst ist begründet: Bei Entlassungen sind Gewerkschaftsmitglieder fast immer zuerst dran. Nach Angaben der Gewerkschaft waren bei einer Entlassung von 200 Arbeitern bei BMW vor allem Gewerkschaftsmitglieder betroffen. Damit sank der Organisationsgrad auf unter 50 Prozent, und die BMW-Leitung hob die Anerkennung der Gewerkschaft mit der Begründung auf, sie sei nicht mehr repräsentativ.

Ist der Verhaltenskodex also ein gescheiterter Versuch, die südafrikanische Regierungspolitik aufzubrechen? Der EG-Kodex war nie gegen die südafrikanische Regierung gerichtet. Im Gegenteil: Er war ein erfolgreiches Ablenkungsmanöver, um den zunehmenden internationalen Druck nach umfassenden Wirtschaftssanktionen zu schwächen. Das südafrikanische Regime ist durch die erfolgreichen Befreiungskämpfe in Mosambik, Angola und Simbabwe durch wachsende internationale Ablehnung seit den Soweto-Unruhen 1976 und durch die zunehmenden Guerilla-Aktivitäten der Befreiungsbewegung »African National Congress« in die Defensive geraten. Der Überlebenskampf eines Systems, das die Privilegien der Weißen zu retten versucht, hat längst begonnen und wird mit allen Mitteln geführt. Sie reichen von der gewaltigen Steigerung des Militäretats bis hin zu Maßnahmen wie der Erweiterung schwarzer Gewerkschaften. »Totale Strategie« nennt die Regierung diesen Machtkampf.

Der Mann, der in Johannesburg den großen Streik der Busfahrer und Müllmänner führte, ist der 44jährige Joseph Mavi, selbst ein Busfahrer. Nur mit großen Mühen gelingt es mir, ihn eines Abends in der Wohnung von Bekannten zu treffen.

Er erzählt, daß er seit Monaten nicht mehr bei seiner Familie in Soweto zu übernachten wagt, weil er sich bedroht fühlt. Mavi lebt inzwischen nicht mehr. Wenige Tage nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik ist er angeblich bei einem Autounfall ums Leben gekommen.

Wie schwarze Arbeiter über einen Wirtschaftsboykott gegen Südafrika denken, wollte ich von Mavi wissen. »Den Weißen hier geht es in allererster Linie ums Geld. Wenn die Geschäfte nicht mehr liefen, würden sie sehr schnell nachgeben.« Mavi bestritt nicht, daß die schwarze Bevölkerung bei einem Boykott erst einmal noch mehr leiden müßte als bisher. »Aber wir leiden seit vielen Jahren, deshalb sind wir bereit, für eine Weile noch mehr zu leiden. Es kommt darauf an, daß das System, das unsere Leiden verursacht, verschwindet.« Und dann fügt er hinzu: »Ihr Europäer sprecht immer von friedlichem

Wandel. Ihr könntet ihn sehr schnell haben, aber wir haben den Eindruck, ihr wollt ihn gar nicht, ihr wollt lieber eure Geschäfte mit den Rassisten.«

Südafrikas Wirklichkeit ist nicht zu erfassen, wenn man nicht die Bedingungen der von der weißen Regierung geschaffenen sogenannten Homelands für die Schwarzen miteinbezieht.

Mein Plan, mit zwei Arbeitern aus Soweto ihre Familien im fast 1.000 Kilometer entfernten Homeland Transkei zu besuchen, scheitert kurz vor der Abfahrt. So nehme ich tagsdrauf einen Leihwagen und fahre von der Hauptstadt Pretoria ins nächstgelegene Homeland Bophutatswana. Der Gegensatz könnte krasser kaum sein: Pretoria ist eine reiche Stadt. Aufwendige Geschäfts- und Bürohäuser, teure Autos, gepflegte Grün- und Parkanlagen und weiße Wohnviertel, die von Luxus strotzen. Verläßt man die Stadt in nördlicher Richtung, liegt links und rechts der Straße bald unbebautes, ödes Land. Die Fahrt wird immer eintöniger. Plötzlich, nach etwa 25 Kilometern, tauchen ein Busbahnhof und eine größere Siedlung auf. Schnurgerade Straßen und kleine Häuser in Reih und Glied, die in ihrer Monotonie an Soweto erinnern, nur daß sie neuer sind. Soshangure heißt dieser Ort, und damit sind wir in Bophutatswana, einem »unabhängigen Staat« mit einem eigenen Präsidenten, eigenen Pässen und einer eigenen Botschaft in Pretoria. Irgendwo haben wir auf der Straße, ohne es zu merken, die Grenze zu Bophutatswana passiert. Grenzpersonal oder Kontrollen gibt es nicht. Entlang der Landstraße geht nun ein Ort in den anderen über, Mabopane, Ga Rankuwa und dann Winterveld. Winterveld ist besonders schlimm dran. Mehr als 300.000 Menschen leben hier, und doch gibt es keine Wasserleitungen, keine Kanalisation, keine Elektrizität, keine öffentlichen Schulen, kein Krankenhaus und keine Polizei. Ein Slumgebiet, auseinandergezogen über zig Kilometer. Auf dem Friedhof sehe ich viele Kindergräber. Ein Pastor erklärt mir: »Hier sterben so viele Kinder, daß, wenn sie weniger als drei Monate alt sind, die Eltern sie gar nicht auf dem Friedhof, sondern hinter dem Haus begraben.«

Winterveld wurde in den 30er-Jahren in Grundstücke von je zehn Hektar aufgeteilt, die an Schwarze verkauft wurden. Der Boden gibt nicht viel her, es regnet zu wenig. Heute verkauft, wer hier Land besitzt, Wasser aus seinem privaten Brunnen - öffentliche gibt es nicht - oder baut Behelfsunterkünfte und vermietet sie. An Pendler, die morgens mit dem Bus zur Arbeit ins weiße Industriegebiet fahren und abends hierher zurückkommen. Daneben gibt es Tausende von Arbeitslosen, die in der Hoffnung leben, eines Tages ebenfalls eine Arbeit in der Industrie zu finden.

Nicht überall in Bophutatswana sind die Lebensbedingungen so trostlos wie in Winterveld. Aber was der Sinn der Homeland-Politik ist, macht Winterveld ohne jede Beschönigung klar: Reservoirs schwarzer Arbeitskräfte zu schaffen, aus denen sich die Industrie nach Belieben bedienen kann, ohne irgendwelche sozialen Verpflichtungen zu übernehmen « Für Kranke und Arbeitslose, für Schulen, Altersversorgung und Gesundheitswesen ist dann die schwarze Homeland-Regierung verantwortlich. Gleichzeitig löst die weiße Regierung ein Problem von größter strategischer Bedeutung: die Landverteilung. 86 Prozent des Landes wurden zu »weißem Gebiet« erklärt. Den Schwarzen wurden, obgleich sie vier Fünftel der Bevölkerung ausmachen, 14 Prozent zugewiesen. Um nun Millionen Schwarze aus ihren angestammten Lebensräumen vertreiben zu können, brauchte man »rechtliche« Grundlagen. Die Regierung beschloß, für jede der zehn wichtigsten ethnischen Gruppen der Schwarzen ein Homeland einzurichten, vier davon, Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei haben bereits die volle »politische Unabhängigkeit« erhalten, die sechs restlichen werden sie nach und nach ebenfalls bekommen. Am Ende, so wünscht es die Mehrheit der Weißen, gibt es dann keine schwarzen Südafrikaner mehr, sondern nur noch schwarze Gastarbeiter aus Bophutatswana, Kwazulu, Lebowa oder einem der anderen Homelands.

Wie eiskalt die Regierung dieses Ziel in die Tat umsetzt, geht aus einem Rundschreiben der »Behörde für Bantuverwaltung und Entwicklung« hervor: »Es ist anerkannte Regierungspolitik, daß die Bantus (Schwarzen) nur so lange in den europäischen Gebieten der Republik wohnen, wie sie ihre Arbeit dort anbieten. Sobald sie, aus welchen Gründen auch immer, arbeitsunfähig werden oder auf dem Arbeitsmarkt überflüssig, wird von ihnen erwartet, daß sie in ihr Herkunftsland oder den Teil des nationalen Gebiets zurückkehren, in den sie sich ethnisch einfügen, falls sie nicht in einem Homeland geboren und aufgewachsen sind.« Die Idee der Homelands ist maßgeblich von dem früheren Ministerpräsidenten Hendrik Verwoerd vorangetrieben worden. Er meinte, um die Vorrechte der Weißen nicht in Frage zu stellen, sollten die Schwarzen möglichst wenig Berührung mit ihnen haben. Getrennte Busse, Schulen, Krankenhäuser und Stadtteile reichten ihm nicht, er fand es zweckmäßiger, die Schwarzen in eigenen Homelands zu konzentrieren und aus diesen Arbeitskräfte zu entleihen.

In der Regel wurden Gebiete mit besonders unergiebigen Böden zu Homelands erklärt. Inzwischen sind mehr als zwei Millionen Schwarze zwangsweise in die. Homelands umgesiedelt worden, von kleinen Dorfgemeinschaften bis hin zu ganzen Stämmen. Und weitere Millionen sollen folgen.

Wenige Tage nach meiner Rückkehr lese ich auf einer Innenseite der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« eine kleine Meldung ihres Korrespondenten aus Johannesburg.

Serie von Bombenanschlägen in Südafrika - A.R. Johannesburg, 4. Juni. Zwei Bombenexplosionen haben in der Nacht zum Freitag in unmittelbarer Nähe der schwarzen Trabantenstadt Soweto das Eisenbahnverbundsystem nach Johannesburg vorübergehend lahmgelegt. Die Anschläge, bei denen keine Menschen zu Schaden kamen, folgten auf größere Attacken in den letzten Tagen auf Industrie- und Energieversorgungseinrichtungen in Natal und im Transvaal. Massive, von Hubschraubern der Luftwaffe unterstützte Polizei-Suchaktionen blieben bis zum Freitag ohne greifbares Ergebnis.

In vielen Fällen bleiben die Suchaktionen der Polizei ergebnislos. Das setzt voraus, daß die Saboteure ihre Vorhaben geschickt und sorgfältig organisiert haben. Und daß sie keine langen Fluchtwege zurückzulegen brauchen, weil sie von der schwarzen Bevölkerung am Ort versteckt und geschützt werden.

Sabotageakte dieses Stils - gegen Einrichtungen und nach Möglichkeit nicht gegen Personen - tragen die Handschrift des »African National Congress (ANC)«, den größeren der beiden Befreiungsbewegungen Südafrikas. Seit etwa vier Jahren vergeht kein Monat mehr ohne größere Anschläge.

Der 1912 gegründet ANC ist die älteste Befreiungsorganisation in Afrika überhaupt. Fast 50 Jahre lang hat er mit Appellen, Demonstrationen und passivem Widerstand gegen Diskriminierung und Ausbeutung gekämpft. Der ANC war geachtet, aber politisch blieb er weitgehend wirkungslos. Die Situation der Schwarzen wurde immer unerträglicher. 1960 beschloß der ANC, die Gewalt des Staates mit Gegengewalt zu beantworten und gründete seine Guerilla-Armee »Umkhonto we Sizwe« (Speer der Nation).

Seit 1978 tritt der ANC mit Sabotageakten immer stärker in Erscheinung und wird damit bei den schwarzen Südafrikanern immer populärer. Verhaftete ANC-Kämpfer werden als Helden gefeiert. Als im April 1979 Salomon Mahlangu im Zuchthaus von Pretoria hingerichtet wurde, gab es im ganzen Land heimliche Gedenkfeiern. Hunderte junger Männer und Frauen gehen über die Grenze, um sich vom ANC für den Guerilla-Krieg ausbilden zu lassen. Bei der Beerdigung Neil Aggetts wurden offen die schwarz-grüngelben Farben des ANC getragen. Die Zuversicht der schwarzen Südafrikaner ist größer geworden.

Manchmal trägt die Regierung auch selbst dazu bei. In diesem Jahr verabschiedete das Parlament ein Gesetz, wonach alle gesunden weißen Männer zwischen 17 und 60 Jahren in die Armee eingezogen werden können. Der liberale Oppositionsabgeordnete Roger Hulley erklärte dazu, solche Maßnahmen hätten auch in Rhodesien das Ende der weißen Minderheitsherrschaft signalisiert.

---

*Alle Namen von Privatpersonen sind geändert, um Repressionen durch die südafrikanischen Behörden zu vermeiden.

Kasten Seite 36

»Für uns schwarze Frauen ist die Ehe nichts wert«

Eine schwarze Südafrikanerin erzählt von der Zerstörung des Familienlebens durch das System der Wanderarbeit

Die Männer haben es gut in der Stadt mit ihren Freundinnen und dem Geld, während wir zu Hause mit leeren Taschen und leeren Versprechungen aushalten. Uns hat man total allein gelassen. Wir fühlen uns einsam in dieser Gegend (den Homelands, *die Red.),* die unsere Männer verlassen mußten, um Arbeit zu finden. Das ganze Jahr über und manchmal viele Jahre sind sie dann fort. Eigentlich tun uns unsere Ehemänner leid. Wir wissen, warum sie sich in der Stadt Mädchen nehmen - Männer sind Männer - und wir wissen auch, warum sie wollen, daß wir hierbleiben und für die Kinder und das Haus sorgen, denn wir haben kein Aufenthaltsrecht in den Städten. Unsere Männer arbeiten sich in Cape Town zu Tode und doch gibt es dort keine Sicherheit für sie.

Ich will erzählen, was manchmal mit uns passiert. Wir wollen es nicht hören, wir wollen nicht darüber reden, weil es schlecht ist und so weh tut. Wir werden gezwungen, unsere Ehemänner anderen Frauen, manchmal sogar unseren eigenen Schwestern, zu überlassen.

So geschieht es. Viele Monate lang habe ich nichts von meinem Mann gehört. Es kommt kein Geld mehr, auch wenn ich weine, es kommt einfach nicht. Meine Kinder sind hungrig. Ich bin hungrig. Kein Geld. Kein Essen. Meine Nachbarn leihen mir Geld, damit ich nach Cape Town fahren kann, um meinen Mann zu suchen. Es ist ein langer Weg. Ich bin müde, Ich bin hungrig. Man zeigt mir den Ort, wo mein Mann lebt. Es ist ein Männerwohnheim, ein großes graues Gebäude.

Ich halte meine Kinder fest an der Hand. Ich suche meinen Mann. Da finde ich seinen Bruder. Mein Mann schläft woanders, sagt er zu mir, aber er kommt manchmal. Seine Kleidung ist noch hier, aber in seinem Bett schläft ein anderer. Ich schlafe auf dem Boden, bis mein Mann kommt. Er freut sich nicht, mich zu sehen. Er ist wütend, verlegen, er sieht weg, aber schließlich erzählt er mir von dieser anderen Frau. Sie ist eine Hausangestellte. Sie hat ein Zimmer bei den Leuten, für die sie arbeitet. Sie hat das Recht, in Cape Town zu wohnen. Mir wird klar, daß diese Frau von dem Geld lebt,

das mein Mann und mir unseren Kindern hätte schicken sollen. Sie ist jetzt gut genährt und attraktiv. Ich bin abgemagert und häßlich in den Augen meines Mannes. Ich bin für meinen eigenen Mann eine Last geworden.

Er geht weg. Er geht zurück zu dieser anderen Frau. Es ist so schmerzhaft. Es ist so grausam. Und ich kann nicht mehr nach Hause zurück und die anderen ansehen. Ich habe nichts. Ich bin in die Stadt gekommen, weil ich Geld für zu Hause brauchte, und jetzt habe ich kein Geld und kein Zuhause. Sein Bruder und die anderen Männer aus dem Wohnheim müssen mir helfen. Sie geben mir sein Bett. Es ist in einem Raum mit ihnen. Sie leihen mir zehn Rand (ca. 2,50 Mark, *die Red.),* damit ich etwas zum Essen kaufen kann. Wenn ich es für einen höheren Preis wieder verkaufen kann, kann ich das, was übrigbleibt, behalten. Aber es ist zu wenig. Ich brauche Hilfe. ich bin gezwungen, mit Männern zu gehen, die mir hin und wieder fünf Rand geben. So bin ich eine »Stadt-Frau« für die Arbeitskollegen meines Mannes geworden. Sie sind verheiratet. Ich kenne sogar ihre Frauen. Ich wage nicht daran zu denken, was sie zu Hause sagen würden, wenn sie es wüßten. Es tut so weh. Und deshalb wollen wir Frauen nicht wissen, was unsere, Männer in den Städten tun.

Die Wohnheime werden immer wieder von der Polizei durchsucht. Frauen wie ich werden verhaftet, es sei denn, wir haben Geld, um uns freizukaufen, oder wir haben ein Baby auf dem Rücken gebunden. Und deshalb brauche ich ein Baby an der Brust oder in meinem Bauch. Aber wenn ich ein Kind bekomme, dann gibt es überhaupt keine Chance mehr, mit meinem Mann wieder zusammenzukommen. Das wäre der endgültige Bruch. Für uns schwarze Frauen ist die Ehe nichts wert. Sie hält uns wie in einer Falle gefangen.

Konkret 09/82, S. 38

Jürgen Saupe, Warner Poelchau

Schlapphut AG

Die Geheimdienste der Bundesrepublik sind eng mit der Industrie verfilzt. Für große Unternehmen werden von Bundesbehörden auch mal Pässe gefälscht.

Zu Feldkirchen-Westham im Bildungszentrum der bayerischen Industrie- und Handelskammer ging es um Wesentliches: »Ostblock-Nachrichtendienste und Linksextremisten bedrohen die Wirtschaft.« Am Pult standen Experten: Georg Pohl, früher in der Abteilung Terrorismus des Bundeskriminalamts tätig, Rudolf Kundörfer aus der Abteilung Staatsschutz beim bayerischen Landeskriminalamt und Dr. Kurt Weiß, damals Leiter der Schule des Bundesnachrichtendienstes. Vor ihnen saßen Experten: die Sicherheitsbeauftragten bayerischer Firmen, größtenteils ehemalige Mitarbeiter des BND, des Verfassungsschutzes oder der Kriminalämter von Bund und Ländern.

Die Zuhörer hatten ein spezielles Problem. Das iranische Schah-Regime lag in jenem Dezember 1978 in den letzten Zügen. »Was sollen wir mit unseren Leuten dort machen? Zurückholen?« Kurt Weiß gab einen Rat: »Wenn Sie da Probleme haben, können Sie sich immer vertrauensvoll an uns wenden. Wir beraten Sie gern in bezug auf Fragen des Mitarbeiter-Einsatzes im Ausland.«

Walter Merlin, bei Siemens Mitarbeiter in der Sicherheitsabteilung, die von dem früheren BND-Mann Oberst a. D. Ulrich Bauer geleitet wird, hörte das gerne. Denn es war abzusehen, daß sein Haus bald guten Rat brauchen werde.

Ein halbes Jahr später, im Sommer 1979, war es soweit. Die iranischen Revolutionäre hatten gesiegt, und die Siemens-Tochter Kraftwerks-Union (KWU) hatte ein Problem mit einem Mitarbeiter. Nicht etwa mit einem deutschen Monteur auf der Baustelle des Kernkraftwerkes im südiranischen Buschehr, sondern mit einem Iraner, der politisch für Siemens und die KWU viel Gutes getan hatte - zu viel, um im Staate des Ayatollah Chomeini nicht um seinen Kopf zittern zu müssen. Ihm mußte der Konzern helfen. Denn spräche sich herum, daß Siemens, KWU oder andere bundesdeutsche Konzerne ihre ausländischen Agenten in solchem Fall einfach - im Wortsinn - hängen lassen, welcher brasilianische, kenianische oder indonesische Politiker ließe sich dann in Zukunft noch so leicht anwerben?

Deshalb wandte sich der Sicherheitsbeauftragte der KWU, Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld, am 8. August 1979 »vertrauensvoll« an den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Klaus Kinkel (FDP). Höffer von Loewenfeld war in Pullach kein Unbekannter: er hatte einst in Bonn für den BND Kontakt mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Fritz Erler, gehalten und den BND-Agenten Helmut Bärwald, damals Leiter des Ostbüros der SPD, geführt.

Der Ehemalige wußte genau, welche Art »Beratung« er vom amtierenden Präsidenten des Amtes brauchte: einen gefälschten ausländischen Paß mit einem perfekt nachgemachten iranischen Einreise-Vermerk. Mit diesem Dokument sollte der gefährdete Iraner »ausgeschleust« werden.

Kinkel versprach, zu tun, was er könne. Zunächst informierte der Präsident am 14. August 1978 seinen Vorgesetzten, den Chef des Bundeskanzleramts Manfred Schüler (SPD). Der ließ sich detailliert informieren und stellte dann für die Mitwirkung des BND einige Bedingungen:

· der Vorstand der KWU muß informiert werden,

· der zu Rettende muß wirklich in Lebensgefahr sein,

· die Zahl der Mitwisser bei der KWU muß klein gehalten werden,

· es darf kein bundesdeutscher Paß verwendet werden,

· der Gerettete muß dem BND als Quelle zur Verfügung gestellt werden.

Drei Tage nach Schülers Genehmigung hatte Kinkel den KWU-Vorstandsvorsitzenden Klaus Barthelt in einem persönlichen Gespräch bereits informiert, und der BND hatte den Paß mit einem gefälschten Stempel versehen.

So steht die Geschichte in den Akten des BND. Sie ist nicht vollständig. Und wirklich vollständig kann sie auch hier nicht erzählt werden: Der iranische KWU-Mitarbeiter konnte nämlich trotz Bemühungen amtlicher Fälscher bis heute nicht ausgeschleust werden, Einzelheiten über seine Person und Arbeit für Siemens brächten ihn in Lebensgefahr. Sie werden deshalb auch hier selbstverständlich nicht genannt. (Der inständigen Bitten des BND und des Bundeskanzleramts an KONKRET hätte es nicht bedurft.) Aber einiges ist doch nachzutragen:

Den französischen Paß, den Höffer von Loewenfeld beim BND-Präsidenten Kinkel zum Zwecke der Fälschung abgab, hatte der Ministerialdirigent im bayerischen Innenministerium Dr. Hans Langemann - so die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses des bayerischen Landtags - im Münchner Bahnhofsviertel besorgt, nachdem er zuvor seinen Minister, Gerold Tandler (CSU), über den Bedarf der KWU informiert hatte.

Höffer von Loewenfeld gab den gefälschten Paß an den ehemaligen BND-Agenten M. weiter, der einst unter dem Decknamen »Pierre« (EVA-Agent 49) von Hans Langemann geführt worden war. Die Aktionen von M. für die KWU waren langwierig, umfangreich und teuer, sie sind festgehalten in einem Dossier, das M. im Frühjahr 1982 an Höffer von Loewenfeld geschickt hat. Doch trotz Spesen von 200.000 Mark, trotz der Einschaltung des israelischen Geheimdienstes MOSSAD, trotz Kontaktaufnahme zur PLO gelang es M. nicht, den Iraner herauszuholen. Er saß und sitzt, unerreichbar für seine deutschen Geschäftsfreunde, im Iran.

Dabei ist ein »Mitarbeiter« der KWU mehr als ein schlichter bezahlter ausländischer Agent eines deutschen Exportunternehmens, er ist ein Vertreter der nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, um dessen Schicksal sich höchste Beamte kümmern. So reiste Dr. Gerhard Ritzel, Leiter der Abteilung VI Bundesnachrichtendienst in Helmut Schmidts Kanzleramt, nach München eigens zu dem Zweck, in getrennten Gesprächen den Vorsitzenden der drei bayerischen Landtagsfraktionen äußerste Vorsicht bei der Erörterung der Aktion »Alte Kameraden« (so der Operationsname der Paßfälscher-Geschichte) im Untersuchungsausschuß zum Fall Langemann anzuraten. Ritzel war von 1977 bis 1981 Botschafter im Iran und - was für ein Zufall! - kennt die zu rettende Person natürlich persönlich.

Am reinsten verkörpert sich die nahtlose Identität der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Interessen in der Person des Friedrich-Wilhelm Höffer von Loewenfeld, der seine Arbeit als Sicherheitsreferent der KWU einen »Dienst am Vaterland« nennt: »Denn mir bedeutet der Begriff Vaterland noch etwas.« Ob jenseits von Mauer und Stacheldraht oder vor den Nato-Zäunen der KWU-Baustellen, immer hat es Höffer von Loewenfeld mit diesen »Roten« zu tun, und das sind »im Ernstfall doch alles Saboteure«.

Es ist freilich nicht nur das untadelige Feindbild solcher Ex-Schlapphüte, an dem die Unternehmer Gefallen finden: »Diese Leute sind doch als einzige für die Sicherheitsarbeit ausgebildet«, sagt der Geschäftsführer der »Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft« (ASW), Georg Pohl. Und »natürlich läßt so ein Nachrichtenmann, wenn er in der Wirtschaft sitzt, seine Verbindungen auch privater Natur zu seinen alten Kollegen nicht abreißen, das ist doch logisch«.

Georg Pohl weiß, wovon er redet. Er hatte sich beim BKA, wo er als Terror-Spezialist arbeitete, wegen Krankheit vorzeitig pensionieren lassen. Bereits ein knappes Jahr später heuerte der leitende Kriminaldirektor a.D. als Geschäftsführer der ASW an.

Als »Abwehrorganisation der Wirtschaft« hatte ein Unternehmer-Funktionär die ASW bei ihrer Gründung 1968 bezeichnet. Welche Funktion diesem von den Arbeitgeberverbänden (BDI und BDA) sowie vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) finanzierten Verein - neben Werkschutz- und Brandschutz-Seminaren - tatsächlich zugedacht war, formulierte ihr zeitweiliger Vorsitzender, der Mannesmann-Sicherheitsdirektor Norbert Hamacher, so: »Die ASW hat die bedeutsame Funktion, in wichtigen, die Wirtschaft tangierenden Sicherheitsfragen die Verbindung zu den zuständigen Bundesbehörden zu halten.«

Wenn Hamacher Verbindung sagte, dann meinte er Verbindung:

· Der erste Geschäftsführer der ASW war der frühere Mitarbeiter im geheimdienstlichen Forschungsamt der NS-Luftwaffe, der spätere baden-württembergische Verfassungsschützer und Sicherheitschef der Brown, Boveri und Cie (BBC), Walter Heidenreich.

· Sein Nachfolger wurde Hans-Joachim Kraaz, vormals beim schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz und stellvertretender Leiter des Amts für Sicherheit in der Bundeswehr (dem auch der Militärische Abschirmdienst MAD unterstellt ist). Der Oberst a.D. machte als ASW-Geschäftsführer den Unternehmern den Vorschlag, allen gut informierten Mitarbeitern jeglichen Kontakt mit Rentnern aus der DDR zu verbieten.

· Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft war zunächst der ehemalige Schutzpolizist Werner Baak. Ihm folgte 1974 der Kriminalbeamte Hans Otto. Und heute führt Fritz Seidler, ein ehemaliger Chef der Schutzpolizei, die Geschäfte.

· Geschäftsführer der Landesstelle für Betriebsschutz in Baden-Württemberg ist der frühere Chef des politischen Kommissariats im Stuttgarter Landeskriminalamt, Fritz Dürkes (SPD).

Doch die ASW ist beileibe nicht die einzige »Verbindung« zwischen der Großindustrie und staatlichen Sicherheitsbehörden. Zur Abwehr von Wirtschaftsspionage, Infiltrationsversuchen östlicher Geheimdienste und Sabotage - dazu rechnet Mannesmann Hamacher auch »das subversive Mittel, den Klassenkampfgedanken wieder aufleben zu lassen« - erhalten die Personalabteilungen von Betrieben, die sicherheitsempfindliche Aufträge bearbeiten oder generell »lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen« sind, umfangreiche Informationen über ihre Mitarbeiter vom Verfassungsschutz. Die »Sicherheitsreferenten oder Geheimschutzbeauftragten« müssen nur die Namen derer nennen, über die sie etwas wissen wollen. Zwar sollen - laut dem vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen »Handbuch für

Geheimschutz in der Wirtschaft« - »nur für den Auftrag unentbehrliche Mitarbeiter« durchleuchtet werden, aber der ministerielle Tip, »eine ausreichende Zahl von Ersatzkräften anzugeben«, erlaubt dann doch umfassende Überprüfung.

Neben der ASW und neben den staatlichen Geheimschützern verfügt die Industrie noch über eine ganze Kameradschaft eigener Kräfte, die sich wie ein privater Schatten-Geheimdienst ausnimmt:

· So beschäftigt die KWU neben Höffer von Loewenfeld auch den ehemaligen hessischen Verfassungsschützer Willi Bechthold.

· Sicherheitsreferent bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Ottobrunn ist Hans Wiechmann, bis 1965 Chef des Landesamts für Verfassungsschutz in Westberlin.

· Sicherheitsberater bei Krupp war lange Zeit der frühere Leiter der Lehrgruppe MAD an der Schule für Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Eins Karl Otto Leukefeld.

· Auf Leukefelds Empfehlung wurde Dietrich Hölzel, zuvor stellvertretender Kommandeur der Mainzer MAD-Gruppe, Sicherheitsberater der Dresdner Bank. Allein für die Schutztruppe, die den Vorstandssprecher und früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs umgibt, warb Hölzel acht Ehemalige von der Kripo, dem MAD und dem Bundesgrenzschutz an. Hölzels Nachfolger wurde 1980 Walter Sixt, zuvor beim MAD im Bereich Sicherheitsüberprüfungen tätig.

· Sicherheitsreferent bei der Mannheimer Zentrale von BBC ist der frühere Chef der Spurensicherung beim Bundeskriminalamt, Hans Fernstädt.

· Für die Sicherheit der Frankfurter Flughafengesellschaft sorgt der ehemalige Rauschgiftfahnder des BKA, Gustav Janßen.

· Die Sicherheitsabteilung des Elektrokonzerns Bosch leitet der ehemalige Offizier beim Bundesgrenzschutz, Schweigler.

· Als freiberuflicher Sicherheitsberater betreute der ehemalige BND-Mitarbeiter Gerhard Thiele die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.

· Sicherheitsreferent bei dem Nürnberger Waffenfabrikanten Diehl war bis 1980 Edmund Bellmann, früher in der operativen Abteilung des BND tätig.

· Nachdem Paul-Albert Scheerer wegen der Wanzen, die sein Dienst im eigenen Haus bei Mitarbeitern des Verteidigungsministers Georg Leber gelegt hatte, von der Spitze des MAD hatte zurürcktreten müssen, gründete er zusammen mit dem privaten Sicherheitsunternehmen DSW auf Schloß Altfresenburg (Schleswig-Holstein) eine »Schule für Wirtschafts- und Betriebssicherheit«, in der vorwiegend ehemalige Soldaten und Grenzschützer zu Werkschützern ausgebildet werden. Als Dozenten warb er unter anderen den ehemaligen Leiter der Abteilung »Staatsgefährdung« beim Nordrhein-Westfälischen LKA, Karl Heinz Franzmann. Der Kriminalhauptkommissar hatte sich vorzeitig pensionieren lassen, weil aufgeflogen war, daß er noch mehr Verständnis für die Informationsbedürfnisse der Industrie gezeigt hatte als eh schon üblich. Franzmann hatte für die Essener Detektei Kocks und deren Industrie-Kunden regelmäßige Personenüberprüfungen anhand der Polizeiakten und des Fahndungscomputers INPOL durchgeführt.

· Der ehemalige Oberregierungsrat des BKA Dr. Hans Kollmar gründete im pfälzischen Landau eine INFO GmbH, die sich auch als Wirtschaftsdetektei betätigt. Inzwischen wird dieser Unternehmensbereich von Manfred Heimbrodt, vormals BKA, geführt.

Selbstverständlich unterhält keiner dieser Herren unschickliche Beziehungen zu den Organisationen, die für Schutz und das Wohl der » Bundesrepublik Deutschland tätig sind. Der Fall Friedrich Boljahn ist nur die Ausnahme, die diese Regel bestätigt: Der ehemalige Beamte der politischen Polizei hatte als Werkschutzleiter bei Felten & Guilleaume ein 1. 150 Personalkarten umfassendes Archiv angelegt, mit Angaben, die nach Feststellung von Experten »nur aus Polizeiarchiven stammen« konnten.

Andererseits schrieb der » Sicherheits-Berater«, ein »Informationsdienst zu Problemen der Sicherheit in Betrieb, Unternehmen und Verwaltung«, über den Wert der »Ehemaligen« für die Unternehmer: »In vielen Fällen beschränkt sich die Qualifikation dieses Personenkreises lediglich auf gute Kontakte zu den Sicherheitsbehörden, aus denen Sie stammen.«

Eine typisch technokratische Kritik, die die Fähigkeiten ehemaliger Polit-Polizisten, Verfassungsschützer und Agenten an den Bedürfnissen mißt, die der gesetzlich einwandfreie Schutz eines Betriebes und seiner Anlagen stellt. Dazu braucht man keine gelernten Fahnder, Abhörspezialisten, Gesinnungsschnüffler, Paßfälscher und Agenten. Daß man aber gerade diese immer häufiger einstellt, macht klar, daß es nicht um en Schutz der Betriebsanlagen geht, wenn von

»Sicherheitsabteilungen« der Unternehmen die Rede ist. Es geht um die totale Funktionalisierung der staatlichen Polizei-, Staatsschutz- und Geheimdienstorgane zugunsten der Privatindustrie, nach dem Vorbild der Höffer/Kinkel/Ritzel-Aktion.

Es geht um den »Dienst am Vaterland« (Höffer von Loewenfeld), und das Vaterland buchstabiert sich im Bedarfsfalle nicht BRD, sondern KWU (oder BBC, MBB, usw.)

–

Konkret 09/82, S. 43

Otto Köhler

Konkret-Extra
IG-Farben – Die Geschichte einer bürgerlichen Vereinigung

Den Ersten Weltkrieg haben sie verlängert, den Zweiten vorbereitet. Sie versprechen Gesundheit und machen uns krank. Ihre Medizin soll dem Menschen dienen, doch Menschen starben an ihren Versuchen. Hitler war ihr Handlungsgehilfe, heute ist es ein Pinochet ebenso wie ein Börner. Die IG Farben AG ist in ihre Teile aufgelöst: BAYER, BASF, HOECHST sind stärker und gefährlicher denn je

Drei Hauptversammlungen im deutschen Sommer: *Hoechst, Bayer* und *BASF* - Nachfolger der mächtigen, und wie es scheint, zerschlagenen IG Farben. Ruhe bei Hoechst in Höchst. Der leicht zu erwerbende Krawall-Aktionär Kurt Fiebich im hellen Anzug, hält sich zurück. Er schimpft nur über die Verstaatlichungen in Frankreich (»größte Idiotie des Jahrhunderts«), bedauert, daß Innenminister Baum mit seiner »völlig irren Sorge um die Umwelt« noch immer amtiert (»Dieser Mann muß ganz schnell weg«) und nennt - das ist verdient - Finanzminister Lahnstein einen »vernünftigen Sozialdemokraten.« Ein Herr Marx tritt auf und hat Angst: Er will wissen, ob Hoechst etwa die Vorbereitung einer multirassischen Gesellschaft beabsichtige - »mir kommt es so vor«. Er meint die Werbung, auf der ein braunes, ein gelbes und ein weißes Kind Harmonie und - dank Hoechst-Medizin - strahlende Gesundheit demonstrieren. Der letzte Aktionär muß sich verirrt haben. Er will hier im Festsaal der Hoechst-Jahrhunderthalle vom Vorstandsvorsitzenden wissen: »Herr Sammet, es wird soviel getan, aber warum wird für die Leute nicht mehr getan, die im Werk Griesheim eine schwere Krankheit davongetragen haben.« Er spricht von seiner eigenen schweren Blasenkrankheit: »Viele Kollegen sind an diesem Leiden gestorben.« Chef Sammet kann ihm Beruhigendes sagen: »Herr Schubert« - er hat sich den Namen gemerkt - »wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie eine anerkannte Berufskrankheit.« Das aber werde durch die Berufsgenossenschaft entschädigt. So bedauerlich das sei, es handele sich um einen echten Versicherungsfall und: »Die Berufsgenossenschaft tut, was sie kann.« Auch den Herrn Marx kann der Vorstandsvorsitzende beruhigen: über die genannte Werbung könne man natürlich »geteilter Meinung« sein, aber es habe weder etwas mit rassistischen noch antirassistischen Erwägungen zu tun. Aber bitte, es ist ein »gutes Recht, daß wir auch kritisiert werden.« Diesen Satz mag fünfzehn Tage später in der Kölner Kongreßhalle Bayer-Chef Herbert Grünewald und vor allem sein wütender Vorgänger Kurt Hansen - jetzt als Aufsichtsratsvorsitzender Leiter der Hauptversammlung - ganz bestimmt nicht mehr unterschreiben. Immer wieder unterbrochen, von Pfiffen, Protesten und Geschrei ihrer Mitaktionäre, immer wieder von Hansen ermahnt, nun aber schleunigst zum Schluß zu kommen, üben Umweltschützer, die sich mit einer Aktie das Rederecht erkauft haben, Kritik an dem Chemie-Konzern. Sie zählen auf, wieviele Gifte Bayer in den Rhein leitet, der immer noch der Trinkwasserversorgung dient: »Erstens Chloroform, zweitens Tetrachlorkohlenstoff, drittens Tetrachlorethylen ... « Viertens, fünftens, die Aufzählung nimmt kein Ende. »25. Blei, 26. Chrom, 27. Zink.« Aus den Niederlanden sind Greenpeace-Leute mit Aktie angereist und nennen »eine glatte Lüge«, was auf Seite 20 des allen vorliegenden Geschäftsberichtes steht: »Die Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee haben wir im März 1982 eingestellt.« Die Niederländer bezeugen, daß noch im April von Antwerpen aus 300.000 Tonnen Bayer-Dünnsäure in der Nordsee verklappt wurden. Die ungehorsamen Aktionäre wollen wissen, warum Bayer für ein geplantes Heizkraftwerk die neuen erfolgreichen Technologien zur Rauchgasentschwefelung ablehnt und so den sauren Regen vermehrt. Sie wollen wissen, was das Bayer-Werk in Brunsbüttel aus der Elbe gemacht hat (»Elbfische dürfen nicht mehr verkauft werden, weil sie derart mit Schadstoffen verseucht sind, daß ihr Verzehr lebensgefährlich ist«). Sie wollen wissen, warum Medikamente, die bei uns verboten sind, in der Dritten Welt vertrieben werden. Sie fragen nach den Ursachen für die Explosion im April und für das Gasunglück im Juni - beides im Werk Leverkusen. Sie wollen wissen, warum Bayer immer noch Pestizide produziert, die wegen ihrer Gefährlichkeit längst verboten sind. Und sie wollen sogar wissen, was ihnen doch nie verraten werden dürfte, ob Bayer Kampfstoffe produzierte. Und ob es richtig sei, daß eine Bayer-Tochter Miles den Kampfstoff »Agent-Orange« produziere und an die US-Armee liefere. Sie fragen, sie fragen, sie fragen - am Ende sind es über fünfzig Fragen - der Vorstand beantwortet zwei.

Einen Tag später, bei der Hauptversammlung im *BASF-Freize*itheim zu Ludwigshafen kann sich Aufsichtsratsvorsitzender Bernhard Timm beruhigt zurücklehnen. Artfremde Aktionäre haben sich bei der *BASF* nicht eingeschlichen. Ein unermüdlich Anekdoten erzählender Dauerredner von einer Aktionärsgemeinschaft wird per Zwischenruf aus dem Saal aufgefordert, doch lieber den Würstchenstand draußen zu frequentieren. Doch Timm läßt ihn reden, reden und reden. Der Aktionsschutzgemeinschaftsvertreter stellt nicht so unangenehme Fragen wie tags zuvor die Umwelt-Aktionäre bei *Bayer,* denen, Kollege Hansen immer schon nach wenigen Sätzen das Wort entziehen mußte.

Hoechst, Bayer und *BASF,* das sind die Erben von IG Farben, dem größten Industrieimperium im Dritten Reich. Wegen der Verbrechen, die dieser Konzern beging, haben ihn die Alliierten nach 1945 entflochten. Heute ist jeder der Erben für sich allein weit größer als einst die IG Farben. Zusammen - und die drei halten zusammen, was immer kommen mag - sind sie der fünftgrößte Konzern der westlichen Welt.

Carl Duisberg, seit 1912 Generaldirektor der Farbenfabriken *Bayer,* »verkörperte einen neuen Unternehmertyp und gab durch sein Leben Beispiel einer vielseitigen, im letzten Grunde reiner Menschlichkeit entsprungenen Leistung und einer Schule machenden industriellen Führungskunst«. So ist es zweifelsfrei in der von hervorragenden Wissenschaftlern herausgegebenen »Neuen Deutschen Biographie« (1959) nachzulesen. Dieser Humanist - er bekam auch der Ehre halber den Doktor der Theologie von der Universität Marburg, schrieb im ersten Kriegsjahr am 3. März 1915 dem Major Max Bauer, Organisator des Munitionsnachschubs bei der Obersten Heeresleitung, einen Brief über ein neues Mittel aus dem Hause *Bayer:* »Wie unangenehm es wirkt, ersehen Sie am besten daraus, daß ich fast acht Tage zu Bett gelegen habe, weil ich nur einige Male dieses scheußliche Zeug eingeatmet habe.« Leider überlebte der Industrietheologe, und er empfahl dem Nachschubmann, »stundenlang den Gegner mit diesem giftigsten aller gasförmigen Produkte«, mit Phosgen nämlich, zu behandeln. Er tat dies zur Ehrenrettung des deutschen Volkes. Denn - so konnte man 1932 in der wissenschaftlichen Untersuchung »Die chemische Waffe« von Ulrich Müller nachlesen: »Die Verunglimpfung der chemischen Waffe ist vielmehr ganz offenkundig nur ein Glied in der Kette der Verunglimpfungen des deutschen Volkes, das vermöge seiner hochstehenden Wissenschaft und Technik den wirkungsvollsten Gebrauch davon zu machen verstand.«

Das zunächst von Duisberg vorgeschlagene Phosgen funktioniert nach dem genannten Lehrbuch so: »Der Atem wird immer kürzer und stoßweiser, bis schließlich der Tod durch Ersticken eintritt. Dieser Verlauf der Phosgenvergiftung erstreckt sich je nach der Menge des aufgenommenen Giftes über einige Stunden bis zu drei Tagen. Das volle Bewußtsein bleibt auch bei dem schwersten Verlauf bis zum letzten Augenblick erhalten. Der Phosgentod ist also als ein ganz allmähliches Ertrinken im eigenen Blutserum aufzufassen.«

Duisberg, dieser geniale Unternehmer, setzte sofort die volle Kraft von *Bayer* für diese neue Waffe ein. Er hatte dabei das besondere Glück, auf das naturwissenschaftliche Genie eines der »bedeutendsten Vertreter der modernen Chemie« zurückgreifen zu dürfen: der »in hervorragendem Maße Forschung und technische Auswertung vereinen konnte« (Großer Brockhaus 1979): auf Professor Fritz Haber, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie, dessen »Büro Haber« im Kriegsministerium die Giftgasversuche koordinierte.

Nach einem mißlungenen Test an russischen Truppen mit Chlorkohlenoxyd von *Bayer* setzte Fritz Haber auf Chlor, das leicht aus deutschen Rohstoffquellen gewonnen werden konnte. Im Frühjahr 1915 stand die deutsche Gaswaffe bereit, um Deutschland zum Sieg zu führen. Der erste große Gasangriff am 22. April bei Ypern war ein glänzender Erfolg der deutschen Chemie-Waffe: 15.000 Feinde wurden ausgeschaltet, 5.000 für immer. An der Front entstand eine 10 km breite Lücke. Die deutschen Truppen hätten sofort auf die Kanalküste vorstoßen können. Doch wo deutscher Unternehmergeist sich bewährte, versagten die Militärs. Sie hatten keinerlei Vorsorge getroffen, um den Sieg der Chemie-Waffe zu nutzen. Haber konnte später behaupten, wenn die Deutschen sofort mit einer starken Truppeneinheit durch die vom Gas gerissene Lücke vorgestoßen wären, hätten wir den Krieg 1915 gewinnen können. Haber - stets mit dem festen Rückhalt von *Bayer* - *arbeitete* unverdrossen weiter. Und er scheute im Interesse der großen Sache auch nicht vor persönlichen Opfern zurück. Seine Frau, die Chemikerin Dr. Clara Immerwahr, hatte ihn immer wieder bedrängt, er solle sich doch nicht an der Herstellung von Gaswaffen beteiligen. Voller Würde antwortete Haber, seine erste Pflicht gelte dem Vaterland. Doch die Ehefrau schreckte nicht einmal davor zurück, den Mann durch Sentiments unter Druck zu -setzen. Am Vorabend des Tages, da ihn die Pflicht zu neuen Gasversuchen - Phosgen kam zum Einsatz - an die Ostfront rief, beging Clara Selbstmord.

Da jetzt der Feind vor der Gaswaffe gewarnt war, führte sie Deutschland nicht mehr zum Sieg. Doch die deutsche chemische Industrie verhinderte wenigstens eine schnelle Niederlage und sorgte so dafür, daß der Krieg sich zum Weltkrieg erweitern und fünfzig Millionen Tote erzielen konnte. Denn eigentlich hätte das Militär schon nach spätestens zwölf Monaten kapitulieren müssen, wäre nicht die *BASF,* die Badische Anilin & Sodafabrik, als Retter in der vaterländischen Not aufgetreten. Die Generäle hatten mit einem raschen Sieg gerechnet und dabei übersehen, daß man, wenn es doch etwas länger dauert, Nitrat aus Chile zur Herstellung neuer Munition braucht. Der Weg nach Chile war von den Engländern blockiert. Doch einer dachte weiter und rettete unseren Krieg: der Geheime Kommerzienrat und *BASF-Chef C*arl Bosch, der sich »durch tiefe wissenschaftliche Bildung, technischen Wagemut, geschäftlichen Scharfblick und aufrechte Gesinnung« (»Neue Deutsche Biographie« 1955) auszeichnete.

Er hatte rechtzeitig überlegt, daß man zum Totschießen von Menschen Munition und für die Munition Nitrat braucht, und diese Vorsorge erwies sich als Segen für die *BASF.* 1915 konnte Bosch melden, daß die *BASF* die Massenproduktion synthetischer Nitrate beginnt - der Munitionsnachschub war gerettet. Die *BASF,* die sich ihre Nitrat-Forschung vom Staat

reichlich hatte subventionieren lassen, konnte bis zum Kriegsende vom Tod des Feindes eine Traum-Dividende von 25 Prozent an ihre Aktionäre zahlen.

Die gemeinsame Sorge für die Giftgas-Produktion hatte die großen Chemiekonzerne zusammenwachsen lassen. Carl Duisberg von *Bayer* schlug deshalb den deutschen Farbenproduzenten vor, sich zu einer einzigen Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. Im August, 1916 vereinten sich die großen Drei *BASF, Bayer, Hoechst* zusammen mit fünf weiteren Chemie-Unternehmen (Agfa, Casella, Griesheim-Elektron, Kalle und Weiler-ter Meer) zur »Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenindustrie«, die sich seit 1925 schlicht »IG Farben AG« nannte und mit einem Aktienkapital von 650 Millionen Mark Europas größter Industrieverband wurde.

Vorsitzender des Aufsichts- und Verwaltungsrates der neuen Interessengemeinschaft wurde der Giftgas-Förderer Carl Duisberg von *Bayer* und Vorstandsvorsitzender der Kriegsretter Carl Bosch von der *BASF.* Im Monat nach der Gründung der Interessengemeinschaft erschien Duisberg bei der Obersten Heeresleitung und trug dort Hindenburg und Ludendorff ein ernstes Problem vor: den Arbeitskräftemangel und die steigenden Löhne. Dagegen helfe nur eines, »das belgische Arbeitskräftereservoir zu öffnen«. Das neutrale Belgien war 1914 von Deutschland überfallen worden. Freiwillig ließ sich - das wußte der Ehrentheologe Duisberg - sein Arbeitskräftereservoir nicht öffnen. Also mußte man es anders machen. Zwei Monate nach der Unterredung begannen deutsche Soldaten damit, belgische Arbeiter zur Sklavenarbeit in deutsche Fabriken zu verschleppen - insgesamt 60.000. Doch die verschleppten Belgier weigerten sich zu arbeiten und die Anteilnahme der Weltöffentlichkeit war damals noch so groß, daß das Zwangsarbeitsprogramm abgebrochen werden mußte. Duisberg blieb nur, Lohnstopp und Streikverbot für die Deutschen zu fordern und den von der Regierung geplanten Preis- und Gewinn-Stopp zu bekämpfen.

1918, nach dem Zusammenbruch der Front, retteten sich Duisberg und Haber aus Furcht, als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt zu werden, zunächst einmal in die Schweiz. Vergebens für den Giftgas-Kämpfer Haber - vor dem Nobelpreis für Chemie des Jahres 1918 konnte er sich nicht mehr in Sicherheit bringen.

Munitionshelfer Bosch - er bekam den Chemie-Nobelpreis erst 1931 - fuhr derweil mit der deutschen Waffenstillstandsdelegation nach Versailles, um dort die Interessen der Interessengemeinschaft zu vertreten. Die Franzosen wollten aus gutem Grund die Demontage aller Rüstungsfabriken - und Bosch hielt dagegen, ein welch vorzügliches Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus doch ein starkes Deutschland sei. Der frischerwählte Nobelpreisträger Fritz Haber (New York Times: »Man fragt sich, warum der Nobelpreis für Literatur nicht an den Mann fiel, der General Ludendorffs tägliche Berichte verfaßte«) war seltsamerweise der einzige IG Farben-Mann, der in die von den Alliierten erstellte Kriegsverbrecherliste eingetragen wurde - und selbst er mußte auf Intervention der sozialdemokratisch geführten deutschen Regierung wieder gestrichen werden.

Solange nicht klar war, daß die NSDAP die Macht erringen werde, setzten die IG Farben auf alle bürgerlichen Parteien. Der Koordination dieser Aktivitäten diente von 1925 bis 1933 der sogenannte Kalle-Kreis, in dem sich IG-Vertreter aus allen Parteien berieten und absprachen. Für diese Diversifikation der politischen Investitionen sorgte Duisberg, der selbst bis 1918 der rechtsextremen »Deutschen Vaterlandspartei« (DVLP) nahestand. Er hatte inzwischen aus den USA gelernt, daß die großen Unternehmen mit ihren Zahlungen immer auf beide großen Parteien setzen, um im parlamentarischen Stimmenrennen stets auf der Seite der Sieger zu stehen. Bei der Gründung einer sogenannten »Staatspolitischen Vereinigung« - so heißen heute noch Organisationen der Wirtschaft zum Ankauf unserer Parteien - hatte Duisberg am 26.11.1926 in Berlin vor wichtigen Wirtschaftsführern sein Bekenntnis zum demokratischen Staat abgelegt:»In Amerika hat man die Lösung gefunden, wie wir sie heute annehmen wollen. Dort wird die ganze Politik von einem Gremium von Wirtschaftlern gemacht. Vor jeder größeren Frage kommen sie zusammen, sprechen sich aus und setzen dann die Richtlinien zusammen, nach denen sie arbeiten. Da muß ich einen Punkt berühren, der von großer Bedeutung ist, und das ist die Geldfrage. Daß wir uns verständigen, unterliegt keinem Zweifel, über viele Fragen sind wir uns gewiß einig. Vernünftige Menschen verständigen sich immer. Aber wenn wir uns verständigt haben, was dann? Es geht nicht so, daß ich nach einer solchen Verständigung nun z.B. im Reichsverband (der Deutschen Industrie) die gefundene Verständigung einfach durchsetzen kann, das kann ich gar nicht. Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik. Wo werden alle diese Dinge entschieden? Dort drüben im großen Haus (Reichstag). Und was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld! Das war auch die Frage in Amerika. Und da hat man die nötigen Summen aufgebracht. Daher müssen Sie sich darüber klar sein, daß die Herren, die zusammenkommen, auch das Geld aufbringen müssen. Mit der Vernunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben!«

Jede Reichtagswahl, so sagte später IG-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler als Kriegsverbrecher in Nürnberg aus, habe die IG schätzungsweise 400.000 Mark gekostet - und das war damals sehr viel Geld. Da konnte die letztendliche Konzentration auf einen Zahlungsempfänger, der eine zuverlässige Politik treibt, nicht unwillkommen sein.

Doch zwischen der Interessengemeinschaft Farben und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gab es atmosphärische Schwierigkeiten. Immer wieder kam es in der Nazipresse zu Angriffen auf die IG, in der sie als Instrument

des internationalen jüdischen Finanzkapitals angeklagt wurde - tatsächlich hatte die NSDAP bis 1932 keine Finanzspritzen von der IG bekommen. Duisberg fand die Angriffe der Nazis ungehörig und ließ am 6. Juni 1931 durch seinen Sekretär und Pressesprecher Heinrich Gattineau (1923 beim Hitler-Putsch im Bund Oberland, 1933 SA-Sturmbannführer z.b.V., nach seinem Freispruch in Nürnberg 1948 Vorstandsmitglied im Bund katholischer Unternehmer und Vorstands-Vorsitzender der Wasag-Chemie in Essen und der *BASF* eigenen Guano-Werke in Hamburg) dem NS-Geopolitiker Karl Haushofer einen Brief schreiben: Es sei doch nun wirklich genug, daß die IG Farben unter den Angriffen von Kommunisten und Sozialdemokraten zu leiden haben - hätten es die Nationalsozialisten nötig, das Gleiche zu tun? Die Führung der IG bestehe aus Christen, die sich in harter Arbeit nach oben gearbeitet hätten. Haushofer solle doch mal mit »Herrn H.« darüber reden. Herr H. begriff - die Angriffe gegen die IG Farben wurden eingestellt.

Schon am 23. Juni 1931 stellte IG-Aufsichtsratsvorsitzender Duisberg als Vorsitzender des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI) bei der 100-Jahr-Feier der IHK Düsseldorf fest: »Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.«

Im Juli 1932 wurde die NSDAP stärkste Partei und Herr H. wollte Kanzler werden. Farben-Vorstandsvorsitzender Bosch hielt es jetzt für dringend geboten, Hitlers Positionen auszuloten. Durch Gattineau über Haushofer und Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß ließ er ein Treffen mit dem IG-Direktor vermitteln, der für das gewaltige Zukunftsprojekt der IG Farben zuständig war: Heinrich Bütefisch, Direktor in Leuna und eine Kapazität auf dem Gebiet der synthetischen Herstellung von Benzin, die Deutschland von Öllieferungen unabhängig machen sollte. Bei den IG Farben bangte man, ob Hitler die Bedeutung des Projekts ermessen könne.

Aber ach, zwei Seelen waren es, doch ein Gedanke. Hitler begriff sofort, wie wichtig die synthetische Herstellung von Benzin für seine Kriegspläne sein würde. Später, in der Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Leuna-Werke erinnerte sich Bütefisch an das historische Ereignis. Dort wird geschildert, wie wenig Verständnis die »Systemregierung« der Weimarer Republik den Wünschen der IG Farben entgegengebracht hätten. Trotzdem haben Geheimrat Bosch und sein Leuna-Werke-Geschäftsführer Carl Krauch mit einer inneren Rastlosigkeit an dem Projekt gearbeitet: Sie kürzten alle Zeitvorgaben und trieben den Bau der Fabriken so sehr an, daß dies bei Leuten, die nur auf wirtschaftliche Gesichtspunkte achteten, Kopfschütteln hervorrufen mußte. Dadurch hätten sie dem Wiedererwecker des Deutschen Volkes, dem Führer Adolf Hitler, seine wichtigste Entscheidung leichter gemacht: Ohne dieses Drängen wäre die sichere Gewißheit, daß Deutschland unabhängig von fremden Importen von Motoröl für die Luftwaffe und für die wichtigsten Gliederungen der übrigen Wehrmacht sei, höchst zweifelhaft gewesen. Bütefischs Erinnerung an das entscheidende Treffen mit dem Führer: »Es war ein lieblicher Sommertag im Juni 1932. Der Reichstag war soeben aufgelöst, der Wahlkampf war in vollem Gange.« Bütefisch war am Abend zuvor zusammen mit Gattineau in München eingetroffen und wartete den ganzen Vormittag darauf, bei Hitler vorgelassen zu werden: »Endlich um 16 Uhr 30 trat der Führer ein und begrüßte uns. Er wußte sofort, warum wir gekommen waren und sagte: 'Meine Herren, bitte entschuldigen Sie, wenn ich stehen bleibe. Sie werden verstehen, daß mich gerade jetzt der politische Kampf ganz besonders beschäftigt. Aber ich betrachte das Benzin-Problem als so wichtig, daß ich mich zwingen will, meine natürliche Müdigkeit durch Stehen zu überwinden.'« Und dann hielt er erst einmal - »klar und überzeugend« - vor seinen beiden Gästen einen Vortrag über seine wirtschaftlichen Ziele.

»Als der Führer geendet hatte, konnte ich nur noch sagen, daß ich seinen Worten nichts hinzuzufügen hätte: Alles, was ich ursprünglich vorbringen wollte, hatte der Führer schon gesagt. Dann erlaubte mir der Führer, auf einige technische Einzelheiten einzugehen und verblüffte mich wieder und wieder durch sein erstaunliches Verständnis für technische Angelegenheiten.«

Die Unterredung, ursprünglich nur auf eine halbe Stunde angesetzt, dauerte zweieinhalb Stunden. Als Reichskanzler werde er, so versprach Hitler, die IG Farben politisch und finanziell unterstützen. Dann entließ der Führer - ein dreiviertel Jahr vor seiner Machtübernahme - die IG-Farben-Delegation mit den Worten: »Ich habe die technische Ausführung in Ihre Hände zu legen, das ist Ihre Aufgabe. Aber unser Weg ist der gleiche. Und ich hoffe, daß dieser Weg bald zu einer ungeheueren Stärkung unseres Deutschlands führen wird.« Bütefisch: »Wir fuhren zurück in dem stolzen Bewußtsein, einen tiefen Blick in den Gang der Geschichte geworfen zu haben und mit der Bestätigung des künftigen Führers des deutschen Volkes, daß unser Ziel richtig und unser Werk von größter Bedeutung sei.« Und Geheimrat Bosch äußerte nach dem begeisterten Bericht seiner beiden Abgesandten gedankenvoll über den Führer: »Der Mann ist vernünftiger, als ich dachte«.

Diese Einsicht des IG Farben-Führers zahlte sich schon im Februar 1933 für Herrn H. aus. Reichstagspräsident Hermann Göring bat die Spitzen der Industrie in sein Haus - am 5. März sollte gewählt werden. »Wirtschaft und Politik lassen sich« - sprach Hitler - »nicht trennen.« Und: »So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Weg fallen.« Jetzt müsse die Entscheidung fallen zwischen einer »staatserhaltenden und einer kommunistischen Lebensform«. Denn es sei »ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt,

während ein anderer Teil das Privateigentum ablehnt. Solch ein Kampf zerreißt ein Volk.«

Drei Millionen müsse sich die deutsche Wirtschaft das kosten lassen - aber dann sei auch für die nächsten zehn, ja vielleicht hundert Jahre Schluß mit den Wahlen. Baron Georg von Schnitzler, als zuständiges Vorstandsmitglied (Verkauf) mit drei IG-Farben-Kollegen zum Unternehmertreffen mit dem Führer geladen, hatte für solche Töne ein offenes Ohr. Unter allen anwesenden Wirtschaftsführern zeichnete er für seine Firma die höchste Summe: 400.000 Reichsmark - soviel wie die IG Farben sonst bei jeder Wahl für alle Parteien zusammen zahlen mußte. Doch dieses Mal war es für den Konzern eine segensreiche Investition, die reiche Zinsen tragen sollte.

Gewiß, in den folgenden Jahren gab es auch Mißhelligkeiten. Bosch setzte sich nachdrücklich für seinen Geschäftsfreund Fritz Haber ein, der jetzt als Jude verfolgt wurde, obwohl er sich doch mit seinem rückhaltlosen Einsatz für den Gaskrieg als pflichtbewußter Deutscher erwiesen hatte. Bosch warnte Hitler, daß die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler die deutsche Physik und Chemie um hundert Jahre zurückwerfen würde. Hitler schrie: »Dann werden wir eben hundert Jahre lang ohne Physik und Chemie arbeiten!« Fortan entwickelte der Führer eine Animosität gegen Bosch, die dieser treudeutsche Mann wirklich nicht verdient hatte.

Doch der IG-Farben-Mann war nicht nachtragend. Noch im selben Jahr, in dem ihn der Führer so brüsk zurückwies, schrieb der Aufsichtsratsvorsitzende - vorher unvorstellbar - in einer Gewerkschaftszeitung, freilich der neuen Art, zum Ruhme Hitlers. In dessen Arbeitslagern werde die »verkommende Arbeitslosenjugend« - so schrieb Bosch im »Informationsdienst der Deutschen Arbeitsfront« - bald wieder zu »fröhlichen Menschen«. Und: »Zusammenfassend stelle ich als Wirtschaftler, der die Verantwortung für ein großes Unternehmen mit hunderttausend arbeitenden Menschen trägt, auf Grund meiner eigenen Erfahrungen fest, daß es der entschlossene Wille der nationalsozialistischen Regierung war, der den Weg gefunden hat... eine endgültige Lösung der Krise in nahe Zukunft zu rücken.«

An dieser Endlösung der Krise arbeitete IG Farben an vorderster Front mit. Schon im Juni 1933 wurde der Konzern am Aufbau einer illegalen Luftwaffe beteiligt, einem der geheimsten Unternehmen des Dritten Reichs. Im Dezember unterzeichnete Bosch einen Vertrag, in dem ihm die Regierung die Abnahme sämtlichen Öls garantierte, das die Leuna-Werke produzierten. Schon im März 1935 verfaßten die IG Farben eine Denkschrift für das Reichswehrministerium »zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg«. Der Konzern verlangte eine »wehrwirtschaftliche Neuorganisation«, die »den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einen straff militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert.« Die gesamte Planung für Rohstofffragen müsse »unter einheitlicher zentraler wehrwirtschaftlicher Leitung« stehen. Bei aller »straffen Zentralisation der Planung« sei aber die »private Entwicklungsfreudigkeit zu fördern«.

Um dies zu garantieren, übernahm ganz einfach IG-Vorstandsmitglied Carl Krauch in Personalunion die Abteilung Forschung und Entwicklung des von Göring geleiteten Rohstoff- und Devisenstabes. Dank dieser genialen Lösung hatten die IG Farben jetzt alles in der Hand. Die geheime Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan (»Die deutsche Armee muß in 4 Jahren kriegsfähig sein«) beruht voll auf den Unterlagen und Vorgaben, die eine IG-Farben-Kommission unter Leitung von Carl Krauch bereitgestellt hatte. Sie dient nicht zuletzt der privaten Entwicklungsfreudigkeit des Konzerns auf dem Gebiet der Herstellung von synthetischem Öl und Gummi. Denn Hitler durfte klagen: »Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten.« Und dann durfte Hitler aufgrund der Unterlagen von IG-Farben-Krauch sagen, was die IG Farben gern hatten: »In diesem Sinne ist die deutsche Brennstoffversorgung nunmehr im schnellsten Tempo vorwärtszutreiben.« Und: »Es ist ebenso augenblicklich die Massenfabrikation von synthetischem Gummi zu organisieren« - ein phantastisches Geschäft für die IG-Leuna-Werke und für die Buna-Erzeugung der IG Farben, vor allem da Hitler entsprechend der Vorlage hinzufügte: »Die Frage des Kostenpreises dieser Rohstoffe ist nicht von Belang.«

Göring wurde Hitlers Beauftragter für den Vierjahresplan zur Vorbereitung des Krieges. Der bisherige Rohstoff- und Devisenstab wurde in Amt für Vierjahresplan umbenannt und Krauch - noch immer gleichzeitig Vorstandsmitglied von IG Farben - saß wieder mitten 4n als Leiter der Forschungs- und Entwicklungsabteilung. »Der Vierjahresplan war praktisch ein IG-Plan«, hörte man aus dem Wirtschaftsministerium.

So wie der Erste Weltkrieg ohne die tatkräftige Hilfe des IG-Mitglieds *BASF* sein erstes Jahr kaum überlebt hätte, ebenso hätte Hitler seinen Krieg kaum gewagt, wenn er nicht die synthetischen Rohstoffe der IG Farben gehabt hätte. Verständlich, daß der Konzern darum auch einen Löwenanteil an Hitlers Raubzügen beanspruchte. Dabei achteten die IG Farben jedoch nach Möglichkeit stets auf eine gewisse Garnierung mit rechtlichen Formen. Gleich nach dem Einmarsch in Österreich kassierte die IG die Skoda Werke Wetzler, nicht ohne zuvor die Eigentümer zu einem formellen Vertrag erpreßt zu haben. Nach der Unterschrift durfte die SA den geschäftsführenden Direktor Isadar Pallack tottrampeln.

Am 30. September 1938, einen Tag nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens, telegrafierte der neue Vorstandsvorsitzende Adolf Schmitz an Adolf Hitler: »Unter dem Eindruck der von Ihnen, mein Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, stellt Ihnen die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung.« Das war die Provision für den tüchtigen Akquisiteur. Der Konzern nahm sich dafür ein Konkurrenzwerk, auf das er schon lange ein Auge geworfen hatte, den Aussiger Verein.

Als dessen Direktoren die Übergabeverhandlungen verzögerten, erklärten die neuen Herren, man werde sich bei Hitler beschweren und darauf hinweisen, daß »Aufruhr und Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung« im Sudetenland unvermeidlich sei - und dann werde Hitler auch noch den Rest der Tschechoslowakei unter seinen Schutz nehmen. Für Polen hielt IG Farben schon die Wunschliste bereit, bevor Hitler mit seinem Spruch »Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen« den Zweiten Weltkrieg eröffnete. Unmittelbar hinter den einmarschierenden deutschen Truppen fiel Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler in Polen ein und telegrafierte nach Berlin: »Im Laufe der nächsten Tage werden aller Voraussicht nach vier polnische Farbstoffabriken in deutsche Hände fallen.« Dort seien »erhebliche und wertvolle« Vorräte, deren Verwertung »im Interesse der deutschen Volkswirtschaft« durch Sachverständige erfolgen müssen. Aber: »Nur die IG ist in der Lage, diese Sachverständigen zu stellen.«

Zurück, verkündete er eine Woche später in Berlin, nur die IG sei auch in der Lage, die polnischen Fabriken zu betreiben. Doch der zuständige General im Wirtschaftsministerium teilte der IG nur drei von den vier gewünschten Fabriken zu. Empört wandte sich Schnitzler direkt an Göring. Doch der konnte nicht helfen, denn in Polen hatte Himmler das Sagen. Also arrangierte sich die IG mit der SS, die in Polen schon mit den Massenerschießungen begonnen hatte, und bekam alle Fabriken, die sie wollte.

Die Zusammenarbeit mit der SS schuf die Grundlage für ein kühnes Projekt freien Unternehmertums, das es in der bisherigen Geschichte noch nicht gab. Gewiß, Sklavenarbeit ist eine vertraute historische Erscheinung und IG-Theologe Duisberg hatte im Ersten Weltkrieg als Bayer-Chef in Zusammenarbeit mit dem Militär ein Zwangsarbeitersystem einzuführen versucht. Und schon zu Beginn des Zweiten Weltkriegs holte sich die IG aus Frankreich, dessen Chemische Industrie sie ebenso plünderte wie die der anderen von der Wehrmacht eroberten Länder, sogenannte »geschlossene Einheiten«, die in deutschen IG-Betrieben Sklavenarbeit verrichten mußten. Doch was jetzt unter dem offiziellen Namen »IG Auschwitz« in die Geschichte einging - nein nicht einging, denn mit Rücksicht auf die heute nicht als kriminell angesehenen Nachfolgeorganisationen *BASF, Bayer und Hoechst* unterschlagen die meisten Darstellungen den IG-Anteil an Auschwitz - das sprengt geläufige Vorstellungen von Zwangsarbeit.

Um den Kautschukbedarf für den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion zu decken, verlangte das Reichswirtschaftsministerium am 8. November 1940 in einer geheimen Konferenz mit den IG-Vorstandsmitgliedern Fritz ter Meer und Otto Ambros die schnellstmögliche Ausweitung der Buna-Produktion - die IG mußte neue Fabrikationsstätten errichten. Krauch, in seiner Stamokap-Doppelposition, gab Ambros den Auftrag, einen Standort zu finden. Ambros suchte und fand ein Gelände, das ihm ideal schien: Reichsbahn, Autobahn, Kohlengrube, drei Flüsse in unmittelbarer Nähe, vor allem aber ein Konzentrationslager, das noch großzügig ausgebaut werden sollte. Da einerseits die Standortvoraussetzungen so günstig waren und andererseits der Verkauf der Buna-Produkte durch den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion garantiert war, verzichtete die IG Farben auf direkte Subventionen durch den Staat und errichtete die IG Auschwitz als rein privatwirtschaftliches Unternehmen. »Sie (IG) ist entschlossen, unter Einsatz ihrer besten Kräfte ein lebendiges Werk aufzubauen, das sich ebenso gestaltend auswirken wird wie die vielen Anlagen in West- und Mitteldeutschland. Die IG Farbenindustrie erfüllt damit eine hohe Pflicht, auf ihre Weise mitzuwirken und alle Kräfte einzusetzen, daß diese Industriegründung zu einem festen Eckpfeiler wird für ein kräftiges gesundes Deutschtum im Osten.« Dies erklärte am 7. April 1941 Vorstandsmitglied Ambros bei der Gründungssitzung der IG Auschwitz. Fünf Tage später schrieb er seinem Vorstandskollegen ter Meer: » ... und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.«

Wie segensreich, das schildert der amerikanische Rechtsanwalt Joseph Borkin (»Die unheilige Allianz der I.G. Farben« siehe Literaturhinweise). »Der Bau von I.G. Auschwitz sichert der I.G. einen einmaligen Platz in der Wirtschaftsgeschichte. Durch Übernahme der Nazimethoden konnten sie sich von den Gesetzen der traditionellen Sklavenwirtschaft lösen, wo Sklaven wie ein Investitionsgut behandelt wurden, um durch Pflege eine möglichst hohe Arbeitsleistung im Verlauf eines normalen Lebens zu erzielen. Für die I.G. verkamen die Häftlinge zu Rohmaterial, zu einem menschlichen Erz, dem man systematisch das Mineral des Lebens entzog. Wenn alle verwendbare Energie aus den Häftlingen herausgepreßt war, wurden sie nach Birkenau transportiert, wo die SS sie für das Recycling in die deutsche Kriegswirtschaft aufbereitete. Goldzähne für die Reichsbank, Haare für die Matratzenherstellung und Fett zur Seifenbereitung. Selbst die Klagerufe der Verurteilten wurden noch benutzt, um die verbliebenen Häftlinge zu größeren Anstrengungen zu treiben.«

So segensreich die Zusammenarbeit war, manchmal gab es auch Grund zur Klage. Der Konstruktionschef von IG Auschwitz, Oberingenieur Max Faust, ein alter erfahrener *BASF*-Mann, der selbst manchmal mit dem Knüppel Hand anlegte, wenn es galt, Häftlinge zu züchtigen, schrieb in seinem Wochenbericht vom 31.10.1943: »Eine Sorge, die von Woche zu Woche brennender wird, bildet die ständig abnehmende Arbeitsmoral auf der Baustelle. So werden z.B. Reklamationen bei der Gestapo wegen Behandlung von uns gemeldeter Arbeitsbummelanten mit dem einfachen Hinweis beantwortet, daß sich die Gestapo nicht drängeln ließe. Diese Tatsache allein zeigt, daß man dort noch nicht erkannt hat, um was es geht. Bezüglich der Behandlung der Häftlinge habe ich zwar stets dagegen opponiert, daß Häftlinge auf der Baustelle erschossen oder halbtot geschlagen werden. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß eine Züchtigung in gemäßigten Formen unbedingt notwendig ist, um die nötige Disziplin unter den Häftlingen zu wahren.«

Zunächst hatte die IG auf die Vorräte des eingeführten Konzentrationslagers Auschwitz zurückgreifen müssen. Doch im September 1942 bekam die IG Auschwitz ein eigenes Konzentrationslager unmittelbar auf dem Firmengelände in Monowitz. Dadurch wurde das Programm der »Vernichtung durch Arbeit« weiter rationalisiert, weil der sieben Kilometer lange Weg entfiel und somit noch mehr Arbeitskraft aus den Häftlingen herausgeholt werden konnte. Der durchschnittliche Gebrauchswert eines Häftlings wurde mit neun Monaten veranschlagt. Danach war der Prozeß der Entkräftung soweit fortgeschritten, daß er zweckmäßigerweise durch einen neuen ersetzt und der endgültigen Vernichtung zugeführt wurde. Auch an diesem Endstadium profitierte IG Farben ebenso wie an der Behandlung derjenigen, die gar nicht erst einem Arbeitseinsatz, sondern sofort der Vernichtung zugeführt wurden. Doch davon später.

Selbstverständlich wollte die IG dem Vaterland auch für den Zweiten Weltkrieg mit derselben Waffe dienen, die uns und IG-Mitglied *Bayer* zum Sieg geführt hätte, wenn die Militärs nicht so begriffsstutzig gewesen wären. Schon am 21. Juli 1938 machte IG-Vorstands-Mitglied Carl Krauch in seiner Nebeneigenschaft als stellvertretender Leiter der Reichsstelle für den Wirtschaftsausbau »Vorschläge für die Nutzbarmachung der deutschen Chemie für die Landesverteidigung«, die unter anderem ein »Chemiker-Offizierskorps innerhalb der Wehrmacht« vorsahen. Krauchs Giftgas-Vorschläge beruhten - das erläuterte er - auf deutschen Charaktereigenschaften: »Die chemische Waffe ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlich-technischen Begabung der Deutschen entspricht. (Die gewisse bestehende Diffamierung ist ein Zeichen sentimentaler Kritiklosigkeit).« Vor allem aber biete - der gute Konzern denkt an sich selbst zuerst - »die im Rahmen des Wehrwirtschaftsausbaues auszuweitende und noch entstehende Industrie gewaltigen Ausmaßes... praktisch kaum begrenzte Möglichkeiten zur Erzeugung chemischer Waffen.«

Aber da gab es doch ein sentimentales Hindernis. Der Führer hatte als deutscher Frontsoldat im Ersten Weltkrieg eine Ladung Giftgas abbekommen und echt darunter gelitten. So fragte er bei allen Vorschlägen zur Eröffnung eines Gaskrieges immer wieder besorgt nach möglichen Gegenmaßnahmen des Feindes und ließ den Gaskrieg lieber sein.

Ganz allerdings mußten die IG Farben nicht auf das Gasgeschäft verzichten. Im August 1941 fand deutscher Erfindungsgeist eine neue Anwendung für ein altes Produkt. An einer Testgruppe von fünfhundert sowjetischen Kriegsgefangenen wurde das Insektenvertilgungsmittel Zyklon B erprobt. Der Erfolg war so ermutigend, daß man sofort beschloß, es zur Endlösung der Judenfrage einzusetzen. Daß dabei auch in Auschwitz-Birkenau die unbrauchbar gewordenen IG-Häftlingsarbeiter mit Zyklon B beseitigt wurden, war nur konsequent. Denn so durften sie noch durch ihre Vernichtung dem Gewinn von IG Farben dienen. Die - übrigens heute noch in Frankfurt arbeitende - Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), die das Zyklon B produzierte, gehörte mehrheitlich den IG Farben. Durch den steil ansteigenden Verbrauch erzielten die IG Farben in den Jahren 1942 bis 1944 aus ihren Degesch-Anteilen den doppelten Dividendenbetrag des Jahres 1940/41. Auch die Opfer hatten - nach Ansicht der Mörder - ihren Gewinn. Degesch-Geschäftsführer Gerhardt Peters sagte später vor Gericht aus, daß »das Zyklon B den ohnehin dem Tode geweihten Menschen zu einem leichten Sterben verholfen« habe. Das war in Farben-Kreisen keine ungewöhnlich rohe Äußerung. Schon IG-Gründer Duisberg hatte humanitäre Gründe für die Giftgas-Produktion von *Bayer* geltend gemacht.

Überhaupt darf man davon ausgehen, daß die IG-Farben in begründeten Fällen gegenüber humanitären Gedankengängen durchaus aufgeschlossen war. Gegen Juden hatte die IG eigentlich gar nichts. Es war nicht Ausdruck einer persönlichen Abneigung, daß sich Juden bei der IG Auschwitz zu Tode arbeiten mußten und anschließend mit dem Gift einer IG-Tochter vergast wurden. Man hätte - und hat - ebenso gern Zigeuner genommen oder Kommunisten oder Homosexuelle. Das alles war ganz einfach Sachzwang - wie wir heute sagen würden.

Schließlich hatte die IG - ohne jedes Vorurteil - bis 1937 ihre jüdischen Direktoren behalten. Erst dann entfernte man sie und ersetzte sie durch Mitglieder der NSDAP, wie es nun mal den Erfordernissen einer gesunden Investitionsplanung entsprach. Umgekehrt hat auch unter den jüdischen Direktoren manch einer keinerlei Ressentiments. Carl von Weinberg, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, erklärte im Juni 1933 US-Besuchern von der Konkurrenzfirma DuPont, er gebe als Jude dem Nationalsozialismus seine volle Zustimmung. Als Carl und sein Bruder Arthur von Weinberg 1937 aus der Firma entfernt waren, bemühte sich die IG - obwohl nun eigentlich kein sachlicher Grund mehr vorlag - die beiden vor den Nazis zu retten. Als Arthur später verhaftet und nach Theresienstadt verschleppt wurde, setzte sich Krauch bei Himmler für

den ehemaligen Kollegen ein. Arthur von Weinberg wurde herausgeholt, starb jedoch im Krankenhaus. Bruder Carl konnte mit IG-Hilfe sogar nach Italien fliehen, wo er weiterhin seine IG-Rente von 80.000 Mark im Jahr erhielt.

Im Mai 1947 begann in Nürnberg der Kriegsverbrecherprozeß gegen 24 Direktoren der IG vor einem US-Militärgerichtshof. Worum es dabei gegangen sein muß, erklärte der Kongreßabgeordnete John E. Rankin vor dem US-Abgeordnetenhaus: »Was sich in Nürnberg abspielt, ist eine Schande für die Vereinigten Staaten. Alle anderen Länder haben ihre Hände gewaschen und sich aus dieser Prozeßorgie zurückgezogen. Aber zweieinhalb Jahre nach Ende des Krieges betreibt eine rassische Minderheit in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten nicht nur die Hinrichtung deutscher Soldaten, sondern auch einen Prozeß gegen deutsche Geschäftsleute.«

Ein Mitglied dieser rassischen Minderheit, der emigrierte IG-Verwaltungsrat Gerhard Ollendorf vermochte als Zeuge vor Gericht nur Gutes über seinen ehemaligen Kollegen Fritz Gajewski zu sagen. Der, NSDAP-Mitglied, Wehrwirtschaftsführer und IG-Vorstandsmitglied, habe beim örtlichen Gestapo-Chef seine Freilassung erwirkt. Freilich, im Kreuzverhör kam auf Grund von Dokumenten heraus, daß Gajewski selbst den Kollegen denunziert hatte. Am selben Tag, an dem ihm Ollendorf offenbarte, er wolle wegen seiner jüdischen Herkunft emigrieren, schrieb Gajewski im Einverständnis mit Carl Bosch an die Gestapo: sie solle den Kollegen inhaftieren und sein Haus durchsuchen. Solch staatsloyale Haltung machte sich auch nach Hitlers Tod noch bezahlt. Denunziant Gajewski wurde von den Amerikanern freigesprochen und bekam von unserem Staat das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, sowie von der Universität Bonn den Ehren-Doktor, den sie einst Thomas Mann entzogen hatte (- oder vielleicht auch einen ungebrauchten). Gajewski hatte sich nach 1948 noch als wichtige Führungskraft unserer Wirtschaft bewährt - er war unter anderem Vorstandsvorsitzender der Dynamit AG, Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerke und der Chemischen Werke Hüls, Aufsichtsratsvorsitzender der Chemie-Verwaltungs-AG.

»Diese Angeklagten«, so sprach Hauptankläger Telford Taylor über die 24 IG-Leute in Nürnberg, »und andere mit ihnen, nicht die halbunzurechnungsfähigen Nazi-Fanatiker und schießwütigen Raufbolde der Straße, sind die Hauptkriegsverbrecher. Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine viel größere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre.«

In den vierzehn Monaten des IG-Kriegsverbrecherverfahrens wurde zwar manche Schuld der Angeklagten ans Licht gebracht, doch bestraft wurden die Überführten wenig, eigentlich nur ein bißchen, ja fast gar nicht. Die Urteile, so Ankläger Josiah DuBois, waren »leicht genug, einen Hühnerdieb zu erfreuen«. Zehn der Angeklagten wurden sofort freigesprochen, dreizehn weitere zu milden Gefängnisstrafen zwischen einem halben Jahr und acht Jahren verurteilt, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Es hatte Eindruck gemacht, was beispielsweise Dr. Boettcher, der Verteidiger des Kriegsorganisators Krauch (sechs - nicht abgesessene - Jahre Gefängnis) über die anständige Gesinnung seines Mandanten gesagt hatte, der wie jeder gute amerikanische Geschäftsmann nichts mehr fürchtete als die Ausbreitung des Kommunismus: »Zusammen mit Millionen anderer Deutscher sah Dr. Krauch in der Wiederaufrüstung ein Mittel, um der drohenden Aggression aus dem Osten zu begegnen, und diese Einschätzung entsprach der politischen Situation. Durch alle Reden Hitlers zieht sich wie ein roter Faden das Bekenntnis der Friedensliebe und Friedensbereitschaft und von 1936 an die Erkenntnis, daß gegen die bolschewistische Gefahr ein Damm errichtet werden muß. Wie recht Hitler mit dieser Darlegung seiner Politik hatte, kann, nebenbei gesagt, durch die europäische Entwicklung der letzten Monate bewiesen werden.« So gesprochen am 2. Juni 1948, als man bereits an die neue Aufrüstung der Deutschen gegen den Kommunismus dachte.

Statt wie versprochen den IG-Konzern zu zerschlagen, machte die US-Militäregierung im selben Jahr Louis leisler Kiep zum »Chief Adviser des IG Farben Control Office (US)« - Kiep war einer der 38 Bankiers und Industriellen, die schon im November 1932 durch eine Eingabe Reichspräsident Hindenburg bewegen wollten, Hitler zum Kanzler zu machen. Und Kiep war Schwiegersohn von Walther vom Rath, einst stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben - Kiep-Sohn Walther Leisler wiederum wurde Schwiegersohn des IG-Kriegsverbrechers Fritz ter Meer (Urteil: sieben Jahre Gefängnis), der im Frühjahr 1945 fünfzehn Tonnen belastender IG-Akten vernichten ließ.

Wenn die Amerikaner in Nürnberg, wie es Hauptankläger Taylor anregte, mit gleichem Maß für alle gerichtet hatten - für die Kriegsverbrecher aus der Wirtschaft ebenso den Strick wie für Kriegsverbrecher aus Politik und Militär - dann hätten allerdings die Kommandozentralen der bundesdeutschen Nachkriegswirtschaft auf wertvolle Führungskräfte verzichten müssen. Allen voran die IG-Nachfolgeorganisationen *BASF,* Bayer und Hoechst. Der Wiederaufstieg vollzog sich in Diskretion. Wer heute die beiden größten bundesdeutschen Nachschlagewerke unter dem Stichwort »IG Farben« zu Rat zieht, erfährt sowohl in der Brockhaus-Enzyklopädie wie in Meyers Enzyklopädischem Lexikon zwar, daß der Konzern nach 1945 auf Anordnung der Alliierten entflochten wurde, aber nicht warum. In beiden umfangreichen Artikeln kein Wort, keine Andeutung über die Verbrechen der IG Farben, auch nicht über den Nürnberger Prozeß gegen die IG-Hauptverantwortlichen. Meyers Enzyklopädisches Lexikon aus der BASF-Nachbarstadt Mannheim treibt die

Desinformation so weit, daß es als einzige weiterführende Literatur eine (Rechtfertigungs-) Schrift des verurteilten IG-Verbrechers ter Meer angibt.

Diese Technik des Vertuschens und der Auslassung wurde erst recht in den Firmenpublikationen geübt. In den Festschriften der Nachfolgeorganisationen wird die Zeit zwischen 1933 und 1945 möglichst ausgespart. Eine Zeittafel in der Schriftenreihe des BASF-Firmenarchivs läßt zwischen den Jahren 1929 und 1952 ein Zeitloch. Dabei darf der erste Nachkriegschef der BASF als besonders eindrucksvolles Beispiel für die Kontinuität von den IG Farben zu ihren Nachfolgeorganisationen gelten: Carl Wurster, erster Vorstandsvorsitzender, hatte sich im Dritten Reich für die IG Farben als Kommissar beim eroberten Aussiger Verein in der Tschechoslowakei bewährt. Zyklon B war ihm wohlvertraut, denn er saß als IG-Vertreter im Aufsichtsrat der Degesch. In Nürnberg behauptete er, er habe nicht gewußt, wozu das Giftgas benutzt werde. Es ist indes unwahrscheinlich, daß die heftigen Auseinandersetzungen in der Geschäftsleitung nicht bis zu ihm vorgedrungen sind, die ein Sonderwunsch der SS auslöste. Sie verlangte, daß die von ihr bestellten riesigen Mengen von Zyklon B ohne den üblichen Warnduft geliefert werden.

Unter Wursters Oberleitung faßte die BASF in den sechziger Jahren einen Beschluß, dessen Ausführung mörderische Folgen für die Bewohner von Ludwigshafen und Mannheim gehabt hätte. Auf dem Werksgelände, das mitten in der Doppel-Stadt liegt, mitten in einem Ballungszentrum von einer halben Million Einwohner, wollte die BASF ein Atomkraftwerk errichten. 1.700 Meter entfernt oder vielmehr nah zu dichtbesiedeltem Wohngebiet. Auf einem Werksgelände, auf dem es immer wieder zu mysteriösen Explosionen kam. 1921 ging dort die Haber-Bosch-Anlage für synthetische Nitrate in die Luft: 600 Tote, 2.000 Schwerverletzte. Die Alliierten hatten die Anlage nicht demontiert, weil BASF versicherte, man könne mit ihr nicht nur Munition und Giftgas, sondern auch Dünger herstellen. Die Gerüchte konnten nie widerlegt werden, daß BASF damals im dritten Nachkriegsjahr schon wieder an einer besonders gefährlichen chemischen Waffe gearbeitet hatte. Drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, als Wurster und seine Kollegen auf der Anklagebank in Nürnberg saßen, ging eine Hochdruckanlage auf dem Werksgelände in die Luft: 200 Tote, mehrere Tausend Verletzte. Und auf einem solch explosionsgefährdeten Gelände wollte die BASF ein Atomkraftwerk errichten - »Tatsache ist, daß durch einen schweren Schaden an dem geplanten BASF-Reaktor im Umkreis von 13 Kilometern 100.000 Menschen sofort sterben würden und daß mit bis zu 1,67 Millionen Toten durch Krebs und Leukämie zu rechnen ist; daß trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Bürgeraktion Umweltschutz Rhein-Neckar von den zuständigen Stellen Geheimgutachten nicht veröffentlicht wurden«, schrieb damals die genannte Bürgeraktion aus Mannheim/Ludwigshafen.

Die Bundesregierung bekam schließlich doch noch Bedenken gegen dieses Wahnsinnsprojekt und ordnete zusätzliche Prüfungen an. Wurster-Nachfolger Bernhard Timm antwortete 1974 auf diese »Hinhaltetaktik« mit Erpressungsversuchen: Bei einer Zustimmungsverweigerung der Bundesregierung würde sich die Produktionspalette verändern und das Wachstum des Ludwigshafener Werkes stagnieren.

Der Atomreaktor in unmittelbarer Nachbarschaft von Tante-Emma-Läden und der Kneipe um die Ecke durfte schließlich doch nicht gebaut werden. 1981 beantragte die BASF ein werkseigenes Kohlekraftwerk, legte die Planung aber so aus, daß sie nicht dem neuesten Stand der Technik und den Umweltschutzbedingungen entsprach. Das war eine subtile Rache an den Umweltschützern. Als sie jetzt wieder protestierten, durfte der BASF-geneigte »Mannheimer Morgen« kommentieren: »Kernkraftwerke abzulehnen und gegen Kohlekraftwerke zu sein, das ist im wahrsten Sinne des Wortes keine Alternative.« Doch die Bürgeraktion, die grundsätzlich nichts gegen ein Kohlekraftwerk nach dem neuesten Stand der Technik hat, wies in einem Gutachten so minutiös nach, wie die *BASF* die Umweltschutzbestimmungen zu umgehen trachtet, daß das Werk seine Genehmigungsunterlagen schleunigst zurückzog.

Trotz all dem ist die *BASF* unter den IG Farben-Nachfolgeorganisationen noch die verträglichste. Gewiß, es kommt schon mal vor - wie im Juni 1979 - daß sie die Einwohner von Ludwigshafen ein wenig verseucht. Aber ob damals am 17. Juni bei einem Großbrand auf dem BASF-Gelände 2,4,5-T freigesetzt wurde, aus dem sich das Seveso-Gift TCDD, entwickelt, ist heute noch umstritten. Die Geschäftsleitung hält das für »Panikmache«. Nachforschungen der Industriegewerkschaft Chemie haben es bewiesen. So steht Standpunkt gegen Standpunkt. Immerhin hat sich die *BASF freundlicherweise* bereiterklärt, die Waschrechnungen für den durch Rauch verschmierten Autos der Anwohner zu bezahlen. Doch - so böse sind die Menschen - manch einer versuchte, wie die *BASF* betrübt feststellte, sich unberechtigt eine kostenlose Wagenwäsche zu erschleichen.

Die anderen beiden großen IG Nachfolger kennen nicht so viel Humanitätsduselei wie die *BASF.* Unmißverständlich von Anfang an vollzog sich bei *Hoechst* die Neugründung in dem von den Siegern des Zweiten Weltkriegs verordneten demokratischen Staat. Nämlich mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur Vergangenheit mit bewegter Klage über eine Zerstörung der IG Farben. »Der Vernichtung des bedeutendsten Wirtschaftsunternehmens, das deutsche Wissenschaft und Technik und deutscher Unternehmungsgeist je aufgebaut hatte«, so nannte Vorstandsvorsitzender Karl Winnacker am 27. März 1953 bei der Ausgründung der Farbwerke *Hoechst* die Entflechtung des Kriegskonzerns der IG Farben. Und er, der

neue Mann - noch unter Hitler vom Kriegsverbrecher ter Meer für seine Führungsaufgabe aufgebaut und vorbestimmt - legte ein herzliches Bekenntnis zu den Verbrechern von gestern ab: »Wir fühlen uns mit den Herren des alten Aufsichtsrates und Vorstandes der IG Farbenindustrie sowie mit allen alten Freunden dieser Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine große Zahl alter Freunde aus dieser Zeit bei uns heute begrüßen zu dürfen.« Herr H. wurde unter den veränderten Umständen allerdings nicht vermißt.

Dankbar erkannte der neue Mann von gestern immerhin an, daß »die Herren der Kontrollbehörden, die von ihren Ländern mit der Auflösung der IG Farbenindustrie AG beauftragt waren, sich in vielen Fällen umstimmen ließen«. Und daß die deutsche Bundesregierung »in zähen diplomatischen Verhandlungen« dabei Hilfe leistete.

Aufsichtsrats-Vorsitzender wurde Friedrich Jähne, der 1962 zur Hundertjahrfeier jubilierte: »Ein Unternehmen, das diese auch politisch oft stürmischen Zeiten nicht nur überdauern, sondern sich ständig darin weiterentwickeln konnte, muß auf festen Grundlagen stehen.«

Jähne war selbst solch eine feste Grundlage. Das einstige Farben-Vorstandsmitglied - für seinen aufgeräumten Schreibtisch berühmt - hatte sich als Wehrwirtschaftsführer und NSDAP-Mitglied bei der Plünderung von Betrieben in Elsaß-Lothringen beteiligt und war in Nürnberg mit der milden Strafe von eineinhalb Jahren davongekommen. Vorstandsvorsitzender Winnacker erinnerte sich gerührt an das Jahr 1955: »Inzwischen war das Liquidationsschlußgesetz ergangen und hatte uns von allen diskriminierenden Bestimmungen aus der Entflechtungszeit befreit. So konnten wir der Hauptversammlung Friedrich Jähne, den Chefingenieur der alten IG, für den Aufsichtsrat vorschlagen. Er übernahm in diesem Gremium den Vorsitz, und zwar bis zum Jahr 1963. Niemand von uns hätte 1945 gedacht, daß wir beide noch einmal zu einer solchen Zusammenarbeit an der Spitze unseres Unternehmens kommen würden.«

Keiner hätte das gedacht. Ob Winnacker mit Jähne auch in Auschwitz zusammenarbeitete, ist unbekannt. Jähne jedenfalls war mehrfach dort. Nein, nur zweimal, sagte er im Prozeß, um die Anlagen zu besichtigen. Er hatte nur versäumt, seine Aussage mit Sohn Norbert abzustimmen. Der war von Januar 1943 bis Kriegsende Ingenieur in Auschwitz und wurde von seinem Vater öfter besucht: Sohn Jähne: »Die Häftlinge wurden am schlechtesten von allen Arbeitern in der IG Auschwitz behandelt.« Wenn der Vater von dem Leichenverbrennungsgestank über Auschwitz nichts gemerkt hatte, soll sein Sohn ihm nichts davon erzählt haben? Was immer Aufsichtsratsvorsitzender Jähne vor 1945 entgangen sein mochte - jetzt konnte er in aller Ruhe mit einem kompetenten Kollegen Auschwitzer Erinnerungen austauschen. Heinrich Bütefisch, der mit der SS die Lieferung von Häftlingen für die IG Auschwitz aushandelte, wurde nach 1948 Aufsichtsrat der damaligen Hoechst-Tochter Ruhr-Chemie. Bütefisch, der 1932 die denkwürdige Unterredung mit dem stehenden Führer gehabt hatte, war übrigens der einzige IG-Direktor, der im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, Ärger wegen der Vergangenheit bekam. Als unser KZ-Baukünstler Heinrich Lübke 1964 in seiner Eigenschaft als Bundespräsident Bütefisch das Große Bundesverdienstkreuz verlieh, mußte es wieder eingezogen werden, weil es doch mal Proteste gab.

Mit Hitler hat IG Nachfolger *Hoechst* nichts mehr im Sinn, schließlich gibt es längst andere Führungspersönlichkeiten, die etwas vom Geschäft verstehen. Sechs Tage, nachdem General Pinochet in Chile gegen die demokratisch gewählte Regierung geputscht und Staatspräsident Allende ermordet hatte, erstattete die Hoechst-Vertretung in Santiago de Chile der Zentrale in Frankfurt Bericht:

»Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden... Am 13.9. abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben - wir schätzen 2-3000 Tote gelungen war... Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte... Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflußten Führung sehr bald erholen wird... Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind und die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente.«

Nicht unter dem Eindruck von Folter und Mord, sondern aus wichtigem Grund hat der stellvertretende Hoechst-Vorstandsvorsitzende Kurt Lanz dieses erste positive Urteil über Pinochet 1978 ein wenig differenziert: »Spätere Generationen werden besser beurteilen können, ob es andere, vielleicht auch bessere Kräfte gegeben hätte, das Leben des Landes wieder zu normalisieren. Jedenfalls war das Volk zunächst einmal bereit, die Austerity-Politik mitzumachen, die Pinochets Wirtschaftsberater Chile als bittere Medizin verordneten.« *Hoechst dagegen,* Selbstversorger in Medizin, hatte bestimmte Einwände gegen die von Pinochet verordnete »neoliberalistische Wirtschaftspolitik der Milton-Friedmann-Jünger.« Lanz: »Ohne ein Mindestmaß an Schutzmaßnahmen wird man auf einem so kleinen Markt kaum eine wirksame Industrialisierung betreiben können. Unsere schöne Trevira-Fabrik mußten wir - da sie keinen Zollschutz genoß - bereits schließen.«

Lanz-Kollege Rolf Sammet, seit dem Jahr 1969 als Winnacker-Nachfolger Vorstandsvorsitzender von *Hoechst,* ahnt zumindest, daß er in einer kriminellen Umgebung lebt. Vor Kollegen gestand er einmal ein, daß »wir eigentlich alle

sozusagen jeden Tag verhaftet werden können«, wenn die Umweltschutzgesetze korrekt angewandt würden. Doch alle Hoechst-Direktoren befinden sich auf freiem Fuß, warum auch nicht, schließlich agierte die zuständige hessische Landesregierung unter dem Dachlatten-Kämpfer Holger (»eins in die Fresse«) Börner lange Jahre wie eine Tochtergesellschaft von *Hoechst. So* erlaubte der zuständige Regierungspräsident dem Unternehmen, täglich 21 Güterwagen voll Chlorid in den Main zu kippen - die Leute von Hoechst schafften lange Zeit nur zwei Drittel der erlaubten Menge. Als im März 1980 herauskam, daß *Hoechst* nebenbei noch täglich 1, 8 Millionen Liter verdünnter Säuren in den Main läßt unter Berufung auf eine Lizenz aus Kaiser Wilhelms Zeiten, da tat man beim Regierungspräsidenten ehrlich erstaunt und versprach: jetzt wolle man doch mal die Einleitungsrechte des Unternehmens in den Main prüfen - aus Personalmangel sei dies bisher leider nicht möglich gewesen. Diese 1,8 Millionen Liter entsprechen 200.000 Litern konzentrierter Schwefelsäure - und das täglich. Wasserexperten halten 80.000 Liter für gerade noch vertretbar. Doch Ministerpräsident Börner, in dessen Dienstvilla Hoechst-Chef Sammet oft zu Gast war, verkündete vor dem Landtag, was Sammets »Blick auf Hoechst« also gleich beglückt nachdruckte: Angst vor vergiftetem Wasser begleite den Menschen seit der Steinzeit. Diese tiefsitzende Angst, so meinte der für seine ruhige und besinnliche Art bekannte Ministerpräsident, lasse den Bürger sofort und heftig reagieren: es wachse der Wunsch, durch unsachliche Reaktion ein kompliziertes Problem einfach zu lösen.

Welch unmäßige Wünsche auch immer in den Bürgern wach wurden, Hessens Behörden reagierten stets sachlich auf die Anforderungen, die *Hoechst an* sie stellte. Insbesondere im Umweltministerium, dessen Spitzenbeamte gegen kleine Aufmerksamkeiten - es hätte nur sechs Flaschen Wein gekostet, erzählte Hoechst-Pressechef Ernst Bäumler vor der Fernsehkamera - für die Firma die Augen und Nase zu und die Ohren offen hielten. Bei einer Haussuchung wurde im März 1980 bekannt, daß die Ministerialbeamten Hans Hammel und Karl-Hans Heil vertrauliche Unterlagen aus dem Ministerium an Hoechst-Direktor Karlheinz Trobisch weiterleiteten, beispielsweise interne Anweisungen anderer Bundesländer im Umgang mit Chemiefirmen. Auch erbot man sich, die Luftverschmutzung nicht allzu nah am Werk zu messen. Da solche Zusammenarbeit deutscher Tradition seit Kaiser Wilhelm entsprach, wurden selbstverständlich die Ermittlungen gegen die Beamten eingestellt. Eingestellt wurde im Februar 1981 auch ein Verfahren gegen *Hoechst. Die* Firma hatte statt erlaubter 50 Tonnen 31 prozentiger Salzsäure täglich 800 Tonnen in den Main geleitet. *Hoechst* bekam lediglich eine Zahlungsauflage von 1,45 Millionen Mark - für die Firma ein Trinkgeld - mußte sich aber wegen »mangelndem öffentlichen Interesse« nicht vor Gericht verantworten.

Hoechst darf jetzt sogar - so großzügig ist man in Hessen - für die nächsten zwei Jahre 100 Tonnen 31prozentiger Salzsäure täglich in den Main einleiten. Und jetzt darf der in seiner Gestanksfreiheit unumschränkte Konzern auch noch auf seinem Gelände ein Kohlekraftwerk nach veralteter Technologie bauen, das einen extrem hohen Schwefeldioxydausstoß haben wird: - eine Entschwefelungsanlage will *Hoechst* nicht einbauen. Vorstandsvorsitzender Sammet hat schließlich schon immer gesagt, daß die von der Bundesregierung verabschiedete »Technische Anleitung Luft« für den Umweltschutz in Wahrheit ein »moderner Morgenthau-Plan für die deutsche Industrie« sei.

Ob die Verseuchung der Frankfurter Umwelt beabsichtigt ist oder nicht, im Grunde dient sie lediglich dem Kampf gegen den Krebs. Im Februar 1980 erklärte Vorstandsvorsitzender Sammet bei einem Besuch in Bukarest, Krankheiten wie Krebs könnten heute nur dadurch »in den Vordergrund treten«, weil »die Menschen allgemein eine höhere Lebenserwartung haben als früher«. Im Kampf gegen diese krebsverursachende höhere Lebenserwartung unter den Bürgern der Main-Metropole steht *Hoechst* - das ist nicht neu - an vorderster Front.

»Nichts Neues« - so stand es im Juni-Heft der Bayer-Zeitschrift »Unser Werk« - »geschieht unter der Sonne, was nicht schon -unter dem Bayer-Kreuz geschehen wäre.« Richtig. Vor vier Jahrzehnten schrieb die Bayer-Mutter IG Farben dem Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz einige Briefe:

»Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn sie uns eine Anzahl Frauen zu Verfügung stellen würden ... «

»Wir erhielten Ihre Antwort, jedoch erscheint uns der Preis von 200 RM pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als 170 RM pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen ... «

»Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen in bestmöglichstem Gesundheitszustand vor ... «

»Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehrten Zustands wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten ... «

»Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen ... «

Heute ist alles ganz anders. Am 14. April 1975 schickte Dr. Weuta von Bayer Leverkusen eine Aktennotiz an die *Bayer-Pharma in* Wien:

»Dr. Rosanelli wurde gemeinsam mit Dr. Jackwerth am 8.4. gesprochen. Er hat ca. 100 Frühgeburten mit *Resistopen* behandelt. Davon sind aber nur 30 auswertbar, weil die restlichen 70 infolge ihrer extremen Lebensschwäche kurz nach Einleitung der Resistopen-Anwendung ad exitum kamen.

R. übergab die 30 Fragebogen, die wir aufarbeiten werden, um dann vorzuschlagen, ob die Studie in dieser Form weitergeführt werden soll - z.B. Aufstockung auf 50 Fälle oder ob sie für eine publizistische Auswertung ausreicht.«

Die Sprache ist für Außenstehende schwerer verständlich geworden gegenüber damals. Von Bayer-Kollege zu Bayer-Kollege benutzt man andere Formulierungen als gegenüber dem Kornmandanten des KZ Auschwitz. Ad exitum beispielsweise heißt auf deutsch »zum Ausgang« und unter Medizinern »zum Tod«. Die Aktennotiz will also sagen, daß 70 Säuglinge zum Tod kamen - nicht aber, daß sie dorthin gebracht wurden. Die Aktennotiz hat eine Vorgeschichte. Am 9. September 1973 schreibt Dr. Weuta von *Bayer L*everkusen Bayer in Österreich über das neueinzuführende Antibiotikum Resistopen: »Wir schlagen vor, daß Sie Kliniken auswählen, die ihnen nicht nur für die Prüfung, sondern auch geschäftlich später wichtig erscheinen.« Das heißt, man soll den für die Prüfer recht einträglichen Testauftrag an Ärzte vergeben, die später auch hohen Umsatz machen. Der Patient darf darüber nachdenken, ob er Resistopen schluckt, weil der Arzt den lukrativen Testauftrag bekommen wollte oder ob er Resistopen schluckt, weil der Konzern durch Vergabe des Testauftrags sich den Arzt geneigt machen will. Das heißt, er darf es nicht. Denn als Säugling erfährt er es nicht, und wenn es ihm trotzdem gelingt, erwachsen zu werden, sagt man ihm auch nichts. Eines aber darf man auf keinen Fall: in solchen Fällen emotional mit dem Wort Mord um sich werfen. Man darf eigentlich auch kaum dies: in gesetzten, etwas verklausulierten Worten darauf aufmerksam machen, daß die Letalität bei Frühgeborenen, denen bei diesem Versuch Resistopen beigebracht wurde, mit 70 von Hundert signifikant größer ist als bei Frühgeborenen allgemein (1979 in Österreich: 13,3 Prozent).

Briefe, Aktennotizen, Informationen solcher Art enthält das Buch »Gesunde Geschäfte«, das 1981 bei Kiepenheuer & Witsch erschien. Der sonst so klagefreudige Bayer-Konzern hat vorsichtshalber auf rechtliche Schritte verzichtet. Denn die Autoren hatten sich von *Bayer als* Pharmaberater anwerben lassen. Und das bedeutet: Sie sollen mit Bestechung und Tricks Ärzte dazu bringen, Bayer-Produkte zu verordnen. Bei der Einführung neuer Medikamente ist die wichtigste Aufgabe des Pharma-Beraters die »Gewinnung von Meinungsbildnern durch Klinische Prüfungen« *(Bayer 12*.1.1976), die selbstverständlich vorzüglich honoriert werden. Was bei diesen Menschenversuchen sonst noch herauskommt, ist in dem für den Patienten günstigsten Fall nichts. »Wir haben nicht einen einzigen methodisch und ethisch einwandfrei kontrollierten klinischen Versuch zum Nachweis der Wirksamkeit eines Arzneimittels bei einer behandlungsbedürftigen Erkrankung gefunden«, erklärte Dozent Gerhard Kienle in einem Gutachten für den Bundestag.

Nicht selten besticht *Bayer* die »meinungsbildenden« Klinikchefs, die über die Verordnung von Präparaten entscheiden, direkt und nicht auf dem Umweg über klinische Menschenexperimente. So veranstaltete *Bayer* »zur Vorbereitung bzw. späteren Unterstützung des Adalat-Verkaufs« sogenannte Symposien für das Herzmittel. » 120 in Universität, Klinik und Praxis tätige Kardiologen aus Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland« wurden in die »reizvolle jugoslawische Stadt Dubrovnik« eingeladen. »Wir ersuchen um Bekanntgabe, ob Sie allein oder mit Gemahlin anreisen werden«, bat *Bayer* die »prominenten meinungsbildenden Kliniker«. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen: »Sämtliche Spesen gehen selbstverständlich zu unseren Lasten.« Erfolg: Drei Monate nach der Einführung kam Adalat auf einen Monatsumsatz von 1,1 Millionen Mark, heute gehört es zu den führenden Bayer-Produkten.

Für die Patienten ist sicherlich weniger gefährlich, wenn die meinungsbildenden Klinikchefs sich in der adriatischen Sonne bräunen, als wenn es ihnen so geht wie 1976 dem neugeborenen Christian Ploj in der Grazer Frauenklinik. Mit Komplikationen, die man auch ärztliche Kunstfehler nennen mag, zur Welt gebracht, wurde er gleich als Versuchskaninchen für eine *Bayer-Studie* mit dem umstrittenen Antibiotikum Extramycin benutzt Der total geschwächte Säugling, der drei Tage keine Nahrung aufnehmen konnte, bekam das Präparat in die Muskeln injiziert, in Abständen von wenigen Stunden wurden ihm Blutproben entnommen. Die Eltern, die davon nichts wußten und schon gar nicht den Experimenten mit ihrem Kind zugestimmt hatten, bekamen das Kind überhaupt nicht zu sehen. Die Mutter: »Die Ärzte haben gesagt 'Das Kind liegt unter Sauerstoff, es darf nicht gestört werden'.« Als der Vater am neunten Tag endlich seinen Sohn sehen durfte, erschrak er: »Er war blau im Gesicht und sonst nur ein Skelett, wie in Biafra.«

Was bei den Betroffenen Schrecken auslöst, ist für die Bayer-Leute Alltagsgeschäft. Woher denn sollen sie wissen, daß man mit Menschen keine Experimente machen darf? Als nach dem Krieg IG-Vorstandsmitglied Fritz ter Meer befragt wurde, ob er die Versuche an Menschen im KZ Auschwitz für gerechtfertigt gehalten habe, antwortete er, diesen KZ-Häftlingen sei dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte. Er, der einzige IG-Farben-Mann, der vom milden Nürnberger Gericht sowohl wegen Plünderung als auch wegen Versklavung verurteilt wurde (sieben Jahre Gefängnis), wurde nach seiner vorzeitigen Entlassung wegen seiner besonderen Verdienste 1956 zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden von *Bayer gewählt*. Man wollte sich einfach einen Mann mit einem solch reichen Erfahrungsschatz - ter Meer hatte die Oberleitung für die IG Auschwitz - nicht entgehen lassen.

Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll in Nürnberg: Analt: »Teilte der Chefingeniur der Bunaanlage, mit dem Sie 1943 sprachen, Ihnen ausdrücklich mit, daß in Auschwitz Leute verbrannt wurden?« Struss: »Ja, und ich glaube, er sagte auch noch, daß man sie vergaste, bevor sie verbrannt wurden ... « Anwalt: »Und im Sommer 1943 wußten Sie, daß Menschen vergast und verbrannt wurden?« Struss: »Ja.« Anwalt: »Und Sie können sich genau daran erinnern, dies auch ter Meer und Ambros mitgeteilt zu haben?« Struss: »Ja.«

Dazu muß man wissen: Ernst A. Struss war Sekretär des IG-Verwaltungsrats, und IG-Vorstandsmitglied Otto Ambros (acht Jahre Gefängnis) war unter der Oberleitung ter Meers unmittelbar für die IG Auschwitz zuständig. Er wurde nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis mit dem Aufsichtsratsvorsitz *bei* der BASF-Tochter Knoll AG in Ludwigshafen entlohnt. Ihre alten und neuen Erfahrungen konnten ter Meer und Ambros übrigens bei den Aufsichtsratssitzungen der Vereinigten Industrie-Unternehmungen (VIAG) austauschen. Dort saßen sie beide im Aufsichtsrat. Als ter Meer 1967 starb, wurde er in der *Bayer*-Werkszeitschrift als »ein leuchtendes Vorbild für die jüngere Generation« gewürdigt. Und eine Fritz-ter-Meer-Stiftung vergibt heute Stipendien für richtigen wissenschaftlichen Nachwuchs.

Am 5. Februar 1970 schrieb Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt dem Bayer-Vorstandsvorsitzenden Professor Kurt Hansen einen Brief. In den vergangenen Jahren, hieß es da, insbesondere auch in letzter Zeit sei verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, »daß die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, sich angeblich auf dem Gebiet der Forschung und Produktion von Kampfstoffen betätigen«. Schmidt irrte. Der Vorwurf lautete, daß Bayer sich wirklich, und keineswegs angeblich, auf diesem Gebiet betätige. Jedenfalls hielt Schmidt es für wichtig und richtig, dem Professor Hansen ausdrücklich zu bestätigen, »daß das Bundesverteidigungsministerium oder seine angeschlossenen Dienststellen Bayer und auch der übrigen chemischen Industrie in der Bundesrepublik keinerlei diesbezügliche Aufträge erteilt hat oder zu erteilen gedenkt.«

Daß ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister nicht immer ganz genau weiß, welche Aufträge die Bundeswehr an welches Industrieunternehmen vergibt, ist eine uns inzwischen vertraute Erscheinung.

Seit 1930 arbeitet in den Bayerlaboratorien der Chemiker Dr. Gerhard Schrader. Als IG-Vorstand Krauch im Juli 1938 mit seiner bekannten Denkschrift eine Chemikerkampftruppe forderte, hatte Schrader schon zwei Jahre zuvor im Bayer-Hauptlabor einen völlig neuen Kampfstoff namens Tabun entwickelt - zehnmal so giftig wie die stärksten Kampfgase des Ersten Weltkriegs. Otto Bayer, bis zu seinem Tod am 1. August 1982 Ehrenvorsitzender des Bayer-Aufsichtsrats, hatte Schrader den Auftrag gegeben, synthetische Insektizide auf der Basis von Fluor- und Phosphorverbindungen zu entwickeln, die man auch als tödliche Nervengase verwenden könne. Erprobt wurde der Kampfstoff mit Erfolg zuerst an Affen und dann an Häftlingen in Auschwitz. Ab 1943 stellte die IG insgesamt 12.000 Tonnen Tabun her. Doch Schrader legte die Hände nicht in den Schoß. Er erfand noch zwei Nervengase, Sarin und Soman, das eine dreimal und das andere sechsmal so giftig wie Tabun. In zivilisierten Regionen hätte man solch einen Mann 1945 vor die Tür, besser hinter Schloß und Riegel, gesetzt. Doch Schrader behielt seinen angestammten Arbeitsplatz und avancierte zum Direktor des wissenschaftlichen Laboratoriums für Pflanzenschutz bei Bayer-Leverkusen. Am 16. Juni 1958 reichte Schrader mit zwei Kollegen beim Patentamt der Vereinigten Staaten von Amerika »für die Farbenfabriken Bayer A.G., eine Aktiengesellschaft in Deutschland« eine Schutzschrift ein. Am 26. Dezember 1961 wurde ihnen das Patent Nr. 3014943 erteilt für »neue und nützliche Phosphorsäurederivate und ein Verfahren für ihre Herstellung«, das »sehr effektvoll Insekten wie Fliegen, Milben, Blattläuse usw.« tötet. Nach Angabe von Experten ist mindestens eine der in der Patentschrift angegebenen chemischen Verbindungen gut geeignet, um Menschen zu töten, diese Verbindung sei eine Weiterentwicklung von Schraders chemischen Kampfstoffen aus dem Zweiten Weltkrieg, die ja auch aus Insektiziden entstanden waren. Aus einer allgemeinen Formel am Ende der Patentschrift lassen sich eine Fülle von Stoffen herstellen, die nach der offiziellen Verbotsliste der Bundesregierung Kampfstoffe sind.

Im Juni 1965 meldete »France Nouvelle«, Dr. Gerhard Schrader, der »Vater der Nervengase«, arbeite zusammen mit ehemaligen Mitgliedern aus seiner Kampfgasforschung im Dritten Reich heute in Bayer-Laboratorien an neuen Phosphorverbindungen. KONKRET berichtete im März 1968, daß erhebliche Mengen von Totalherbiziden aus den Bayer-Werken in Dormagen nach Vietnam verschifft würden zum Einsatz im chemischen Krieg der US-Truppen. Daraufhin stellte Aktionär Bernhelm Booß der Bayer AG einige Fragen. Die Antwort des Vorstandsvorsitzenden Hansen verblüffte. Er schrieb am 5. Juni 1968: »Wir haben keine überproportionale Steigerung unserer Produktion an Totalherbiziden zu verzeichnen. Wir haben weder an staatliche noch an militärische Stellen der USA nach den Vereinigten Staaten oder in sonstige Länder Pflanzenschutzmittel verkauft.«

Er schrieb aber auch: » In unseren Werken wurde vor oder während des zweiten Weltkrieges weder auf dem Giftgasgebiet geforscht, noch Giftgas produziert.« Schrader und seine Mitarbeiter seien lediglich »in der Pflanzenforschung tätig« gewesen. Das ist nun wirklich die reine und lautere Unwahrheit. Hansen kann gar nicht anders, er muß - zumindest von seinem Ehrenvorsitzenden Otto Bayer - wissen, was Schrader schon im Dritten Reich getrieben hat. Damit ist jede

Auskunft, jedes Dementi, das er zur Herstellung von chemischen Kampfstoffen durch *Bayer heute* gibt, so glaubwürdig wie seine Behauptung über das, was Schrader und *Bayer* unter Hitler nicht getan haben sollen. Sein ehemaliger Kollege, der damalige *Hoechst-Vor*standsvorsitzende Kurt Winnacker, gibt immerhin in seinen Memoiren zu - und auch das ist erst die halbe Wahrheit, daß bei Schraders Forschungen in Leverkusen »Verbindungen gefunden worden waren, die als Gaskampfstoffe und Massenvernichtungsmittel hätten benützt werden können.« (»Nie den Mut verlieren«, Düsseldorf 1971, Seite 134).

Die US-Amerikaner, bei denen Schrader sein Bayer-Patent angemeldet hat, haben die Bundesrepublik vollgestopft mit Giftgas. Der rheinlandpfälzische DGB-Vorsitzende Julius Lehlbach meint: »So kann man mit Ratten, Mäusen und Kaninchen umgehen oder mit Schädlingen, die vergast werden können, nicht aber mit den Bürgern der Bundesrepublik.« Er irrt. Man kann. Allein in seinem DGB-Bezirk lagert soviel Giftgas, daß damit die ganze europäische Bevölkerung ausgerottet werden könnte.

Der Erste Weltkrieg forderte 90.000 Gastote, von denen die meisten ihr Los den Giftküchen von *Bayer verdankten*. Im zweiten Weltkrieg wurden Hunderttausende mit Zyklon B umgebracht, das den IG Farben Gewinn brachte. Den Dritten Weltkrieg werden wir nicht überleben. Aber wir dürfen uns heute schon überlegen, ob uns die A-Bomben umbringen oder die C-Waffen, für die das Haus Bayer den Grundstock legte.

Literaturhinweise

Joseph Borkin: »Die unheimliche Allianz der IG Farben«. Campus Verlag Frankfurt/New York, 1979, 232 Seiten, 38 Mark

Helmuth Tammen: » Die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925-1933«), Verlag Helmuth Tammen Berlin, 468 Seiten, 85 Mark

Kurt Langbein/Hans-Peter Martin/Hans Weiss/ Roland Werner: »Gesunde Geschäfte: Die Praktiken der Pharma-Industrie«. Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln, 1981; 288 Seiten, 19,80 Mark

Jürgen Räuschel: »Die BASF - Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns«, Pahl-Rugenstein Verlag Köln, 1975; 264 Seiten, 9,80 Mark

Peter Wolfram Schreiber: »IG Farben - Die unschuldigen Kriegsplaner« Verlag Neuer Weg, Stuttgart 1978, 284 Seiten, 14,80 Mark

Karrieren angeklagter IG-Direktoren

Max Brüggemann, IG-Vorstandsmitglied und Geschäftsführer von 1934-45, stellvertr. Betriebsleiter in Leverkusen (BAYER), in Nürnberg angeklagt, vom Prozeß und von einer Nachkriegs-Karriere durch Krankheit entschuldigt

Fritz ter Meer, IG-Vorstandsmitglied von 1926-45, NSDAP, DAF (Deutsche Arbeiterfront), Wehrwirtschaftsführer, Beauftragter für Italien des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, oberster IG-Verantwortlicher für die IG Auschwitz. In Nürnberg sieben Jahre Gefängnis, danach Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER und der Th. Goldschmidt AG, stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank-Bankverein AG und im Aufsichtsrat von: Waggonfabrik Uerdingen AG, Düsseldorfer Waggonfabrik AG, Bankverein Westdeutschland AG, Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG)

Heinrich Oster, IG-Vorstandsmitglied von 1928-45, NSDAP, DAF, Teilnahme an der Plünderung der Norsk-Hydro in Norwegen. In Nürnberg zwei Jahre Gefängnis, danach Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG

Heinrich Gattineau, IG-Direktor 1932-45, NSDAP, SA-Standartenführer, als Pressereferent des IG-Aufsichtsratsvorsitzenden Duisberg 1931 Mittelsmann zur NSDAP. In Nürnberg freigesprochen, danach Vorstandsvorsitzender der BASF eigenen Guanowerke und der Wasag-Chemie, Aufsichtsratsvorsitzender der Ferplex Chemicals Inc. New York und der General Plastic S.A. Teheran, vielfaches Aufsichtsratsmitglied, Vorstandsmitglied der Notgemeinschaft für die reparationsgeschädigte Industrie und des Bundes katholischer Unternehmer e.V.,

Verwaltungsratsmitglied des Kulturkreises des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

Fritz Gajewski, IG-Vorstandsmitglied 193 1 - 45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Denunziant eines jüdischen Vorstandskollegen, in Nürnberg freigesprochen, danach Vorstandsvorsitzender der Dynamit AG vorm. Alfred Nobel & Co, Aufsichtsratsvorsitzender von Genschow & Co. und der Chemie-Verwaltungs-AG, Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerke und der Chemischen Werke Hüls, Beiratsmitglied der Universität Bonn und Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Hermann Schmitz, IG-Vorstandsvorsitzender 1935-45, Geheimer Kommerzienrat, Mitglied des Reichstags, NSDAP, Wehrwirtschaftsführer, vielfaches Aufsichtsratsmitglied (u.a. Allianz, Krupp), in Nürnberg vier Jahre Gefängnis, danach Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats der Rheinischen Stahlwerke und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank

Christian Schneider, IG-Vorstandsmitglied von 1928-45, NSDAP, DAF, SS, Hauptabwehrbeauftragter, Beirat des Gauleiters der NSDAP Halle-Merseburg, Wehrwirtschaftsführer, in Nürnberg freigesprochen, danach Aufsichtsratsmitglied: Deutsche Gasolin, Süddeutsche Kalkstickstoffwerke, Rheinauer Holzhydrolyse, Deutsche Udic

Georg von Schnitzler, IG-Vorstandsmitglied 1926-45, NSDAP, DAF, SA-Hauptsturmführer, Hauptspender beim Industriellen-Geheimtreffen mit Hitler und später IG Hauptplünderer in den Okkupationsgebieten. In Nürnberg fünf Jahre Gefängnis, danach Vorstandsmitglied der Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft

Otto Ambros, IG-Vorstandsmitglied 1932-45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes, Leiter des Sonderausschusses »C« (Giftgas) und der Hauptausschüsse für Pulver und Sprengstoffe beim Rüstungslieferungsamt, Sonderberater beim Leiter (siehe Krauch) der Abteilung Forschung und Entwicklung Vierjahresplan, Standortentdecker für die IG Auschwitz. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsmitglied: Süddeutsche Kalkstickstoff-Werke, Bergwerksgesellschaft Hibernia, Internationale Galalithgesellschaft, Pintsch-Bamag AG, Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke, Telefunken GmbH, Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG)

Carl Lautenschläger, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, Betriebsführer von Höchst (HOECHST), NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Mitglied im Forschungsrat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Psychiatrie, beteiligt an medizinischen Experimenten mit KZ-Häftlingen. In Nürnberg freigesprochen, danach Ehrensenator der Universität Frankfurt

Wilhelm Mann, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, NSDAP, DAF, SA-Sturmführer, Verwaltungsratsvorsitzender der Mord-Firma (Zyklon B) Degesch. In Nürnberg freigesprochen

Heinrich Büttefisch, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, NSDAP, DAF, SS-Obersturmbannführer, Mitglied des Freundeskreises Himmlers, Mitarbeiter von Krauch beim Vierjahresplan, Wehrwirtschaftsführer. IG-Chefeinkäufer von Arbeitssklaven aus dem KZ Auschwitz. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsvorsitzender der Kohle-Öl-Chemie GmbH und Aufsichtsratsmitglied von: Feldmühle, Deutsche Gasolin, Ruhrchemie. Vorübergehend Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes

Walter Dürrfeld, Direktor von IG Auschwitz und des angeschlossenen Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz, Träger des Kriegsverdienstkreuzes. In Nürnberg wegen Versklavung und Massenmordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, danach Vorstandsmitglied der Scholven-Chemie, Aufsichtsratsvorsitzender der Borkenberge Gesellschaft, Recklinghausen, und der Frauenklinik Dr. Bohnen, Helmstedt. Aufsichtsratsmitglied von: Friesecke & Hoepfner, Phenolchemie, Hibernia Chemie

Philipp Heinrich Hörlein, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45. NSDAP, DAF, Schatzmeister der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Im Werk Elberfeld (BAYER) beteiligt an der Entwicklung von Giftgas. Aufsichtsratsmitglied der Mordfirma (»Zyklon B«) Degesch, beteiligt an medizinischen Versuchen mit KZ-Häftlingen. In Nürnberg freigesprochen, danach Aufsichtsratsvorsitzender von BAYER, Senator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Ehrenbürger der Medizinischen Akademie Düsseldorf, Ehrendoktor der Technischen

Hochschule Darmstadt

Carl Krauch, IG-Vorstandsmitglied von 1932-45, IG-Aufsichtsratsvorsitzender von 1940-45, NSDAP, DAF, Wehrwirtschaftsführer, Träger des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes. Neben seiner IG-Arbeit als Chef der Abteilung Forschung und Entwicklung, Vierjahresplan einer der wichtigsten Rüstungsplaner des Dritten Reiches, Senator der Kaiser Wilhelm Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, in Nürnberg wegen Versklavung und Massenmord zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, danach Aufsichtsratsmitglied der Bunawerke Hüls und als Zeuge im Auschwitzprozeß 1965 hervorgetreten durch die Aussage über die von der IG verbrauchten KZ-Häftlinge: »Das waren meist asoziale Elemente, so politische Häftlinge.«

_

Konkret 09/82, S. 58

Erich Kuby

Konkret-Extra
IG-Farben – »Irgendwie sind wir alle Belegschaft...«

Das haben wir nun alles gelesen. Beschließen wir jetzt, die genannten echten Namen gegen erfundene auszutauschen, die möglichst undeutsch, am besten ein bißchen italienisch klingen sollten. Beschließen wir ferner, die geschilderten Vorgänge in ein erfundenes Land zu verlegen, das freilich unmißverständlich in der kapitalistischen Welt liegen müßte. Derart verändert gelesen - was glaubten wir vor uns zu haben? Ich würde sagen, das treatment zu einem 100-Millionen-Dollar-Hollywood-Film übelster Art, ein lächerlich überzogenes Machwerk über die Mafia, die es so nicht gibt. Jene, die es gibt, mordet, soweit wir wissen, auf altmodische Art mit Revolvern, hat nicht Völkermord mit Giftgas betrieben und noch nie ein Heer von Sklavenarbeitern unterhalten, die vergast wurden, wenn sie nichts mehr leisteten.

Als Produkt der Phantasie ausgegeben, hätte dieses KONKRET-Extra einen Proteststurm der Leser ausgelöst. Weil es aber Zeitgeschichte als Firmengeschichte nachvollzieht, Realität schildert von gestern, von heute und gewiß auch von morgen, haben wir weniger die Redaktion zu fragen, was sie damit eigentlich bezweckt, sondern uns selbst, welche Konsequenzen wir aus der Information ziehen wollen und ob wir überhaupt welche ziehen können? Also: kleiner Mann, was (dagegen) tun?

Wir empfinden Wut und Zorn darüber, daß es eine Schwelle wirtschaftlicher Macht gibt, eine Dimension verbrecherischen Planens und Handelns, jenseits der die bestellten Wächter über den Rechtsstaat zwischen Recht und Unrecht nicht mehr unterscheiden, seine Instrumente nicht mehr greifen. Jenseits der auch die Verbrechen keine Sühne mehr gefunden haben, die zuvor unter Bedingungen straflos begangen worden waren, unter denen die Staatsraison Verbrechen wie Massenmord nicht nur duldete, sondern verlangte. Statt Abrechnung und Zäsur hat in diesem Bereich ein auf Kugellagern laufender Obergang stattgefunden. Das Märchen von der Stunde Null ist uns erzählt worden, vom neuen Anfang. Ach du lieber Gott! Wer da zusammengeholfen hat, daß den schutzbedürftigen Verbrechern von gestern nichts passierte und die Aktien der »entflochtenen« Betriebe nachher mehr wert werden konnten als sie vor dem Krieg wert gewesen waren! Es war eine Koalition, die von den Amerikanern bis zur SPD reichte.

im Rückblick gefällt uns das nicht, uns, die zu den Leidtragenden des Währungsschwindels gehört haben, und erst recht gefällt uns nicht, was wir soeben lesen konnten, aber das dürfte (zunächst?) alles sein an Reaktion. Der Warenhausdieb, der einen Rasierapparat gestohlen hat, geht ins Gefängnis, aber es ist ein Kavaliersdelikt, bleibt gerichtlich ungeahndet, statt »erlaubter«(!) 50 Tonnen Salzsäure deren 800 täglich in den Main zu leiten. Wenn wir das hören, ärgern wir uns nicht nur, wir raffen uns vielleicht sogar zu einem Protest auf, ziehen mit Plakaten durchs Heimatstädtchen: Unser Main soll sauber bleiben! Na, und? Wer in solcher Größenordnung solche Verbrechen begehen *kann,* weil er Herr über die entsprechenden Produktionsmittel (z.B. für Salzsäure) ist, der *darf* sie auch begehen, der genießt den Schutz der Staatsmacht, die ihrerseits von jenen getragen wird, für die Firmeninteresse und - gewinn identisch mit dem Gemeinwohl sind. (Darauf beruht die subjektive Unschuld ihres Handelns.) Man nennt sie »Multis«, weil sie in vielen Ländern produzieren, in noch mehr verkaufen, ihre Unternehmen sind aber vor allem deshalb globale Institutionen, weil die Prinzipien, auf denen sie erreicht sind, innerhalb der kapitalistischen Welt geschützt sind. Kämpfen sie gegeneinander, so geht es um Marktanteile und dergleichen, niemals stellen sie untereinander ihre gesellschaftspolitische Legitimation in Frage. Sie bewegen sich in einem abgeschützten Freiraum, in dem alles erlaubt ist, was Gewinn bringt.

Weil das so ist, kann der kleine Mann, das sind wir alle, kurz- und mittelfristig nichts Wirkungsvolles tun. Seine Wut, sein Zorn haben keinen anderen Adressaten als das kapitalistische System selbst, in dem er (noch) integriert ist. Wie der Zufall es will, vermeldeten kürzlich riesige Todesanzeigen das Ableben eines Herrn Otto Bayer (80), der lebenslänglich mit »Bayer AG« sehr viel zu tun hatte: »In tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von... einer großen verehrungswürdigen Persönlichkeit.« Wer ist »wir«? Aufsichtsrat, Vorstand - und *Belegschaft. So* war es zu lesen! Sie, die Belegschaft mag immer mal wieder ihren Kleinkrieg mit der Firma um Tarife führen, dennoch ist sie davon überzeugt, mit einem Herrn Otto Bayer im selben Boot zu sitzen. So war das auch, als die»Bayer«Stammutter 1.G. Farben dank Ottos »Gespür für zukunftsträchtige Probleme« (Todesanzeige) in Auschwitz Buna produzieren konnte und neben der deutsch-arischen Belegschaft die deutsch-jüdische Belegschaft in gestreiften Leinenkitteln am Arbeitsplatz verreckte.

Es ist gewiß wahr, daß solche Typen, hochgeehrt, hochdekoriert, »für den künftigen Frieden der Welt eine viel größere Gefahr darstellen als Hitler, wenn er noch am Leben wäre« (vgl. das Zitat S. 9). Aber sie sind trotzdem nicht die Adressaten unseres Protestes, wir *selbst sind es!* Das System, das sie tragen und das sie schützt, kann nur von unten zum Einsturz

gebracht werden, und eine der Voraussetzungen dafür ist, daß wir, die wir alle irgendwie »Belegschaft« sind, uns als Komplizen begreifen und den Lohn für unsere Arbeit als Schweige- und Bestechungsgeld.

Bis dahin wird noch eine Menge Zeit vergehen, aber ein aufklärender Bericht wie dieser krallt sich vielleicht doch in manchen Köpfen fest. Ihn zu drucken, so scheint mir, war ein Beitrag zum Prinzip Hoffnung.

–

Konkret 09/82, S. 60

Susanne Mersmann

Am Leben verzweifelt – den Tod gewünscht

Ein 17jähriger Franzose tötete sich mit Schlaftabletten. Aufgeschlagen vor ihm lag der neue Bestseller »Suicide«. Es enthält perfekte Rezepte für einen leichten und leidensfreien Selbstmord

Wenn man wirklich sterben will, sollte man keine Zeit mit der Suche nach einem Ort verlieren. Das Hotel ist ideal. Nicht vergessen, ein Zimmer zu reservieren, zwei Nächte im voraus zu bezahlen und dem Hotelier zu sagen, daß man keinesfalls gestört werden möchte. Diese Empfehlung ist vor allem wichtig, weil man genügend Zeit vor sich haben muß: Man braucht mindestens einen ruhigen Tag. Je später die Entdeckung, desto kleiner die Wiederbelebungsgefahr.«

Schockierende Zeilen? Beruhigendes Wissen? Claude Guillon und Yves Le Bonniec haben alle verfügbaren Informationen zusammengetragen, die zum Gelingen eines Selbstmords nötig sind. »Suicide, Mode d'Emploi« heißt ihr Buch - Gebrauchsanweisung. Kapitel zehn, nur 32 Seiten lang, macht detaillierte Angaben über Ort und Umstände, Vorbereitungen und geeignete Medikamente für einen sanften Tod von eigener Hand.

Wer hat noch nie mit dem Gedanken gespielt? Robert Kastenbaum, amerikanischer Suizidforscher, fand heraus, daß immer mehr Menschen »mit Würde sterben« möchten, sich einen »guten Tod« wünschen. Weil viele »nicht durch die medizinische Technik unbegrenzt in einem Zwielicht zwischen Leben und Tod festgehalten werden« wollen, könne der Suizid (von lateinisch sui caedere = sich töten) schon bald zur »bevorzugten Todesart werden«. »Ort, Zeitpunkt, Dauer und Stil« blieben der persönlichen Kontrolle eines jeden überlassen.

In die Betonsilostadt Chorweiler kommen Selbstmörder aus allen Kölner Bezirken. Eine Frau war schon in den obersten, den 23. Stock des Hochhauses gefahren. Sie merkte, daß sie die Brüstung nicht überwinden konnte. Sie fuhr wieder hinunter und kaufte sich gegenüber bei Karstadt einen Hocker. Dann kehrte sie zurück, stieg auf den Hocker und sprang in den Tod. Wie verzweifelt muß ein Mensch sein, sich so umzubringen.

Edward M. Brecher, amerikanischer Medizinjournalist, befaßte sich eingehend mit seinem möglichen Selbstmord, als er an Krebs erkrankt war. Er sprach mit Angehörigen und Freunden darüber. Sicher war, er wollte die langen Qualen, die er vorher schon bei seiner Frau miterlebt hatte, nicht auf sich nehmen. Er überlegte, welche Todesart für ihn in Frage kommen würde. Sein »suicide shopping« (Brecher) ließ ihn zu der Erkenntnis kommen, daß der Griff zu Schlaftabletten, eine Todesspritze oder das Atmen von Auspuffgasen die einzig brauchbaren Mittel wären. Seine Krebsoperation verlief erfolgreich, die letzte Konsequenz blieb ihm erspart.

Im »New York Times Magazine« veröffentlichte er im März 1979 einen Aufruf: Alle, die sich mit dem Freitod beschäftigten, sollten »out of the closets« kommen. Brecher: »Wenn man wirklich sterben möchte, ist es oft zu spät, über die richtige Methode nachzudenken.« Der Journalist Brecher hatte auch überlegt, ein Buch über Selbstmord-Möglichkeiten zu schreiben, vor allem, um vor untauglichen Mitteln zu warnen. Zu seinem Bedauern fand er keine Wissenschaftler oder Ärzte, die bei diesem Thema zu einer Kooperation bereit gewesen wären.

Hilfe von Ärzten hatte auch das französische Autorenteam Guillon/Le Bonniec nicht. Sie haben die verfügbare medizinische Literatur ausgewertet, nennen ihr Buch deshalb eine »Art Versuch«. Aufgezeichnet haben sie darin auch, was sie »versehentliche Informationen« nennen:

So stand in dem seriösen, katholischen Blatt »La Vie« (Das Leben) ein Artikel über den Fingerhut. 10 g trockene und 40 g frische Blätter dieser Pflanze seien tödlich.

So berichtet »Le Monde« über Knollenblätterpilze und gibt an, daß eine Menge zwischen 50 und 100 g frischer Pilze mit Sicherheit tödlich sei. (Guillon und Le Bonniec raten ab, weil die »Begleiterscheinungen nicht sehr ermutigend« seien).

So hat ein Leserbrief in der Zeitung »Liberation« genau den gegenteiligen Effekt wie beabsichtigt. Der Briefeschreiber, der sich gegen die unkontrollierte Verbreitung tödlicher Medikamente wendet, nennt die »richtige« Dosis des Mittels »Vesparax«, die ein Freund eingenommen hatte: 35 Tabletten.

Um eine unerwünschte Wiederbelebung zu verhindern, muß man die Verpackung der eingenommenen Medikamente vernichten. Man muß auch das Rezept vernichten und nicht in den Papierkorb werfen... Es ist in diesem Zusammenhang nicht schlecht, eine kleine Notiz zu hinterlassen, die eventuelle Zeugen und Freunde entlastet.«

Wenn Massenblätter über spektakuläre Selbstmorde berichten, gehen in den folgenden Tagen regelmäßig die Suizid-Ziffern nach oben. Psychologen nennen es den »Werther-Effekt«. Als Goethes Werk erschien, verdammte Hamburgs Hauptpastor Goeze »eine Zeit, in der Apologien für den Selbstmord geschrieben werden und einen ungestörten freien Lauf haben, da gottlose Zeitungsrezensenten solche verfluchungswürdige Schrift anpreisen, die Selbstmörder als Tugendhelden rühmen und sie seligpreisen«.

Guillon und Le Bonniec bestreiten, daß die von ihnen veröffentlichten Details über Medikamente, Mengen und Mischungen einen solchen Effekt nach sich zögen. »Wir denken, daß diese These durch nichts belegt werden kann. Wir können sogar behaupten, daß eine gewisse Zahl von Selbstmorden auf Nichtwissen zurückzuführen sind. Man schluckt irgendetwas und trifft zufällig auf eine tödliche Dosis.« Die beiden Autoren halten den Gegnern der freien Information über die Methoden und Möglichkeiten des sanften Todes entgegen: »Zu wissen, wie man stirbt, ist zugleich ein Wissen, wie man nicht irrtümlich stirbt.«

Mediziner und Krankenschwestern wüßten, was sie zu schlucken hätten. »Es gibt immer die Lust zu sterben, alles aufs Spiel zu setzen. Der Unterschied ist also der Zugang zur Information. Welches besseres Mittel gibt es, um dieses 'Alles-aufs-Spiel-Setzen' zu verhindern, als das der präzisen Information? Man hätte dann nur die richtigen, die freiwilligen Selbstmorde zu 'bedauern'«, verteidigen Guillon und Le Bonniec ihr Buch. »Daß diese Zahl der echten Selbstmorde steigt oder rückgängig ist, das macht uns keine Sorge. «

Als Beweis für ihre These, daß das Wissen über die besten Methoden für einen Selbstmord unschädlich sei, führen die Autoren den Fall einer jungen Frau an, die schon mehrere Selbsttötungsversuche hinter sich hatte. Als sie zu einem Psychiater nach Lyon kam, verschrieb ihr der Arzt ein Medikament und versprach, das sei das ideale Mittel. Drei Tage später kam die Patientin wieder zu ihm und dankte. ihm dafür, daß er sie verstanden hatte.

William Shakespeare brachte es in acht Dramen auf vierzehn Selbstmörder. Doch was in der Literatur und auf den Bühnen als edel und gut gilt, hat den Ruch der Schande noch immer nicht verloren. Wer von eigener Hand stirbt, dem ist auch heute offiziell ein christliches Begräbnis verwehrt. Zwar findet sich in der Bibel kein ausdrückliches Selbstmord-Verbot, aber seit Augustin stimmen alle Kirchenlehrer in der Meinung überein, daß die Selbsttötung dem göttlichen Schöpfungswillen widerspricht.

Neben der moralischen Verurteilung stand lange die juristische. In vielen europäischen Ländern wurden Suizidversuche bestraft, in England noch bis 1961. War der Selbstmord erfolgreich, hielt man sich an die Angehörigen: Das Vermögen des Suizidanten fiel noch vor hundert Jahren in England und Frankreich an die Krone.

So blieb der Selbstmord bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Ausnahme. Erst mit den »Gründerjahren«, parallel zur Industrialisierung, stieg die Suizidrate kräftig an.

Der französische Soziologe Emil Durkheim stellte schon 1897 in seinem Klassiker »Le Suicide« fest, daß Neigung und Häufigkeit mit der »sozialen Desintegration« und der daraus folgenden Isolation des Menschen zusammenhängen. Der Wiener Selbstmordforscher Erwin Ringel: »Unsere gegenwärtige Gesellschaft fördert den Freitod.«

Als ich gerade zehn Jahre alt war, stand ich nur etwa drei Meter von einem Mann entfernt, der sich auf dem Hamburger Hauptbahnhof vor den einfahrenden S-Bahn-Zug warf. Er wurde schwer verletzt, überlebte aber. Dabei gehört diese Selbsttötungsart zu den - relativ sicheren - »harten« Methoden. Sich erschießen, sich erhängen, aus großer Höhe springen, das sind die aktiven Verfahren, die vor allem von Männern angewandt werden. Zurückgeführt wird das auf ihre größere Aggressivität - sei sie nun angeboren oder anerzogen. So wie es mehr männliche Mörder gibt, so gibt es auch mehr männliche Selbstmörder. Einige Suizidforscher halten es für Zufall, ob sich diese Aggression gegen andere oder gegen sich selbst richtet, ob ein Mensch zum Mörder oder zum Selbstmörder wird. Gesichert ist die Erkenntnis, daß die Selbstmordraten in Kriegszeiten rapide zurückgehen. Versicherungen schätzen, daß heute jeder zwölfte tödliche Autounfall ein verdeckter Selbstmord ist.

Es bringen sich mehr Männer als Frauen um, mehr Großstädter als Landbewohner, mehr Protestanten als Katholiken. Überdurchschnittlich viele Akademiker und Arbeitslose sterben von eigener Hand. Verwitwete, Unverheiratete und Kinderlose neigen eher zum Freitod. Wer seine Kindheit in zerrütteten Familienverhältnissen verlebte, wer alkohol- oder drogenabhängig oder gar psychisch krank ist, wird leichter Selbstmord begehen als andere. Homosexuelle, vereinsamte Rentner, Strafgefangene und Studenten im Examensstreß zählen die Suizidforscher zu den gefährdeten Gruppen.

Frauen dürfen Emotionen zeigen - töten sie sich deshalb weniger? Es gibt die - umstrittene - These, daß Frauen dank Menstruation, Schwangerschaft und Klimakterium gegen. Stimmungstiefs abgehärtet seien. Für diesen Gedanken spricht, daß der Altersselbstmord fast ausschließlich Männersache ist.

Das Phänomen des Großstadt-Suizids läßt sich einfacher erklären: Die soziale Kontrolle funktioniert lediglich in dörflichen Gemeinschaften. Die Unwirtlichkeit der Städte, die Einsamkeit und Isolation ihrer Bewohner, zerbrochene Familien, ein sinnlos scheinendes Leben in materialistischer Zeit - wer da einen geliebten Menschen verliert oder den »Lebensinhalt« Arbeit, wer den Leistungsanforderungen nicht entspricht oder den moralischen Normen, kann in den Selbstmord getrieben werden.

Ungeklärt ist, warum es Länder mit besonders hohen Suizidraten gibt. Ungarn, Finnen, Dänen, Tschechen, Österreicher, Schweizer und Deutsche sind die Völker mit den höchsten Selbstmordquoten. Italiener, Spanier, Griechen und Malteser töten sich dagegen nur in seltenen Fällen. Berlin steht seit eh und je an der Spitze der Suizidziffern.

Man muß eine leichte Mahlzeit zu sich nehmen, nicht zu wenig und nicht zuviel. Man kann auch vorher ein Mittel gegen Seekrankheit einnehmen - ungefähr eine Stunde vor der Einnahme des tödlichen Mittels... Die tödlichen Mengen sind abhängig vom Körperbau. Wenn man an Schlafmittel oder Morphium gewöhnt ist, muß man die empfohlenen Mengen erhöhen. Man muß die Medikamente an einem kühlen Ort aufbewahren, zum Beispiel unten im Kühlschrank. Man muß auch auf das Verfalldatum achten, die Medikamente können ihre Wirkung verloren haben. Dann ist die Gefahr des Mißlingens oder die von Nachfolgeschäden größer. Man kann die Tabletten unmittelbar , vor der Einnahme in Wasser auflösen, und sie mit einem bißchen Honig oder Kaffee schlucken. Es ist empfehlenswert, Schlafmittel mit Alkohol zu mischen. Die Wirkung wird vom Alkohol bis zu 50 Prozent verstärkt. Auch Kohlensäure kann das Verfahren beschleunigen.«

Alle dreiviertel Stunde nimmt sich in der Bundesrepublik ein Mensch das Leben. 1981 waren es 13.364. Die Zahl der Selbstmordversuche wird auf das Zehnfache geschätzt. Meist sind, es Menschen, die Tabletten geschluckt, sich die Pulsadern geöffnet oder Auspuffgase eingeatmet haben, die rechtzeitig gefunden und in Kliniken ins Leben zurückgeholt werden. Sie wachen in geschlossenen Abteilungen oder in Intensivstationen auf. Ist der Magen ausgepumpt, erhalten sie Anti-Depressiva und werden meist ohne psychiatrische Hilfe und Unterstützung in ihr altes Elend zurückgeschickt.

Viele waren noch in den Tagen vor dem Suizid-Versuch beim Arzt, viele haben Rat und Hilfe bei Freunden oder Verwandten gesucht. Wer dort mit einem schulterklopfenden »Das wird schon wieder« abgeschoben wird, greift oft zum letzten Mittel, dem »stummen Schrei«. Die sogenannten »Apellations-Selbstmorde«, häufig von Frauen ausgeführt, manchmal als Erpressungs- oder Nötigungsversuch empfunden, sind von einem »vitalen Angstgefühl« (Suizidforscher Karl-Joachim Linden) begleitet. Sie sind zumeist so arrangiert, daß eine Rettung möglich ist. Diese Menschen wollen nicht sterben, sie wußten nur nicht, wie sie weiterleben sollten. Aber 25 Prozent der Selbstmordkandidaten legen erneut Hand an sich.

Nicht empfehlen können wir Aspirin. Die tödliche Dosis liegt bei 40 bis 60 Tabletten. Sie verursachen Magenblutungen. Das Verfahren ist langsam. Es tritt keine Müdigkeit auf. Aspirin ist zu unsicher. Die Folgeschäden für Leber und Nieren bei einer Wiederbelebung sind sehr ernst.«

Sigmund Freud nahm an, 40 daß neben dem arterhaltenden Sexualtrieb in jedem Menschen auch eine Neigung zu Zerfall und Zerstörung wirksam sei, deren extreme Manifestation unter anderem in der Aggression gegen die eigene Person bestehe. (1920 in »Jenseits des Lustprinzips«). Der Wiener Professor Erwin Ringel, bekanntester Suizidforscher und Gründer der »Internationalen Vereinigung für Selbstmordverhütung«, ging davon aus, daß die Selbstmordhandlung immer der »Abschluß einer krankhaften psychischen Entwicklung« sei. Als wirklich geisteskrank - da sind sich heute die Suizidforscher einig - gelten dabei nur rund dreißig Prozent der Selbstmörder.

»Der Hang zum Freitod ist keine Krankheit, von der man geheilt werden muß wie von den Masern«, schreibt Jean Améry in seinem Buch »Hand an sich legen - Diskurs über den Freitod« und bricht darin endgültig die philosophische Lanze für den Selbstmord. Er verfaßte das Werk, bevor er sich 1978 mit Schlaftabletten umbrachte.

Trotz Goethe, Shakespeare und Améry scheiden nur wenige Menschen ganz freiwillig aus dem Leben, zufrieden und abgeklärt, mit Vorbedacht und bei klarem Verstand. Auch bei den »Bilanz-Selbstmördern« handelt es sich zumeist um eine Flucht: vor Schulden, vor Einsamkeit, vor Morgen und Übermorgen.

Nicht der November ist der Monat mit den meisten Selbstmördern, sondern der Mai.' Wenn die Natur aufblüht, wird die Leere unerträglich.

Keinen kann man verurteilen, wenn er einen Selbstmord versucht. Aber jeder von uns kann und muß dem Selbstmörder klarmachen, daß Selbstmord ein blödsinniger Ausweg ist. Alle, die ihr Leben für sinnlos halten, sollten es für andere sinnvoll machen, damit es mehr glückliche Menschen gibt«, schrieb eine 15jährige Schülerin in einem Leserbrief an die »Zeit«.

Selbstmorde kündigen sich an. Professor Erwin Ringel hat die drei Stufen des präsuizidalen Syndroms beschrieben:

· Einengung der Wahrnehmung und Gefühle, gepaart mit Vereinsamung, Ausweglosigkeit, Isolation und schließlich Resignation;

· Vorwürfe gegen andere. Weil sich die Aggressionen aber nicht entfalten können, richtet sich die Wut gegen sich selbst;

· Todesphantasien als Flucht in die Irrealität. Dabei wird auch die Wirkung der Selbsttötung auf die Umwelt als vorweggenommene Strafe ausgemalt.

Jean Améry nannte die berufsmäßige Suizidbekämpfung in seinem »Diskurs« eine »unverschämte Einmischung«.

Der Amerikaner Robert Kastenbaum ist der Auffassung, er und seine Suizidologen-Kollegen müßten in Zukunft zwei Wege gehen. Erstens das selbstzerstörerische Verhalten psychisch Kranker zu heilen versuchen. Und zweitens unter gewissen Umständen den selbstgewählten Tod durch eigene Hand erleichtern.

Claude Guillon und Yves Le Bonniec betrachten das Recht auf den Tod als »Waffe gegen diejenigen, die das Leben rauben«, als Mittel gegen die Herrschenden, die uns immer mehr Kernkraftwerke und immer mehr Atombomben bescheren. Sie kritisieren die Haltung der Linken zum Freitod heftig, sie sähen in dem Selbstmörder lediglich einen »verlorenen Mitkämpfer«. Sie klagen Regierungen an, die ihre politischen Gefangenen umbringen ließen (und nennen dabei die Bundesrepublik, die ihre RAF-Häftlinge habe ermorden lassen). Daß in einer Demokratie die Macht dem Volk gehöre, sei ein gutes Wort für die Herrscher, meinen Guillon und Le Bonniec. Und sie fügen hinzu: »Unsere größte Freiheit ist es, zu verschwinden.«

Siebenundfünfzig Prozent aller Selbstmordkandidaten in Frankreich nehmen Tabletten, die Sterbequote nach Medikamenteneinnahme beträgt 0,7 Prozent. Bei Haushaltsmitteln beträgt die Quote vier, bei Industriemitteln und Pflanzengiften zwölf Prozent. Guillon und Le Bonniec behandeln »die letzteren Möglichkeiten nicht, da sie mit starken Schmerzen verbunden sind und Nachfolgeschäden verursachen«.

Darf man einem Menschen, der wirklich sterben will, zu einem leichten und sicheren Tod verhelfen?

Claude Guillon und Yves Le Bonniec nennen die unterschiedlichen Gifte. Barbiturate lähmen das zentrale Nervensystem und die Atmung. Sie können allein oder mit anderen Beruhigungsmitteln zum Tod führen. Mittel gegen Übelkeit können allein angewandt werden oder zusätzlich, um einen Brechreiz zu verhindern. Anti-Depressiva sind besonders wirksam und verursachen Bewußtlosigkeit und Herzstillstand. Vor dem Tod kein Einschlafen und kein Koma, Herzstörungen und Krämpfe. Von anderen Giften (Insulin, Nikotin, Arsen) raten Guillon und Le Bonniec ab, weil sie entweder zu unsicher oder zu schmerzhaft sind.

Auch Suizidforscher denken um. Man müsse die »Freiheit und Würde des anderen respektieren«« schreibt Professor Hermann Pohlmeier, lange Jahre Präsident der Deutschen Gesellschaft für Selbstmordverhütung. Jeder habe letztlich ein »Recht auf sein Sterben« und auf einen Freitod zur »Abwendung von Siechtum, von Versklavung oder einfach, weil er es so will«.

Konkret 09/82, S. 63

Michael Schilling

Proletarier aller Länder, hängt Euch auf!

...life, liberty and the pursuit of happiness

Leben, Freiheit und die Suche nach Glück wollte der bürgerliche Staat einst gewähren. Nun wird ein weiteres unveräußerliches Menschenrecht verlangt: sich selbst umzubringen. Das Pathos, mit dem dies geschieht, verheißt Fortschritt und Aufklärung, es erinnert von ferne an »Gott ist tot« oder »Mein Bauch gehört mir«.

Es ist im Leben häßlich eingerichtet, daß bei den Rosen gleich die Parfümfabrikanten stehn. Zehntausende bringen sich jährlich um, in New York, London, Paris und Westberlin. Das Problem ist von einem der Moral längst auf eines der Statistik reduziert. Wenn sich ein Filmstar vergiftet oder sich ein Millionenerbe erschießt, machen ein paar Telefonseelsorger und Leitartikler eben noch »ts, ts«. Doch durch die sperrangelweit geöffneten Scheunentore rast, den Kopf zwischen den Schultern, eine Avantgarde mit Gebrüll: Freier Tod für freie Bürger. In England, in Frankreich und demnächst in der Bundesrepublik liegt die »Gebrauchsanweisung für Selbstmörder« *in jeder guten Buchhandlung* aus.

Jean Améry, der verspätete Aufklärer, hat Ethik und Moral des Selbstmordes in seinem »Diskurs über den Freitod« zu Ende diskutiert, bevor er sich umbrachte. Dem Denker, der die Frage im Allgemeinen lösen mußte, bevor er sie im Besonderen beantworten konnte, folgen nun die quicken Geschäftemacher der Provokation, die der individuellen Nachfrage ein kollektives Angebot machen- Töte dich schmerzfrei, sauber, schnell und sicher, hab immer unser Buch zur Hand, und du gehst weg ganz ohne Rand.

Provokation ruft *hervor,* was längst vorhanden, aber (noch) nicht akzeptiert ist; die Gesellschaft toleriert (und braucht) es schon, die schwerfälligen Bewußtseinsfabrikanten können es aber noch nicht liefern. Der Tod, der durch eigene Hand statt durch Krebs, Infarkt, Polizei, Straßenverkehr, Napalm oder Atombomben herbeigeführt wird, gilt ihnen noch als Frevel. Doch ihre Leichenreden auf den Krüppel, den Irren, den Junkie, den Straftäter, den Arbeitsunfähigen, der sich umgebracht hat, verraten das gesellschaftliche Bedürfnis nach solcher Tat. »Es war wohl das Beste so. Für ihn.«

Kurt Tucholsky hat gewitzelt, die soziale Frage sei nur dadurch zu lösen, daß wir alle reich heiraten. Das letzte Mittel gegen psychische und physische Verelendung heißt: Häng dich auf! (Natürlich nicht, sondern: Miete dir ein Hotelzimmer und nimm einen unserer Spezial-Freitod-Cocktails, denn wir sind hier unter Professoren, Anwälten, Journalisten, Bankrotteuren und anderen besseren Leuten.)

Keiner wird sich umbringen, nur weil er ein schmackhaftes Rezept dafür gelesen hat. Doch auch das nicht eingenommene Medikament hat - neben der wahnsinnig interessanten Diskussion, die nun geführt werden muß, und den Honoraren für Autoren und Kritiker - eine Nebenwirkung:

In aller Regel ist der Selbstmordversuch ein letzter verzweifelter Hilferuf, ein äußerstes Mittel, menschliche Be-Achtung zu erzwingen. Deshalb (und nicht weil das todsichere Rezept nicht zur Hand war) sind so viele Versuche auf Mißlingen angelegt. Die massenhafte Verbreitung einer unfehlbaren Methode wird den gescheiterten Selbstmörder zum Komödianten degradieren, ihn der Solidarität seiner Umwelt und der Würde seiner Tat enteignen.

Als Äquivalent erhalten wir einen Bestseller.

Konkret 09/82, S. 67

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefoniert ala Ingo aus Berlin mit Alfred Krause, Vorsitzender des Deutschen Beamtenhundes

Deutscher Beamtenbund, Hackebusch

Tach, Ingo, Berlin, Ihrn Vorsitzenden Krause, wa.

Herr Ingo, Herr Krause hat zwar grade Besuch, aber ich verbinde Sie.

Krause.

Tach, Krause, Ingo, Kreuzberg, Hausbesetzer, zur Zeit Alternativer im Baustadtrat.

Aah, wie schön.

Gruppe » Tod der Not«, wir ham jehört, Ihr wollt Bambule machen, weil der Staat nischt rausrückt für die nächste Jehaltserhöhung, wolltn wa Euch solledarisch Hilfe leisten, wa, Ihr seid ja ooch reichlich fremdbestimmt in Euerm Job, wa.

Jaah.

Aber leida nbischen stupide in Betreff auf fighting, wär doch jut, wa, wenn wer Euch paar Tips jeben könnten, wa?

Nöö, wird nicht nötig sein, ich denke, wir haben das im Griff und wir wollen keine Hilfe von Außenstehenden.

Wo wärn denn die Schwachstellen bei Euch, det wa jemeinsam Stratejien entwickeln, wa?

Herr Ingo, das ist außerhalb jeder Betrachtung bei uns, wir entwickeln keine Strategien mit anderen, wir vertreten unsere Interessen selbst.

Jut wär doch ne Demo, wa, so'n A utodafee von Ärmelschonern, wa, ooch Bundesflaggen zündeln wär nich schlecht, wa?

Sie können ganz beruhigt sein, wir werden alles das, was wir zu sagen haben, in der richtigen Weise vorbringen, und wir sind diejenigen, die Demonstration als Grundrecht und das heißt GEWALTFREI anwenden, und alle gewaltfrei demonstrieren.

Wir hätten ooch schon Losungen, wa, für Euch, wa...

Nööö, die haben wir selbst.

Na, zum Beispiel » Wir Diener des Staats - maloochen nich für die Katz«.

Wir nehmen keine Anleihen bei anderen.

Oder, wat anders, innern Widerstand, wa, die Kumpels vom Fiskus, wa, die verweigern sich, die Lohnis zu versteuern, wa, also det Pretolariat, wa, uff de Malle mit die Akten, wa?!

Das war ganz interessant, was Sie mir sagten, aber wir haben keinen Bedarf dafür.

Jenau jesehn, wa, sitzen wa doch alle in eenem Boot.

Nöö, ich glaube, wir sitzen nicht.

Watt denn, wie denn, wieso nich?

Wir haben unterschiedliche Ziele.

Na, watt denn, wir wolln doch alle mehr haben, wa?

Hat mich sehr gefreut, von Ihnen zu hören, aus Berlin, Sie sollten kurz telefonieren, um den Staat nicht zu belasten mit den Telefonkosten.

Na, ick wollte doch nur, det wa jemeinsame Stratejien entwickeln, wa

Nöö, gemeinsam machen wir nichts

Hamse jar keen Interesse?

Nöö, haben wir nicht.

Det tut ma leid, wa, denn tschüß.

Aufwiederhören.

Horst Tomayer telefoniert als Verfassungsschützer Lichtenrader aus Berlin noch einmal mit Alfred Krause

Landesamt für Verfassungsschutz, Berlin, Referat II links, Lichtenrader, bitte Herrn Krause.

Krause.

Herr Krause, an uns sind Informationen herangetragen worden, daß Ihre Demonstration am 12. September in Bonn von linksradikalen Gruppierungen gestört beziehungsweise umfunktioniert werden soll. Wissen Sie etwas davon?

Bisher nicht, ich kann Ihnen nur sagen, daß ich einen Anruf hatte, der für mich zunächst einmal etwas mysteriös war, und zwar hat sich telefonisch gemeldet ein Herr Ingo, der angeblich in Kreuzberg als Abgeordneter auf der Alternativen Liste in die zuständige Vertretung dort gewählt worden ist, ich weiß nicht,

ob das zutrifft, ich konnte der Sache bisher auch nicht nachgehen, und der...

... sitzt doch nicht im Schöne

berger Rathaus, allenfalls in der Bezirksvertretung Kreuzberg...

So hat der sich auch vorgestellt und hat dann gleich angefangen in einer mir im allgemeinen nicht bekannten Terminologie darzustellen, was man alles tun müßte, um eine solche Demonstration zum Erfolg werden zu lassen. Ich bin dann nicht weiter darauf eingegangen, sondern habe ihm nur erklärt, daß ich keine Unterstützung brauche und wir uns selbst vertreten, und im übrigen ich davon ausgehe, daß er auf Staatskosten telefoniert und er sich deshalb besser kurz faßt. Das ist der einzige Anruf bisher gewesen, mehr weiß ich nicht.

Nun haben wir aber in der Hausbesetzerszene in Berlin gewisse Informanten, und von daher wissen wir ziemlich schlüssig, daß linksradikale Gruppierungen nach Bonn anreisen. Wie haben Sie sich denn gedacht, sich dieses Einflusses zu entziehen?

Sie können ja nur normalerweise demonstrieren, und wir tun alles das, was nötig ist, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, aber das andere überlassen wir der Polizei, die Sie ja sicher auch verständigen.

Mit wieviel Leuten rechnen Sie?

Mit 30 bis 40.000.

Sie wissen, daß selbst eine so große Anzahl Menschen leicht manipulierbar ist durch eine radikale, gewalttätige, schlagkräftige Gruppe.

Aber bei dem Kreis, den wir haben, wird das schwerfallen.

Stellen Sie denn selbst Ordner?

Natürlich.

Wieviel?

Herr Lichtenrader, technische Auskünfte würde ich ungern am Telefon geben.

Wie schätzen Sie denn diesen Anruf ein? Wir wissen schließlich, daß in der Hausbesetzerszene Bestrebungen im Gange sind, sich gewissermaßen als Rotlicht an die Demonstration des Deutschen Beamtenbundes zu hängen.

Ich müßte erstmal feststellen, wie authentisch dieser Anruf war, ich hab das zunächst einmal unserm Berliner Landes bund mitgeteilt, der wird die Nachforschungen anstellen. Vielleicht könnten Sie mit Ihm auch einmal sprechen, der Vorsitzende ist Herr Zierach.

Wenn Sie wieder was hören sollten, nehmen Sie den Anruf nicht auf die leichte Schulter, informieren Sie uns.

Mache ich.

Aufwiederhören.

Konkret 09/82, S. 68

Caroline Fetscher

Der Hammer

Die neue Attraktion auf deutschen Jahrmärkten heißt »Ranger«

Auf dem Jahrmarkt steht der Hammer. Kein Hau-den-Lukas. Kein Werkzeug. Der Hammer ist brandneu. Der Mensch kann ihn nicht benutzen: Der Hammer benutzt den Menschen, er hebt ihn, hält ihn, läßt ihn fallen. Wie es ihm paßt.

Der Hammer ist eine gigantische Vergnügungsmaschine. Dieser Maschine zuzusehen reißt dem Volk Mund und Nase auf, dabei dreht sich der Magen. Der Hammer hat derzeit das größte Publikum auf dem Jahrmarkt, und ich will wissen, was er will.

Eine Gruppe grün- und weißhaariger Lederjackenjungen und Tigerhosenmädchen steht davor, schaut gebannt. Der Hammer, der »Ranger« heißt, preßt den kids die ohnehin karge Sprache weiter zusammen: »Geil! Voll geil! Echt geil! Soowas von geiiil, oh, geil! « Die drei Mark fürs Billett haben sie allerdings nicht. Nur eine ist mal Passagierin des »Ranger« gewesen. »Hinterher hab ich gekotzt, war echt ungeil.« Einsicht.

Die Maschine besitzt ein langes senkrecht aufgestelltes Stahlbein, an dessen Ende sich ein Behältnis für Menschen befindet. Während der Vergnügungsfahrt dreht sich das Stahlbein wie eine Speiche um die Achse und schleudert die Kabine mit, ganz um sich herum.

»Geboren wurde diese Idee im Team«, sagt Geschäftsleiter Winterfeld von der Maschinenfabrik Huss in Bremen, die seit Jahren Vergnügungsgeräte, aber auch Container und Schalldämpfer herstellt. »Der Ranger«, erklärt er, »ist die konsequente Weiterentwicklung der Wikinger-Riesenschiffsschaukel 'Hanseatie'. An den Bedürfnissen der Marktbesucher haben wir abgelesen, daß die Leute Überkopffahrten, also Loopings wollen.« Ich gebe zu bedenken, daß der Ranger die Besucher nicht nur im Kreis schleudert, sondern sie einfach in der Luft stehen läßt. »Ja, das kann jeder Schausteller für sich entscheiden, ob und wie er den Ranger per Automatikprogramm oder Handsteuerung bedient.« Ich frage, wie denn das Team der Fabrik Huss auf den Gedanken gekommen sei, diese »Überkopffahrt« zu erfinden. Antwort: »Wir waren zu der Überzeugung gekommen, daß das die Zeit ist.«

Rund 1,5 Millionen Mark kostet das Gerät. Offensichtlich ein gutes Geschäft nicht nur für die Huss-Werke, sondern auch für ihre Kunden. Einer von ihnen ist der Schausteller Rudolf Robrahn, dem zwei der vier in der Bundesrepublik stationierten »Ranger« gehören. »Man kann vorher nie wissen«, sagt Robrahn, »ob das Gerät eine Kotzmühle wird, wie das bei uns in der Branche heißt, oder ob es einschlägt. Aber immerhin, der 'Ranger' lohnt sich.« Ich merke daß ihm seine Maschine Freude macht: »400 PS treiben unser Raumschiff an, und mit den 40 Personen drin sind's 20 Tonnen, die da in der Weltgeschichte herumgeschleudert werden. Ich fahr' selbst jeden Tag.«

Freitagnacht auf dem »Dom«, dem Hamburger Jahrmarkt. Ein ununterbrochener Menschenstrom pulst durch die Vergnügungsmaschine. Sie kommt nicht zum Stillstand, es sei denn, um lebende Fracht einzusaugen oder auszuspucken. Ruck-Zuck. Da stehen die Leute in der Warteschlange, haben drei Mark gezahlt und freuen sich nicht. Wenige zeigen Angst, die meisten wirken gleichgültig, Sie besteigen den Hammer, weil er neu ist, und »man es mal gemacht haben muß«.

Aufrücken, Leute, immer fünf in eine Bank, Herzrasen, das fatale Gefühl, die Erfahrung von Rudolf Robrahn: Hier kommst du nicht mehr raus. Entschieden ist entschieden, und mit einem lauten Klang schließt das Chromgitter uns irt den fliegenden Käfig ein. Die Sitze lassen keinen Raum zum Bewegen, bist Du neben mir, bist Du's doch nicht mehr. Jetzt ist jeder für sich allein.

Mit surrendem Geräusch drückt eine gepolsterte Walze die Passagieren fest. Sie preßt so sehr, daß sie den Atem flach macht, wenn sie sich auf Brust und Bauch legt. Einen übergewichtigen Menschen würde die Walze gefährlich einzwängen, einen sehr mageren hielte sie nicht zuverlässig. Da braucht es Norm-Wesen.

Wir klemmen fest, jetzt gibt es keine Angst mehr, entweder totale Gefühlsblockade oder schiere Panik. Ich flackere zwischen beidem, da geht es los.

Das eine Haifischmaul wird in die Höhe gehoben, »Ranger« schwingt den Arm, bis die Faust gerade in die Höhe weist, und uns hält er in der Faust fest, der Roboter-King-Kong, der die Menschen zerdrücken könnte wie Insekten.

Nein, er tut's nicht.

Bald närrisch vor Angst hängen die Dom-Besucher kopfunter in der Kapsel hinter dem Chromgestänge. Und während sie auf der Riesenschiffschaukel oder Achterbahn noch schreien können, geht das hier nicht. Brüll mal eine Angst heraus, wenn dich ein Bügel zerdrücken will, der Kopf blutschwer ist, und das Gefährt STILL steht. »Five, four, three, two, one ... «, Detonationsgeräusch. Ein Ami zählt uns den Start vom Ende, der Arm senkt sich wieder, in gebremstem Fall. Das Fallen

ist unheimlich, die Bremse heult, und es fehlt das Fallgefühl im Bauch, das die Erotik der Absturzstelle bei der Achterbahn ausmacht. Der Fall ist nicht wie Fallen, er setzt die menschlichen Orientierungssinne anders außer Kraft als die alten Geräte.

Die Bewegung hat keinen Tonus, keinen Schwung, weder Rütteln noch Schütteln, macht nicht freifliegend, sinnlich. Die Rangerfaust bewegt sich in einem anorganischen Maschinenrhythmus wie eine Stanzmaschine.

Sie lassen dich nichtmal mehr die Schwerkraft empfinden. Jetzt demonstriert die Maschine ihr Können. Zweimal eine volle Umdrehung, sie läßt uns in der Schräglage stehen, wechselt die Drehrichtung, stößt eine Bewegung an, deutet Schwung an, schneidet alle jäh ab. Kein Rhythmus, auf den man sich so verlassen könnte, daß man sich fallenlassen, auf die Reise einlassen dürfte. Es sind die abrupten Bewegungen der Neuen Technik und deren Eigendynamik, die dieses Volkstrainingsgerät beizubringen hat. Bewußtseins-Trimm-Dich im Sinne der Industrie und auf Kosten des Verbrauchers. Zum Training gehört das rein Körperliche, das Unterwirfdich! der Maschine, und dazu gehört auch die Stimme des Apparats. Man findet sie im Supervisor. Es ist der Mann, der neben dem Fräulein an der Kasse sitzt, und dessen Flüstern über einen sehr sensibel ausgesteuerten Verstärker zum Volk, zu den Zuschauern hindröhnt.

Einmal während jeder Fahrt setzt die Kapsel wie zum »Check-up« neben der Billettbude auf und steht still: »Na, lachst du immer noch? Warte, dir wird das Lachen schon vergehen, du bist gleich ganz weiß um die Nase, das sag ich dir.«

Als Kalfaktor der Maschine spricht der Kerl aus, was diese nicht sagen kann: »Jetzt mach ich Feierabend bis morgen früh, und du bleibst da oben.« Er läßt wissen, daß es ohne ihn nicht geht, daß man seiner Willkür, der Willkür der Technik ausgeliefert ist. » Ja, das macht wieder Laune, das macht Vergnügen.«

Dazu singt es zwischendurch über die Anlage: »Weil Du ein zärtlicher Mann bist, will ich mich an dich verlieren ... «, oder »Skandal um Rosi.«

Die Maschine hat Dir eine Botschaft, Kerl, Mensch, Lebewesen: Ich bin tot. Du lebst. Aber ich habe die Macht, du bist ohnmächtig. Ich bin aus Elektronik, aus Stahl. Du bist aus Fleisch und Blut und Nerven und Gemüt. Den Kampf zwischen uns beiden gewinne ich.

Ein Karussell, Leierkastenmusik begleitet das Rundherum auf dem weißlackierten Holzpferd, bescheidet sich mit dem Demonstrieren der einfachen Mechanik, es entspricht der Bewußtseinsebene der ersten industriellen Revolution, deren Technik es zelebriert. Seine Botschaft, die des zyklischen Weltbildes, trifft sich mit Arthur Schnitzlers »Reigen« und Nietzsches »Steter Wiederkehr des Gleichen«. Zyklisch ist auch das Riesenrad. Es feiert die Macht des Menschen über die Natur, wie es ihn, immer im Kreis, in der Gondel über Stadt und Landschaft hebt, ihm Überblick gönnt, Weitblick verschafft. Es ist ein Stück menschgeschaffener Mikrokosmos.

Karussell und Riesenrad sind nur noch Jahrmarkt-Attraktionen für Nostalgiker. Das zyklische Weltbild ist längst dem linearen gewichen, dem Fortschrittsdenken.

Zuerst hat die Achterbahn mit dem statischen Weltbild gebrochen. Ihre Botschaft: Ich gebe ein Fest zu Ehren von Tempo und schnellem Vorwärts. Bei mir weißt du vorher nie, woran du bist - ob es recht s um die Kurve, links in den Abgrund geht, du fällst in meinen Armen. Es geht nicht etwa nur im Kreis - nein, hier beginnt die abenteuerliche Welt des Fortschritts und der Variationen. Das bringt Dir die Technik. Und hast Du Angst vor dem Sturz in den Abgrund: genieße sie! Du wirst sehen, du kommst doch wieder heil an, keine Sorge. Das bietet die Achterbahn. Doch die Zeit der zweiten industriellen Revolution, in der der Hokaido-Express und ein Formel 1-Rennwagen Sensationen darstellten, ist im Begriff, überholt zu werden von der dritten industriellen Revolution.

Spiele wie der Bildschirm-Flipper gehören zu ihren Vorbereitern. Auch der »Ranger«. Er katapultiert das Bewußtsein mitten in die neue Zeit hinein, wo es Alltag sein soll, sich dem Rhythmus der Elektronik, den scharfen, schnellen Impulsen der Neuen Technik anzupassen. Und das umschließt Kriegstechnologie, die Bildschirmschule, Kinder aus der Retorte, Arbeit an Terminals und Computern ebenso wie Einkaufen per Screen-Catalogue.

Wir zahlen drei Mark und steigen in ihre Raumkapsel, ohne es zu merken. Der Soziologe Lewis Mumford sagt in »Mythos der Maschine«, daß die bemannte Raumkapsel der modernen Technik genau der innersten Kammer der großen Pyramiden entspricht, in die man den mumifizierten Körper des Pharao legte. Dort lag er, umgeben von miniaturisierter Ausrüstung, bereit für die magische Himmelfahrt in die Ewigkeit. Mumford erkennt es als den Zweck der Megamaschine, den Menschen auf die minimale Dimension zu reduzieren, die es ermöglicht, ihn unter totale äußere Kontrolle zu bringen.

Aber widerstandslos mumifizieren lassen sich nur Tote.

Konkret 09/82, S. 72

Kulturnotizen

Auf dem Weg zum »Bild«-Schirm

Ein so wichtiges Machtmittel wie das Fernsehen darf nicht einzelnen Interessengruppen zur Verfügung stehen, sagt das Bundesverfassungsgericht. Also stellen sich Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, die »gesellschaftlich relevanten Kräfte«, einer Interessengruppe zur Verfügung. Auch hierin hat das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen Modellcharakter. Dieser Fernsehversuch, der ab 1984 50.000 Haushalte per Kabel mit zusätzlichen Programmen privater Anbieter (Verleger, Banken und Industrie, eventuell auch der US-Konzern Warner) versorgen soll, wird von einer »Anstalt für Kabelkommunikation« kontrolliert. Sie wacht über »Ausgewogenheit« und Einhaltung der Gesetze. 40 Mitglieder hat die Anstaltsversammlung, elf davon sind Unternehmer- und Verlegerverbände. Die Arbeitnehmer haben auch ein paar Sitze: einer für den Beamtenbund, einer für die DAG, einer für die Christliche Gewerkschaft, einer für den Deutschen Journalistenverband. Die Deutsche Journalistenunion, die IG Druck und Papier, die Rundfunkgewerkschaft RFFU und die anderen Einzelgewerkschaften sind auch vertreten -. mit dem *einen* Sitz für den DGB. Diese Versammlung hat sich Ende Juli einen repräsentativen Vorsitzenden gewählt: Peter Boenisch, den ehemaligen Chefredakteur von Springers »Welt« und »Bild«Kommentator. Er wird für den rechten »Bild«-Schirm sorgen.

Feuerwerk

Das Plakat stammt von Hundertwasser (Friedensreich mit Vornamen), und auch sonst wird bei der Besetzung nicht gekleckert: Harry Belafonte und Spliff , Solisten der Deutschen Oper Berlin und Mikis Theodorakis, ernsthafte Schauspieler wie Günter Lamprecht (»Alexanderplatz«) und alberne wie Karl Dall, und natürlich die ganze Riege der linken und linksliberalen Liedermacher von Degenhardt über Pluhar bis Wecker wollen am 11. September im und um das Bochumer Ruhrlandstation für den Krefelder Appell, für atomare Abrüstung werben. Und wenn Andre Heller zum Abschluß sein Friedensfeuerwerk in den Bochumer Nachthimmel schießt, werden auf mehreren Bühnen weit mehr als 100 Solisten aufgetreten sein, darunter auch Namen, die die Initiatoren nur hinter vorgehaltener Hand nennen - weil's Überraschungsauftritte werden sollen, oder weil Terminabsprachen noch nicht endgültig sind. Und so kann es passieren, daß plötzlich die greise Marlene Dietrich doch noch einmal auf einer deutschen Bühne steht. Auf jeden Fall wird das Spektrum »extrabreit« - auch die gleichnamige Absahngruppe der Neuen Deutschen Welle wird dabei sein. »Bisher für unüberwindlich gehaltene Berührungsängste und Abneigungen werden plötzlich bedeutungslos«, sagt Hannes Wader. Wenn es um die Vergrößerung der Friedensbewegung geht, muß man halt auch einen Howard Carpendale ertragen können.

Technisch organisiert wird das Friedensfest von Profis wie den Konzertagenten Vivi Eickelberg, Werner Kuhls und vor allem Fritz Rau. Gerade Lippmann + Rau können mit ihren jüngsten Mammut-Tourneen von Simon and Garfunkel und den Rolling Stones wichtige Festival-Erfahrungen beisteuern. KONKRET fragte Fritz Rau, warum er sich beim Bochumer Friedensfest engagiert.

KONKRET: Herr Rau, Sie haben gesagt: »Wer in den 90er Jahren noch Konzerte veranstalten will, muß heute mehr tun als nur Konzerte zu veranstalten« - Friedenskampf also als Sicherung Ihrer Geschäftsbasis?

Rau: Wenn mein Engagement so verstanden würde, wäre es .schlimm. Ich will mit diesem Satz sagen: Wenn wir uns heute nicht gegen die Bedrohung wehren, die größer ist als der Mann auf der Straße es ahnt, wenn unsere Künstler heute nicht dagegen ansingen, wird es in den 90er Jahren keine Konzerte mehr geben. Denn versaftete Menschen hören keine Musik mehr.

KONKRET: Und angesichts der hochorganisierten Kriegsmaschinerien wollen Sie nun dazu beitragen, auch die Arbeit für den Frieden besser zu organisieren: generalstabsmäßig?

Rau: Nein, sondern auf der Basis von menschlicher Spontaneität. Ich freue mich auf ein großes Konzert, bei dem nicht der Zwang besteht, Überschüsse zu erwirtschaften. Jetzt soll der Zweck nicht darin bestehen, Eintrittskarten zu verkaufen, sondern das Konzert soll Mittel zu einem Zweck sein: nämlich das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Friedensarbeit zu erhellen.

KONKRET: Wissen das auch die Künstler?

Rau: Das erfreulichste an dieser Veranstaltung ist doch, daß hier die Künstler die Motoren sind. Sie werden nicht wie sonst von Managern oder Veranstaltern gedrängt, sie haben selbst die Initiative ergriffen. Und wir, die Organisatoren, sind dabei nur Roadies.

KONKRET: Nach den großen Friedenskonzerten letztes Jahr in Dortmund und im Frühjahr auf der Berliner Waldbühne ist Bochum jetzt schon die dritte Großveranstaltung dieser Art.

Rau: Ich bekomme laufend Anfragen großer und kleiner Gemeinden, bekannter und unbekannter Menschen, die jetzt dauernd Friedenskonzerte veranstalten wollen. Manchmal habe ich den Verdacht, daß da nicht der Frieden im Vordergrund steht. Ich steuere dagegen. Der Frieden ist zu ernst, als daß er inflationär als Etikett auf jedes Konzertereignis gedrückt werden dürfte.

KONKRET: Es besteht ja wohl auch die Gefahr, daß sich Künstler aus Profilierungsgründen auf solche Veranstaltungen drängen. Welcher Sänger dritter Garnitur hat schon die Möglichkeit, vor fünfzig- oder hunderttausend Menschen aufzutreten.

Rau: In einer Vorbesprechung hat Franz Josef Degenhardt mal gesagt: Es kommt die Zeit, wo jeder Künstler ein Friedenskämpfer werden muß, um überhaupt noch ein Publikum zu finden. Das ist eine ideale Situation - aber heute dürfen wir die Sache nicht opportunistisch verwässern. Es darf nicht der einzelne Künstler im Vordergrund stehen, sondern der kollektive Aufschrei. Darum bin ich sehr froh, daß sich die deutschen Künstler auf der Bühne zu Aktionsgruppen zusammenschließen und gemeinsam auch ganz neue Formen der Präsentation erarbeiten wollen.

Bibliotheken I

Die öffentliche Sparpolitik trifft immer mehr die Kulturetats, und hier vor allem die Bibliotheken. So mußte zum Beispiel die Stadtbücherei in Herne von ihren zwölf Zweigstellen im vergangenen Jahr fünf schließen, so hat in diesem Jahr die Hannoversche Landesregierung die jährlichen Zuschüsse für die Bücherhallen in Niedersachsen von 4,7 Millionen auf null Mark gekürzt, so konnte die Universitätsbibliothek in Ulm 1982 noch kein einziges neues Buch anschaffen, und so werden allenthalben Stellen gestrichen.

Zwölf sind es beispielsweise bis Ende des Jahres in der Westberliner Amerika-Gedenk-Bibliothek. Damit diese AGB als eine der größten Handbüchereien Europas leistungsfähig bleibt, sollen 1983 die eingesparten Bibliothekarsstellen durch eine EDV-Anlage ersetzt werden. Die kann dann auch sehr viel besser und diskreter festhalten, »was an wen ausgeliehen wird« (so der AGB-Direktor Peter Liebenow).

Schon vor fünf Jahren wurden dort Bücher mit »nationalsozialistischem, sozialistischem oder kommunistischem Gedankengut, deren Wirkung problematisch erscheint« (Dienstanweisung) besonders gekennzeichnet und magaziniert. So mußten sich Entleiher von Lenin-Arbeiten, aber auch von literarischen Büchern aus dem Wagenbach-Verlag registrieren lassen. Bald geht das nun automatisch und ganz diskret.

Bibliotheken II

Als der alte Rockefeller sein Ölimperium gründete, hat er Petroleum-Lämpchen verschenkt, der Brennstoff mußte natürlich bezahlt werden. Wenn der Verlagskonzern Bertelsmann heute eine Bibliothek verschenkt, läßt er sich dieses Petroleum-Lämpchen vom Beschenkten auch noch zur Hälfte bezahlen. 15 Millionen Mark soll die Bücherhalle kosten, die die Bertelsmann-Stiftung der Stadt Gütersloh, dem Sitz des Konzerns, vermacht; aber 50 Prozent davon müssen aus Steuergeldern aufgebracht werden. 1984 (!) soll die Bibliothek ihre Arbeit aufnehmen. Und dann muß die Stadt nicht nur die 30 bis 35 Bücherhallen-Mitarbeiter bezahlen, sondern auch den gesamten Buchbestand. Inklusive der Bertelsmann-Titel.

Eigenwerbung

Das Plakat der Filmfestspiele von Cannes im letzten Frühjahr hat den meisten Besuchern zwar gefallen, aber keiner konnte sich erklären, was dieser Dampfer im Lichterkranz denn zu bedeuten habe. Das Plakat stammt von dem italienischen Regisseur Federico Fellini (»Roma«), und inzwischen macht es auch einen Sinn: Eigenwerbung. In einem Interview mit dem»Corriere della Sera« hat Fellini erklärt, woran er zur Zeit arbeitet - an einem Film mit dem Titel: » ... und das Schiff fährt«: »Hauptdarsteller ist das Schiff, das Meer mit seinen Lichtern, seinen Gesichtern, seinen Farben« - wie auf dem Festival-Plakat.

Konkret 09/82, S. 74

Fatima Igramhan

Der atomare Salon Kunstmutanten

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.
Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

»Wenn die Atombombe explodiert, verwandeln sich meine Onkel in Monster«, kritzelt der vierzehnjährige Jesus Colon unter sein Bild. »Die Haut meiner Arme schält sich wie Handschuhe vom Knochen. Das Straßenschild vor unserem Haus schmilzt. Das sehe ich, und dann sterbe ich«, schreibt der Schüler Felice Santos unter seine Zeichnung.

Diese Visionen vom Leben und Sterben nach der Bombe malten 20 Schüler aus der South Bronx für die Ausstellung »Atomic Salon« in der Feldman-Galerie in Soho. Den Kontakt zwischen dem etablierten Kunstzentrum und dem Slum stellte Tim Rollins her. Er ist Maler und Lehrer, Mitglied von »Group Material«, einer Gruppe von politisch aktiven Künstlern.

Seit einem Jahr fährt der Kunsterzieher fünf Tage in der Woche um 7.30 Uhr mit der U-Bahn in die verwüstete South Bronx. In der Public School 56 unterrichtet Rollins vierzehn- bis siebzehnjährige schwer lernbehinderte Kinder in einer Spezialklasse. »Viele der kids waren Analphabeten oder superwild. Echte Chaoten, Anarchisten, mit viel Haß gegen jede Art von Autorität. Nach meinem ersten Jahr können viele schon in reguläre Klassen eingestuft werden. Es ist mir wichtiger, diesen kids Lesen und Schreiben durch Malen und Spielen beizubringen, als für die elitäre Kunstwelt zu produzieren.« Tim Rollins, immer ganz in schwarz gekleidet, gilt in seiner Familie von Fabrikarbeitern aus einem kleinen Dorf als »Mutant«. Er ist überzeugt, daß gerade aus der kaputten, harten Stadtlandschaft der South Bronx die neuen Künstler kommen. »Dort ist auf den Straßen noch Leben, die Leute setzen sich zusammen. So intensive phantasievolle Bilder wie die von meinen kids malt in Soho keiner.«

»Hypocenter« nennt Rollins sein Schulprojekt. Zuerst stellte er seiner Klasse das Buch »Unforgettable Fire« vor, eine Sammlung von 104 Zeichnungen von Überlebenden des Atomangriffs auf Hiroshima und Nagasaki. Auch einige von diesen japanischen Originalen, die Rollins und seine Schüler so beeindruckt haben, »daß wir einen Monat davon träumten, redeten und immer wieder die eigenen Horrorvisionen malten«, hängen jetzt in der Feldman Fine Arts-Galerie.

Dreißig Jahre nach der A-Bomben-Explosion vom 6. August 1945 hatte eine japanische Rundfunkstation Überlebende aufgefordert, in Bildern darzustellen, wie sie die Katastrophe erfahren und erlitten haben. Fast tausend Arbeiten wurden eingesandt, die meisten der Laienkünstler waren zwischen 60 und 80 Jahre alt und hatten zuvor noch nie einen Pinsel in der Hand gehabt. So wie die japanischen Alten das wirkliche Inferno verarbeitet haben, versuchen heute die Jugendlichen aus der Bronx dem möglichen Inferno entgegenzuarbeiten und überwinden dabei ihre politische Naivität.

Da erklärt zum Beispiel Felice Santos, ein puertorikanischer Junge mit Baseball-Kappe und weißen Shorts, sein Tempera-Bild mit den Comic-Figuren Spiderman und Incredible Hulk: »In den Heften steht, daß die Superhelden so stark sind, weil sie mit radioaktiven Strahlen verseucht sind. Für uns ist das natürlich toll, denn wir wären auch gerne unbesiegbar stark. Klar, daß wir da immer gedacht haben, daß die Atomkraft etwas Gutes ist. Nach unserem Workshop wissen wir das besser.«

Santos' Bild ist eine von zwanzig Arbeiten, die jetzt neben Werken von international anerkannten Künstlern zum selben Thema hängen, Werken von Buckminster Fuller, Arakawa, Andy Warhol, Jonathan Borofsky oder Joseph Beuys (dem einzigen Deutschen in der Ausstellung). Und im Vergleich der Stars mit den Laien könnte Lehrer Rollins recht haben, wenn er den Jungen aus den Slums künstlerisch mehr zutraut. Wo zum Beispiel der Bildhauer Robert Horris unter dem Titel »Restless Sleepers« ein Bett ausstellt, dessen Laken mit Atombomben-Explosionen bedruckt ist, bleibt kaum mehr als ein politischer Gag nach. Auch, wenn Horris fordert: »Nicht ruhen, bis die Bombe abgeschafft ist.«

Tim Rollins hofft, daß die Bilder seiner Schüler verkauft werden können - er braucht Geld für Farbe, um seine Arbeit fortsetzen zu können (das nächste Projekt hat die Freiheit zum Thema). Sein Galerist Ronald Feldman macht sich dagegen

kaum Illusionen über die Möglichkeiten, diese Gruppenausstellung zu vermarkten. »Politische Kunst«, sagt er, »ist in Amerika nicht gefragt. Museen, die sonst neue, junge Künstler kaufen, sind ängstlich. Kein Wunder, die Kürzungen ihrer Budgets lassen sie noch abhängiger von Spenden großer Konzerne wie Mobil Oil oder United Technologies werden. Und die sind ja bekanntlich für Atomkraft.«

Eine der radikalsten Arbeiten ist dennoch schon verkauft. Für 3.800 Dollar »an einen jungen Sammler, der das Objekt nicht mehr aus seinem Kopf kriegen konnte« (Feldman): Der englische Konzept-Künstler Conrad Atkinson malte mit blutroter Farbe ein wackliges Herz an die Wand der Galerie und hängte rote Papierfetzen mit penibel getippten Sätzen und Fakten wie diesen in die Mitte: »Wir haben den ersten Weltkrieg in Europa ausgefochten und auch den Zweiten Weltkrieg, und wenn ihr Dummies uns laßt, dann machen wir auch den Dritten Weltkrieg in Europa.« Ein Zitat von Admiral Gene la Roque, ExPentagon-Stratege.

Feldman: »Gute Kunst ist immer politisch, hat was mit der Zeit zu tun. Junge Künstler müssen entdecken, daß man Kunst nicht produziert, um Geld zu verdienen. Wer schöne, dekorative Bilder ohne Denkanstöße pinselt, ohne den aufregenden Bruch irgendwo, der stellt Wegwerf-Kunst her. Davon haben wir zuviel auf der Documenta gesehen. Nur verkäufliche Ware. Wie langweilig.«

Der Galerist kann es sich leisten, unbekannte und politische Künstler auszustellen, denn als Geldmacher verkauft er Editionen von Warhol- und Beuys-Drucken. Die schwarze Schultafel von Beuys mit ein paar Strichen und den Worten »Technology«, »Analysis« und »Death« kostet 12.000 Dollar. Neun Totenschädel in modischen Pastellfarben, eine Serie von Pol

Papst Andy Warhol, hängt allzu heiter neben einem grauen Regenmantel aus Blei von Tom Otterness, der steif und drohend von der Wand baumelt.

Joe Lewis, ein schwarzer Künstler aus der South Bronx, der dort mit dem Galeristen Stefan Eins die »Fashion Moda« (die erste Ladengalerie in der Bronx) eröffnete, stellt bei Feldman seine Skulptur »Bain de Bomb« aus. Der ehemalige Klempner schweißte eine mollige Bikini-Frau aus glattgeklopften Wasserrohren zusammen, die er in abgebrannten Häusern fand. Daneben hängen knalligbunte Persiflagen der Orangen-Kisten-Bilder des kalifornischen Malers Ben Sakoguchi. Außerirdisch gruselig ein Riesen-Foto von Sandy Skoglund mit dem Titel »Radioaktive Katzen«. n einem bleigrauen Raum mit verfallenen Stühlen und Mauern sitzt ein alter Mann, und eine mollige Frau holt gerade Milch aus dem Eisschrank für die 27 giftgrün verseuchten Katzen, die gierig nach Futter suchen. Die Fotografin baute ihre apokalyptischen Interieurs in verlassenen Häusern auf der Lower Eastside von New York zusammen.

Eine der unheimlichsten Arbeiten stammt von Nancy Burson, einer bekannten New Yorker Video-Künstlerin. In einen Computer programmierte sie die Gesichtszüge von sieben Staatsoberhäuptern: Ronald Reagan, Margaret Thatcher, François Mitterrand, Leonid Breschnew, Deng Xiaoping, Indira Gandhi und Pierre Trudeau. Anschließend komponierte sie die Fotos zu einem einzigen bedrohlichen Phantombild zusammen und nannte es: »The Nuclear Power's Composite - Die sieben Politiker, die atomare Waffen gebaut und getestet haben«. Galerist Feldman nennt es kürzer: »Die Atom-Gangster«. Auch Helmut Schmidt hält Nancy Burson für einen »Atom-Gangster«. Und warum hat sie ihn dann nicht in ihr Phantombild einbezogen? »Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik«, sagt Nancy Burson, »ist zu stark, sie kann den Kanzler Schmidt bremsen. «

Konkret 09/82, S. 81

Günter Amendt

Der atomare Salon
Atomic Cafe

Die Galerie Ronald Feldman Fine Arts im New Yorker Kunstviertel Soho ist eine der renommiertesten von Manhattan. Jetzt hängen dort, neben Beuys-Objekten und Warhol-Siebdrucken (mit denen Feldman sein Geld macht) auch Bilder von Hilfsschülern aus den Slums von South Bronx. Und das nicht, weil die Galeristen plötzlich von romantischer und werbewirksamer Sozialarbeit gepackt worden wären. Die Ausstellung hat ein Thema: Krieg und Frieden.
Die amerikanische Friedensbewegung als Massenprotest ist erst wenige Monate alt, aber sie aktiviert Künstler aller Branchen zur politischen Stellungnahme. Waren es in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung vor allem Schriftsteller und Sänger, die sich mobilisieren ließen und mobilisierten, engagieren sich heute besonders die Theaterleute, Filmemacher und bildenden Künstler. Der Code der Pentagon-Strategen für die atomare Katastrophe heißt »Theatre«, ihre Kriegsplanungen nennen sie »Szenarios« - die Kunst hat diese Provokation aufgegriffen. KONKRET stellt zwei Beispiele des künstlerischen Widerstands gegen die Reagan-Politik vor: die Ausstellung »Atomic Salon« in Soho und den Film »The Atomic Cafe«.

Aus altem Originalmaterial der US-amerikanischen Atom-Propaganda wurde ein Aufklärungsfilm über den nuklearen Wahnsinn

Es mag Leute geben, die es spaßig finden, eine Frau wegen ihrer hervorragenden sekundären Geschlechtsmerkmale als Sex*bombe zu* bezeichnen. Vielleicht sogar sind sie derart zu Scherzen aufgelegt, daß sie dem Film »The Atomic Cafe« wegen seiner Resonanz bei Publikum und Kritik einen *Bombenerfolg* bescheinigen.

Mit dem Entstehen solcher Wortschöpfungen, mit dem Einsickern einer kalten Kriegspropaganda ins Bewußtsein und die Alltagssprache der Menschen befaßt sich der von drei US-amerikanischen Filmemachern produzierte Film über Geschichte und Kultur des Atomzeitalters.

Die Brüder Pierce und Kevin Rafferty und die Schriftstellerin Jayne Loader wollen Propaganda als Propaganda mit den Mitteln der Aufklärung entlarven. Ihr Film vermittelt Einblicke in die Techniken kollektiver Verführung. Um die Geschichte zu erzählen, haben die Autoren keine Handlung erfunden. Ihr Material sind alte Filme über Zivilverteidigung, Trainingsfilme der US-Army, Fernseh-Werbespots, Ausschnitte aus Nachrichtensendungen und populäre Lieder der 40er und 50er Jahre.

Fünf Jahre lang haben die Autoren ihr Material gesammelt, haben Tausende von Filmen gesehen, die in Archiven des Pentagon lagern, abrufbereit für den Ernstfall und jeweils durch Filme auf dem Stand der neuesten Propagandatechniken ergänzt.

Vor allem über das Fernsehen versuchte die US-Regierung in den vierziger und fünfziger Jahren den Eindruck zu erwecken, der Atomkrieg sei ein zwar lästiges, zugleich aber auch witziges Ereignis, so »als sei man für ein Wochenende auf dem Lande eingeschneit« (»New York Times«). Tatsächlich ist »The Atomic Cafe« ein komischer Film. »Doch der Humor ist nicht von uns in den Film hineingebracht worden«, sagt Rafferty. »Der Witz *ist* der Film. Die ganze Vorstellung, mit einem Dritten Weltkrieg leben zu können, stellt sich als verrückt dar.« Gebrauchsanweisungen für den Ernstfall erscheinen aus der Sicht unseres heutigen Wissens unsagbar lächerlich.

Burt the Turtle, eine in den fünfziger Jahren populäre Comic-Figur, zeigt, wie man sich im Falle einer atomaren Explosion zu verhalten hat: *»Duck and cover!«* (Abtauchen und zudecken) singt ein Chor, und Burt kriecht unter sein Schutzdach aus Schildpatt. Schulkinder führen auf Kommando vor, wie man unter Pulten Schutz findet. Eine Familie, beim Picknick vom Atomblitz überrascht, flüchtet unter das Tuch, auf dem sie eben noch ihre Sandwiches ausgebreitet hatte. Duck and cover, duck and cover, duck and cover...

So dumm, so naiv kann Propaganda nicht sein. Hinter dem Filmstreifen der Armee steckt ein Glaube, eine Überzeugung, ein ungetrübter Optimismus: Der Atomkrieg bei kalkulierbarem Risiko ist führbar. Und so erstickt das Lachen bei dem Gedanken, daß die heute in den USA Regierenden vom gleichen »Optimismus« besessen sind.

Die Filmemacher verzichten darauf, ihr Material zu kommentieren. Sie haben es nicht nötig, denn die Wirkung der Bilder, der Interviews und Dialoge ist nicht zu überbieten: Als den »größten Nervenkitzel« seines Lebens bezeichnet der Pilot den Abwurf der Bombe über Nagasaki. Als »einen der schönsten Anblicke, den ein Mensch jemals gesehen habe« preist ein Armeepfaffe den Augenblick der Explosion.

In einer anderen Szene erklärt der Eigentümer eines Supermarktes, warum er einen Lehrfilm über nukleare Selbstverteidigung finanziert hat: weil »Einkaufszentren ein Ausdruck der freien Welt« seien.

Und dann werden Ärzte zitiert, die Patienten zu Neurotikern stempeln, nur weil sie von ihrer Angst vor der A-Bombe sprechen (Diagnose: »Nuclearosis«). Schließlich - so ein Arzt unter Berufung auf die neuesten Meinungsumfragen - sei es absurd, wenn 85 Prozent der Bevölkerung angeben, sie haben Angst, wo doch nur 15 Prozent der Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges getötet werden.

In brutaler Offenheit instruiert ein Offizier Soldaten, die an einem Bombentest teilnehmen sollen (müssen?): »Sollten sie tatsächlich so viele Gammastrahlen abbekommen, daß die Gefahr der Sterilität oder anderer ernsthafter Erkrankungen besteht, werden sie sowieso durch herumfliegende Trümmerteile oder den Druck bzw. die Hitze der Explosion getötet werden. Well, das ist die ganze Geschichte. Machen sie sich einfach keine Gedanken.«

Es war nicht leicht, all diese Filmausschnitte zu beschaffen, die zum Teil seit dreißig Jahren in den Archiven von Regierung Militär und Fernsehen lagern - wenn sie nicht inzwischen eingeschmolzen wurden, um das Filmsilber zurückzugewinnen. Pierce Rafferty, einer der drei Autoren, ist Spezialist für Archiv-Recherchen. Dennoch brauchte er viele Wochen und die Hilfe eines Freundes aus dem Pentagon, um das Material ausfindig zu machen, obgleich alle Filme öffentlich zugängig waren und sind.

Ebenso gekonnt wie der Filmschnitt ist die Tonmontage des Films aus 200 Rock-, Blues-, und Country-Titeln, aus Gospelsongs und Schlagern. Da feiert zum Beispiel der Song »When they drop the Atomic Bomb« die Monsterwaffe als Chance, die US-amerikanischen Vorstellungen von Freiheit über dem Erdball zu verbreiten. In den meisten Liedern aber taucht das Adjektiv atomar als Synonym auf für alles Starke und Schnelle, alles Effektive und Intensive: Atomic Cocktail, Atomic Love, Atomic Boogie, Atomic Cafe, Atombusen.

Der Film zeigt und entlarvt, aber er erklärt kaum etwas. Einige Kritiker beklagen, daß er zuviel Kenntnisse voraussetze, daß er unterstelle, »daß jeder weiß, wie Regierungen lügen« (so die Zeitschrift »Village Voice«). Um zum Beispiel die Propagandafilme über Atombomben-Tests in Nevada zu begreifen, müsse man wissen, wieviele der damals beteiligten Soldaten heute von Leukämie befallen sind. Doch diese Informationen können beschafft werden -, gerade in der Auseinandersetzung mit diesem Film, und darin liegt seine Stärke: in der Dialektik von Ausgesprochenem und Unausgesprochenem.

»The Atomic Cafe« ist mehr als ein Dokumentarfilm, weil er in seiner freiwilligen Beschränkung auf die vierziger und fünfziger Jahre ganz bewußt Dokumente und Informationen ausläßt. Wir wissen heute mehr - wir können heute mehr wissen. Das ist unsere Chance. Und hier zeigt sich der Unterschied von Propaganda und Aufklärung.

Die Wirkung von Propagandafilmen zielt auf eine Übereinstimmung des Unwissens, eine kollektive Gewissenlosigkeit. Der Zuschauer bleibt dumpf und passiv, - willen- und bewußtlos wie die Akteure der Filme selbst. Nach dem »Ernstfall« beteuert Daddy, nachdem Mom und die Kids unterm Sofa hervorgekrochen sind: »Es gibt nichts zu tun, als das zerbrochene Glas zu beseitigen, zu entspannen und auf Anweisungen der Behörden zu warten.«

Wo ist der Verleiher, der diesen Film in die Bundesrepublik bringt? Eine Bearbeitung für das deutsche Publikum ist sicher schwierig, aber möglich. Vor allem wäre sie lohnend, denn der Film ist nützlich. Er macht auch den plötzlichen Aufbruch der US-amerikanischen Friedensbewegung verständlich. Man muß vom tiefen Schlaf wissen, in den die Regierungspropaganda die Bevölkerung versetzte, um die Bedeutung dieses Aufwachens zu verstehen.

Die beste Form, dieses Meisterwerk der Aufklärung für die Bundesrepublik zu adaptieren, wäre jedoch die Produktion eines neuen Films mit der Methode und den Mitteln der amerikanischen Autoren: Geschichte und Kultur des Atomzeitalters in der Phase des Wiederaufbaus und der Remilitarisierung der Bundesrepublik - Back to the fifties als ein produktiver Rückschritt in die Geschichte der Erinnerungen.

Konkret 09/82, S. 84

Kai Hermann

Ablaßbrief aus Zelluloid

»Missing«, der Film über die US-Verbrechen in Chile, wird als Beweis für die Stärke amerikanischer Demokratie präsentiert. Das Ansehen lohnt sich trotzdem.

Was Kino kann, Costa-Gavras zeigt es. Sein Film »Missing« - »Vermißt« - zielt erst in den Bauch und geht dann in den Kopf. Er ist spannend, sentimental, effektvoll, engagiert, aufgeklärt. Perfekt gemacht ist er auch noch. Und seine Geschichte ist wichtig.

Charles Edmund Horman, ausgezeichneter Absolvent der Eliteschulen im amerikanischen Osten, findet seinen Platz im System nicht. Er bricht den hoffnungsvollen Start einer journalistischen Karriere ab, heiratet die Programmiererin Joyce, flieht mit ihr in eine Odyssee durch Lateinamerika. Nach sechs Monaten, im Juli 1972, glauben die Hormans etwas von dem gefunden zu haben, was sie wohl suchten. Eine Alternative zum American way of life. Sie bleiben im Chile Salvador Allendes.

Am 16. September 1973, nach dem Putsch Pinochets, verschwindet Charles Horman wie Tausende von Chilenen und noch einige Ausländer. Spuren führen ins Fußballstadion von Santiago, das KZ der Militärs. Da hätten sie sich verloren wie die vielen anderen. Doch Charles Hormans Vater, konservativer New Yorker Geschäftsmann, kommt nach Chile. In dem zunächst unerschütterlichen Glauben, daß seine Regierung die selbstverständliche Pflicht hat, seinen Sohn, den US-Bürger Horman, zu schützen und zu finden, was für »Dummheiten« dieser lebensuntüchtige »Wischi-Waschi-Liberale« auch angestellt habe.

In einer Irrfahrt durch die Gewaltorgie der Putschisten in Santiago erfährt der Vater, daß ihn die Vertreter seiner Botschaft belügen, erhält er die Gewißheit, daß sein Sohn im Stadion ermordet wurde und kommt schließlich zu der durch Zeugenaussagen gestützten Überzeugung, daß US-Botschaft und CIA direkt an der Ermordung seines Sohnes beteiligt waren.

Auch ein Motiv für das Verbrechen an Charles Horman findet er. Der Sohn war durch einen Zufall Zeuge der aktiven Beteiligung US-amerikanischer Geheimdienstleute, Diplomaten und Militärs am Putsch geworden und hatte darüber detaillierte Aufzeichnungen in seinem Tagebuch.

Das ist die authentische Geschichte, die Costa Gavras zum Kino-Film machte. Zum Hollywood-Spektakel. Zum besten, was gelegentlich mit Hollywood-Kapital finanziert wird.

In Mexiko hat der »Z«-Regisseur eine Putsch-Kulisse entstehen lassen, die frieren läßt. Auch wenn sie nicht unbedingt realistisch ist. Santiago de Chile im September 1973 war leiser, war meistens atemberaubend still. Die Gefangenen, die Gefolterten auf dem Straßenpflaster schrien nicht. Die Soldateska schoß meist hinter schalldichten Mauern. Die Leichen im Fluß erregten kaum noch Aufmerksamkeit. Die Realität war tödlicher, ohne daß überall Leichen in Blutpfützen lagen.

Dennoch rekonstruiert Costa-Gavras mit Kino-Mitteln viel von der wirklichen Stimmung. Bedrohlicher schließlich als die Gewalt der Militär-Horden auf den Straßen sind ihm die Szenen in der US-Botschaft gelungen. in der die mutmaßlichen Schreibtischmörder Hormans die nordamerikanische Farce von den tugendhaften Dienern der US-Bürger spielen, die die übrige Welt leider zu ihrem Glück zwingen müssen. Sie spielen ihre Rollen so perfekt, daß sie sich weder der Lüge noch des eigenen Zynismus bewußt zu sein scheinen.

Costa-Gavras schildert eines von zigtausenden »Vermißten«Schicksalen in Lateinamerika. Er konzentrierte sich aber nicht auf das Exemplarische, sondern auf das Besondere dieses Falles. Besonders, wenn auch nicht einzigartig war es, daß nicht irgendein ferner lateinamerikanischer Guerilla-Sympathisant, Sozialist, Indio-Bauer oder Gewerkschafter verschwand, sondern ein nordamerikanischer linksliberaler Träumer aus bestem Hause. Diesen Film aber macht es aus, daß der Vater als Repräsentant der widerspruchslos funktionierenden US-Mehrheit in das amerikanische Verbrechen hineingezogen wird.

Die Hauptrolle des Films, den Vater, spielt Jack Lemmon. Diese Ausgeburt US-amerikanischen Bieder- - und Frohsinns Marke Billy Wilder zerbricht in zähem Kampf mit scheinbar unzerstörbarem Glauben an Geld, Gott und US-Vaterland, an das von ihm angebetete System. Die Besetzung dieser Rolle mit Jack Lemmon kommt einem Geniestreich nahe.

Der wirkliche Vater Edmund Horman verklagte Angehörige der chilenischen US-Botschaft wegen Beihilfe zum Mord und wartet seit acht Jahren auf den Sieg der Gerechtigkeit.

Costa-Gavras meinte das US-System als Mörder des US-Bürgers Charles Horman. Er läßt am Schluß des Films einen Botschafts-Repräsentanten zum Vater sagen: »Sie können nicht beides haben. Amerikanische Ideale und die Verteidigung amerikanischer Interessen. Da kommt es unvermeidlich zu Konflikten. Und es sind unsere Interessen, die wir verteidigen müssen.« Der Vater wehrt sich: »Das sind nicht meine Interessen, die sie verteidigen.«

Nordamerikanische Gesellschaftskritik verteidigt meist das System gegen angebliches menschliches Versagen oder sucht nach Detailfehlern im System. Daß der Grieche Costa-Gavras das »Post-Imperiale US-System« zum Schuldigen machte, brachte ihm harsche Kritik auch des liberalen Establishments, zum Beispiel von der »New York Times«. ,

Bleibt das Phänomen, daß er diesen Film mit US-Kapital drehen konnte. Costa-Gavras hat zunächst eine sehr simple Erklärung: »In solche Filme wird investiert, weil die Leute sie sich ansehen.« Es folgt die tiefe Verbeugung vor den Geldgebern und dem Gast-System: »Die Tatsache, daß 'Vermißt' ein amerikanischer Film ist, gespielt von amerikanischen Stars, produziert, finanziert und vertrieben von einer bedeutenden Gesellschaft, zeigt, wie groß in Amerika die Fähigkeit zur Selbstkritik ist. Amerikaner machten diesen Film und, glauben Sie mir, keine Radikalen, sondern einige sehr konservative Leute. Das ist nach meiner Ansicht der beste Beweis für Demokratie und Freiheit 'in diesem Land.«

Costa-Gavras lieferte seinen Auftraggebern die Legende zum Film gleich mit. So wird durch die Regie-Kunst des Griechen der Mord des Systems an Charles Horman (und zigtausend Chilenen) zum Beleg für Freiheit und Demokratie desselben Systems. Noch die erschreckendsten Enthüllungen US-amerikanischer Wirklichkeit - und dazu gehört »Vermißt« - haben längst ihre Funktion im System. Sie wirken wie Sünden-Erlasse. Nicht nur in den USA, sondern auch hierzulande. Denn ein Land mit dieser »Fähigkeit zur Selbstkritik« beweist schließlich seine Grundwerte, auch in der Außenpolitik, auch wenn die über ungezählte Leichen geht: Für Freiheit und Demokratie.

Konkret 09/82, S. 86

Michael Ben

Konkret-Essay
Vom Allgemeinen zum besonders Falschen

Epochen-Rückblicke auf 1968 und die Jahre danach sind Mode. Drei davon analysiert Michael Ben: das »FAZ«-Plädoyer für schöne und wohlgemute 80er Jahre, den No-Futuro-Liberalismus der »Zeit« und Michael Schneiders linkes Theater

Endlich wird wieder für eine neue Welle geplätschert. Gegen Sozialismus und ihm ähnliche Absichten wurden einst zum Schutz vor beiden Welten *Innenweltbücher an* die *Außenwelt* verkauft. Jetzt tagen die Krisenstäbe der Kulturpäpste wegen *epidemischer Langeweile,* und jede bessere Rezension gerät zum warnenden Epochenrückblick voller vergeßlicher Erinnerungen an die abgelaufenen anderthalb Jahrzehnte, weil das angelaufene nicht läuft. Und wir, sind wir noch da, und sind wir noch die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben?

Im ersten Drittel dieser letzten 15 Jahre definierten sich Neupolitisierte zumeist in bezug auf die von der SPD gelöste Studentenbewegung. Während und nach dem Sekten-Intermezzo galt Brecht, Marx und den lebenden Kommunisten das Hauptinteresse. Trotz des Tendenzwendegeflüsters der Aus- und Umsteiger Ende der 70er-Jahre verbindet heute die Friedensbewegung, größte außerparlamentarische Opposition in der kurzen, unbekannten Historie unseres Landes, höchst unterschiedliche Engagements. Neben Anfängen sind Reste zu besichtigen. Während viele ihre erste Position grün-alternativ beziehen, fischt Hans Matthöfer im einst kokett gerührten Bodensatz der neuen Linken mit dem alten Löffel. »In meiner Jugend dachte ich, der Sozialismus sei die beste Gesellschaftsform. Jetzt weiß ich, daß es die GmbH & Co KG ist.«

Wenn einer nicht als Minister, sondern als Renegat seiner »Zeit« angestellt ist, wie Fritz Raddatz, reagiert er indirekt und umständlicher auf Drehpunkte der realen Zeit. Dankenswert deutlich fällt immerhin sein Abschied von »meinen linken Freunden« aus. Dazu mißbraucht Raddatz Walter Benjamins kürzlich veröffentlichte Notizen, Aphorismen und Zitate zum verschollenen oder nie geschriebenen »Pas*sagen-Werk«* (»Die Zeit« vom 16.7.82).

Benjamins Nachlaß muß herhalten, wenn Raddatz für einen zufälligen Eklektizismus des Zettelkastens schwärmt, um das Fragment zum Kunst- und Lebenszweck zu verklären. In der nach allen Seiten offenen Form wabern die Träume vom Wahren und Echten, weil Ungestalteten. Wahrnehmung gilt als Beweis, Spontaneität als höchstes Bewußtsein und der Anfang als Schluß. Nichts fließt, das Wasser steht uns bis zum Hals - raunen die konvertierten Ex-Schüler von Heraklit und Hegel verängstigt. Tatsächlich steigt es, also fließt es.

Wo einst Oswald Spengler seine imposantere *Mitte* verloren hat, trauert der nebenamtliche Marx-Biograph Raddatz einer fruchtbaren Unschuld nach, der - entre nous - allzu simplen Vorstellung des »zutiefst undialektischen«, frühkapitalistischen Denkers Karl Marx mit seiner Höherentwicklung der Geschichte. »Daß dieser Marx'sche Entwurf nie und nirgendwo auch nur teilchenweise sich verwirklichen ließ, hängt damit zusammen, daß das Menschenbild nicht stimmte. Krude gesagt, daß sein Entwurf nicht über den Menschen hinaus, sondern einer am Menschen vorbei war« - da klemmt nicht nur die Grammatik.

Nie und nirgendwo auch nur teilchenweise wird Raddatz als Kenner des historischen Materialismus bestehen mit seinem Mensch-an-sich-Primaten. Der philosophische Analphabetismus einer ahistorischen, von Interessengegensätzen abstrahierenden, idealistischen Vorstellung von *dem* Menschen macht einen lächerlichen Gegensatz zu wirklichen, bestimmten, sich unterscheidenden, zu *den* Menschen. Aber kühn folgt der zweite Schlag in einem Satz: beiläufig sei die Werttheorie von Marx murx. Punkt. Dem Erforscher des Wechselverhältnisses von Basis und Oberbau unterstell

Raddatz sein eigenes eingleisig-mechanistisches Hühnerhirn, wenn er (wieder in einem Satz) als »weitgehend unabhängig vom Ökonomischen« entdeckt: Eifersucht, Sexualität, Geiz, Nationalismus, Religion, Chomeini und Falkland. Die dümmste Revision von Marx, womit Raddatz die Geschichte der Welt und ihrer jugendlich-kommunistischen Anschauung abschließt á la Matthöfer: »Benjamins Utopie ist wirklich konkret - weil er weiß, daß nur Spurenelemente von ihr zu verwirklichen sind.«

Die »Zeit« hat sich die linken Guten ins Körbchen gesammelt, aber auch die »FAZ«, und oft schneller, hatte ihre Integrationserfolge nicht nur bei Dissidenten. Und wiederum früher wirft sie die ausgelutschten Gehirne jetzt in den Müll.

»Die neue Subjektivität ist alt geworden«, habe - mit Peter Schneiders *»Lenz«* und Karin Strucks *»Klassenliebe«* beginnend - ihren Dienst für das von »revolutionärer Praxis verschüttete Ich« getan und einen Schwall kunstloser Selbstentblößungsbücher über kaputte Beziehungen, Sinnverluste, Lebensangst und Langeweile nach sich gezogen (Thomas Anz, Mitte April in der »FAZ«).

Die anbiedernde »Verständigungsliteratur der Beschädigten« ist abgenutzt. Dennoch sind die Vorschmecker von der zur Zeit einzig salonfähigen Alternative, von der *neuen Überheblichkeit* eines Botho Strauß oder Peter Handke unangenehm an Stefan George erinnert, dessen elitär an der Außenform schwelgende Schöntönerei zwar reaktionär, aber unnütz war. Positive gesellschaftliche Orientierung muß her.

Bezogen auf das Theater faßt Anfang Juli im selben Orientierungs-Blatt - Feuilleton-Chef Günter Rühle die zurückliegenden Jahre unter dem Titel *»Schlachthaus, Zirkus, Endspiele«* zusammen. Aufbruch, Widerstand, sozialistische Ziele - die offenbar bedrohlichen Neuigkeiten von 68 - bleiben ausgespart. Trotzdem sind es gerade die ausgebrannten theatralischen Bundesgenossen gegen das antiautoritäre Selbstbewußtsein und seine politischen Ansprüche, die übergelaufenen Jammer-Clowns und Edelzyniker, die heute den Laufpaß bekommen, getarnt mit artigem Bedauern. Zu schade, daß Sie schon gehen müssen, Botho Strauß, Thomas Bernhard, Heiner Müller (Rühle-Liste)!

Bevor Boy Gobert Schillertheater-Intendant wurde (ein Mann, der Rühles Zukunftswunsch nach der »Schönheit und Wohlgemutheit des Theaters der 50er-Jahre« sichtlich ideal verkörpert), hatte Rühle selbst über diesen Posten verhandelt. Damals war seine wichtigste Bedingung noch Peter Zadek, den er im Nekrolog-82 als kühnsten und erfolgreichsten Theater-Veränderer a.D. figurieren läßt: »Er verneinte die Sinn- und Ordnungszusammenhänge... er führte die menschliche Szenerie... als Wirrnis, als emotionsgepeitschtes, oft grotesk-komisches Getriebe vor... 'Ich hätte Zirkusdirektor werden sollen'.« Unfreiwillig beschreibt Rühle mit dem Prototyp Zadek dann nicht mal einen Theater-Veränderer, nur einen Regisseur, der mit Boulevard-Albernheiten hilflose Beschwerde darüber geführt hat, wie er Veränderungen erleidet. Den »FAZ«-Sponsoren taugt er gerade noch zum stellvertretenden Versager.

Froh, daß an den Clowns von Savary, Peymann, Flimm, Nel u.a. oft bloß die Nase rot war, wünscht Tante »FAZ« nun, wo die meisten Theaterstädte und die Länder schwarz geworden sind und die Bundeskäseglocke sich immer rascher verdunkelt, es möge zwar kein identifizierbares, aber ein zur Identifikation einladendes Bild geheilter *Westkunst* über die Bretter schreiten, die gefälligst die Welt zu bedeuten haben.

Uni konformen Geist für wenig Geld zu erpressen, benutzen die Kunstfreiheits-Verwalter ihre Rotstifte als Brecheisen. Wohltätigkeit-statt-Subventionen läßt sich mit der Pferd-Spatz-Theorie begründen: statt die vielen Spatzen zu füttern, mästet man das Pferd, von dessen Scheiße alle leben.

Die Feinde von »FAZ« & Co. sind geschwächt. Bürgerlich darf das bürgerliche Theater wieder sein und sich beruhigen - wir sind noch längst nicht die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben (schon weil nicht anzunehmen ist, daß der Klassenkampf als Familienkrach á la Schmidt stattfindet). Rühle: »Von den hochgesteckten Vorstellungen eines durch Vernunft geregelten Lebenszusammenhangs aller, die in den Utopien der 60er-Jahre zu finden waren, ist angesichts der Realität nichts geblieben. Was ist Welt? Was ist Leben? Die Theaterleute haben ihre Antwort darauf gegeben« - nach dem *Zirkus* das *Schlachthaus.* Sogar die Bühnenfarbe gerinnt, wenn Rühle blumig seine Premieren-Eindrücke von Heiner Müllers Gemetzel bis zur Schaubühnen-Orestie nachmalt. »Das Blut - das täglich auf der Welt aus den Leibern geschlagen wird - ist auf die Bühne zurückgekommen und fließt dort leuchtend rot... (es) schreit die schreckliche Schönheit zum Himmel« - dem leeren, weil noch sozialdemokratischen.

Last und least *Endspiele:* »Schnee fiel in vielen Inszenierungen. Grübers Weg von Brecht in die Einsamkeits- und Verlorenheitsdramaturgie Becketts zeichnet die Spur am konsequentesten... in diesen Bildern ist die Hoffnung auf ein Neuwerden der Welt erloschen, der Zynismus prägt sie mehr als die Tätigkeit.« Wer voreilig zustimmt, wird mit Rühles steinalter Brave-New-World-Hoffnung geschlagen. Die destruierende Mode von gestern - die das Neuwerden der Welt als Sozialismus zu behindern hatte - soll schließlich nur konstruktiv prokapitalistisch modifiziert werden.

Es darf wieder heiler, realitätsamputierter Neoromantizismus sein. Was war eigentlich vor dem »nachbrechtschen« Theater? Als der Berliner Schauspieler und Regisseur Wolfgang Heinz befragt wurde, was Erbe und was zeitgenössisch sei, soll er geantwortet haben: Zeitgenössisch ist, was in den Methoden auf der Höhe der Zeit, also materialistisch-dialektisch gearbeitet wurde, und Erbe ist folglich der Rest, auch wenn er erst morgen geschrieben wird.

Deshalb vor allem ist Günter Rühle zu widersprechen. Wir stecken noch bis über seinen Kopf in der vorbrechtschen Phase, und dann wäre da noch der Unterschied zwischen erben und leichenschänden...

Im intellektuellen Gammel-Look konnte das Paradox aller Raddatze *links- und antisozialistisch* zur Ermunterung vieler Freunde des kleineren Übels leidlich funktionieren: mit einer SPD-Regierung, die etwas zu verteilen hatte. Nur Gebrabbel bleibt davon in der größten Wirtschaftskrise dieses Landes. Hier läuft nicht der Dritte, hier läuft der Erste Weg. Die »FAZ« verfälscht die Krise zur Regierungskrise und bläst die CDU zum neuen Zeitalter auf. Ob die Neue Linke sich da noch an die nachweislich außerhalb ihres Bewußtseins existierenden zweierlei Menschen erinnert, an die Ausbeuter und Ausgebeuteten? Da kommt - es geniert mich - kein dickes Ende, sondern ein dünnes: zum Beispiel Michael Schneider, von dem weder eine »Zeit«-, noch eine »FAZ«-Position zu erwarten ist, (obwohl er als deren gelegentlicher Autor nicht die höfliche Erwähnung jenes Günter Rühle vergißt). Er hat zu Heiner Müller, Thomas Brasch und Botho Strauß unter dem

hübschen Titel *»Den Kopf verkehrt aufgesetzt oder die melancholische Linke«* geschrieben, Ansonsten handelt er zwei Themen ab: die (zur Generation stilisierte) Studentenbewegung habe ohne konkrete Untersuchung der Lebensläufe ihre allgemeine Geschichtsauffassung über den väterlichen Faschismus gestülpt, sich losgesagt, statt die Erbschaft zu bewältigen. Und die Vulgär-Marxisten zitierten Marx in monokausalen Hälften - nur »Das Sein bestimmt das Bewußtsein«, aber nicht »und das Bewußtsein bestimmt das Sein«.

Nachdem Schneider so die Dialektik gegen ökonomistischen Determinismus eingeklagt hat, hindert ihn dann allerdings nichts mehr, seinerseits die Abfolge subjektiv-psychologischer Befindlichkeiten hauptsächlich aus sich selbst zu erklären. Folglich dampft der dritte Epochenrückblick auf die Jahre nach 68 von Betroffenheits-Kitsch aus muffigen Beziehungskisten.

Michael Schneiders jüngstes Stück läuft am Landestheater Tübingen zum Ende der alten und zum Auftakt der neuen Saison. Das *»Luftschloß unter Tage«* ist eine Wohngemeinschaft 10 Jahre nach 68, bestehend aus dem jungen Dichter mit abgeklärter zeitloser Freundin Johanna und seiner Exfreundin, der Rechtsanwältin Sylvia, aus der Schauspielerin Anna und dem Assistenten Martin, dem partnertauschenden Hausmütterchen Maria, Sozialpädagogin und ihrem Mann Hans, einem Chemopraktiker. Regelmäßige Besucher sind Stadtrat Wolfgang, auf dem korrumpierenden Marsch durch die Institutionen, und Bruno, eine Enzensberger-Karikatur. Mit der Personalaufzählung ist der Stückinhalt ziemlich erschöpft.

Im Gegensatz zum formalen Vorbild der Konversationskomödie, Gorkis Stück *»Sommergäste«,* bleiben bei Schneider historische und soziale Angaben nur rechtfertigende Fußnoten. Müder Motor der Figuren sind ihre Intimitäten, vom Autor überwiegend als unordentlich und oberflächlich benotet, Konstruktionen von anstrengender Grundlosigkeit. Ein Haufen Unlogisches macht noch keine Dialektik (= nicht leere Widersprüche, sondern die Lehre von der gesetzmäßigen Bewegung der Widersprüche).

Dankbar muß man schon sein, weil pro Akt ein kritischer Scherz über Gruppentherapie fällt, oder von der Art »Die durchschnittliche Lebensdauer einer Partnerbeziehung ist schon kürzer als die einer Waschmaschine.« (Weniger protestantisch und trockener schrieb der alte Engels: »Der Anfall individueller Geschlechtsliebe ist von unterschiedlicher Dauer«.)

Selbstverständlich auch in Tübingen zur Stelle, konstatiert die »FAZ« erleichtert »eine Resignation, die auf dem Weg zur Selbstironie ist« und verleiht dem Hobby-Zauberer Schneider auch als Stückschreiber das freundlich gemeinte Prädikat »Salonmagier«. Sein naturalistischer Blick zurück ins Berliner Zimmer verhält sich zu Raddatz und Rühle wie ein schüchtern abgebrochener Einwand, der keinen Kern hat, keine Haltung von Interesse zu seinem Gegenstand. Wie sein junger Dichter im Stuck läßt Schneider in einer anschließenden Podiumsdiskussion das vereinzelte Wort *Utopie* als dunkle Andeutung mal fallen und liegen. Bleibt: ein kleiner Weltschmerz der Beliebigkeit.

in den politischen Kinderschuhen und mit der artistischen Anspruchslosigkeit von 68 läßt sich die Zeit danach heute jedenfalls nicht als Fundament beschreiben. Es macht auch noch keine Alternative zur eingeläuteten Restauration des Theaters auf den Stand vor 68, wenn die Rest-Röte hinter den zur heutigen »Generation« erklärten Grünen versteckt wird.

Veröffentlichte individuelle Emanzipation bringt höchstens Mitleid ein, wenn sie kein künstlerisches Spiel am Modell erlaubt und dadurch gesellschaftlich wird. Angetreten, um in allen Bewegungen die Eigentumsfrage als Grundfrage hervorzuheben (Kommunistisches Manifest), sitzen da alte Freunde im neuen-linken Jammertal, die längst auf »einen durch Vernunft geregelten Lebenszusammenhang aller, auf die Utopien der 60er-Jahre« (»FAZ«-Rühle) verzichten.

Utopien sind nur für eine gesellschaftliche Vergangenheit und Gegenwart zu haben. Umsonst gibt's den verzweifelten, vorbeugend ironischen Nebel aus der Glaskugel von Spießern wie Raddatz, der vielleicht eine Zeitlang zur Irritation und Spaltung beigetragen hat. Die krisen- und schaumgeborene rechte Welle Marke »FAZ« erleichtert Entscheidungen.

Hanns Eisler hat von seinem »Johann Faustus« mit den verbreiteten ach-zwei-Seelen in der Brust, der sich für ein kleines, kurzes Glück aus den Kämpfen einer Zeit heraushalten wollte, gesagt: »Wer sich gegen die Revolution stellt, den holt der Teufel!«

Michael Ben 36, lebt als Publizist (Arbeiten zu Geschichte u d Kulturpolitik) in Düsseldorf. Zuvor war er Schauspieler und unter anderem stellvertretender künstlerischer Leiter am Frankfurter TAT.

Konkret 09/82, S. 88

Michael Schilling

Punkt Punkt Komma und der Strich

Zwei neue B□ cher □ ber den Stadtteil St. Pauli wecken das dringende Bed□ rfnis nach einem dritten, das noch nicht geschrieb ist

Huren sind auch Menschen. Freier kommen meist aus besser verdienenden Kreisen. Ein Präservativ ist ein Präservativ ist ein Präservativ. Auch im Bordell wird Advent gefeiert. Nicht jede Frau ist eine Frau. Zuhälter sind brutal, haben's aber auch nicht immer ganz leicht im Leben. Das Vergnügen im Vergnügungsviertel ist ein geteiltes Vergnügen. Im Puff kommt es zu lustigen Begebenheiten. Das Ende vom Lied ist vielfach traurig.

Literatur über den Strich hat immer Konjunktur, obwohl sie uns seit bald einem Jahrhundert, nämlich seit der Wiederentdeckung der Menschähnlichkeit der Prostituierten, mit der stets gleichen Botschaft nervt: daß auf dem jeweiligen Kiez alles ganz anders sei, als man denkt, und zwar so, wie man sich das schon gedacht hat. Die erregendsten Erkenntnisse der 80er Produktion von »Domenica« bis Pieke Biermann: auf den Begriff gebracht in Aperçus zu Nebensätzen, die Karl Kraus 1909 in »Die chinesische Mauer« gemeißelt hat: »Der Freudenmarkt mag seine Auswüchse haben und seine Unordnung, Mißbräuche und irdische Mängel, Ekel und Verdruß. Aber er ist die einzige Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht von Grund aus verkommen ist.« Es herrschte damals dieselbe Klasse, in ihren Fabriken, Börsen, Kriegsministerien und Schlafzimmern ging es - im Prinzip und, öfter als die modernen Sozialwissenschaftler wissen, im Detail - zu wie heute. Warum sollte das in ihren Puffs anders sein?

Es häuft sich aber in den letzten Jahren eine Strich-Literatur, die von »links« kommt. Schreibende Sozialarbeiter sammeln Nutten-Protokolle, fortschrittlich empfindende Journalisten entdecken Repression im Freudenhaus, Feministinnen und Feministen wollen die Emanzipation und den Zuhälter an der Wurzel packen. Das Resultat sind voyeuristische oder anklagende Sozialschnulzen, meistens beides zugleich.

»Um Zuhälter, Mafiosi, Bordellbesitzer und Ganoven werden mehr Tränen vergossen als für eine Hure« - der Satz, aus Günter Zints Buch »St. Pauli«, kennzeichnet das Genre. Der Fotograf Zint, Inhaber eines Godesberger Parteibuchs, das er (bravo!) rechts liegen läßt, lebt seit 17 Jahren auf dem Kiez, kennt Nutten und Bullen, Loddels und Penner, »Originale« und »Normale«. Wer die Meile kennt, freut sich am Wiedererkennen. Zints Bilder, wie die des debilen alten Mannes, der mit dem Pappköfferchen (Inhalt: vier paar Schnürsenkel, drei Kämme, zwei Dutzend Postkarten) abends durch die Kneipen hinkte und, mit Respekt vor seinem Angebot, »Karstadt« genannt wurde, diese Bilder geraten unter einen Text (es sind mehrere, von mehreren Autoren, die sich aber gleichen wie ein linkes Ei dem rechten), der von ganz schlechten Eltern ist (Mutter: alternative Betschwester, Vater: Hilfsdienst mit etwas zu viel Malteser). Der Text sagt, Karstadt sei »Little Karstadt« genannt worden, und macht aus einem poetischen Witz einen journalistischen Kalauer. Wer rettet St. Pauli vor solchen Biographen?

Vor der viertausendsiebenhundertelften Lebensbeichte einer Prostituierten: »Mir blieb keine andere Wahl, als auf den Strich zu gehen ... Im Hof war es oft bitter kalt ... Die Wirtschafter schrien die Mädchen an ... 0 Vor der Larmoyanz ihrer Interviewpartner? Vorm sozialen Krampfaderlaß, mit dem sich ertappte Bürgerkinder Erleichterung verschaffen?

Zint hat einen Aushang vor einer alternativen Teestube am Hans.-Albers-Platz fotografiert, der drei Viertel der Texte seines Buchs hinfällig macht. Es heißt dort:

Die andere Prostitution!

Prostitution heißt Preisgabe!

Sich prostituieren heißt sich preisgeben - sich bloßstellen! Jemand der sich prostituiert ist ein Mensch, der seine Meinung, seine innere Einstellung preisgibt um etwas zu erreichen, sei es beruflich, finanziell, in persönlichen Bereichen, oder aus anderen strategischen Überlegungen!

Etwas also, was beinahe jeder irgendwann schon gemacht hat!

Ist da nicht die sogenannte Prostituierte«, die »Dirne« oft *viel ehrlicher wenn sie sagt: »... ich mach's mit Dir, wenn Du mir zahlst!« (Sie verbirgt, verheimlicht, beschönigt also nichts.) Sie gibt zwar ihren Körperpreis, aber nicht mehr (denn mit dem Herzen ist sie ohne dies kaum einmal dabei - im Gegenteil, es eckelt sie oft an, und sie lehnt es innerlich ab.)*

Bis hin zur Zeichensetzung ist da alles beisammen, was die Patienten der spontanen Bewegungs-Therapie so unerträglich macht: der Mensch (oh!), die »innere Einstellung«, die »strategischen Überlegungen«, die neue Ehrlichkeit, die nichts verbirgt, verheimlicht, beschönigt, die »innerliche Ablehnung«, der AKW-Seelsorger, dessen Absolution es auch billiger gibt - ab und an darf die »Dirne« auch »mit dem Herzen einmal dabei« sein, und noch öfter wird ihr das Fehlen von

»Eckel« verziehen. Ihre Großmütter bestrickten das Heim für gefallene Mädchen, ihre Eltern haben Leitstellen für die Gleichberechtigung eingerichtet, die dritte Generation lädt die »Dirne« zu Löwenzahntee.

Ein Schriftsteller als »Stadtschreiber von St. Pauli« - das wäre eine Chance gewesen. Aber erstens ist mit der Schriftstellerei leider immer noch der Gebrauch von Sprache verbunden und »ein Männlichkeitswahn mit frisiertem Motor, der vor Kraft schon O-Beine bekommt« eine zwar seltene, aber betrübliche Erscheinung. Zweitens ist die Unfähigkeit zum Journalismus nicht schon Belletristik. Der Dichter nennt sich als Dichter Hans Eppendorfer, und auch er kennt die Szene, freilich mit einem anderen Schwerpunkt: Leder, Sado-Maso, Transis. Der beste Text des Buches ist schon einmal erschienen, unter dem Titel »Deutsches Mann viel Scheiße« in SEXUALITÄT KONKRET (dort war auch der einzig lesenswerte Beitrag aus Zints Buch, »Die endgültige Geschichte der St. Pauli Nachrichten« von Peter Dahl, gedruckt worden).

Auch Eppendorfer hat's mit Protokollen (»Mit siebzehn oder achtzehn hatte ich noch'n richtigen Job, bürgerlich mein ich ... « oder »Wir sind Frauen wie andere auch ... «). Bei ihm wird dennoch erfreulich weniger über die armen Frauen geweint, teils weil sie weniger Frau sind, teils weil Eppendorfer es auch mit der Poesie hat. Leider so:

»hering, frische struvbutw, an einem Wintertag,

das kopfsteinpflaster schneeig berillt, matschig

und angeschmutzt die wässernde kinderfreude ... «

Also Kokolores, geballt, nicht schneeig (Wie spricht man das aus? Wie man's schreibt, nämlich: nicht).

Übel an dieser Sorte Literatur ist nicht die Tendenz, die gutmeinende, menschenfreundliche Absicht (obwohl, -wenn ich mir's recht überlege- auch die!). Übel ist die angestrengte und anstrengende Wiederholung von Banalitäten, die schließlich doch nur deshalb erzählt werden und in erheblicher Auflage vertrieben werden können, weil der kleine bürgerliche Voyeur gekitzelt wird. (Es bleibt dem Verfasser dieser Glosse gar nichts anderes übrig, als sich dem so denunzierten Personenkreis zuzurechnen.)

Aber nun ist's genug. Nun wollen wir mal etwas Neues lesen. Entweder von einem Dichter, der dem Leben auf St. Pauli die Poesie abringt, die in Erscheinungen wie Karstadt und in Worten wie »mause« (pleite) und »Schmalz« steckt (»Schmalz« wird in Zints angehängtem »Wörterbuch« mit »Trinkgeld« übersetzt und damit auf das Banalste verkürzt: Schmalz ist das, was man »über« hat, etwa der Spielgewinn abzüglich des Einsatzes oder die Investitionszulage abzüglich der Kosten für die Investition).

Oder es schreibt endlich mal einer die politische Ökonomie von St. Pauli. Wilfried Schulz, Führer sämtlicher Geschäfte, der – einem Vorbild folgend – vor Gericht schwört, er habe mit St. Pauli im Wortsinne nichts zu tun, kommt nur bei Zint und dort auch nur im Bild (ohne Unterschrift) vor. Ausgangspunkt dieser Geschichte der Bilanzen und Interessen könnte die – wiederum von Zint nur photographierte - Beerdigung von Guiseppe di Giorgio sein, jenes italo-amerikanischen Herrn (ohne Anführungszeichen), der im dezent gestreiften Anzug mit Weste, mit Hut und schwerem Wollmantel täglich die Meile abschritt, ohne daß einer sagen konnte oder wollte, zu welchem Zweck das geschah. Doch wenn ein Gast in einem der illegalen Spielcasinos zu viel Glück hatte, geschah es, daß »Mr. Joe« ans Roulette trat und dreimal hintereinander die X warf (»X gewinnt nix«). Kam die »Schmiere«, war er »Tourist«. Sein Begräbnis war das größte, das St. Pauli in den letzten Jahren erlebt hat, gut ein Jahrtausend »Z« war da, und eine Kranzschleife trug den Text: »Mr. Joe, ehrlich und aufrecht war Dein Leben! Vieles hast Du uns gelehrt! Nach Deinem Codex wollen wir streben, wir haben Dich alle sehr verehrt! Farewell Dein Freund Wilfried Schulz und Renate.«

Der Wirtschaftsfaktor St. Pauli (als pars pro toto des Vergnügungsgewerbes), seine Organisation, seine Verfassung, seine Rolle als sozialpsychologische Pufferzone, St. Pauli als gesellschaftliche Müll-Deponie, als Krisenthermometer, St. Pauli als Maßstab für staatliche Toleranz der Illegalität, als normensetzender Wirtschaftsbetrieb - das Buch gibt es nicht. Kein Wunder: Wäre es gut, wäre es eine sehr konkrete Analyse dessen, was eine Gesellschaft, in der sich alles um die private Anhäufung von Kapital dreht, in ihrem Innersten zusammenhält.

Ein gutes Buch über St. Pauli müßte ein verfassungsfeindliches Buch sein.

Hans Eppenderfer: Szenen aus St. Pauli:, 240 S., Hoffmann und Campe Verlag, 28 Mark Günter Zint: Die weiße Taube flog für immer davon. Ein St.PauliBilderbuch, 263 S., 28,90 Mark

Konkret 09/82, S. 92

Ludwig Fels

Bücher: »Er hat alles Große verschissen«

Zum Ende des Goethe-Geschäfts-Jahres wird eine gutgemeinte Denkmalschändung aus den Zwanziger Jahren neu aufgelegt: das Anti-Goethe-Pamphlet des Schriftstellers Jakob Haringer (1883 bis 1948)

Muß man Goethe lesen? Muß man Goethe gelesen haben? Darf man sich Deutscher nennen, ohne ihn zu kennen, nicht nur dem Namen nach? Hat denn überhaupt die geringste Ahnung von Dichtung, wem seine Verse und Dramen nicht gefallen? Lauter Fragen, die wahrlich die Welt nicht bewegen müssen! Trotzdem oder gerade deswegen gibt Jakob Haringer in seiner Schrift »Leichenhaus der Literatur oder Über Goethe« deutlich Antwort drauf.

Haringer lebte meistens unten, im Gewöhnlichen, Schwierigen, selten obenauf, und wenn, dann fiel er hinterher umso tiefer in die menschlichen Niederungen, vom Krupp-Salon zurück in Spelunken, Gefängniszellen, aber er lebte sich. Er muß entweder besoffen oder verrückt gewesen sein, als er den Brachial-Essay »Über Goethe« schrieb, oder so grausam nüchtern, daß das sein einziges Glück war. Das Bändchen hat es in sich, ist ein polemischer Kotzbroken, eine ganz und gar ungermanistische Rarität, vollkommen respektlos, verfaßt in einer bärbeißigen Sprache, nach der alle erleuchteten, durchgeistigten und entgeisterten Astralschädel nur gieren können. '

Ludwig Börne, 1786-1837, einer der wichtigsten Zeitkritiker, wird im Klappentext zitiert: »Die Geschichte zählt Menschen, die sind Register der Vergangenheit: so Goethe. Sie zählt wieder andere, die sind Inhaltsverzeichnis der Zukunft: so Voltaire und Lessing.«

Aber dann kommt auch schon Haringer angestürmt im Vandalenstil, deftig, zotig, mit Krakeeler-Poesie den *größten deutschen Klassiker* schmähend, daß es eine wahre Pracht und Wohltat ist. Haringer führt sich auf wie ein bayrischer Derwisch, und sein Aufsatz ist Dokument einer privaten Revolte gegen dogmatische Bildungsbürgerideale und humanistische Allüren. Johann Wolfgang von Goethe (»Köte, Gedä«) war für Haringer der Inbegriff des ultrafaden Spießers, wohlbehütet in der Aura erquicklicher Fürnehmheit, das Symbol einer musealen Verwertungsmaschine mit adeligem Habitus, ein »Diebsreptil«. Solche Gestalten werfen Schatten, über Jahrhunderte hinweg. Goethe hin oder her: Haringer diente diese epochale Figur der Literaturgeschichte auch als Vorwand, der deutschen Kritikerelite und Erfolgsautorengilde seiner Zeit ein paar wüstwitzige Frotzeleien zu servieren. Gegen Kollegen wie Hofmannsthal, Kerr, Hauptmann und sehr viele andere mehr, besonders aber gegen Thomas Mann, dem ein »Sacharinhirn« bescheinigt wird, richtete sich Haringers Wahrheitsliebe und Angriffslust. »Unsere Zeit eben hat Schriftstellerei zum leichtesten Handwerk erniedrigt«, heißt es bei ihm und: »Sie werkeln, formen, arbeiten und feilen, machen einfach noch mehr Dreck aus ihrem Dreck.« Und Goethe selber nennt er unverblümt den »Vater aller Curt Mälerchen«, die, fazitiert, »eben Affen bleiben, die wacker im Chor mitgrunzen« und sich am Trog der schönen Künste laben: mit Geld.

Ich gebe ja zu, bisweilen fallen Bemerkungen, die klingen gnadenlos arrogant und verschroben, aber selbst die leichtfertigste Formulierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß da jemand unerschütterlich verzweifelt seine ureigensten prophetablen Existenzprobleme enttarnte.

»Ich lebe zu einsam, um einsam zu sein«, artikuliert Haringer resigniert, als nächsten Satz sofort hinzufügend: »Aber von Goethe möchte ich nichts geschrieben haben.« Für ihn ist er der »Abgott aller Dilettanten«, und man möchte ihn direkt umarmen, wenn er am »goethischen Gipskopf« kratzt, in Rage gerät und eklatant politisch reagiert: »Eine Nation, deren größter Dichter nicht vermag, aus ihrem Kot auch nur ein wenig Menschlichkeit zu pressen, taugt nicht.« Man kommt in, Versuchung, alle Redakteure zu bitten: opfert eine Spalte wenigstens zum Abdruck des Kapitelchens mit dem Titel »Huldigung gegen die Künste«; es wäre nämlich ein vortrefflicher Abgesang zum Goethe-Geschäfts-Jahr, dieser kulturgütigsten Veranstaltung.

Werkkundige Goetheforscher können am schnapszähren-begossenen Grabe Jakob Haringers Protest anmelden, auf daß seine arme Leiche noch was zu lachen hat. Zeitlebens hat er den wirklichen Größen der deutschen Literatur, groß in dem Sinne, als daß sie ein Unmaß an Verzweiflung, Einsamkeit und Elend in ökonomischer, pathologischer und mitunter auch anatomischer Hinsicht ertragen mußten (wie Hölderlin, Jean Paul, Grabbe, Lenz, Büchner, Achim von Arnim, um nur einige herauszugreifen), die Achtung gehalten.

Jetzt schweigt des Rezensenten Höflichkeit: »Er (nicht Haringer!) hat alles Große, Wahre, Edle verschissen.« Um die Tragweite dieses Satzes zu verstehen, muß man sich erinnerlich machen, daß er eben zu jener Unzeit geschrieben wurde, da allmählich Hakenkreuze als Exlibris in Mode kamen. Haringer haßte jede Form von Herrschaft, auch die Autorität der Kunst, sobald sie unter Ausschluß der Offenheit und Öffentlichkeit stattfand im Verstiegenen. Und allen, die Goethe ehrten, retteten, verteidigten, lasen, beschrieben, denen hielt er in seiner fast *kriminell zu* nennenden Phantasie vor, sie hätten Geschmack an einer »sifilitischen Zuchthaussuppe« gefunden.

Ich habe ein paar Mal versucht, Goethe lesen zu wollen: es ging nie. Goethe besaß zweifelsfrei alle denkbaren Möglichkeiten, um seine Schaffenskraft, ausufernd wie ein kalbender Gletscher, *unbehindert* entfalten zu können. Trotz Rumdeutelns: er läßt sich nicht zum prähistorischen Revolutionär stilisieren; er war und bleibt, trotz weltmännischer Gepflogenheiten und philosophischen Naturells, ein arg Bürgerlicher, den ich, zum Beispiel, als Nachbarn nicht geschenkt haben möcht.

Es ging ihm gut! Alles klar? Das Schlechte wurde veredelt, das Niedere mit Wortgewalt geschmückt. Aber, so frag ich mich, wird sich irgendeiner der höchstwahrscheinlich unwahrscheinlich seltenen Leser von Goethe und noch selteneren von Haringer aus dem Volk der Dichter und Denker fragen traun: wo, bitte, bleibt denn da das »Ästhetische«? Lassen wir Börne die Antwort: »Goethe war glücklich auf dieser Erde und er erkennt sich selbst dafür. Er wird hundert Jahre erreichen; aber auch ein Jahrhundert geht vorüber und ewig sitzt die Nachwelt. (...) Glücklich hast du gelebt, aber du hast gelebt! « So feinsinnig kann Recht gesprochen werden.

Es darf, soll und muß als Akt der Anmaßung verstanden werden, daß jemand wie ich, in Sachen Goethe niemals über sein Volksschulwissen hinausgekommen, Haringers Ausführungen so hemmungslos beipflichtet, wobei natürlich mitspielt, daß mir der Letzgenannte einfach nähersteht, was mit der Wärme und der Verletzlichkeit, die Haringer als Schriftsteller zeigt und die ihn auszeichnet, zu tun hat: es ist sein wesentlichster Vorzug, daß er mit Goethe in keiner Weise zu vergleichen ist.

Goethe, bestens passend zum Regaldesign, Goethe, das Bibliothekarsidol, das Ästhetizismengenie, an das posthum der Nobelpreis für Weltliteratur verliehn werden könnte, was Gott und kein Aas interessiert, dieser Herr von Goethe würde sich über Haringers Traktat gewiß nicht mokiern, weder schnauben noch schmunzeln bei Kenntnisnahme dieser ausgefuchsten Unehrbietigkeit; er würde ihm, dem Verfasser, wenns hochkäm, »unfertiges Betragen« vorwerfen, vielleicht kurz seine Geheimrotznase rümpfen, damit es sich hätte. Was darf man davon halten, daß .Goethe und sein vererbtes Gedankengut Monarchisten, Republikanern, Nazis, Sozis, Kommunisten international standhielt, daß er gefeiert werden kann in Diktaturen und Demokratien, gutgeheißen von Kirche und Staat, Ost und West, verwendungsfähig auch für die liberale Kapitalpolitik?

Auf dem Feld der Kultur stehts noch immer 1:0 für Goethe, obwohl die Ewigen Werte längst untern Rasen gekehrt worden sind. Es ist halt doch ein Friedhof. Nur ein Kasperlmörder, wie Haringer einer war, könnte dort noch die literarische Ruhe stören.

Jakob Haringer: Leichenhaus der Literatur oder Über Goethe

Karin Kramer Verlag, Lager Schaden 1, 32 Seiten, 5 DM

Konkret 09/82, S. 93

Bücher: Wer das liest, erspart sich Ärger

Rat für die Tat: «Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« liefert wichtige juristische Hinweise für den zivilen Widerstand

Als der Fraktionsvorsitzende der Grün-Alternativen in der Hamburger Bürgerschaft, Thomas Ebermann, Anfang Juli als Hausbesetzer festgenommen wurde, war mal wieder alles klar: Hausbesetzungen sind »eindeutig« ein Strafbestand, »unbestritten« gesetzeswidrig. Wenn es heute unter Juristen eine Streitfrage gibt, dann die, ob eine friedliche Hausbesetzung nach §1 123 Strafgesetzbuch (Hausfriedensbruch) verfolgt werden darf oder nicht. Immer mehr Gerichte befinden, daß der »Frieden« eines Hauses nur geschützt werden kann, wenn es benutzt wird, und Prof. Fritz Eberhardt, einer der Verfassungsväter, sah die Besetzung von leerem Wohnraum sogar als grundgesetzlich geboten ah. Die »Rechtshilfe für Bürgerinitiativen« weist darauf hin, aber sie läßt auch potentielle Hausbesetzer nicht im unklaren über die möglichen juristischen Folgen ihrer Aktionsform. Ein Trost bleibt: Nur bei einer Verurteilung zu mehr als 90 Tagessätzen (höchst selten in solchen Fällen) gibt es einen Vermerk im Führungszeugnis; man gilt also weiterhin nicht als vorbestraft. Den richtigen Nährwert bekommt das Buch jedoch durch seine ungezählten Tips und Hinweise für jedwede Form politischer Aktivität - vom wilden Plakatieren bis zum Straßenfest, vom Brandschutz bei Podiumsveranstaltungen bis zum Zeugnisverweigerungsrecht. Das Schönste (was bei dieser Art von Büchern ziemlich ungewöhnlich ist): Es ist alles verständlich, und plötzlich schrumpft das bürgerliche Recht als Macht- und Angstmittel ein wenig, der Popanz wird kleiner, wenn man ihn nur kennt. Diese »Rechtshilfe« schützt nicht nur, sie gibt auch Anregungen. Wer zum Beispiel weiß denn, daß nicht nur Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern unter bestimmten Voraussetzungen jeder Bürger Festnahmen vornehmen kann?

»Rechtshilfe für Bürgerinitiativen«, 266 Seiten, rororo-Handbuch, 9,80 Mark

Konkret 09/82, S. 94

Bücher: Mahlzeit!

Das Buch »Chemie in Lebensmitteln« mach das Essen schwerer, die Menschen dafür gesünder

Gleich im ersten Satz steht: »Wir wollen mit diesem Buch keinem den Appetit verderben.« Und der Band ist auch wirklich sehr lecker ausgestattet, mit einem geschmackvollen Einband und mit einem Griffregister, wie man es aus alten Kochbüchern kennt. Doch wer das Buch tatsächlich über dem Kochtopf liest, dessen Küche bleibt kalt, und schon gar nicht geht er in den Wienerwald. Denn: »Praktisch das gesamte Geflügel ist heute mehr oder weniger stark mit Salmonellen verseucht.« Einigermaßen unvergiftet kommt man nur noch mit Hammel-, Lamm- und Rindfleisch über den Hunger. Vor allem hat man sich vor Fischen zu hüten, die mit Ausnahme von Hering und Scholle meist voller Arsen, Cadmium und vor allem Quecksilber sind.

Aber wer sich nun als Vegetarier in Sicherheit wiegt, wird von peniblen Tabellen über Giftstoffe in Gemüsen und Salaten geschockt. Überhaupt Salate: Nichts drin - viel drauf (Gift nämlich), meinen die Autoren und empfehlen, alle Sorten Blattsalate von der Speisekarte zu streichen. Und dann Möhren und Spinat - von wegen gesund. Wer trotzdem weiterkochen will, sollte wenigstens von guten alten Küchentraditionen abrücken, zum Beispiel sollte der Gemüsesud vom Kochen oder aus Konserven unbedingt weggeschüttet werden. Am besten aber, man ernährt sich im Zoo: Dort wird immer seltener gesundheitsschädliches marktübliches Fleisch verfüttert, sondern Nahrung von glücklichen Tieren aus eigener Produktion.

»Chemie in Lebensmitteln«, herausgegeben von der Katalsse-Umweltgruppe Köln, 356 Seiten, Zweitausendeins-Versand, 20 Mark

Konkret 09/82, S. 95

Bücher: Pflichtlektüre für junge Polizisten

Noch ist die Bundesrepublik kein Polizeistaat. Aber der Apparat dafür steht bereit. Jürgen Saupe stellt neue »Ermittlungen in Sachen Polizei« vor

Dieses Buch ist gesundheitsschädlich. Ich jedenfalls habe bei der Lektüre gelitten. Immer wieder zwangen mich Adrenalin-Ausschüttungen dazu, es zur Seite zu legen. Das geschah immer dann, wenn wieder einmal Sachverhalte geschildert wurden, die mir eigentlich klar waren, die ich aber in solch perfekter Perfidie, in solch teuflischer Finesse nicht erwartet hatte. Auch wenn man es eigentlich besser weiß, fällt man eben doch - wenigstens teilweise - auf die Propaganda herein, die »Bundesrepublik sei der freiheitlichste Rechtsstaat unserer Geschichte«. Oder haben Sie gewußt, daß die Bereitschaftspolizisten, die in Frankfurt auf die Demonstranten gegen die Startbahn West gehetzt wurden, vorher tagelang in Turnhallen auf Notquartieren kaserniert wurden, um sie richtig »scharf« zu machen. Auch Hunde werden tagelang bei minimalem Futter im Zwinger gehalten, bevor es auf die Sauhatz geht.

Dieses Buch ist gefährlich. Und das gleich mehrfach.

Erstens für die Schreiber. Was der Rechtsanwalt und Dozent Rolf Gössner und der Journalist Uwe Herzog unter dem Titel »Der Apparat« zusammengetragen haben, wird dieser Apparat so nicht hinnehmen. Ich möchte künftig weder Gössner noch Herzog heißen und in eine Polizeikontrolle bei einer Demonstration kommen. Aber was es bedeutet, in »diesem unserem Staat« bürgerliche Freiheiten wie das Demonstrationsrecht wahrzunehmen, ist ja wohl spätestens nach den Tiefflieger-Angriffen der Polizei-Hubschrauber gegen die Brokdorf-Demonstranten am 28. Februar 1981 klar. Es sind heute vorzugsweise Kinder, die noch demonstrieren. Sie glauben noch an den Rechtsstaat.

Dieses Buch ist - zweitens - gefährlich für »den Apparat«, für die Maschine, die das Gewaltmonopol des Staats vertritt. Und da Maschinen bekanntlich nicht allein arbeiten, ist das Buch natürlich auch gefährlich für die Programmierer dieser Maschinen. Es ist so gefährlich, weil es so unendlich fleißig zusammengetragen wurde und weil es in der Mischung von beschriebener Aktion (Uwe Herzog) und distanzierter Analyse (Rolf Gössner) Emotion und Verstand zugleich erreicht. Mehr als die veröffentlichten Dokumente aus dem »Apparat« sind es die Zitate aus dem Mund der Polizisten, aus der Feder von Juristen und hohen Polizei-Offizieren, die erkennen lassen, wie »der Apparat« sich selbst versteht. Das ist keine Service-Institution mehr, die dafür sorgen soll, daß der Nachbar ohne Sorgen vor Einbrechern schlafen kann. Durch sogenannte »präventive Maßnahmen«, durch Einsickerungstechniken schafft sich der Apparat nicht nur neue Betätigungsfelder, er erzwingt sich auch neue Bewaffnung. Und diese ist rundum benutzbar. Da ist dann in Übungsplänen und Manövern von Arbeiteraufständen die Rede, von Streiks und Demonstrationen, gesteuert aus »Rotland«.

»Der Apparat« und seine Komplizen in Politik und Medien werden sich gegen die Aufklärungsarbeit wehren. Aber wer es unter den Politikern ernst meint mit dem Rechtsstaat - und sei es nur nach außen -, der muß jetzt fordern, daß dieses Buch obligatorisch zum Schulungsprogramm für junge Polizisten gehört.

Konkret 09/82, S. 96

Hartmut Schulze

Bücher: Literatur der Angestelltenwelt

Martin Walsers neues Buch gehört zu dem halben Dutzend dieses Herbst», die überhaupt erwähnenswert sind. Aber es ist se reizvoll wie ärgerlich

Der Titel suggeriert Großes; die Typografie auf dem Einband mit ihren feinen Lettern, die man von antiken römischen Tafeln kennt, läßt eine Epistel, gültige Aussagen erwarten, über die Zeit hinaus. MARTIN WALSER BRIEF AN LORD LISZT ROMAN. Und dann geht es doch wieder nur um Verdauungsprobleme.

Walser-Leser allerdings sind vorgewarnt. Sie wissen, dieser Liszt ist gar kein Lord, ist bloß Abteilungsleiter in einer Fabrik für Zahnersatz. Den kennen wir doch, das ist doch der, der in »Jenseits der Liebe« seinem Kollegen und Konkurrenten Franz Horn so zugesetzt hatte, daß der sich das Leben nehmen wollte. Also noch ein Buch aus Walsers Werkkreis Literatur der Angestelltenwelt.

Die Ausgangssituation: Franz Horn hat seinen Selbstmordversuch überlebt und stellt, obgleich durch den jüngeren Dr. Liszt degradiert, seine Arbeitskraft wieder ganz in den Dienst von »Chemnitzer Zähne«. Die Firma steht kurz vor einem Teilverkauf an »Bayer«, Liszt seinerseits ist von einer frischen Führungskraft bedroht. In diesem Umbruch, kurz bevor er ganz ausrangiert wird, will sich der leitende Angestellte Horn Klarheit verschaffen über sich und seinen Feind Liszt. In der Nacht von Freitag auf Samstag vor Pfingsten (das Fest, an dem der Geist ausgegossen wird) schreibt er einen Brief an seinen Kollegen.

Bis auf ein paar Einleitungs- und Schlußseiten und Einschübe besteht Walsers schmaler Text, der keine Akademie zur Neudefinition des Genres Roman anregen wird, aus diesem Brief und seinen neunzehn römisch numerierten Postskripta.

Bei drei Flaschen Weißherbst schreibt sich Horn in Rage und sein Seelenleid vom Leib. Viele kluge Beobachtungen kommen da zu Papier, aber auch erschreckende Peinlichkeiten. Erschreckend, weil es ja Walser ist, der da schreibt, und der sich hinter seiner literarischen Figur kaum versteckt. *»Ich frage Sie pathetisch ruhig, im Interesse der Zurechnungsfähigkeit Ihres meines Standes, ob es nicht blödsinnig oder einfach unsinnig sei, wenn ein Angestellter wetteifern wolle mit der Verdauung eines und gar noch seines Chefs?«* Doch, ist es.

Aber daneben wird die wirkliche Tragik einer abhängigen Existenz im weißen Kragen ausgebreitet, die vom *Consulter* nach *Mannjahren* vermessen und abgeschoben wird. Und es finden sich ein paar hübsche Aperçus zum Kulturbetrieb *(»Ich kann so wenig nach Bayreuth, wie ich in einen Pornofilm kann. Jeder, der mich sähe, würde denken: der hat es nötig!«).* Und vor allem, ganz versteckt auf der Seite 83, die allein schon die übrigen 150 Seiten lohnt, die umfassendste Würdigung Heinrich Bölls in der jüngeren Literaturkritik: *»Als Sie und ich uns zum ersten Mal sahen, wollte ich angeben mit einem Buch, das meine Frau mir zum Geburtstag geschenkt hatte. Es war von Heinrich Böll. Ja nun, sagten Sie, eben dieses Buch sei Ihnen auch gerade geschenkt worden; aber nicht von ihrer Frau, sondern von deren Schwester, die einen Kosmetiksalon in Castrop-Rauxel betreibe; Sie hätten hineingeschaut und es* sofort *an Ihre Putzfrau weiterverschenkt.«* (Schade, daß es Castrop-Rauxel sein mußte, das ist ein Tick zuviel.)

Ja, das liest man gern und schnell, und dieser »Roman« wird sicher gut verkauft. Denn er bietet Lebenshilfe für die Wolfsgesellschaft wie Dale Carnegie, der Ami mit seinen »How to«-Büchern. Nur halt als Literatur. Und ganz viele Merksätze zum Zitieren.

Zum Beispiel: *»Gegner, die man endlich besiegt hat, kann man gar nicht groß genug machen. « Oder:* » Wer *jemanden unter sich erträgt, erträgt auch jemanden über sich.«* Mit solchen Sinnsprüchen ist das ganze Buch gespickt, zum Teil sind sie - wie der zuletzt zitierte - zu *Sätzen zur Gesellschaftsphysik* geordnet und beziffert.

Diese Sinnsprüche sind es vielleicht, die den Verlag dazu verleitet haben, Walsers Brief-Bändchen in der Werbung als »ein Lehrbuch« vorzustellen, das uns einen Weg zeige, »um (wieder) in den Besitz der eigenen Vernunft zu kommen«.

Wie das? Horn schreibt sich ins Delirium, schmeißt gegen Morgen seinen Stift aus dem Fenster, und am Ende weiß sein Autor: »Er hatte keine Probleme.« Ist es das, was uns dieses Lehrbuch lehren soll: schreibt Tagebücher (bei Walser: »Rachekalender«) und Briefe (bei Walser: »Roman«), und ihr schreibt euch frei, wie sich Franz Horn aus seiner Zahnersatzwelt freigeschrieben hat? Wie Martin Walser versucht, sich aus seiner Bodensee-Gemütlichkeit freizuschreiben?

In diesem »Brief an Lord Liszt«, der für einen Büchmannschen Zitatenschatz mehr bietet als »Wilhelm Tell«, findet sich ein einziger subversiver Satz: »Allein der Wahn ist unbestechlich.« (Die Axt im Haus... - Schillers Drama ist auch nur so beliebt, weil da so viele Sprüche drin vorkommen.) Aber was vermag solche Wahn-Banalität gegen die anderen Sätze zur Gesellschaftsphysik, die auch so teuflisch richtig sind: *»Der Mißerfolg seines Konkurrenten ist der Erfolg des Erfolglosen. «*

Dies sei der »letzte Satz unserer siebensätzigen Physik« läßt Walser seinen Horn schreiben. Auch die fünf ersten waren numeriert, der sechste fehlt. Vielleicht wird der ja noch nachgeliefert, vielleicht holt sich Walser dafür ja doch noch mal eine Anregung bei einem, der sich der Gesellschaft wirklich mit Wissenschaft angenommen hat. »Das Sein bestimmt das Bew ... « - aber bei Walser/Horn wäre das auch nur so ein Spruch.

Martin Walser: Brief an Lord Liszt, Suhrkamp-Verlag, 19,80 Mark

Konkret 09/82, S. 98

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Weil ein Mann, der dreitausend Seiten Tucholsky in Satz gegeben hat, ein Satiriker sein muß, schrieb Fritz J. Raddatz den »Brief eines Kleingewerblers« (schon bissig) an den Bundeswirtschaftsminister. Weil aber Satire ist, wenn man tut als ob und ein verschrobenes Vokabular gebraucht, fängt er so an:

Hochwohlgeborener Herr Minister verehrlicher Graf Lambsdorff

Zum Schießen!

Verzeihen Sie einen unerbetenen Brief - wenngleich dessen Begehr Ihnen offenbar vertraut ist - mit dem ich mir erlaube, dringlich Ihre Hilfe zu erbitten; da Sie eine Vorliebe zu haben scheinen für Firmen, die auf drei Buchstaben hören, hoffe ich - an AEG denkend - keine Fehlbitte zu tun:

Ich bin nämlich pleite. Die Firma trägt den gut eingeführten Namen FJR und hat, den Gesetzen der freien Marktwirtschaft treu folgend, fleißig diversifiziert,- hergestellt wurden, dem AEG- Wäscheschleuderverfahren ähnlich, im Dreckschleuderbetrieb Schreibwaren aller Art, Nützliches für Funk und Fernsehen, Populäres, Gängiges und Umstrittenes.

Zugeben muß ich im vorhinein, daß ich kein Wirtschaftsfachmann bin und diese Sache mit dem Lombardo für eine italienische Vorspeise, Stamokap dagegen für russische Kohlsuppe hatte. Trotzdem sind meine Fabrikate bisher wohlgelitten gewesen...

Köstlich. Wo er das nur ausgegraben hat: Begehr, Fehlbitte, dringlich, gut eingeführt, Schreibwaren aller Art, vorhinein, wohlgelitten? Und wer sich über die drei Buchstaben nicht prustend auf seine vier setzt, dem fehlt einfach jeder Humor. Hast du das gelesen, Gabriele, er hält den Lombardo für eine italienische Vorspeise! Wir sollten ihn das nächste Mal wieder einladen, er ist zu und zu amüsant. Jedenfalls hat sich so dämlich seit langem kein Trottel mehr dumm gestellt. Ein Bock im Ziegenfell. Tut so, als folge seine Schreibarbeit den Gesetzen der freien Marktwirtschaft, und dabei tut sie nichts anderes; gibt vor, er fabriziere gängige Schreibwaren, während er doch gängige Schreibwaren fabriziert; scherzt, er halte Stamokap für russische Kohlsuppe, wo er keine Ahnung hat, was sonst Stamokap sein könnte, und dies in einer wirklich komischen Marx-Biografie dargetan hat; behauptet, er sei pleite, obwohl ihm der Bankrotteur aus allen Löchern guckt. Difficile est satiram non scribere: Satire ist schwer, wenn man nicht schreiben kann.

Der Setzer der »Frankfurter Rundschau« tut sich da leichter:

Die Meldepflicht, die den Arbeitgebern auferlegt werden soll, war bei Lambsdorff nachträglich auf starke Kritik gestoßen. In der fraglichen Sitzung war der Minister durch seinen Staatssekretär Otto Schlecht vertreten worden.

Ulrich Greiner ist einer der kommenden jungen Feuilletonisten, provokant, begabt, mit viel Feingefühl für die letzten Trends des Kulturlebens, kurzum: ein Fuzzi. In der »Zeit« schreibt er über den Film »Vermißt« von Costa-Gavras:

Der Film trifft auf eine veränderte politische Situation. Zwar wird in Washington immer noch offiziell dementiert, was jedermann weiß. Man lügt sozusagen aus Gewohnheit. Aber kein ernsthafter Mensch diskutiert mehr darüber, ob der CIA Allende gestürzt hat. Costa-Gavras argumentiert also mit diesem Film an der politischen Debatte vorbei.

Es ist, da hat Greiner recht, kein Film über die Leiden der jungen oder des alten Popper. Doch so wenig ich weiß, daß es *der* CIA war, so wenig wollen die Verleger und Leitartikler der Szene-Blätter »FAZ«, »Welt«, »Süddeutsche«, »Handelsblatt« und »Zeit« wissen, daß die CIA Allende gestürzt hat. Wer aber wollte Herbert Kremp, Jan Reifenberg, Hans Heigert und Marion Dönhoff für ernsthafte Menschen halten? Von Gerd Bucerius nicht zu reden. Man nimmt halt dessen Scheck, lacht sich halb tot und verreißt einen Film, den der Verleger nicht mag. Aber natürlich selbstredend aus gaaanz anderen Grün den, logo, klardoch. Daß es dafür Geld gibt, ist eben der Liszt des Weltgeists.

Schlagzeile des »Hamburger Abendblatts« über die letzte Demo:

Polizei prügelt das Volk

Die Zeitung stammt aus dem Springer-Verlag, die Polizei demgemäß aus Warschau. Doch auch aus Danzig und Stettin, die von Rechts wegen deutsch sind. Hat dann aber Polizei nicht nur sogenanntes Volk verprügelt, nämlich Polacken?

Einer aus den verlorenen Ostgebieten, Enno von Loewenstern, schreibt in der »Welt«:

Denn mit seiner Quadratur des Rüstungszirkels hat Lafontaine die Hüllen fallen lassen.

Wie diese Heimatvertriebenen und Entrechteten an ihrer väterlichen Scholle hängen! Noch 37 Jahre nach der Vertreibung schreiben sie ein Deutsch daß jenseits von Oder und Neiße ist.

Es gibt aber auch den Typus des Wahl-Pommern, der sich in der »Süddeutschen Zeitung« zu Wort meldet:

Wenn nun einige Sozialdemokraten, denen als Intellektuelle ordinäre Obszönität nicht ausreicht, in historischer Fäkalsprache zur Selbstzerstörung beitragen...

Hat Lafontaine Schmidts Politik vielleicht »schize« (mittelhochdeutsch für: Kot) und den Kanzler einen »Pumpernickel« (im 17. Jahrhundert soviel wie: Furzheini) genannt, einen »orsos« (indo-germanisch für: hervorragender Körperteil), gar einen mit Ohren? Nein, der Autor will die Kritiker nur »verbloeden« (mittelhochdeutsch für einschüchtern), damit sie sich künftig noch leichter beschizan lassen.

Von der Erschaffung der »Welt« berichtet deren Kommentator Andreas Wild:

Der große schwedische Naturforscher Carl von Linnté, der das erste brauchbare System der Pflanzen und Tiere errichtete...

Ach Gott, der war's?

Wenn aber Herbert Kremp in die Tasten greift, kommen Zweifel an der Brauchbarkeit:

Ob die Argentinier nach dem berühmten Coca-Cola-Spruch eine begrenzte Souveränitäts-Pause auf den Falklands machen;

Mach mal begrenzte Souveränitäts-Pause/Coca-Cola - wie Kremp, ganz nebenbei, hat noch keiner den Imperialismus auf den Begriff gebracht.

ob London in der Lage ist, das Selbstbestimmungsrecht der Inselbewohner einem eventuellen Verhandlungsresultat zugunsten von Buenos Aires nachzuordnen - das alles steht im Kreuz des Südens.

Hier kocht der Chef. Er hat's - Berufskrankheit - im Kreuz. Man sollte ihn mit Coca-Cola einreiben.

Der »Säzzer« der jungliberalen »Tageszeitung«, geliebt von seinen Vätern, die ihren Autoren nicht einmal in Klammern eine von der des Verlegers abweichende Meinung drucken würden, hat eine Rede des französischen Kulturministers Jack Lang unterbrochen:

Zufällig führte uns unsere Reise für einige Tage nach Kuba. Kuba ist ein mutiges Land, das eine neue Gesellschaft aufbaut, sein Sozialismus ist nicht der unsere, aber wir akzeptieren ihn. (Ich nicht - d.S.).

Antiautoritäre Erziehung, Spontaneität,- Selbstbewußtsein: schön und gut - aber die Zeit, als die Jungs mit sauberen Fingernägeln bei Tisch zu erscheinen hatten und nur reden durften, wenn sie gefragt wurden, hatte auch was. Vielleicht schickt uns d.S., wenn er oben angekommen ist, ja eine Ansichtskarte.

Urlaubsgrüße vom Theo:

Die Amerikaner wärmen einen alten Plan auf, den der Botschafter Stoessel 1980 in Bonn auf den Tisch gelegt hatte... Die Opposition zieht die Warnflagge hoch... Die Truppenverlegung müßte das Klima auf allen drei Ebenen gründlich zerstören. Und sie wäre dazu angetan, Reagans Aufrichtigkeit in Sachen Abrüstung aufs neue in Zweifel zu ziehen.

Noch zweifelt bekanntlich kein Mensch an Reagan. Und solange ein aufgewärmter Plan auf dem Tisch trotz Warnflagge das Klima auf drei Ebenen zerstören zu müssen angetan wäre, also solange Theo nicht aufgibt, wird es wohl so bleiben.